

**Einerseits: Komplizierte aktuelle Probleme
Andererseits: Besinnung auf das Erbe**

**Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft
für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.**

Band 38, April 2017

**Einerseits: Komplizierte aktuelle Probleme
Andererseits: Besinnung auf das Erbe**

**Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft
für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.**

Band 38, April 2017

**Einerseits: Komplizierte aktuelle Probleme
Andererseits: Besinnung auf das Erbe**

mit Beiträgen von

Sylvia Adam-Recker, Udo von der Burg, Florian Fichtner,
Dagmar Hülsenberg, Georg Freiherr von Humboldt-Dachroeden,
Karl-Wieland Kurz, Frank Mücher, Peter Nenniger, Dittker Slark,
Uwe Uhlendorff und Dietmar Zöller

Humboldt-Gesellschaft
für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft,
Kunst und Bildung e.V., Mannheim
ISBN: 978-3-940456-78-6

Copyright 2017 by Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.

Sitz Mannheim

Jede Art der Vervielfältigung und Wiedergabe ist untersagt.

Redaktion: Prof. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg, 98693 Ilmenau

Layout, Druck und Verlag: TZ-Verlag & Print GmbH, 64380 Roßdorf

www.edition-tz.de www.tz-verlag.de

Inhalt

Anschriften der Autoren.....	6
Vorwort.....	7
Position der Humboldt-Gesellschaft zur Bedrohung der Autonomie der Universitäten	9
Anstelle eines Nachrufs für Inge Brose-Müller	21
UDO von der BURG „Wie wenige studieren das menschliche Elend?“ – Wilhelm von Humboldt als sozialkritischer Beobachter	23
UWE UHLENDORFF Sozialpädagogik in Deutschland.....	35
FRANK MÜCHER Die subjektive Seite der Bildung. Sozialpädagogische Begleitung informeller Bildungsprozesse	55
SYLVIA ADAM-RECKER Fit für die Zukunft – Projekt zur Förderung der Ausbildungseignung und Sicherung der Ausbildung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf.....	75
FLORIAN FICHTNER Integrationsarbeit und politische Bildung in Sachsen, dargestellt an der Tätigkeit des Freiberg.Grenzenlos e.V.	87
DIETMAR ZÖLLER Theorien und Praxis in der Integrationsarbeit	93
DITTKER SLARK Lyrik und Prosa	111
KARL-WIELAND KURZ Spirituelle Dimensionen in der Musik des 20. und 21. Jahrhunderts	121
GEORG Freiherr von HUMBOLDT-DACHROEDEN Ein süddeutscher Zweig der Dachroeden-Familie.	133
UDO von der BURG Carolina Friderica von Dacheroeden, geboren den 23. Februar 1766 in Minden. Zur 250. Wiederkehr ihres Geburtstages.	145
DAGMAR HÜLSENBERG Alexander von Humboldts hartnäckiges Engagement für Kobaltrohstoffe ..	159

Anschriften der Autoren

Adam-Recker, Sylvia, Hansastr. 2, 59229 Ahlen,
kgve.v@ahlencom.biz Tel.: 02382 7042801

Burg, Udo von der, Dr. phil., PD, Massenezstr. 25, 44265 Dortmund
udo.von-der-burg@humboldt-gesellschaft.org Tel.: 0231 460116

Fichtner, Florian, Erbische Straße 2, 09599 Freiberg
Florian.Fichtner89@web.de Tel.: 0176 30715593

Hülseberg, Dagmar, Dr.-Ing. Dr. rer. oec., Univ.-Prof. i. R., Lindenberg 60;
98693 Ilmenau
dagmar.huelsenberg@humboldt-gesellschaft.org Tel.: 03677 882878

Humboldt-Dachroeden, Georg Freiherr von, Lisztstraße 6, 69245 Bammental
Georg.von-Humboldt@humboldt-gesellschaft.org Tel.: 06223 867258

Kurz, Karl-Wieland, Musikdozent und Komponist, Verdisträße 4, 64291
Darmstadt
karl-wieland.kurz@darmstadt.de Tel.: 0151 27018827

Mücher, Frank, Dr. phil., Prof., Evangelische Hochschule Rheinland-
Westfalen-Lippe, Immanuel-Kant-Straße 18-20, 44803 Bochum
muecher@evh-bochum.de Tel.: 0234 36901/190

Nenniger, Peter, Dr. phil., Univ.-Prof. em., Münzbergweg 7, 76829 Landau/Pf.
peter.nenniger@humboldt-gesellschaft.org Tel.: 06341 3494833

Slark, Dittker, Schriftsteller, Wegscheide 9, 64291 Darmstadt
Tel.: 06150 990318

Uhlendorff, Uwe, Dr. phil. habil., Univ.-Prof., TU Dortmund, Fakultät 12 für
Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie, Emil-Figge-Str. 50,
44227 Dortmund
uwe.uhlendorff@tu-dortmund.de Tel.: 0231 7557102

Zöller, Dietmar, Geschäftsführer, Innosozial – Hilfen aus einer Hand,
Zeppelinstraße 63, 59229 Ahlen
zoeller@innosozial.de Tel.: 02382 709914

Vorwort

Die 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft vom 7.–9. Oktober 2016 in Mainz beschäftigte sich mit hochbrisanten Fragen des aktuellen Geschehens. Sie war mit Wilhelm von Humboldts Worten aus seinem *Tagebuch*, Paris, Hôtel de Dieu, 11.08.1789, überschrieben: „*wie wenige studiren das menschliche elend in seinem ganzen ungeheuren umfang, und doch welches studium wäre unter allen nothwendiger?*“

Man kann das Anliegen der Tagung auch mit der Beantwortung folgender Frage ausdrücken: Wie können wir Menschen, vor allen Dingen jungen, die aus unterschiedlichen Gründen mehr oder weniger außerhalb unserer Gesellschaft stehen, helfen, in ihr heimisch zu werden und eine lebenswerte Perspektive zu erhalten?

Es ging um Probleme mit brisantem Hintergrund, eher praktisch vor Ort, aber auch theoretisch behandelt, die vor allem durch den großen Flüchtlingsstrom nach Deutschland im Jahr 2015 – aber nicht nur durch ihn – ausgelöst wurden und noch werden. Wir haben zur Tagung keine Angebote zu Patentlösungen für alle Eventualitäten erwartet. Die Situationen sind zu verschieden, und die Lösungsansätze für Probleme unterscheiden sich.

Wie Vereine und Einrichtungen versuchen, die Probleme lindern zu helfen, konnte überzeugend und emotional berührend – bildlich und filmisch untersetzt – dargestellt werden. Es wird versucht, diese Beiträge in den Abhandlungen wiederzugeben. Aber auch die theoretischen Ansätze und immer wieder der Bezug auf die Humboldt-Brüder gehören dazu, wenn man dauerhafte Lösungen schaffen will.

Mit einer ganz anderen Art von Problemen, nämlich dem drohenden Verlust der Autonomie der Universitäten durch Einbeziehung von marktwirtschaftlichen Elementen, beschäftigt sich das Positionspapier der Humboldt-Gesellschaft, abgedruckt ganz am Beginn der 38. Abhandlungen. Es wurde den zuständigen politischen, universitären und gesellschaftlichen Einrichtungen zugesendet.

Wie bei den Abhandlungen nun schon Tradition, werden aber auch künstlerische Beiträge und solche veröffentlicht, die sich mit dem Wirken der Brüder Humboldt und Ereignissen aus ihrem familiären Umfeld beschäftigen. Sie haben nur einen mittelbaren Bezug zum Hauptthema, sind aber geeignet, Brücken zu schlagen.

Die Lektüre der sehr unterschiedlichen Aufsätze ist bestimmt motivierend, wird wahrscheinlich zu Diskussionen anregen und bereitet hoffentlich Freude.

April 2017

DAGMAR HÜLSENBERG
Koordinatorin des Akademischen Rates
der Humboldt-Gesellschaft



Position der Humboldt-Gesellschaft zur Bedrohung der Autonomie der Universitäten

Die Humboldt-Gesellschaft sieht mit Sorge, dass viele Universitäten immer stärker dem Primat von Ökonomie, Dienstleistung sowie Wettbewerb unterworfen werden und sich in diesem Sinne in ihrem Selbstverständnis wandeln. In Fortführung ihrer vorangegangenen Positionspapiere, aber auch eingedenk der historischen Verirrungen im 20. Jahrhundert, plädiert sie eindringlich dafür, die Tätigkeit der Universitäten vermehrt auf die Grundlage der von Wilhelm von Humboldt geforderten Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre zu stellen und von wissenschaftsfremden Ansprüchen freizuhalten, weil gerade dies als Grundvoraussetzung stabiler, moderner Demokratien und innovativer Wissenschaft zu sehen ist.

Dazu unterbreitet sie folgende **Vorschläge**:

- Die **Autonomie** von Universitäten muss von der **Freiheit und der Einheit von Forschung und Lehre** her definiert, gestaltet und gestärkt werden.
- Die Universitäten bestimmen ihre **Leitungsorgane** und wählen ihre Leitungen ausschließlich entsprechend den **Prinzipien autonomer Selbstverwaltung**.
- Die **eigentliche Aufgabe staatlicher Institutionen** muss auf die **Gewährleistung universitärer Autonomie** zurückgeführt werden, wozu insbesondere eine ausreichende finanzielle und damit auch personelle Grundausstattung gehören.
- Regierungen und staatliche Institutionen müssen die durch eine **zunehmende Heterogenität von Studienanfängern** vor allem hinsichtlich ihrer Studierfähigkeit entstehenden **höheren Anforderungen an die akademische Lehre** anerkennen und **ausreichend finanziell unterstützen**. Das gilt insbesondere für die **Wiederherstellung eines genügenden fachbezogenen Betreuungsverhältnisses**.
- Der Staat muss sich auf die **Förderung der selbstverwalteten Institutionen der Wissenschaft** (z.B. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Schweizerischer Nationalfonds usw.) konzentrieren.
- Die Unterstützung **wettbewerblicher Drittmittel- und Programmfinanzierung** soll der **Wirtschaft** bei Gewährleistung der Eigenverantwortung der Universitäten vorbehalten sein.
- Jede **Drittmittelvergabe** muss **transparent** sein.

- Die Staaten Europas werden eindringlich aufgerufen, in ihrer Zusammenarbeit den **europäischen Hochschulraum auch als Raum praktisch gewährleis- ter Forschungsfreiheit** zu stärken.
- Universitäre Studiengänge sind von externen *Verpflichtungen* (wie z. B. „Employability“) zu befreien, damit **Wissenschaftlichkeit und Bildung als vorrangige Kriterien der Studiengangsgestaltung** erhalten bleiben. **Koordinierungsaufgaben** müssen in erster Linie **universitätsbezogenen Institutionen** (z. B. Hochschulrektorenkonferenzen) obliegen. **Von verfassungswidrigen Akkreditierungsverfahren ist Abstand zu nehmen.**
- **Stiftungsprofessuren** dürfen **nicht zweckentfremdet** werden.
- Das **Verhältnis der Universitäten zu den Fachhochschulen** ist hinsichtlich deren Funktion, eine akademisch fundierte berufliche Ausbildung zu garantieren, **verbindlich zu definieren.**

Ausgangssituation

Unter Universität wird seit dem 12. Jahrhundert eine autonome Korporation von Gelehrten und Studierenden verstanden. Gleichzeitig war und ist diese autonome Korporation schon immer auf externe Instanzen (Kirche und Staat) angewiesen, die Fremdkontrolle in der Universität beanspruchen. Das erfolgt meist über deren Finanzierung, verknüpft mit Auflagen und Leistungserwartungen. Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verbindet sich jedoch die Universität auch mit Zusammenhängen und Dynamiken des Wissenschaftssystems. Die Lehrthemen der Universität erhalten wissenschaftlichen Charakter und verstärken so die Verknüpfung von Erziehung und Wissenschaft. Ausdruck davon ist auch die von Wilhelm von Humboldt begründete Idee der Universität als einer sich in akademischer Freiheit und Einheit entwickelnden, jedoch ebenso im interdisziplinären Austausch verhafteten und sich dem Dialog mit der Gesellschaft stellenden Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.

Im 20. Jahrhundert erweitern sich die Instanzen der Fremdkontrolle um die Wirtschaft, und mit der Entwicklung der Massenuniversität ergibt sich insofern noch ein weiterer Wandel, als diese zunehmend verengt als Bildungsinstitution mit Studierenden als Klienten verstanden wird, denen professionell Lehrende gegenüber stehen [vgl. Kaube, 2009].

Dringender Handlungsbedarf

In Fortführung ihrer in den vorangegangenen beiden Positionspapieren [Humboldt-Gesellschaft, 2009 und 2010] zur Umsetzung des Bologna-Prozesses [Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 1999] formulierten Argumente

weist die Humboldt-Gesellschaft mit Nachdruck darauf hin, dass viele der neuen Instrumente zur Leitung und Verwaltung von öffentlichen Einrichtungen („New Public Management“) zumindest im universitären Kontext als weitestgehend untauglich für eine inhaltliche Zielsetzung und Leitung („Governance“) wissenschaftlicher Institutionen anzusehen sind. Analoges gilt für das im Bologna-Prozess [Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 1999] formulierte Ziel, universitäre Studienprogramme unter das Primat arbeitsmarktrelevanter Qualifikation („Employability“) zu stellen. Im Ergebnis entstanden die oben angeführten Vorschläge. Sie sollen die Humboldt'sche Idee einer sich in akademischer Einheit und Freiheit entwickelnden Universität in den Mittelpunkt stellen. Diese baut auf der Gemeinschaft zwischen Studierenden und der Kooperation zwischen Hochschullehrenden und Studierenden [vgl. Humboldt-Gesellschaft, 2010] auf. Denn nur aus dem Austausch kann der Dialog mit der Gesellschaft erwachsen. Ebenso stehen Werk und Wirken von Wilhelm und Alexander von Humboldt für eine gleichermaßen hohe Wertschätzung sowohl der allgemeinen als auch der beruflichen Bildung [Brenner, 2013, S. 76]. Ihre analytische und konzeptionelle Trennung ist wohlbegründet und aktuell. Aufbauend auf einer fundierten allgemeinen Bildung, die auch die Natur- und Technikwissenschaften einbezieht, sind die Einheit von Forschung und Lehre sowie eine wohlverstandene akademische Freiheit jeweils kein Selbstzweck, sondern Grundpfeiler sowohl der individuellen Entwicklung der Persönlichkeit als Basis der modernen Demokratie als auch der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Innovationen. In der sich globalisierenden Welt von heute erscheinen sie wichtiger denn je.

Aus dieser Perspektive wird in den folgenden Darlegungen auf die Konsequenzen aus den in den letzten Dekaden entstandenen Deformationen eingegangen.

Autonomie contra „New Public Management“ an wissenschaftlichen Einrichtungen

Im Rahmen der Vorstellungen des „New Public Management“ wird seit den 1990er Jahren auch im deutschsprachigen Raum versucht, unternehmerische Konzepte aus der Marktwirtschaft auf Institutionen der öffentlichen Verwaltung und auf wissenschaftliche Einrichtungen zu übertragen (vgl. z.B. für Deutschland [Bogumil et al., 2013, S. 20ff], für die Schweiz [Lenk, 2004], für Österreich [Rybnicek, 2014]).

Dabei werden die Universitäten als Dienstleister für den Staat, für verschiedene Akteure der Gesellschaft und für Wirtschaftsunternehmen gesehen. Letztere beanspruchen für sich, dass die Universitäten deren Interessen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen. „Die Fixierung von Wissenschaftlern auf innerhalb

der wissenschaftlichen Professionen übliche Standards guter Wissenschaft, führe zu einem Mangel an Responsivität von Forschung und Lehre gegenüber gesellschaftlichen Erwartungen.“ [Bogumil, et al., 2013, S. 26]. Aufgaben, Inhalte und Fragestellungen in Forschung und Lehre sollen daher nicht mehr allein autonom – z.B. durch verfassungsrechtlich garantierte Akademische Freiheit – durch die Forschenden bzw. Lehrenden und Lernenden bestimmt werden, sondern auch nach politischen und ökonomischen, also außerwissenschaftlichen Kriterien. Autonomie von Universität ist in der Vorstellung des „New Public Management“ nun als eine Organisationsstruktur zu denken, bei der die Bestimmungsmacht „von den Kollegialorganen auf die monokratischen Leitungsorgane“ [Bogumil et al., 2013, S. 29] übergegangen ist. So sind z.B. in einigen deutschen Bundesländern Universitätsleitungen zwar formal kollegial verfasst, jedoch haben Rektoren und Präsidenten überall die Richtlinienkompetenz und z.T. auch ein eigenes Vetorecht [vgl. Hüther, 2011, S. 58f]. Das schließt – unausgesprochen – die Einflussnahme außeruniversitärer Geldgeber (vor allem über freie Drittmittel) ein. Hinzu kommt, dass – im Sinne eines Aufsichtsrates – ein „Hochschulrat“ an der Wahl der Universitätsleitungen sowie an der Begleitung und Überwachung von Grundsatzentscheidungen beteiligt wird.

Ziel ist es dabei, dadurch auch die Universitäten als unternehmensähnliche Wettbewerber in einem derart ausgeweiteten Markt zu profilieren. Dabei werden allerdings Mitglieder der „Hochschulräte“ (Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, gelegentlich auch Studierende) in den deutschen Bundesländern zu unterschiedlich großen Anteilen von der Landesregierung bestimmt, wobei sich diese in einigen Bundesländern ein Veto-Recht oder sogar eine Entscheidungsbefugnis bei der Berufung von Rektorinnen und Rektoren bzw. den Präsidentinnen und Präsidenten vorbehält [vgl. Hüther, 2010, S. 275f]. Unter diesen Umständen dürfte ein Präsident oder ein Rektor gegenüber seiner Landesregierung und im „Hochschulrat“ vertretenen einflussreichen Interessengruppen kaum mehr in der Lage sein, als Repräsentant seiner Universität mit der gebotenen Offenheit aufzutreten. Universitätsleitungen unterliegen nun einer Außensteuerung durch einen ausgeweiteten Einfluss der Regierung und deren Ministerialbürokratie sowie weiterer wissenschaftsfremder Akteure. Damit werden – teilweise sogar im Gegensatz zu den Vorstellungen des „New Public Management“ [vgl. Bogumil et al., 2013, S. 28ff] – Universitäten zu von Landesregierungen und weiteren externen Instanzen hochgradig abhängigen Akteuren in einem von diesen mitgestalteten Markt. Akademische Selbstverwaltung und, damit verbunden, Freiheit von Forschung und Lehre werden nachhaltig geschwächt.

Akademische Freiheit contra „Output-Orientierung“

Eine Kernidee des „New Public Management“ betrifft neue inhaltliche Zielsetzungen öffentlicher Institutionen und deren Realisierung (sog. „Governance-Ansatz“). Gemäß dem Finanzkonzept der „leistungsorientierten“ bzw. „indikatoren gesteuerten“ Mittelverteilung soll eine öffentliche Institution (und deren Verwaltung) nicht mehr nach Vorgaben der Regierung arbeiten („Input-Orientierung“), sondern nach getroffenen Zielvereinbarungen („Output-Orientierung“) mit Ministerien. Anhand der von den Einrichtungen abgerechneten Ergebnisse werden dann durch die Behörden die Ressourcen verteilt [Bogumil et al., 2013, S. 22f]. Bezogen auf diese Sichtweise, stellt sich zum Ersten die Frage, inwieweit eine derartige Vorstellung im Bereich öffentlicher Wissenschaftsinstitutionen überhaupt anwendbar ist. Insbesondere stellt sich – als Voraussetzung dafür – die Frage nach der Verfügbarkeit von zuverlässigen Messgrößen und Messverfahren für wissenschaftliche Leistungen (unterteilt in Forschungsergebnisse und Innovationen). Alle gängigen Indikatoren (z.B. Menge eingeworbener Drittmittel, in die Produktion übergeleitete Forschungsergebnisse, Anzahl der Veröffentlichungen in anerkannten Zeitschriften und Zitationsindizes u.dgl.m.) haben sich als wenig verlässliche Parameter erwiesen [vgl. z.B. Osterloh & Frey, 2009]). Vor allem dann, wenn es um die Qualität der Forschungsergebnisse geht, zeigen sich solche Kriterien als weitestgehend blind [vgl. Bogumil et al., 2013, S. 35] und gegenüber dem klassischen Merkmal wissenschaftlicher Qualität, der individuellen fachlichen Reputation in der Wissenschaftsgemeinschaft, unterlegen. Die Suche nach Wahrheit und der Gewinn neuer Erkenntnisse können nicht in Kategorien von Investition und Ertrag oder Nachfrage und Angebot gefasst oder danach beurteilt werden. Setzte sich diese Denkweise durch, wäre nicht nur Grundlagenforschung unmöglich, sondern auch jede nachhaltig Ertrag bringende, originelle und damit wirklich förderungswürdige Drittmittelforschung wäre schwer beeinträchtigt, da gerade sie auf einen unbedingt freien Dialog mit den Auftraggebern angewiesen ist. Zum Zweiten ist jedoch grundsätzlich zu überlegen, inwiefern z.B. bei der in den deutschen Bundesländern gegebenen Universitätsstruktur die Voraussetzungen für das Funktionieren einer am „New Public Management“ orientierten Universitätsleitung noch gegeben sind, wenn das von der Universität relativ autonom zu vollziehende Handeln über „Hochschulrat“ und Präsident bzw. Rektor eng an ministeriale Vereinbarungen gebunden ist und damit faktisch – ein Widerspruch in sich! – eine weitgehend „Input“-gebundene „Output“-Orientierung darstellt.

Akkreditierungsproblematik

Analoges betrifft die Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Akademischen Lehre. Dies erfolgt z.B. über Programme, bei denen die Zuweisung von Mitteln an die Aufnahme von Studierenden gebunden wird, ohne dass entsprechende Anpassungen bei der Grundausrüstung (insbesondere beim Lehrpersonal) vorgenommen werden [vgl. Bogumil et al., 2013; S.32ff], oder durch verbindliche Vorgaben von Akkreditierungsorganen, die formal unabhängig, aber in mittelbarer, privater, gelegentlich staatlicher Abhängigkeit stehen [vgl. Bugumil et al., 2013, S.40f]. Diese Praxis ist mittlerweile vom deutschen Bundesverfassungsgericht für unvereinbar mit dem Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre erklärt worden [vgl. Pressemitteilung des BVerG vom 18.03.2016]. Eine erste Konsequenz aus diesem Urteil stellt die Petition „Heidelberger Aufruf gegen die Akkreditierung von Studiengängen“ dar [vgl. Brodkorb & Nida-Rümelin, 2016].

Universitäre Finanzautonomie contra externe Finanzierung

Finanzierung über Drittmittel

Zu den Vorstellungen des „New Public Management“ gehört eine weitreichende Umstellung der Hochschulfinanzierung. Insbesondere die zwingend notwendige Grundfinanzierung von Forschung und Lehre wird partiell durch die Ausschreibung von staatlichen Forschungsprogrammen sowie eine stetig wachsende Zahl von Forschungsprogrammen öffentlicher, privater und unternehmerischer Geldgeber ersetzt [vgl. Winterhage, 2015]. Zugleich wird oft durch Akteure von außerhalb der Universität eine Reihe von Anreizen zur „Einwerbung“ bzw. „Anlockung“ von Studierenden durch Einrichtung und Anpassung von Studienprogrammen an postulierte Studierendeninteressen und Berufsperspektiven geschaffen, um die dann Wissenschaftler auf „Quasi“-Märkten oder in Wettbewerben um Forschungsgelder konkurrieren sollen. Diese Angebote haben jedoch insofern Zwangscharakter, als die dabei eingeworbenen Gelder und ggf. damit verbundenen Zulassungen von Studierenden von staatlicher Seite wiederum als Indikatoren für die Höhe der Haushalts-Zuweisungen an die Universitäten dienen. Darüber hinaus wirkt dieser Zwang bis in die Fakultäten hinein, insofern die Mittel universitätsintern nach ähnlichen Kriterien zugeteilt werden [vgl. z.B. Universitätskanzler(innen), 2009, S. 23]. Dadurch wird die Finanzautonomie einer Universität gewährleistende Grundausrüstung im Forschungs- und Lehrbereich zu Gunsten von staatlich, institutionell und privatwirtschaftlich finanzierter Forschung (also letztlich nicht mehr unabhängiger Auftragsforschung) beschnitten, und zwar unter analog zu den in der Marktwirtschaft geltenden Prämissen zwischen Dienstleistern und Kunden. Wissenschaft-

ler können damit durch das dabei gegebene, faktisch unterschiedliche Machtpotential in vielfältige Rollenkonflikte gedrängt werden, und dies insbesondere dann, wenn ein externer Auftraggeber zugleich über institutionelle (z. B. staatliche) Eingriffsrechte (z. B. über die Ministerialbürokratie) verfügt. Aber auch bei privaten Auftraggebern besteht die Gefahr, dass diese versuchen, über Kooperation oder Drittmittelgabe eigene Forschungsabteilungen an die Universität auszulagern.

Stiftungsprofessur und das Risiko von Zielkonflikten

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Problematik um Stellung und Aufgabe von Stiftungsprofessuren zu sehen, vor allem, wenn es sich dabei um Juniorprofessuren handelt, die in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stehen. An Deutschlands Universitäten sind derzeit ca. 700 Stiftungsprofessuren eingerichtet, darunter fast 70 % in den sogenannten MINT-Fächern. Fast die Hälfte wird von Unternehmen finanziert [vgl. Frank, et al. 2009, S. 8, S. 25]. Erfahrungsgemäß werden die Stiftungsprofessuren einerseits in einem dem Geschäftsbereich des stiftenden Unternehmens nahestehenden Forschungsgebiet eingerichtet [vgl. Frank et al., 2009, S. 16]. Andererseits müssen Stiftungsprofessuren aufgrund ungenügender personeller und finanzieller Grundausstattung der Universitäten in der Lehre Aufgaben auch zur Aufrechterhaltung eines durch die bestätigten Studiendokumente geforderten Basis-Lehrbetriebs übernehmen. Dafür sind sie aber nicht gedacht. Um Probleme zu umgehen, hat der Stifterverband einen „Code of Conduct“ für die Einrichtung von Stiftungsprofessuren beschlossen (Empfehlungen für die Einrichtung von Stiftungsprofessuren durch private Förderer [Stifterverband, 2011]). Darin werden Regularien und Selbstverpflichtungen empfohlen, die eine Einflussnahme der Geldgeber auf die Arbeit der gestifteten Professuren ausschließen sollen. Allerdings gehen die Universitäten mit den Stiftungsprofessuren ein mehrfaches Risiko ein: Sie erhöhen ihre Abhängigkeit vom Stifter sowohl hinsichtlich der Erfüllung der Lehrverpflichtungen als auch hinsichtlich der Karriere des Stiftungsprofessors, für den zusätzlich ein Zielkonflikt zwischen Glaubwürdigkeit sowie Qualität seiner Forschung und wissenschaftsfremden Zielen seines Stifters nicht ausgeschlossen werden kann. Verschärft wird diese Problematik zusätzlich, wenn – wie in vielen Fällen – die Dauer der Stiftungsprofessur begrenzt und bei deren Wegfall ein Ersatz durch eine dauerhafte Anstellung noch offen ist.

Weitere Einschränkungen der Universitätsautonomie

Vorleistungen der Humboldt-Gesellschaft in den Positionspapieren zum Bologna-Prozess

Die Humboldt-Gesellschaft hat in den Jahren 2009 und 2010 in ihren Positionspapieren zum Bologna-Prozess vor allem dessen Strukturen und die Ressourcenlage der Universitäten kritisch in den Blick genommen. Darin wurde u. a. gezeigt, dass zum einen zwischen der die einzelnen Staaten nicht verpflichtenden ursprünglichen Absichtserklärung von Bologna und deren Umsetzungen in Gesetzen (z. B. in der Republik Österreich, in den deutschen Bundesländern und bei den schweizerischen Hochschulkantonen) zu unterscheiden ist. Zum andern wurde auch darauf hingewiesen, dass viele Probleme nicht dem Bologna-Prozess, sondern der gegebenen Situation im jeweiligen Hochschulsystem zuzuschreiben sind.

Das mag auch ein Grund dafür sein, dass die Einführung des „New Public Management“ und der Bologna-Prozess in der öffentlichen Wahrnehmung kaum unterschieden werden, obwohl sie strukturell wenig miteinander zu tun haben. Die neuen Steuerungsinstrumente („Governance“) wurden durch die Gesetzgebung der jeweils zuständigen (Bundes- bzw. Landes-, bzw. Kantons-) Regierungen eingeführt [vgl. Hüther, 2011; Rybnicek, 2014, insbes. S. 96ff]. Der Bologna-Prozess hingegen wird durch freiwillige Übereinkünfte als transnationale europäische Projekte vorangetrieben, deren Ergebnisse sich aber auch in Gesetzen niederschlagen.

Beide Prozesse weisen jedoch in einem entscheidenden Punkt eine auffällige Analogie auf: Sie stellen das Humboldt'sche Konzept der Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre in Frage. Deshalb soll der Fokus der folgenden Ausführungen auf zwei grundlegende Probleme dieser Studienreform gelegt werden.

„Employability“ als Gütekriterium für das Studienergebnis?

„Employability“ (in der Regel verstanden als „Berufsfeldorientierung“) als eine zentrale Zielvorgabe des Bologna-Prozesses verweist ausschließlich auf den Arbeitsmarkt und damit auf eine ökonomische Kategorie, die wissenschaftlichen Maßstäben fremd ist. Die Folge-Vereinbarungen nach 1999 beabsichtigen, die (Aus-)Bildungsleistung der Hochschulen (wohl insbesondere der Universitäten) in Hinsicht auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes effektiver zu gestalten (vgl. z. B. Communiqué der Ministerkonferenz der European Higher Education Area (EHEA) in Yerevan [EHEA, 2015, S. 2]). Fachlichkeit wird nicht mehr als vorrangiges Kriterium für Studieninhalte postuliert. Vielmehr hebt der „Employability“-Ansatz die analytische und konzeptionelle Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung zu Lasten der allgemeinen Bildung auf.

Er ignoriert zum einen, dass ein auf Allgemeinbildung im Humboldt'schen Sinne orientiertes Universitätsstudium letztlich auf einem hohen Niveau auch der Vorbereitung einer Berufstätigkeit auf einem hohen Niveau dient. Ein kommunikativer Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, z. B. im Sinne jeweils rekursiver Theorie-Praxis-Verknüpfungen, wird dadurch begünstigt. Überdies bleibt darin unklar, inwieweit überhaupt eine solche Anpassung möglich ist, wenn der übergeordnete allgemeinbildende Bezugsrahmen unberücksichtigt bleibt.

Zum andern wird insbesondere verkannt, dass die Aufgabe, einen gemeinsamen curricularen Kern für die Studienfächer zu entwickeln – schon angesichts der grundsätzlich unterschiedlichen Berufsbildungskulturen und -systeme –, nur die Fachwissenschaften selbst lösen können, etwa im Diskurs ihrer Fachgesellschaften.

Rahmenbedingungen für Studierende mit vielfältigen und verschiedenartigen Ausgangsvoraussetzungen

Sowohl durch die kulturelle Vielfalt Europas sowie weltweit als auch durch die Verschiedenartigkeit der nationalen Bildungssysteme und aktuellen Realisierungen der Bologna-Vereinbarung entstehen Unterschiede in den Ausgangsvoraussetzungen sowie in den Bedürfnissen Studierender. Daraus resultieren Probleme und Hindernisse hinsichtlich des Einstiegs in das Studium und des Wechsels von Studienorten. Dies erfordert eine Sichtweise, in der diese Vielfalt als ein Fundament des Bologna-Prozesses angenommen und umgesetzt wird, jedoch nicht allein auf bürokratischem Wege [vgl. Humboldt-Gesellschaft, 2009, S. 1f]. Die im deutschen HRK-Programm „Nexus“ erarbeiteten Richtlinien zu einer auf Vielfalt orientierten Anerkennungspraxis, darunter die „Beweislastumkehr“ (eine Ablehnung der Anerkennung auswärts erbrachter Studienleistungen muss begründet werden [Hochschulrektorenkonferenz, 2013, S. 11]), können als positiver erster Schritt angesehen werden.

Da das Verständnis von Wissenschaft die Kommunikation über Erkenntnis ausdrücklich mit einschließt, müssen im Studium dafür die Voraussetzungen geschaffen werden. Curriculare Restriktionen und positive Vorgaben der Wahl der Studiengegenstände sind insoweit legitim, als sie die Verständigung, „Rede und Gegenrede“ über die Gegenstände und Methoden der Disziplin ermöglichen [vgl. Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, 2004, S. 1]. Zweifellos ist dafür mehr propädeutisches Studium nötig, um sich in einem Fach eigenständig orientieren und eigenen Studieninteressen nachgehen zu können. Dies ist im Hinblick auf die Heterogenität der Studienanfänger, z. B. aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen an die Hochschulreife und der sukzessive erweiterten Zugangswege zum Studium (z. B. Berücksichtigung bereits erworbener

beruflicher Qualifikation) geboten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich angesichts des rapiden Wachstums und der grundlegenden Metamorphose wissenschaftlicher Erkenntnisse in den vergangenen 200 Jahren das, was Wilhelm von Humboldt unter schulischer Bildung verstanden hat, heute – zumindest teilweise – in das Studium hinein verlagert hat.

Aufgrund der Vielfalt der Ausgangsvoraussetzungen und Bedürfnisse Studierender werden die Universitäten zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, für Studienanfänger mit individuell höchst unterschiedlichen allgemeinen und fachbezogenen Vorkenntnissen und Fertigkeiten ein gemeinsames Fundament fachbezogener Grundlagen zu sichern. Viele Universitäten richten dafür Vorkurse (z.B. „Basic Engineering Schools“, Tutorien oder andere, groß angelegte, z.T. sehr innovative Studieneingangsphasen) ein, die in den besten Fällen auch fachübergreifende Sichten ermöglichen [vgl. z.B. Hochschulrektorenkonferenz, 2014]. Allerdings leisten viele Universitäten diese Aufgabe ohne Erweiterung ihrer Ressourcen und müssen sich auf die zusätzliche Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter verlassen. Eine Berücksichtigung oder besondere Honorierung dieser mittlerweile unerlässlichen Zusatzleistungen erfolgt jedoch von staatlicher Seite, deren Politik die Heterogenität der Studienanfänger erst hervorgebracht hat, bisher nur in wenigen Fällen.

Mannheim, den 10.12.2016

Für den Akademischen Rat
der Humboldt-Gesellschaft

Für die Humboldt-Gesellschaft

Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg,
(Koordinatorin des Akademischen Rates)

Univ.-Prof. em. Dr. Peter Nenniger,
(Präsident)

Die Humboldt-Gesellschaft dankt Herrn Dr. Florian Bernstorff für die zahlreichen fachlichen Beiträge und die Redaktionsarbeiten bei Konzeption und Erstellung dieses Positionspapiers.

Literatur und Quellen

- Bahro, M. (2015): Die neue Verwaltungsführung an Hochschulen. Traditionelle Hochschulen im Übergang zu Dienstleistungsunternehmen. http://subs.emis.de/LNI/Proceedings09/DieneuVerwalfuehinHochsch_3.pdf (08.10.2015)
- Bogumil, J., Burgi, M., Heinze, R.G., Berger, S., Graf I.-D., Jochheim, L., Schickentanz, M. & Wan-nöffel, M. (2013): Modernisierung der Universitäten. Umsetzungsstand und Wirkungen der neuen Steuerungsinstrumente. Berlin: edition sigma.
- Brenner, P. J. (2013): Bildung – Schule – Wirklichkeit. Das vergessene Erbe der Humboldt-Brüder. In: Die Humboldt-Brüder – eine unerschöpfliche Quelle. Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V., Bd. 30, Roßdorf, S. 49 – 83
- Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft [DGfE] (2004): Kerncurriculum für das Haupt-fachstudien Erziehungswissenschaft. Berlin: DGfE.
- EHEA (2015): Yerevan Communiqué. <http://bologna-yerevan2015.ehea.info/files/YerevanCommuniqueFinal.pdf> (12.10.2015)
- Erklärung der Europäischen Bildungsminister (1999): Der Europäische Hochschulraum. Gemein-same Erklärung der Europäischen Bildungsminister. Bologna am 19.07.1999. http://www.bologna.berlin2003.de/pdf/Bologna_deu.pdf
- Frank, A., Kralemann, M. & Schneider, M. (2009): Stiftungsprofessuren in Deutschland. Zahlen, Erfahrungen, Perspektiven. Hrsg. v. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen: Stifter-verband.
- Hochschulrektorenkonferenz [HRK] (2013): Anerkennung von im Ausland erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen. Ein Leitfaden für Hochschulen (Kurzfassung). Bonn: Hochschulrekto-renkonferenz.
- Hochschulrektorenkonferenz [HRK] (2014) – Hochschulrektorenkonferenz (2014): Die engagier-ten Hochschulen. Forschungsstark, praxisnah und gesellschaftlich aktiv. Bonn: Hochschulrektoren-konferenz.
- Humboldt-Gesellschaft (2009): Position der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V. zur Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes gemäß der Bologna-Vereinbarung. http://docs.humboldt-gesellschaft.org/position_papers/PosPaper_Bologna_1st_02-2009.pdf (12.10.2015)
- Humboldt-Gesellschaft (2010): Zweites Positionspapier der Humboldt-Gesellschaft zur Bolog-na-Vereinbarung. Mannheim. http://docs.humboldt-gesellschaft.org/position_papers/PosPaper_Bologna_2nd_02-2010.pdf (12.10.2015)
- Hüther, O. (2010): Von der Kollegialität der Hierarchie? Eine Analyse des New Managerialism in den Landeshochschulgesetzen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hüther, O. (2011): New Managerialism? Gemeinsamkeiten und Differenzen der Leitungsmodelle in den Landeshochschulgesetzen. In: Die Hochschule, 1, S. 50-72
- Lenk, T. (2004): New Public Management am Beispiel der Hochschulen in Österreich und der Schweiz <http://www.econstor.eu/obitstream/10419/52366/1/672213540.pdf> (08.10.2015)
- Osterloh, R. & Frey, B. S. (2008): Anreize im Wissenschaftssystem. http://www.uzh.ch/iou/orga/ssl-dir/wiki/uploads/Main/Anreize_final_12.9.08.pdf (08.02.2016)
- Rybnicek, R. (2014): Neue Steuerungs- und Managementmethoden an Universitäten. Über die Ak-zeptanz und Problematik unter Universitätsangehörigen. Wiesbaden: VS Verlag.

Statista (2015): Einnahmen der Hochschulen in Deutschland aus Drittmitteln im Jahr 2013. http://de.statista.com/statistik/daten/studie/169069/umfrage/drittmitteln_einnahmen_hochschulen-1998-und-2008/ (08.10.2015)

Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (2011): Code of Conduct. Empfehlungen für die Einrichtung von Stiftungsprofessuren durch private Förderer. Essen: Stifterverband.

Universitätskanzler(innen) (2009): Empfehlungen zur Gestaltung von Steuerungssystemen auf der Ebene Land/Hochschule. Ergebnisse des Arbeitskreises der deutschen Universitätskanzler(innen): „Leistungsorientierte Mittelvergabe und Zielvereinbarungen“. Giessen. <http://docplayer.org/9871928-Empfehlungen-zur-gestaltung-von-steuerungssystemen-auf-der-ebene-land-hochschule.html> (10.12.2010)

Winterhage, N. (2015): Drittmittelerwerb im universitären Forschungssektor. Wiesbaden: VS Verlag.

Anstelle eines Nachrufs für Inge Brose-Müller

Das Mitglied der Humboldt–Gesellschaft, unsere Inge Brose-Müller, Studien-
direktorin i.R., ist am 27. Oktober 2016 in Mannheim im Alter von 76 Jahren
verstorben. Wir werden sie in ehrendem Andenken bewahren.

Seit den 22. Abhandlungen erschienen ohne Unterbrechung in insgesamt
sechzehn Abhandlungen ein oder auch zwei Beiträge von ihr, insgesamt neun-
zehn. Damit hat sie das Bild unserer Abhandlungen wesentlich geprägt und uns
einen Einblick in ihre Denk- und Arbeitsweise gestattet. Die Breite ihres litera-
rischen Schaffens war nahezu unerschöpflich, die Exaktheit ihrer Recherchen in
der allgemein zugänglichen Literatur, in Spezialbibliotheken und in Archiven
bewundernswert. Wir werden ihre Aufsätze in den Abhandlungen sehr vermisse-
sen. Einige unserer Mitglieder haben mittlerweile in jeder Neuerscheinung der
Abhandlungen direkt nach einem Artikel von Inge Brose-Müller gesucht. Für
die 38. Abhandlungen hatte sie eine Ausarbeitung zu Eduard Möricke angekün-
digt. Sie verließ uns direkt aus der Arbeit heraus.

Damit sich unsere Mitglieder und Leser der Abhandlungen den einen oder an-
deren Beitrag noch einmal ansehen können, folgt statt ihres in Vorbereitung be-
findlichen Artikels eine Auflistung der Aufsätze von Inge Brose-Müller in den
Abhandlungen:

*Wenn ich ein Vöglein wär' ... Die Vogelmetapher in Sprache, darstellender
Kunst und Literatur – Beispiele und Überlegungen auf historischer Grundlage*
Band 22 der Abhandlungen, Februar 2009, S. 9–47

*„Wem der große Wurf gelungen, eines Freundes Freund zu sein, ...“ – Schiller
und die Freundschaft, Freundschaftstradition und Erlebnis der Freundschaft,
Ausdruck im dichterischen Werk*
Band 23 der Abhandlungen, Juni 2009, S. 105–132

*Wilhelm und Alexander von Humboldt – die Beziehung eines berühmten Ge-
schwisterpaares*
Band 24 der Abhandlungen, November 2009, S. 37–59

Hilde Domin – in memoriam
Band 25 der Abhandlungen, Mai 2010, S. 123–157

Lyrik und Leid nach Fünfundvierzig
Band 26 der Abhandlungen, Oktober 2010, S. 117–129

Zur Freude
Band 27 der Abhandlungen, Mai 2011, S. 51–73

Herbst–Zeitlose (November 1823)

Band 28 der Abhandlungen, Oktober 2011, S. 75–79

Wort–Wechsel und Wort–Wirkung

Band 28 der Abhandlungen, Oktober 2011, S. 173–186

Die unsägliche Jugend – Dichtung und Wahrheit in der Lebensbetrachtung

Band 29 der Abhandlungen, April 2012, S. 51–70

Zwischen artikulierter Offenheit und bleibendem Geheimnis – Ingeborg Bachmanns Blick auf Kindheit und Wahrheit

Band 29 der Abhandlungen, April 2012, S. 135–160

Die Varnhagens – Rahel Levin und Karl August Varnhagen von Ense: Lebensblick, Herzenskämpfe, Briefkultur

Band 30 der Abhandlungen, April 2013, S. 9–42

www–Friede.comm – mit Versen von KARL LUBOMIRSKI

Band 31 der Abhandlungen, September 2013, S. 103–111

Mathilde Vollmoeller-Purmann – „Kunstmalers Ehefrau“

Band 31 der Abhandlungen, September 2013, S. 113–138

Sophokles: Antigone – das Mädchen aus der Antike

Band 32 der Abhandlungen, März 2014, S. 161–180

Johann Wolfgang von Goethe – Iphigenie auf Tauris. Ein Schauspiel

Band 33 der Abhandlungen, Oktober 2014, S. 111–130

Novalis: Heinrich von Ofterdingen

Band 34 der Abhandlungen, April 2015, S. 71–96

Adalbert von Chamisso: Peter Schlemihls wundersame Geschichte – nicht ohne an Goethes Faust zu denken

Band 35 der Abhandlungen, September 2015, S. 111–130

Die Stadt – die Kunst – der Mensch. Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit (sagt Schiller)

Band 36 der Abhandlungen, März 2016, S. 23–34

Spieglein, Spieglein an der Wand ... oder: Die Begegnung mit dem eigenen Ich

Band 37 der Abhandlungen, September 2016, S. 153–168

„Wie wenige studieren das menschliche Elend?“ – Wilhelm von Humboldt als sozialkritischer Beobachter*

von UDO von der BURG

1. Besuch bei Georg Forster (1754–1794)

Für unsere Tagungen suchen wir bekanntlich vorzugsweise Orte auf, die eine Beziehung zu den Humboldt-Brüdern aufweisen. Hierauf – die Spuren Wilhelm von Humboldts in Mainz – möchte ich im ersten Teil meines Vortrags eingehen, während – daran anknüpfend – der zweite Teil das Thema der Tagung aufgreift.

Wilhelm von Humboldt hat Mainz im Alter von 21 Jahren besucht, am Beginn seines Schaffens, in einem Alter, in dem man sich noch mehr als später auf der Suche nach seinem geistigen Standort befindet. Es werden sich noch ganz andere Gedanken und Reflexionen von Wilhelm zeigen, als landläufig zu lesen und zu hören ist: Bisher kaum entdeckte Wurzeln des so komplexen kritischen Denkens treten zutage.

Wilhelm begann seine Reise ins Reich und nach der Schweiz am 18. September 1788 von Göttingen aus. Die Bildungsreise der jungen Bildungsbeflissenen aus Adel und zumeist vermögendem Bürgertum war üblich, sie gehörte sozusagen zur gesellschaftlichen Norm¹. In der uradeligen Familie von Dacheröden gehörte sie zur Tradition, bei der neuadeligen von Humboldt war so etwas zunächst unbekannt.

Wilhelm macht sich, mit einer Vielzahl von Empfehlungsschreiben an anerkannte kulturelle Persönlichkeiten versehen, auf die Bereisung von Universitätsstädten und Residenzorten im vorwiegend südwestlichen Deutschen Reich auf. Wilhelm zeigt sich dabei nicht als ein auf Tagesereignisse und Sensationen abzielender Erlebnis-Tourist, sondern er verfolgt ausdrücklich ein konkretes und höchst aktuelles Bildungsziel: Er befragt alle seine Gesprächspartner, wie sie das gerade am 9. Juli 1788 von König Friedrich Wilhelm II. (1786–1797) erlassene Religionsedikt einschätzen². Das Religionsedikt untersagte die von Friedrich d. Gr. (1740–1786) zugelassene aufklärerische Interpretation der Bekenntnisschriften, die gerade von den Berliner Theologen unterstützt wurde. Dies war ein höchst sensibles kirchen- und innenpolitisches Thema und erregte nicht nur die Lutheraner, sondern mindestens ebenso die Reformierten, die

* Vortrag, gehalten zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft am 7. Oktober 2016 in Mainz

1 Entsprechend gab es auf dem Buchmarkt eine beachtliche Anzahl von Reise- und Städteführern.

2 Vgl.: Kessel, Eberhard: *Wilhelm von Humboldt auf der Reise nach Mainz*, in: Festschrift Ludwig Petry, Teil 1, Wiesbaden (1968), S. 151–176 (= Geschichtliche Landeskunde Bd. V).

Nachkommen der Hugenotten, obwohl das Edikt gegen sie gar nicht gerichtet war, sondern nur gegen die Lutheraner. Gerade weil Ludwig XIV. (1643–1713) in ihre religiösen Freiheiten eingegriffen hatte, so dass sie fliehen mussten und in Preußen Aufnahme fanden und Religionsfreiheit – und jetzt dieser Zwang! Und Wilhelm von Humboldt und die Familie seiner Mutter waren Reformierte. Das Religionsedikt war das Ur-Ereignis, das Wilhelm die Augen dafür öffnete, dass der Staat unbedingt seine Grenzen haben muss.

Wilhelm trifft am 7. Oktober 1788 in Mainz ein. Er sucht sofort die Familie Forster auf, die ihn zum Mittagessen einlädt, obwohl sie selbst erst seit wenigen Tagen in Mainz wohnt. Georg Forster (1754–1794), der bereits auf einen aufregenden Lebenslauf zurücksieht, hat gerade eine Stelle als kurmainzischer Bibliothekar angetreten³. Der Besuch bei Forster war vorab vereinbart worden, man kannte sich von Göttingen her, wo Wilhelm bei dem berühmten Altphilologen Christian Gottlob Heyne (1729–1812) Kollegs besucht hatte. Heynes Tochter Therese (1764–1829) war mit Georg Forster verheiratet. Aufgrund dieser Bekanntschaft⁴ ergab sich für wenige Jahre ein reger, nachhaltig wirkender Gedankenaustausch, wenn nicht gar Einfluss von Forster auf Humboldt. Auch Forster ging es gerade zu diesem Zeitpunkt in seiner Schrift „*Über Proselytenmacherei*“ um die Vereinnahmung der Religion durch den Staat. Wilhelm seinerseits legte sodann seine Gedanken in der Schrift „*Über Religion*“ nieder, die zunächst Manuskript blieb, später jedoch mit einem großen Teil in das VII. Kapitel der Schrift über die Grenzen des Staats Eingang fand.

Auch andere Gedankengänge bei Wilhelm von Humboldt zeigen den Einfluss von Georg Forster, so z.B. aus dessen Schrift: „*Ansichten vom Niederrhein*“ (1790). Auf die späteren Beziehungen zwischen Wilhelm von Humboldt und Georg Forster indessen kann hier nicht näher eingegangen werden, nur dieses sei vermerkt: Forster erwies sich schließlich als unbedingter Anhänger der fran-

3 Nach seinem England-Aufenthalt einschließlich der Forschungsreise mit Kapitän Cook war Forster 1779-1784 Professor für Naturgeschichte am Collegium Carolinum in Kassel und 1784-1787 Professor für Naturgeschichte in Wilna (Polen) gewesen.

4 Wilhelm stattete Forster noch einen zweiten (3.–20. September 1789 im Verlauf der Reise nach Paris und der Schweiz) und einen dritten Besuch (4.–8. Dezember 1789 auf der Rückreise) ab. Vgl. Leitzmann, Albert (Hrsg.): *Georg und Therese Forster und die Brüder Humboldt. Urkunden und Umriss*, Bonn (1936), S. 29–33 und S. 54. Der Gedankenaustausch wird rege fortgesetzt, ist aber nur einseitig und lückenhaft erhalten. Er lässt nach, als Wilhelm in Berlin das Referendariat absolviert, und flackert anschließend wieder auf (ebd., S. 72f., 77f.). Dazu auch weiterhin die Darstellung über den zusammen mit Steven Jan van Geuns vorgenommenen und von diesem in seinem Tagebuch festgehaltenen Besuch von Alexander von Humboldt in Mainz und bei Forster: Steven Jan van Geuns. *Tagebuch einer Reise mit Alexander von Humboldt durch Hessen, die Pfalz, längs des Rheins und durch Westfalen im Herbst 1789*, hrsg. von Bernd Köbel und Lucie Terken, Berlin (2007), S. 157–165 (= Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung 26).

zösischen Revolution. Nachdem am 21. Oktober 1792 Mainz von den Revolutionsstruppen besetzt worden war, schloss sich Forster dem Mainzer Jakobinerclub an und übernahm ein Amt in der Stadtregierung, die den Anschluss der „Mainzer Republik“ an Frankreich vorbereitete. Veranlasst durch die Rückeroberung von Mainz durch die deutschen Koalitionstruppen am 22. Juli 1793, floh Forster nach Paris und verstarb dort am 21. Januar 1794.

Das Verhältnis von Wilhelm von Humboldt zur Französischen Revolution war distanziert, Forster hingegen liebte das direkte Engagement. Gleichwohl behielt Wilhelm von Humboldt die Aktivitäten Georg Forsters im Auge: Am 13. Dezember 1792 schrieb Karoline von Humboldt von Auleben aus an ihren Bruder, ob er wohl Forsters Rede besorgen könne, die dieser am 15. November vor dem Mainzer Jakobinerclub zum Thema: „Über das Verhältnis der Mainzer gegen die Franken“ gehalten hatte, und ob sich in Erfurt der Koadjutor Karl Theodor von Dalberg (1744–1817) speziell zu Forsters politischer Tätigkeit geäußert habe.

2. Therese Forster (1764–1829)

Georg Forster führt Wilhelm von Humboldt zu den Mainzer Persönlichkeiten, mit denen dieser ins Gespräch zu kommen wünscht. Auch das Erscheinungsbild und die Umgebung der Stadt werden in Humboldts Tagebuch ausführlich beschrieben und finden durchaus Wilhelms Gefallen. Noch viel bedeutsamer ist indessen Forsters Ehefrau Therese. Therese findet Wilhelms Beachtung nicht nur, weil sie Georgs Ehefrau oder des Professors Heyne Töchterlein ist, sondern Therese zählt als „Bundesschwester“ zum Berliner Tugendbund, sozusagen als „korrespondierendes Mitglied“, wie Karoline von Lengefeld verheiratete von Beulwitz (1763–1747) und Karoline von Dacheroeden (1766–1829), Wilhelms zukünftige Braut und Ehefrau.

In Mainz ergibt sich die Gelegenheit, Therese näher kennen zu lernen. Als Wilhelm gegen Abend des Ankunftstages zum zweiten Mal die Forstersche Wohnung aufsucht, trifft er Therese ohne ihren Ehemann an. Wilhelm notiert in sein Tagebuch: „Das Gespräch fiel auf Freundschaft, Liebe, eheliches Glück und Unglück.“⁵ Wilhelm ist von Thereses Persönlichkeit angetan: „Sie denkt über alle Dinge nach, und sie ist die erste Frau mit der es mir nie am Gegenstand des Gesprächs fehlte.“ (41f.) Wilhelm bemerkt an Therese „ein starkes Gefühl ihrer innren Kraft“ (42), „unendlich viel Geist, so ausgebreitete Kenntnisse“ (43),

⁵ Wilhelm von Humboldt: *Tagebücher*, hrsg. v. Albert Leitzmann. Erster Band. 1788–1798, Berlin (1916), S. 41. (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preußischen Akademie der Wissenschaften, Bd. XIV). – Im Folgenden steht die Angabe der Seite im Text. Die Original-Schreibweise wurde beibehalten.

„so viel Herz“. Er notiert: „*Es ist ein herrliches Weib*“. Therese warnt ihn, sich in sie zu verlieben, freundschaftlich jedoch könne man miteinander verkehren. Doch: Wilhelm wäre nicht Wilhelm, wenn er sie nicht auch kritisch sähe: Er bemerkt, dass sie sich „zu viel in Gebärden äussert“ (43). Therese ist ihm zu lebhaft: „*Das geht manchmal ins Unweibliche. Schön ist sie nicht. ... Manchmal ist sie sogar ... sehr hässlich. Sie ... schielt auch mit dem einen Auge wie der Vater. Aber manchmal weiss sie auch in ihre Minen eine Güte, eine Grazie zu legen, die hinreißt. ... Was mir äusserst misfällt, sie schminkt sich. ... Ich sehe nicht ab, was die Blässe schaden kann.*“⁶ (43) Am 8. Oktober, dem zweiten Tag der Anwesenheit, sucht Wilhelm am Vormittag abermals die Eheleute Forster auf. Es entwickelt sich mit Therese, mit der er eine Zeitlang allein im Zimmer bleibt, abermals ein Gespräch um Liebesbeziehungen. Wilhelm bemerkt, dass Therese „sehr hohe ... Begriffe von Liebe“ (45) habe, dass sie darüber „sehr strenge“ urteile. Wilhelm erklärt sich diese Haltung damit, dass sie auf Thereses Erfahrungen mit den Eltern zurückzuführen seien.⁷

Wilhelm von Humboldt und Therese Forster unterhalten nach dem Besuch in Mainz vorübergehend einen Briefwechsel. Karoline von Dacheroeden bleibt dies nicht verborgen. Sie verfolgt die Bekanntschaft zwischen beiden mit großer Wachsamkeit. Karoline bestreitet keineswegs Thereses Verstandeskraft, sie sucht jedoch von Anfang an, Wilhelm davon zu überzeugen, dass Therese seinen Charakter falsch einschätzte: „*Das ist ein närrischer Gedanke, daß Du zu klug seiest, um ehrlich zu bleiben, ich kann nicht leiden, daß jemand von Dir das Gegenteil ahndet.*“⁸ (25)

Bald laufen in der Bekanntschaft zwei Handlungsstränge teils parallel, teils miteinander verflochten. Wilhelm sinnt nach, ob Therese und er in ihren Auffassungen zueinander passen. Er schreibt Karoline: Mit „den meisten ihrer Ideen würdest Du doch uneins sein, wie ich es bin.“ (37) Karoline ihrerseits bemüht sich, Wilhelm von Therese abzubringen: Therese fehle das, was ihr, Karoline, sehr wichtig sei, das „Geben und Nehmen des Herzens“. (40) Karoline verhält sich sehr geschickt, gar raffiniert. Sie verbietet Wilhelm den Kontakt mit Therese keineswegs, vielmehr lenkt sie seine Absichten gegenüber Therese um. Sie rät Wilhelm, auf Therese wohlthuend einzuwirken: „*Dein Beispiel wird sie belehren, dass man bei sehr hellem Verstand dennoch gut sein kann.*“ (40) Auf die Versicherung der Anteilnahme: „*Erlaube mir immer, stille Wünsche für das*

6 Blasse Haut kennzeichnete den Angehörigen des Adels, während die natürliche Gesichtsfarbe die Zugehörigkeit zur dem Sonnenlicht direkt ausgesetzten Unterschicht anzeigte: Landmann, Magd, Kutscher, Bote, Soldat usw.

7 Dazu Wilhelms Notizen ebd., S. 46f.

8 *Brautbriefe Wilhelms und Karolinens von Humboldt*, hrsg. Albert Leitzmann, Leipzig (1920) u. ö., S. 25. – Im Folgenden steht die Angabe der Seite im Text.

Wohl und die Ruhe Deiner Freundin im Herzen zu tragen“, folgt die unmissverständliche Aufforderung: Teile *„mir die Briefe von ihr mit ... Sie interessieren mich gar sehr, und Du darfst glauben, daß ich einer Indiskretion unfähig bin.“* (40)

Wilhelm befließigt sich in der Folgezeit, Karoline zu versichern, dass ihre Vortrefflichkeit weit über Thereses Charakter hinausgehe (66), er beschwichtigt seine Braut mit der Bemerkung, er habe lange nichts mehr von Therese gehört (73). Schließlich gesteht er sich ein, dass die Bekanntschaft doch wohl *„zu jugendlich und zu idealistisch“* (93) gewesen sei. Offensichtlich hat Karoline in der Frühzeit der Bekanntschaft wirklich gedacht, Wilhelm zöge Therese vor: *„Nachdem ich die Idee gefasst hatte, daß Dein Herz der Forstern gehöre, war es mein so voller Ernst“* (311). Noch zum Jahreswechsel von 1790 auf 1791 verfolgt Karoline der Gedanke einer Verbindung von Wilhelm und Therese bis in ihre Träume, und sie teilt dies auch Wilhelm mit (334).

Zur gleichen Zeit begann die Ehe zwischen Therese und Georg Forster zu zerrütten. Forster war offensichtlich mehr Revolutionär als Familienmensch. Therese verließ mit ihren Kindern Mainz im Dezember 1792, weil sie die kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen ahnte: Im Juli wurde Mainz von den deutschen Koalitionstruppen belagert und musste sich ergeben. Nach Georg Forsters Tod in Paris, wohin er geflohen war, heiratete Therese im April 1794 den Schriftsteller und Redakteur Ludwig Ferdinand Huber (1764–1804), mit dem sie zuvor in Mainz bekanntgeworden war. In Mainz hatte Huber das Amt des kursächsischen Gesandten versehen.

3. Mainzer Zukunftspläne

Eine weitere Mainzer Perspektive muss genannt werden: Aus dem Pool, gebildet von Wilhelms und Karolines Berufs- bzw. Lebensvorstellungen, der Freundschaft mit dem Ehepaar Schiller und der Bekanntschaft mit dem Koadjutor von Dalberg entstand bald nach der Verlobung der Plan einer gemeinsamen Übersiedlung nach Mainz, Wilhelm als preußischer Gesandter – die mit der Verleihung des Titels Legationsrat verbundene Zugehörigkeit zum Departement für auswärtige Angelegenheiten gab dazu die Grundlage –, Schiller als Professor an der dortigen Hochschule und der Koadjutor als zukünftiger Kurfürst. Das Ehepaar Humboldt hätte dann eine Art Musenleben führen können wie ähnlich später in Rom, und die Schillers wären finanziell besser versorgt gewesen.

Der Plan wurde, wie dem Briefwechsel zwischen Karoline und Wilhelm zu entnehmen ist, mit Emsigkeit und großen Hoffnungen verfolgt. Das Projekt zerstückelte sich jedoch im Laufe der Zeit, da der Koadjutor wegen der langen Lebensdauer des Kurfürsten Erzbischof Friedrich Karl Joseph von Erthal (1719–1802)

das Amt als Nachfolger vorerst nicht antreten konnte und weil auch die politische Entwicklung, die Revolutionskriege am Rhein, eine Anstellung in Mainz verhinderten. Auch beschlich Wilhelm eine gewisse jugendliche Skrupelhaftigkeit: *„Mit der Gesandtschaft in Mainz könnte es sich wohl machen, indessen leugne ich dir nicht, daß durch keine fremde Rücksichten gebundene Existenz noch weit schöner wäre. Für mein Gefühl liegt auch in dem Gedanken etwas Unangenehmes, der Spion zu sein, wo man der Freund sein könnte. Das ist doch eigentlich die Rolle, die Gesandten spielen, vielleicht an einem Hof wie Mainz weniger, aber doch immer.“* (297)

4. Wilhelm als sozialkritischer Beobachter

Wilhelm von Humboldt ist auf seiner Reise ins Reich nicht nur darauf aus, im Reich außerhalb Preußens die Ansicht maßgeblicher Meinungsträger über das jüngst erlassene Religionsedikt zu erfahren, er fasst auch die Praxis in Gestalt von Einrichtungen für sozial angeschlagene und leidende Menschen ins Auge. Dies ist eine neue, bisher arg vernachlässigte Seite, die an Wilhelm zu erkennen ist, nachdem die Forschung ihre Aufmerksamkeit bisher hauptsächlich Wilhelms hochgeistigen Traktaten geschenkt hat. Das 18. Jahrhundert ist die Zeit, in der die Lösung der Frage des sozialen Elends zur Aufgabe wird, nicht zuletzt massiv aufgeworfen und unterstützt durch die Grundgedanken der Aufklärung, und wie viele andere hat Wilhelm von Humboldt, übrigens auch sein Schwiegervater, sich mit diesem Aufgabenfeld befasst⁹.

Jetzt auf dieser Reise, ebenso auf der Reise nach Frankreich und in die Schweiz im Folgejahr wie auch in späteren Berichten, tritt Wilhelm als engagierter Besucher und scharfer Beurteiler von sozialen und entsprechenden Einrichtungen auf. Hospitäler, Armen- und Arbeitshäuser, Gefängnisse, Erziehungseinrichtun-

9 In der Bibliothek des Schwiegervaters befanden sich zahlreiche Artikel über Armenpflege, Armeninstitutionen, Verbesserung des Strafvollzuges, Rechtsreform im sozialen Bereich. Auch die *Berlinische Monatsschrift*, das Publikationsorgan der Berliner Aufklärer, befasste sich in etlichen Artikeln mit dieser Materie: Müchler, K.: *Vielfaches Verbrechen aus geringer Ursache*, Jg. 1791, H. 2, S. 120–132; *Friedrich Wilhelm III. König von Preußen: Zur Einleitung in die Kenntniß der neuen Berlinischen Armenpflege. Erste Aktenstücke darüber*, in: *Neue Berlinische Monatsschrift*, Jg. 1803, H. 1, S. 401–443. Anonym erschienen: *Rädern. Das Flechten des Körpers ans Rad*, in: *Berlinische Monatsschrift*, Jg. 1785, H. 1, S. 478–482; *Ueber das Betteln auf dem platten Lande und in kleineren Städten*, in: ebd., Jg. 1787, H. 1, S. 3–22; *Hans und die Sense. Der Staat und die Todesstrafen*, in: ebd., Jg. 1789, H. 1, S. 534–541; *Ueber die Rumfordischen Suppen, und deren Anwendung in Berlin*, in: *Neue Berlinische Monatsschrift*, Jg. 1801, H. 1, S. 81–118.

gen, Strafvollzug werden besichtigt, und ihr Zustand sowie ihre jeweilige Notwendigkeit werden kritisch durchdacht.¹⁰

Die Gefängnisse, die er besichtigt, befinden sich durchweg in katastrophalem Zustand, verdreht, beengt, ohne Licht und Luft. Häufig liegen Zuchthaus und Armenhaus unter einem Dach. „*Das innere der Bastille*“ beschreibt er als „*schaudervoll*“¹¹. Das Spital in Lausanne macht äußerlich den Eindruck eines Prachtbaus, die innere Einrichtung ist schrecklich kümmerlich (223). Das große Krankenhaus in Paris, das „*Hôtel de Dieu*“, beschreibt er als Anstalt, in der unbeschreibliches Elend herrscht: „*Von 4 ½ Menschen stirbt im Hôtel de Dieu einer, pro Jahr nahezu 2000.*“ (126) Das Trepanieren ist fast immer tödlich.

Aber die eigentliche Klage führt Wilhelm nicht über die Zustände, die in den Einrichtungen herrschen, sondern über die Betrachter, die Zuschauenden, die Sensationsbesessenen, die dort nur das Spektakel suchen, aber das Elend nicht, vor allem nicht in seiner Tiefe, zur Kenntnis nehmen, und bedenkt: Die „*schändlichste und doch gemeinste weichlichkeit ist der ekel, mit dem wir jeden anblick des unglücks von unsrem auge entfernen.*“ (125) Wir geben dabei, so entlarvt Wilhelm die Verharmlosungssucht anpassungsbereiter Mitmenschen, einen zu vorteilhaften Begriff von den Einrichtungen zur Erleichterung des menschlichen Elends, so dass die „*summe dieses Elends ... in unsren Augen verringert*“ wird, statt dass wir sie aufs Schärfste beurteilen. Gerade entgegengesetzt muss gehandelt werden, denn es ist „*besser das gute, als das böse zu verschweigen*“. Man glaubt zu früh, genug getan zu haben, und hört dann auf, sich einzusetzen: „*Will man sich die Mühe des beobachtens ersparen? Man urtheile nur gelinde, und man ist sicher vor allem tadel.*“

5. Wilhelm von Humboldts Paradigmenwechsel: Der Täter ist Opfer

In Gießen nimmt sich Wilhelm vor, den Kanzler Johann Christoph Koch (1732–1808), Professor der Rechte, aufzusuchen: „*Allein indem ich so hingeng, kam ich vor dem Zuchthaus vorbei, und ich überlegte, dass es wohl nüt-*

10 Parallel zu Wilhelms Reise ins Reich wird in der *Berlinischen Monatsschrift* eine Diskussion über den Begriff „Freudenmädchen“ geführt: Anon.: *Ueber den Ausdruck Freudenmädchen*, in: *Berlinische Monatsschrift*, Jg. 1787, H. 2, S. 257–260; sodann: Herm, Johann Timotheus: *Noch einmal über den Ausdruck: Freudenmädchen*, in: Jg. 1788, H. 2, S. 169–178. Dies war das August-Heft; Wilhelms Reise begann am 19. September von Göttingen aus und endete Anfang November in Pempelfort bei Düsseldorf, wo Wilhelm von Humboldt Friedrich Heinrich Jacobi (1743–1819) aufsuchte. In seiner nicht veröffentlichten Schrift: *Über Religion* (höchstwahrscheinlich erst nach dem Erscheinen des vorgenannten Aufsatzes verfasst) gibt Wilhelm einen Hinweis (S. 140) auf die Diskussion um den Begriff. Es handelt sich um eine Stelle aus dem Teil von „*Über Religion*“, den Wilhelm nicht in die spätere Staatsschrift übernommen hat.

11 *Tagebücher* (s. Anm. 5), S. 119. – Im Folgenden steht die Angabe der Seite wieder im Text.

licher sein möchte, ein Zuchthaus als einen Kanzler zu sehn.“ (26) Die Entscheidung fällt Wilhelm leicht: Das Zuchthaus ist nützlicher. Hier wird Wilhelm schließlich in eine Stube geführt, in der sich *„lauter Mädchen befinden, die zu früh Mütter geworden waren, und eine Ehebrecherin“*. Der *„Kerkermeister [erklärt]: diess sind Huren“*. Humboldt kommentiert im Tagebuch: *„Die Worte waren mir entsetzlich. Wenn nun vielleicht ein Mädchen darunter war, die ein leichtsinniger Mensch vielleicht durch Ueberredungen und trügerische Hoffnungen verführt hatte, die nur schwach nicht eigentlich liederlich gewesen war, was muss sie bei diesen Worten gefühlt haben? Muss nicht durch eine solche Strafe und solche Behandlung jeder Keim des Guten, der vielleicht noch in ihr ist, vollends erstikt werden?“* (26)

Eine Eheschließung war damals für Personen der Unterschicht oft mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Für bestimmte Berufskreise war sie untersagt bzw. von der Erlaubnis des Dienst- oder Gutsherren abhängig. Mädchen in ungesicherten oder abhängigen sozialen Verhältnissen konnten leicht ungewollt Mutter werden und verloren damit die Aussicht, später einmal eine geregelte Ehe führen zu können. In dieser Zwangslage erschien der Kindermord¹² häufig als einziger Ausweg. Die Allgemeinheit, so notiert Wilhelm, sieht zumeist *„in einem unglücklichen geschöpf dieser art nur eine verächtliche dirne“* (129) und denkt nicht an das Gefühl der Schande, unter dem das betreffende Mädchen leidet. Es verliert *„alles ehrgefühl“*. Was wird die scheuen, *„die einmal so tief sank?“* Es ist nicht entscheidend, die Person zu bestrafen, sie mit dem Gefühl der Schande zu behaften, sondern einen ganz anderen Weg einzuschlagen und die sozialpolitischen und die sozialpädagogischen Umstände zu verbessern: *„Man müsste die heirathen erleichtern, der armuth abzuhelfen suchen, das moralische gefühl und den Geschmak mehr ausbilden.“*

Insbesondere während der Tätigkeit als Referendar im Justizdienst erfährt Wilhelm die Problematik des Kindermordes und weitergehend die des unwillentlichen Täters. Aus den Briefen an Karoline, die Braut, wird deutlich, wie sehr ihn dabei nicht die Strafsache an sich, sondern die Person der Täterin interessiert: Die Kindsmörderin, die den Säugling nicht ernähren kann und den sozialen Anschluss verliert, der Soldat, der einen ihm zur Aufbewahrung übergebenen Reichstaler veruntreut und dafür hingerichtet wird. Menschen *„scheinen mir so wenig schuldig“*¹³. Häufig ist die Ursache geringfügig, die Ausgangslage hoffnungslos. *„Da zerknickt man denn mit der Strafe jedes höhere, schöne-*

12 Dazu: Eilert, Heide: *Kindsmord (literarisch)*; Roth, Andreas: *Kindsmord (juristisch)*, in: Schneiders, Werner (Hrsg.): *Lexikon der Aufklärung. Deutschland und Europa*, München (1995), S. 204f.; S. 205f. Auch: Carl Friedrich von Dacheroedens letzte Ausarbeitung (1809): *Gedanken über die Strafe des Kindermordes* (Staatsbibliothek Berlin Ms. Germ. Fol. 505, Pap. 8 Bll.).

13 *Brautbriefe* (s. Anm. 7), S. 205. – Im Folgenden steht die Angabe der Seite wieder im Text.

re Gefühl und zwingt die Menschen zu Kälte und Fühllosigkeit. Sonst sah ich das anders an, ich wäre aus Grundsatz streng gewesen. Die Menschen müssen leiden, um stark zu werden, dacht ich. Jetzt denk ich, sie müssen Freude haben, um gut zu werden. Ich bin viel sanfter, viel menschlicher geworden.“ (206) Das Problem, unter dem Wilhelm leidet, besteht darin, einerseits als Beurteilungsbasis „*einem ungeschickten Stück Akten*“ (244) entsprechen und sich dann „*einem steifen, positiven Gesetz anschmiegen und, diese Kluft zu überspringen*“ zu sollen, wobei er seine „*Zuflucht zu einem scharfsinnigen, oft spitzfindigem Raisonement nehmen*“ muss. Wie kann er dabei jedoch andererseits dem Anspruch genügen, dem betroffenen Menschen „*in seinen Ideen, Gefühlen*“, in seinen tatsächlichen Beweggründen, in seinem Charakter, gerecht zu werden? Um „*eigentlich ganz edel gegen die Menschen zu handeln, muß man sie sich doch immer ebenso feinführend denken, als man sich selbst in einem gleichen Falle zutrauen würde.*“ (245)

Die Relativität der Bedeutung und Wirkung von Strafe kann Karoline sehr wohl nachvollziehen. Wilhelm hat Karoline zum Zwecke des Vorzeigens beim Schwiegervater – damit er sich von dem fachlichen Ausbildungsfortschritt seines Schwiegersohnes ein Bild machen kann – eine von ihm verfasste Proberelation zugesandt. Dazu schreibt Karoline zurück: „*Die Strafe war zu streng. Die Idee des Mangels ist bei Geschöpfen dieser Art weit schrecklicher als bei gebildeteren. Ich sah einmal eine Bauersfrau untröstlich über den Verlust ihres Kindes. Wie ich ihr ein paar Taler zur Beerdigung gegeben hatte, erheiterte sie sich merklich.*“ (300)

6. Unterschiedlichkeit ist Bereicherung

Auf seiner Reise ins Reich will sich Wilhelm die unterschiedlichsten Meinungen über das preußische Religionsedikt zur Kenntnis bringen, er will sich mit ihnen auseinander setzen und die eigene Auffassung abklären und schärfen. Er will weder die Gesprächspartner beeinflussen, das Religionsedikt zu akzeptieren, noch will er sie dazu hinreißen, durch Schrift oder Handlung dagegen zu protestieren. Zwar muss er hier und da feststellen, dass dem Gesprächspartner das Religionsedikt nur halb bekannt ist oder er es nur oberflächlich verstanden hat, aber er diskriminiert ihn nicht. Im Gegenteil: Es kommt ihm überhaupt nicht in den Sinn, die Auffassung des Gesprächspartners in seinem Beurteilungshorizont zu integrieren, zu vereinnahmen, sondern darum, die eigene Einschätzung und das eigene Verhalten zu bereichern.

Hierzu führt Wilhelm selbst zwei Beispiele an: Auf dem Wege von Meyringen (bei Grindelwald in der Schweiz) nach Gutannen am 22. Oktober 1789 kehrt Wilhelm bei einem Bauern ein. Er hält in seinem Tagebuch fest: „*So rauh die*

*Gegenden hier sind, so einfach in mancher rücksicht wenigstens ... die sitten, so einsam das hirtenleben, so find' ich doch hier weit mehr höflichkeit und natürliches gefühl für das schickliche, als bei uns. Gewiss liegt doch der Fehler bei uns in dem druk und der armuth.*¹⁴ Die Tochter des Gastgebers beschreibt er als „sehr naïv“. Sie bittet Wilhelm, ihr von seiner Frau zu erzählen. Wilhelm notiert: „*Ich versicherte ihr, ich hätte keine, aber sie – die wahrscheinlich nach der erfahrung auf ihrem dorf untheilte – meinte, das wäre ganz unmöglich, und, setzte sie hinzu, wenn Ihr jetzt keine habt, so macht nur bald, sonst nimmt Euch keine mehr.*“ Kein Wort davon, dass Wilhelm sie belehrt oder getadelt, dass er gar spontan ein Emanzipationsprogramm für Grindelwald entworfen hätte, vielmehr: Acht Wochen später in Erfurt verlobt sich Wilhelm von Humboldt mit Karoline von Dacheroeden.

Auch folgende kleine Episode, die er in Arolsen im Fürstentum Waldeck während der Reise ins Reich festhält, deutet an, wie wertvoll für Wilhelm die Begegnung mit der Unterschiedlichkeit ist: „*Die hiesigen Offiziere scheinen weit gebildeter und artiger, als die Preußischen, wahrscheinlich weil sie viel in fremden Ländern, mit den Engländern und Holländern dienen, und dann vielleicht auch, weil sie weniger militairisch und mehr am Hof und in Gesellschaft leben.*“ (8f.) Nichts anderes ist dies als eine Illustration für Wilhelms berühmten und vielzitierten Ausspruch am Anfang des II. Kapitels seiner Schrift über die Grenzen der Wirksamkeit des Staats, in dem es heißt, dass es zur „*Entwicklung der menschlichen Kräfte noch etwas andres*“ bedürfe, nämlich der „*Mannigfaltigkeit der Situationen*“. Wilhelm setzt, eigentlich als Warnung zu verstehen, fort: „*Auch der freieste und unabhängigste Mensch, in einförmige Lagen versetzt, bildet sich minder aus.*“

Wohl kaum ist damit etwas anderes angerührt als die Thematik, die gegenwärtig durch das Reizwort „Inklusion“ bestimmt ist. Inklusion meint das Einbeziehen, das Hineinlassen, das Hineingeben „*von Teilen in und zu einem Ganzen*“. Unter Inklusion wird ein Konzept des menschlichen Zusammenlebens verstanden: „*Es geht darum, jedem/jeder Einzelnen die aktive Teilnahme an der Gemeinschaft zu ermöglichen, vorhandene Barrieren zu erkennen und zu beseitigen.*“¹⁵ Die Gemeinschaft soll von der Unterschiedlichkeit und Vielfalt jedes Menschen profitieren, „*die in einer Gemeinschaft vorhandenen Besonderheiten ihrer Individuen zu erkennen, prinzipiell wertzuschätzen und sinnvoll zu nut-*

14 *Tagebücher* (s. Anm. 5), S. 201. – Im Folgenden steht die Angabe der Seite wieder im Text.
15 <http://www.montag-stiftungen.de/jugend-und-gesellschaft/uebner-uns/inklusion.html>, S. 1.

zen.“ Die damit verbundene Diversität wird zu einer gesellschaftsumfassenden Leitkategorie.¹⁶

Nun mag man zwar aus einem Abstand heraus Inklusion für etwas Überflüssiges¹⁷ halten, man habe ja das Instrument der Integration und zudem auch noch Ministerien, die sich mit deren Verwirklichung befassen, zumindest befassen – sollen. Hier ist jedoch Nachhilfe-Unterricht erforderlich. Denn die Begriffe kennzeichnen je eigene, unterschiedliche, geradezu gegensätzliche sozialpolitische Konzepte, sie beruhen auf je eigenen Sichtweisen auf die Gesellschaft. Integration bezeichnet eine Entwicklung, bei der die Anpassung einer kleineren Außengruppe an eine relativ homogene Mehrheitsgruppe gefordert wird, damit jene als vollwertiges Mitglied akzeptiert wird. Inklusion verwirft diese Zwei-Gruppen-Theorie und versteht alle Menschen als gleichberechtigte Individuen, die – unabhängig von persönlichen Merkmalen und Voraussetzungen – Teil des Ganzen sind. Das Konzept der Inklusion hält unterschiedliche individuelle Eigenschaften und Voraussetzungen ganz einfach für notwendig, weil dies zur Anerkennung des Prinzips der Menschenwürde gehört. Eine lebens- und daseinskräftige Gesellschaft bedarf dermaßen flexibler Rahmenbedingungen, damit jedem Einzelnen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden kann.

Selbstverständlich gibt es in einer gesellschaftlichen Entwicklung Missverhältnisse zwischen prinzipieller Sicht und praktischer Umsetzung.¹⁸ Handlungsleitende Ideen lassen sich nie im direkten Verhältnis umsetzen. Vielmehr laufen dergleichen Prozesse stets Gefahr, durch einen bildungspolitischen Willen konfusioniert zu werden. Legislaturabhängige Regierungswirtschaft leidet oft daran vorzuschreiben, was zu tun und zu lassen sei, und meidet kritisches Hinterfragen. Inklusion ist schließlich auch an finanzielle Ressourcen gebunden, an den Elternwillen, an das Recht des Einzelnen, dass seine Begabung gefördert und seine individuelle Leistung gewichtet werden, an konkurrierende Gerechtigkeitsideen: *„Reformbemühungen in einer komplexen Welt der Brüche und Widersprüche erfordern deshalb umso mehr ebenso beharrliche wie behut-*

16 Mertens, Gerhard: *Einführung in das Thema*, S. 3. In: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik 92 (2016), H. 1, S. 8. – Das Heft enthält Vorträge anlässlich der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft 2015 in Bonn zum Rahmenthema: *„Inklusion – Wunsch, Wagnis, Wirklichkeit. Zu einer Leitkategorie im Zeichen gesellschaftlicher Diversität“*.

17 In der Diskussion scheint das Verständnis von Inklusion bisweilen zwischen einem „Kulturlosen Modebegriff“ und als „feindbesetzt“ zu schweben; s. dazu Radhoff, Melanie: *Begriff und Entstehung des Inklusionskonzeptes*, in: Europäische Erziehung (2016), H. 2, S. 4.

18 Hierzu ausführlich auch: ebd., S. 6ff.

*same Balanceakte einer Verantwortung, die den realen Verhältnissen jeweils ein Mehr an Humanität abzurufen versucht.*¹⁹

Einer Reform geht der Prozess der Lösungssuche voraus. Jeder Einzelne, jede gesellschaftliche Gruppierung ist dabei zu Suchbemühungen aufgefordert. Die Humboldt-Gesellschaft kann deshalb nicht genug tun, immer wieder Denk- und Handlungsanstöße zu geben, zu versuchen, „den realen Verhältnissen jeweils ein Mehr an Humanität abzurufen.“

19 Mertens, S. 8.

Sozialpädagogik in Deutschland*

von UWE UHLENDORFF

1. Sozialpädagogik als Wissenschaft

Was unter dem Begriff der Sozialpädagogik in Deutschland zu verstehen ist, war in der Fachdiskussion lange Zeit strittig. Es gab unterschiedliche „wissenschaftliche Schulen“, die den Terminus „Sozialpädagogik“ mit spezifischen Inhalten füllten. Erst in letzter Zeit bildete sich innerhalb der Disziplin ein gemeinsamer Konsens heraus (vgl. Thole 2005; Niemeyer 2005; Rauschenbach/Züchner 2005). Im Folgenden sind mit dem Begriff „Sozialpädagogik“ eine Wissenschaftsdisziplin und ein Praxisfeld gemeint, die beide ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf pädagogische Probleme von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen richten, die im Kontext von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen entstanden sind und zu deren Bewältigung spezifische Maßnahmen konzipiert wurden. Erziehung, Bildung und Lernen bilden hier die zentralen Bezugspunkte theoretischer und praxisbezogener Reflexion.

1.1 Historische Entwicklung

Der Begriff „Social-Pädagogik“ tauchte Mitte des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal auf, z.B. in Schriften des Pädagogen Karl Magers (1810–1858). Unter „Sozialarbeit“ hingegen werden Maßnahmen verstanden, die sich auf soziale Randgruppen und auf Erwachsene und Familien richten, bei denen die Bewältigung von sozialen, materiellen, physischen und psychischen Schwierigkeiten im Vordergrund steht. Der Terminus „Soziale Arbeit“ schließlich umfasst als Oberbegriff beide Bereiche.

In vielen anderen Ländern gibt es diese Unterscheidung nicht. Dies hängt mit der besonderen historischen Entwicklung in Deutschland zusammen: Sozialpädagogik und Sozialarbeit stehen für zwei historische Traditionslinien, für zwei Entwicklungsstränge, die zeitweise parallel verliefen, sich gelegentlich voneinander entfernten und verästelten, sich dann wieder überschneiden und zusammen verliefen. Aber dennoch haben beide einen gemeinsamen Ursprung, und zwar die gesellschaftliche Diagnose sozialer Probleme im 19. Jahrhundert, die ihren Ausdruck in dem Stichwort „Sociale Frage“ fand (vgl. Sachße 2003, S. 20ff).

* Aufsatz des Autors zur Übersetzung seines Vortrags, gehalten am 8. Oktober 2016 zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Mainz

Mit diesem Begriff fasste man ein Bündel von gesellschaftlichen Problemstellungen zusammen, die in Folge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden waren. Ausgangspunkt dabei war ein Arbeiterproletariat, das unter katastrophalen materiellen und sozialen Bedingungen lebte. Armut, hohe Kindersterblichkeit, enge Wohnverhältnisse und bedenkliche gesundheitliche Risiken, die zu bedrohlichen Massenepidemien führen konnten, aber auch der Erziehungsnotstand von Jugendlichen, um die sich die Eltern aufgrund der Berufstätigkeit nicht kümmern konnten, waren Gegenstand der Kritik und Besorgnis des aufgeklärten Bürgertums. Auch andere Missstände wurden beklagt: Aufgrund städtischer Fehlplanungen „ertranken“ ganze Stadtquartiere im Schlamm (es fehlten Abwässersysteme), für die zugezogenen Arbeiter bestand ein Mangel an akzeptablen Wohnungen, die Stadtquartiere waren überfüllt etc. (Reulecke 1978). Die Kritik richtete sich auch auf die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Kinderarbeit. Bedrohlich für das Bürgertum waren auch die neu entstandenen sozialistischen Bewegungen.

Mit dem Terminus Sozialpädagogik verband sich ein gesellschaftlich umfassendes Projekt, die „Soziale Frage“ mit pädagogischen Mitteln zu lösen. Er wurde von einem sozial und materiell erstarkten und zu der damaligen Zeit aufgeklärten Bürgertum geprägt. Mit ihm verbanden sich Konzepte der Volks- bzw. Armenenerziehung, der Jugendfürsorge und der Jugendpflege; und schließlich breitete sich mit deren Realisierung ein Praxisfeld aus, das teilweise öffentlich, teilweise privat organisiert und finanziert wurde. Sozialpädagogik stand für die Idee der Vergesellschaftung von Erziehung. Sie konnte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Weimarer Zeit erfolgreich durchsetzen und zwar sowohl auf rechtlicher Ebene, wie z.B. durch die Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (1922), als auch im Hinblick auf ein breit gefächertes Angebot, wie z.B. Fürsorgeerziehungsheime, Rettungshäuser, Volksbildungsstätten, Kinderbewahranstalten, Horte, Mütterberatungsstellen, Jugendvereine, Pflegekinderwesen, Berufsvormundschaft, Jugendgerichtshilfe etc. Den Maßnahmen lagen nicht nur ein pädagogisches Verständnis zugrunde, sondern auch Vorstellungen von sozialer Kontrolle und Disziplinierung, die von den normativen Erwartungen des Bürgertums geprägt waren (vgl. Peukert 1986). Zentral war dabei der Begriff der „Verwahrlosung“, der bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts pädagogisch verstanden wurde im Sinne von Mangel an Erziehung. In den pädagogischen Schriften tauchte er schon Ende des 18. Jahrhunderts bei Johann Heinrich Pestalozzi auf (Pestalozzi 1998).

Im ausgehenden 19. Jahrhundert und in der Zeit danach gab es mehr oder weniger erfolgreiche Versuche, dieses Projekt wissenschaftlich zu verankern. Hier ist z.B. Paul Natorp (1854–1924, Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Marburg) zu nennen. Er stand den oben genannten Maßnahmen

durchaus kritisch gegenüber und sah in der Sozialpädagogik keine Subdisziplin der Pädagogik, sondern eine zeitgemäße Antwort auf die durch die „Soziale Frage“ neu zu definierende Erziehungstatsache (Niemeyer 2005, S. 127). In einer seiner Hauptschriften mit dem Titel „*Sozialpädagogik – Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft*“ von 1899 fasst er den Begriff „Sozialpädagogik“ sehr weit auf im Sinne einer Erziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft und zur Gemeinschaftsfähigkeit durch die Gemeinschaft.

Nach dem Ersten Weltkrieg verengte sich der wissenschaftlich definierte Blick der Sozialpädagogik auf die Jugendhilfe (Niemeyer 1997, S. 165ff). Der Begriff „Jugendhilfe“ tauchte offiziell 1922 im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz auf und umfasste die Jugendfürsorge, worunter alle erzieherischen Hilfen für gefährdete Kinder sowie Jugendliche und deren Familien verstanden wurden, und die Jugendpflege, die pädagogische Betreuungsangebote für nicht gefährdete Kinder und Jugendliche bereitstellte. Diese in der Fachdiskussion bezeichnete Verengung der Sozialpädagogik als „Wissenschaft von der Jugendhilfe“ hatte mehrere Gründe: In den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts kam es unter der Ägide der kommunalen Sozialreformer zu einem raschen und in vielen Großstädten flächendeckenden Ausbau von Jugendfürsorge- und Jugendpflegeeinrichtungen, der schließlich durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (1922) rechtlich verankert wurde. Der Sozialpädagogikbegriff Herman Nohls (1879–1960) – er war Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Göttingen – nahm darauf Bezug.

Im Unterschied zur Jugendhilfe waren die anderen bürgerlichen Projekte der Arbeiterbildung und Volkserziehung weniger erfolgreich. Sie wurden von der erstarkten Arbeiterbewegung, den politisch linken Parteien und Gewerkschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts selbst in die Hand genommen. Einrichtungen wie das Hamburger Volksheim, ursprünglich als Volkserziehungseinrichtung gedacht und von einem etablierten Hamburger Bürgertum gegründet, konzentrierten ihre Arbeit mehr und mehr auf die Jugendpflege (vgl. Uhlendorff 2003, S. 233ff). Ende der 20er wurde von Vertretern der Fachdisziplin eine Definition geprägt, die sich von der Konzeption Natorps deutlich distanzierte: „Sozialpädagogik“ bezeichnete hierbei kein Prinzip, dem die gesamte Pädagogik unterstellt sei, sondern einen Ausschnitt, alles was Erziehung, aber nicht Schule und nicht Familie ist (Bäumer 1998, S. 146). Daneben existierten aber auch wissenschaftliche Konzeptionen, die den Begriff weiter auffassten.

Neben dem weit verzweigten Gebiet der Sozialpädagogik gab es aber auch Bemühungen, die „soziale Frage“ mit sozialpolitischen Mitteln, mit sozialen Reformen zu lösen. Dies war ein zentrales Anliegen der bürgerlichen Sozialreformer, die ihr Sprachrohr in dem 1873 gegründeten „Verein für Socialpolitik“ und später im „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ (gegrün-

det 1880/81, 1919 umbenannt in Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge) fanden (vgl. Bruch 1985; Sachße/Tennstedt 1988, S. 15ff).

Aber auch die Frauenbewegung verfolgte dieses Ziel. Ein erster Erfolg zeichnete sich in der Reform der Armenfürsorge ab: In vielen Städten wurde nach dem Vorbild des Elberfelder Systems, später nach dem Straßburger System, die Armenfürsorge neu organisiert (vgl. Sachße/Tennstedt 1988, S. 25ff). Im ausgehenden 19. Jahrhundert differenzierte sich die Armenfürsorge sehr stark aus, es entstanden öffentlich unterstützte Arbeitsfelder, wie Gesundheitsfürsorge, Krüppelfürsorge, Wohnungsfürsorge, Obdachlosenfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Klein- und Sozialrentnerfürsorge. Hier standen weniger Erziehungsfragen im Vordergrund (obwohl sie auch thematisiert wurden), sondern konkrete Hilfen (finanzieller, materieller, gesundheitlicher Art).

Die Maßnahmen der öffentlichen und privaten Fürsorge wurden nie isoliert betrachtet, sondern als Teil einer bürgerlichen Sozialreform gesehen, die auch als Dritter Weg („weder Kommunismus noch Kapitalismus“) bezeichnet wurde (Bruch 1985). Für die Bereiche der Armenfürsorge entstanden schon sehr früh Ausbildungsgänge (z.B. Frauenfachschulen). Die Verberuflichung dieser Arbeit betraf in erster Linie die Frauen; einer der ersten Frauenberufe war der der Wohlfahrtspflegerin (Sachße 2003).

Auch dieser Bereich blieb von der Wissenschaft nicht unberührt. In den Ausbildungsgängen spielten die Nationalökonomie und Begriffe wie „Fürsorge“ und „Wohlfahrtspflege“ eine zentrale Rolle. Speziell für dieses Handlungsfeld etablierte sich Anfang des 20. Jahrhunderts eine wissenschaftliche Disziplin: Die erste außerordentliche Professur für Armenpflege und soziale Fürsorge wurde 1914 von Christian Jasper Klumker (1868–1942) an der neu gegründeten Universität Frankfurt besetzt. Mit seiner Schrift *„Fürsorgewesen, eine Einführung in das Verständnis der Armut und der Armenpflege“* schuf er die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Sozialarbeit. Seit 1920 war er ordentlicher Professor für „Fürsorgewesen und Sozialpädagogik“. In der Nominierung der Professur drückte sich der Versuch aus, beide Traditionslinien zusammenzuführen. Einer seiner Schüler, Hans Scherpner (1898-1959), Professor am Institut für Sozialarbeit und Erziehungshilfe in Frankfurt, veröffentlichte in den 1962er Jahren eine bedeutsame Theorie der Sozialen Arbeit (Scherpner 1974).

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich die Sozialpädagogik als eine Teildisziplin der Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaft etablieren. Mit dem Ausbau von Fachhochschulen und Gesamthochschulen (z.B. in Kassel, Siegen und Bamberg) entstanden grundständige Studiengänge mit dem Diplomabschluss Sozialpädagoge(in)/Sozialarbeiter(in). An den Fach- und Gesamthochschulen wurden in den 70er und 80er Jahren beide Bereiche (Sozialarbeit und Sozialpädagogik) in einem Ausbildungsgang zusammengeführt. Der sozialpädagogische

Charakter der Sozialarbeit wurde durch die Formel „Hilfe zur Selbsthilfe“, im Sinne einer fallbezogenen „Ressourcenarbeit“, stärker in den Vordergrund gerückt. Aufgrund dieser Ausrichtung konnten beide Bereiche (Sozialarbeit und -pädagogik) auf der wissenschaftlichen Reflexionsebene zusammengeführt werden (Müller 1998, S. 12; Niemeyer 2005, S. 134). Im Zuge dieser Entwicklung kam es zu Versuchen, die beiden traditionell gewachsenen Arbeitsfelder und wissenschaftlichen Teildisziplinen in der Erziehungswissenschaft an den Universitäten zu integrieren, und zwar unter dem Begriff „Soziale Arbeit“. Mit den Konzepten Lebensbewältigung, Sozialintegration und Lebensweltorientierung wurde eine thematische Klammer zwischen dem traditionellen Feld der Sozialpädagogik (der Kinder-Jugend-Hilfe) und der Sozialarbeit (Arbeit mit Erwachsenen, Randgruppen) geschaffen. Die Konzepte Lebensbewältigung und Sozialintegration lassen sich auf alle Lebensalter beziehen und treffen auf alle Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit zu. Mit Hilfe dieser Klammer konnten die Felder der Sozialarbeit und Sozialpädagogik nun thematisch und konzeptionell zusammengeführt werden.

Vielen Autoren verwenden mittlerweile die Begriffe „Sozialpädagogik“, „Sozialarbeit“ und „Soziale Arbeit“ synonym. Sowohl in der Praxis und Forschung als auch in den neuen Studiengängen und theoretischen Konzepten sind die Abgrenzungen bzw. die konzeptionelle Trennung zwischen Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit obsolet geworden.

1.2 Theoretische Ansätze

Überblickt man die Literatur seit Beginn der 60er Jahre, so lassen sich verschiedene theoretische Ansätze unterscheiden:

- Ein pädagogischer bzw. bildungs- und gesellschaftstheoretischer Ansatz: Ein wesentliches Paradigma bildet hierbei der Begriff „Sozialpädagogisches Problem“. Das „Sozialpädagogische Problem“ ist ein wissenschaftlicher Begriff für eine pädagogisch und sozialpolitisch motivierte gesellschaftliche Diagnose, bei der pädagogische Probleme von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bzw. Vermittlungs- oder Erziehungsschwierigkeiten in Familien beschrieben werden, die strukturell durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse bedingt sind. Danach sind bestimmte Gruppen von Bildungsprozessen abgeschnitten. Es handelt sich um eine Sichtweise auf pädagogische und soziale Prozesse, die aus einer gesellschaftlichen Perspektive als problematisch und bedrohlich gesehen und für deren Lösung pädagogische und sozialpolitische Maßnahmen ins Auge gefasst werden. „Sozialpädagogik“ wird als Antwort auf ein strukturelles pädagogisches und gesellschaftliches Problem gesehen. Die Aufgabe der Sozialpädagogik als handelnde Profession besteht darin, Kindern,

Jugendlichen und Erwachsenen elementare Erziehungs- und Bildungsprozesse zu ermöglichen. Diesen Ansatz findet man in den Schriften von Klaus Mollenhauer, Michael Winkler (vgl. auch Uhlendorff 2009).

- In den 80er Jahren bildete sich ein theoretischer Ansatz heraus, der von den Kategorien Alltag und Lebenswelt ausgeht. Es handelt sich um die theoretische Rahmung von einem Konzept sozialer Arbeit, bei dem der Alltag, die subjektiven Erfahrungen und Sichtweisen der Klienten im Zentrum stehen. Lebensweltorientierung ist das Konzept eines Handelns, das auf gegenwärtige spezifische Lebensverhältnisse antwortet und davon ausgehend methodische und institutionelle Perspektiven entwickelt. Es verbindet dabei die Analyse von spezifischen Lebensverhältnissen und subjektiven Konstruktionen sozialer Wirklichkeit mit pädagogischen Konsequenzen. Ausgangspunkt ist dabei nicht nur das Individuum mit seinen möglichen Stärken, sondern auch dessen Eingebundensein in einen sozialen Raum mit potentiellen Ressourcen. Zentrale Struktur- und Handlungsmaximen sind Prävention, Alltagsnähe, Integration, Partizipation und Dezentralisierung. Ein bedeutsamer Vertreter dieses theoretischen Konzeptes ist Hans Thiersch.
- Ein weiteres, für die Theorie der „Sozialen Arbeit“ leitendes Paradigma ist das Theorem der Lebensbewältigung. Unter diesem Begriff wird das Streben nach subjektiver Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenssituationen verstanden, in denen das psychosoziale Gleichgewicht, insbesondere das Selbstwertgefühl und die soziale Anerkennung, gefährdet sind. Lebenskonstellationen werden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen als kritisch erlebt, wenn die bislang verfügbaren personalen und sozialen Ressourcen für die Bewältigung des Lebens nicht mehr ausreichen. Diese Theorie greift u. a. das Coping-Konzept und den Lebenslagenansatz auf. Sozialpädagogische Leistungen zielen nicht nur darauf ab, Lebensbewältigung in kritischen Lebenssituationen zu ermöglichen, sondern auch Bildungsprozesse zu unterstützen. Ein Vertreter dieses Ansatzes ist Lothar Böhnisch.
- Ein weiterer Ansatz leitet sich von den Professions- und Dienstleistungstheorien ab. Er definiert professionelles Handeln aus einer dienstleistungsorientierten Perspektive. Im Zentrum steht eine moderne Form der Professionalität, die sich in einer spezifischen Qualität sozialpädagogischer Handlungspraxis ausdrückt, welche eine Erhöhung von Handlungsoptionen, Chancenvervielfältigung und die Steigerung von Partizipations- und Zugangsmöglichkeiten auf Seiten der Klientinnen und -klienten ermöglicht (Vertreter dieses Ansatzes sind Bernd Dewe und Hans-Uwe Otto). Die sozialpädagogische Handlungspraxis ist aber zugleich auch mit bestimmten Paradoxien behaftet.
- In den 90er Jahren wurde versucht, die Systemtheorie Luhmanns auf die „Soziale Arbeit“ zu beziehen. Es entwickelte sich eine Theoriedebatte um die Fra-

ge, ob Hilfe (als Funktion „Sozialer Arbeit“) als Funktionssystem gesehen werden kann. In diesem Kontext entstanden einige theoretische Entwürfe, die aber sehr umstritten sind.

1.3 Sozialpädagogische Forschung

Es lassen sich drei Forschungsgebiete unterscheiden:

(1) *Adressatenforschung*: Hier stehen strukturelle und subjektive Bedingungen der Adressaten der „Sozialen Arbeit“ im Vordergrund. Forschungsprojekte in diesem Kontext zielen zum einen auf die Beschreibung und Rekonstruktion der Perspektive der Adressatinnen und Adressaten und ihrer Lebenssituation ab, zum anderen auf die Analyse der sie umgebenden sozialen und institutionellen Umwelt samt ihrer jeweiligen Problemlösungsstrategien. Perspektivisch ist im Bereich Adressatenforschung eine Frage zentral: Welche Probleme ergeben sich aus dem Sachverhalt, dass Personen zu Adressaten der Sozialpädagogik werden? Nicht nur Fragen nach vorhandenen Ressourcen, der Rolle und der Funktion des Adressaten im Prozess der Hilfe und Möglichkeiten sowie Grenzen der Beteiligung bzw. Demokratisierung institutioneller Strukturen werden hier als mögliche weitere Forschungsaspekte gesehen, sondern auch konkrete Rekonstruktionen von Interaktionsprozessen und Analysen der Wirkung sozialpädagogischer Institutionalisierungsprozesse auf Adressatengruppen. Also auch die Wirkungen der Institutionen auf den Adressaten als praktisches Geschehen stehen hier im Vordergrund.

(2) *Institutionenforschung*: Von der Adressatenforschung zu unterscheiden sind der institutionelle Blick mit Bezug auf die Aufgaben, Vorgaben, Ziele und Ressourcen sozialpädagogischer Organisationen sowie die institutionellen Rahmenbedingungen und der gesellschaftliche Blick mit Bezug auf die Chancenstruktur und die historisch-gesellschaftliche Situation. Institutionenforschung bezieht sich auf die Bedingungen sozialpädagogischer Angebote, auf die organisatorischen Strukturen, die kommunalen, regionalen und nationalen Bedingungen, kurz: auf die „sozialpädagogischen Einrichtungen“. Im Zentrum des Interesses stehen dabei sowohl die vorhandenen lokalen wie überregionalen Strukturen, die sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen in der Angebotsstruktur, Vernetzungs- und gegenseitige Abschottungstendenzen wie auch die internen institutionellen Bedingungen und Prozesse. An einigen Stellen wird für Forschungen in diesem Bereich die Bezeichnung „sozialpädagogische Organisationsforschung“ vorgezogen. Dies hat den Vorteil, dass eine klarere Trennung von Organisations- und Professionsforschung vollzogen ist. Anschlussmöglichkeiten sind hier gegeben an die Diskussion aus der Soziologie und Pädagogik, in der erst in neuerer Zeit eine notwendige gemeinsame Diskussion von Profes-

sion und Organisation thematisiert wird. Demgegenüber wird unter der institutionellen Perspektive eher auf „sozialpädagogisches Handeln“ und dessen Bedingungen abgezielt. Der Bezug zu sozialpädagogischen Institutionen ermöglicht es aber auch, sozialpädagogische Organisationsforschung und Organisationsforschung im Allgemeinen zu unterscheiden. Gleichzeitig lassen sich unter Institutionenforschung auch Aspekte der Arbeitsfelder und der Kooperationsbeziehungen zu anderen gesellschaftlichen Institutionen, wie z.B. Schule, Betrieb und Familie, bzw. gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. Wirtschaft und Politik, subsumieren.

(3) *Professionsforschung*: Neben den Adressaten sind die Professionellen und die anderen im sozialpädagogischen Bereich Tätigen wesentlich für die Gestaltung der sozialpädagogischen Arbeit. Es die Aufgabe des Sozialpädagogen, Hilfen, Erziehungs- und Bildungsangebote zu konstruieren, welche dem Klienten mögliche Lern- und Entwicklungschancen bieten. Wie dies in der modernen Gesellschaft unter Bedingungen der Verberuflichung gelingt, ist eine der Kernfragen der Professionsforschung. Der Forschungsrahmen dieses Themenbereiches sozialpädagogischer Forschung bewegt sich zwischen beruflichen Verbleibstudien, Professionalisierungs- und Ehrenamtsdebatten sowie einer biographieorientierten Kompetenzforschung. Zentral ist hierbei vor allem die Entwicklung von Handlungskompetenzen, von Wissen und Können, die im Zuge der Veränderungen in der Ausbildungslandschaft (an Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten) vermehrt vom Einzelnen auch im Rückgriff auf organisatorische Ressourcen bewerkstelligt werden müssen. Perspektivisch bleibt die Frage zentral, welche Probleme sich in der modernen Gesellschaft daraus ergeben, dass Probleme von Adressaten beruflich bearbeitet werden. Fragen in diesem Kontext beziehen sich nicht nur auf das Verhältnis von Adressaten und Professionellen und von Professionellen zu anderen Personalgruppen, sondern auch auf den Zusammenhang von Organisation und Profession, was als Schwierigkeit der Abgrenzung gesehen werden kann. Professionsforschung ist, so lässt sich festhalten, die wissenschaftliche Erzeugung von empirischem Wissen über und nicht für professionelle bzw. personale Zusammenhänge.

1.4. Systematische Verortung der Sozialpädagogik als Wissenschaft

„Sozialpädagogik“ als eine wissenschaftliche Disziplin ist in den universitären Ausbildungsgängen unterschiedlich integriert. Bei den meisten Universitäten, wie z.B. Bielefeld, Tübingen oder Dortmund, bildet sie einen Schwerpunkt der Erziehungswissenschaft. Andere Universitäten bieten einen eigenständigen Studiengang „Soziale Arbeit“ oder „Sozialpädagogik/Sozialarbeit“ oder „Sozialwesen“ an, wie Kassel oder Vechta. „Sozialpädagogik“ wird als interdisziplinäre

re Disziplin aufgefasst, die sich in der Lehre auf erziehungswissenschaftliche, sozialwissenschaftliche, gesundheitswissenschaftliche, soziologische und psychologische Ansätze bezieht.

2. Ausbildung von Sozialpädagogen

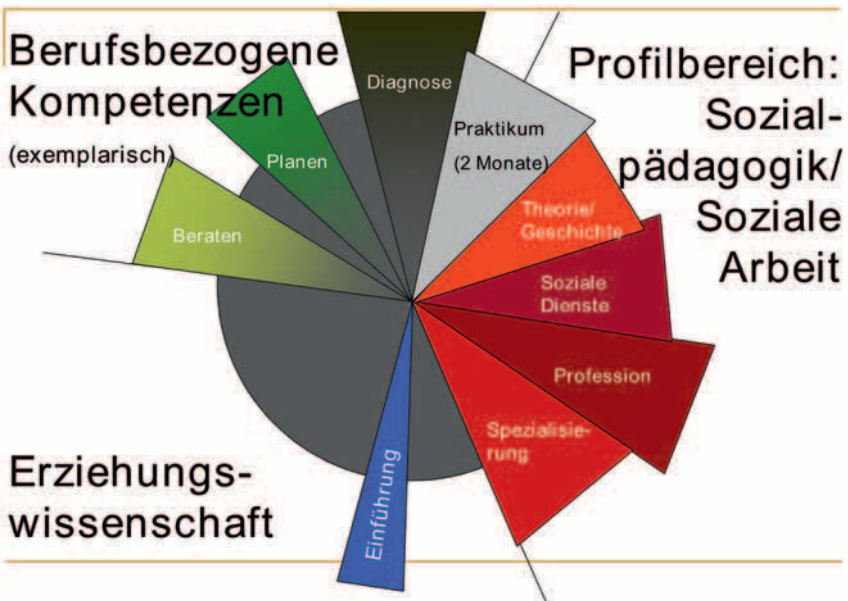
Ausbildungen bieten sowohl Fachhochschulen (mehr als 50) als auch Universitäten (insgesamt 33) an. In Folge des Bologna-Prozesses wurden an fast allen Standorten die Diplom und Magisterstudiengänge durch Bachelor- und Masterstudiengänge ersetzt. Die Bachelor-Studiengänge dauern drei Jahre. Für die BA Abschlüsse gibt es unterschiedliche Bezeichnungen (BA of Art, BA of Science, BA Educational Science, BA Social Work). Die Bachelor-Studiengänge qualifizieren ausschließlich für die Praxis der „Sozialen Arbeit“. Masterstudiengänge für „Soziale Arbeit“ werden in erster Linie von Fachhochschulen angeboten (aber auch von Universitäten wie Vechta), Masterstudiengänge in Erziehungswissenschaft mit der Fachrichtung „Sozialpädagogik“ fast ausschließlich von Universitäten. Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. Die Masterstudiengänge qualifizieren sowohl für die Praxisfelder der „Sozialen Arbeit“ als auch für wissenschaftliche Tätigkeiten an den Universitäten und an Forschungsinstituten. An einigen Hochschulstandorten (Dortmund, Kassel, Bamberg, Dresden, Tübingen und Lüneburg) werden Studiengänge für das Lehramt Sozialpädagogik (Lehrerausbildung) angeboten. Sie bilden Lehrer und Lehrerinnen für die Erzieherinnenausbildung an Berufsschulen und Fachschulen aus. Die Einführung von Ph.D. Studiengängen für Sozialpädagogik/Sozialarbeit wird zur Zeit diskutiert, bisher gibt es einige Graduiertenkollegs mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden.

In Deutschland hat sich aufgrund der Fachhochschulausbildung die Sozialpädagogik mit der Bezeichnung Diplomsozialpädagoge/-sozialarbeiter bzw. BA/MA Social Work als eigenständige Profession etabliert. Es haben sich eigene Berufs- und Fachverbände ausgebildet. Innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft gibt es eine Sektion „Sozialpädagogik und Pädagogik der frühen Kindheit“, in der die universitäre Sozialpädagogik organisiert ist.

Die Curricula der Studiengänge sind in Form von Modulen aufgebaut. Ein Modul besteht aus mehreren inhaltlich verwandten Lehrveranstaltungen, die Module werden mit Modulprüfungen oder mehreren Teilleistungen abgeschlossen. Die Sektion Sozialpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft hat ein Strukturmodell für die Fachrichtung Sozialpädagogik in den erziehungswissenschaftlichen Studiengängen entwickelt (siehe die **Abbildung**, aus sechs Teildigrammen bestehend).

Strukturvorschlag I

- Erziehungswissenschaftliche Hauptfachstudiengänge mit Schwerpunkt Sozialpädagogik (Minor-/Majormodell)
 - BA/MA in Erziehungswissenschaft/
Educational Science



Berufsbezogene Kompetenzen (anteilig Sozialpädagogik, andere Disziplinen)

Themenbereich 1: Diagnose

Themenbereich 2: Planen

Themenbereich 3: Beraten

Themenbereich 4: Vermitteln

ETC.

Profilbereich: Sozialpädagogik/ Soziale Arbeit

- Themenbereich 1: Theorie, Empirie und Geschichte der Sozialen Arbeit
- Themenbereich 2: Soziale Dienste
- Themenbereich 3: Handlungskonzepte und Professionalität in der Sozialen Arbeit
- Themenbereich 4: standortbezogene Spezialisierung

MA in Educational Science (mit Schwerpunkt Sozialpädagogik)



Beispiel: Verlaufsplan Majorvariante

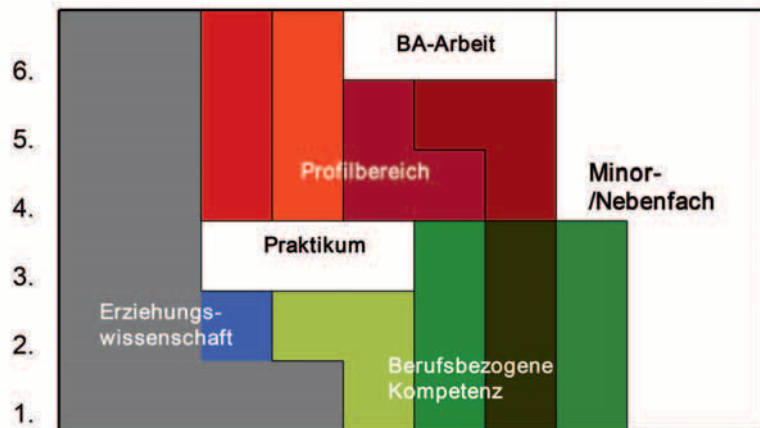


Abbildung: Strukturmodell für die Fachrichtung Sozialpädagogik in den erziehungswissenschaftlichen Studiengängen (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft)

Die professionellen Kompetenzen gehen aus dem Strukturvorschlag hervor. Es handelt sich um:

- Berufsbezogene Fähigkeiten, wie Diagnostik, Planung, Vermittlung und Beratung
- Fachspezifische Kenntnisse in Theorie und Geschichte der Sozialen Arbeit, Struktur und Organisation Sozialer Dienste, Professionstheorien und -konzepte sowie in bestimmten Schwerpunkten (Spezialisierungen)
- Allgemeine Grundkenntnisse und Grundlagen der Erziehungswissenschaft,
- Forschungskompetenzen, Forschungsmethoden und -ansätze.

Die Schwerpunkte an den Fachhochschulen sind etwas anders ausgeprägt als an den Universitäten.

3. Profession, Arbeitsfelder von Sozialpädagogen

Sozialpädagogen werden in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern eingesetzt:

1. Kinder- und Jugendhilfe

Die meisten Sozialpädagogen sind in der Kinder- und Jugendhilfe beschäftigt. Unter der Kinder- und Jugendhilfe kann das Feld der öffentlich organisierten Erziehungs- und Sozialisationsformen für Heranwachsende verstanden werden. Durch die rechtliche Verankerung im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII, auch Kinder- und Jugendhilfegesetz genannt) lässt sich die Kinder- und Jugendhilfe auch als rechtliche Kategorie verstehen. Das SGB VIII legt fest: „*Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit*“ (§ 1 SGB VIII). Die Jugendhilfe soll junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und ihr Wohl schützen. Außerdem soll sie dazu beitragen, dass Benachteiligungen vermieden bzw. abgebaut sowie positive Lebensbedingungen und kinder- und familienfreundliche Umwelten geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund umfasst Jugendhilfe allgemein fördernde und direkt helfende individuelle Angebote, aber auch politische Aufgabenbereiche. Die **Tabelle** gibt einen Überblick über die verschiedenen Bereiche und Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe. Es wird deutlich, dass die Kinder- und Jugendhilfe über ein sehr breites und vielfältiges Aufgabenspektrum verfügt, das sehr unterschiedliche Adressaten und Bedarflagen anspricht.

Einrichtungen, Behörden, Geschäftsstellen	Beschäftigte	
	absolut	in %
Insgesamt	568.249	100,0
Kindertageseinrichtungen (Kindergärten, Kinderkrippen, Horte)	374.170	65,8
Stationäre, teilstationäre und ambulante Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung (Heimerziehung, Tagesgruppen, sozialpädagogische Familienhilfe)	68.292	12,0
Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (Jugendzentren, Jugendberatung, Jugendbildungsstätten, Jugendverbände)	45.514	8,0
Jugendämter ¹	35.614	6,3
Einrichtungen der Behindertenhilfe	14.487	2,5
Beratungsstellen (ohne Jugendberatung)	11.295	2,0
Einrichtungen der Jugendsozialarbeit (Jugendberufshilfen, Wohnheime für Lehrlinge etc.)	6.314	1,1
Geschäftsstellen/Arbeitsgemeinschaften freier Träger ²	9.745	1,7
Familienbildung und -erholung (Familienbildungsstätten, Einrichtungen der Familienfreizeit und -erholung)	2.818	0,5

1 einschl. der Beschäftigten bei Landesjugendämtern und obersten Landesjugendbehörden sowie Gemeinden oder auch Gemeindeverbänden ohne eigenes Jugendamt

2 einschl. der Beschäftigten in Einrichtungen für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendhilfe

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen, 31.12.2002

Tabelle: Tätige Personen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nach Arbeits- und Handlungsfeldern; Deutschland; 31.12.2002 (Angaben absolut und in %)

Die Zahlenangaben beziehen sich nicht nur auf Sozialpädagogen, sondern auch auf Erzieher und andere Berufsgruppen.

2. Gesundheitshilfe

Verallgemeinernd lässt sich festhalten, dass die Sozialarbeit im Gesundheitswesen vor allem bei kranken Menschen tätig wird, die aus ihren Alltagsbezügen herausgerissen sind und die im Bezug auf den Wiedergewinn alltagsbezogener Balancen zu unterstützen sind. Dies impliziert Hilfen in sozialer, ökonomischer,

rechtlicher und verwaltungsbezogener Hinsicht. Neben dieser direkten Arbeit mit akut oder chronisch kranken Menschen übernehmen private und öffentliche Gesundheitsdienste auch präventive und gesundheitsfördernde Aufgaben, denen jedoch ein eher sekundärer Stellenwert zugeschrieben wird.

Als zentrale Tätigkeitsfelder der gesundheitsbezogenen Sozialarbeit lassen sich folgende Einrichtungen und Arbeitsbereiche beschreiben: Gesundheitsämter, Sozialpsychiatrische Dienste, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Sozialstationen, Suchthilfen, AIDS-Hilfen, Gesundheitshäuser (u.a. zur Weiterbildung) sowie unterschiedliche Beratungsstellen. Zwei der Dienste sollen an dieser Stelle beispielhaft vorgestellt werden: (1) Sozialpsychiatrische Dienste, (2) Sozialstationen.

(Zu 1) Sozialpsychiatrische Dienste: Die Zielgruppe der sozialpsychiatrischen Dienste sind vor allem chronisch psychisch Kranke, Suchtkranke und gerontopsychiatrische Patienten. Die Trägerstruktur der Dienste ist regional sehr unterschiedlich. Je nach Bundesland werden sozialpsychiatrische Dienste von überregionalen oder kommunalen Gesundheitsämtern, freien Trägern (z.B. Caritas, Diakonie, der Paritätische) oder Gesundheitsfachverwaltungen getragen. Dieses hat direkte Auswirkungen auf die Aufgaben der Dienste: Die Dienste in freier Trägerschaft übernehmen beratende, begleitende und nachsorgende sowie in Krisen intervenierende Tätigkeiten. Auch die Planung einer Behandlung bzw. einer Rehabilitation sowie die Öffentlichkeitsarbeit gehören zu den Arbeitsbereichen von sozialpsychiatrischen Diensten. Die von den Gesundheitsämtern angebotenen Dienste müssen jedoch zusätzlich so genannte „hoheitliche Aufgaben“ wahrnehmen, was konkret bedeutet, dass sie z.B. Zwangsunterbringungen in einer Psychiatrie anordnen können.

(Zu 2) Sozialstationen: Diese entstanden Anfang der 1970er Jahre als Reaktion auf den Rückgang der traditionellen Gemeindekrankenpflege. Sozialstationen stellen ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Dienste für einen überschaubaren Einzugsbereich (zwischen 20.000 und 40.000 Einwohnern) zur Verfügung. In der Regel handelt es sich um Angebote der ambulanten Krankenpflege, der ambulanten Altenpflege und zum Teil auch der Familienpflege. Zentrale Ziele der Arbeit von Sozialstationen sind die Verbesserung des Übergangs von stationärer Behandlung über ambulante Pflege in den normalen Alltag, die Verkürzung der Verweildauer im Krankenhaus sowie die Vermeidung von Krankenhauseinweisungen durch Sicherstellung von medizinischer, hauswirtschaftlicher und sozialpflegerischer Versorgung. In Sozialstationen arbeiten meist „multiprofessionelle“ Teams, und zwar Krankenschwestern/Krankenpfleger, AltenpflegerInnen, HauswirtschaftlerInnen, PflegehelferInnen, Verwaltungsfachkräfte und SozialarbeiterInnen. Als vorrangig sozialarbeiterische Aufgabenstellungen werden unter anderem Lei-

tungsfunktionen (z. B. Koordination der unterschiedlichen Dienste), die allgemeine Beratung und Betreuung sowie die Hilfestellung bei Antragsstellungen benannt. Träger von Sozialstationen können die Kommunen selbst oder die Träger der freien Wohlfahrtspflege sein.

3. Soziale Altenarbeit

Als soziale Altenarbeit werden in der Regel die Bereiche der Altenhilfe und der Altenarbeit bezeichnet, in denen Fachkräfte der Sozialen Arbeit tätig sind. Unterschieden werden können *direkte Leistungen* für ältere oder alte Menschen selbst und *indirekte Leistungen*, die sich sowohl auf strukturelle und lebensweltliche Umweltbedingungen als auch auf das Dienstleistungssystem beziehen. Die Arbeitsansätze der Altenarbeit lassen sich in unterschiedliche Bereiche gliedern: (1) Offene Altenarbeit, (2) Ambulante Hilfen, (3) Teilstationäre Altenhilfe, (4) Stationäre Altenbetreuung.

(Zu 1) Offene Altenarbeit

Als offene Altenarbeit werden Angebote bezeichnet, die sich auf die Förderung sozialer Kontakte, Bildung, Kulturarbeit und alltagsorientierte Freizeitarbeit beziehen. Kommunale Angebote, wie Seniorenclubs oder Begegnungsstätten, aber auch diverse Programme auf Landes- oder Bundesebene, wie die „Initiative Drittes Lebensalter“ oder die „Senioren-genossenschaften“, können diesem Bereich zugeordnet werden. In den letzten Jahren lässt sich jedoch beobachten, dass die Nachfrage nach traditionellen Formen der offenen Altenarbeit (z. B. in Altenclubs) rückläufig ist und deshalb ein eher integrativer Ansatz verfolgt wird, der Altenarbeit als Teil von Bürgerbegegnungsarbeit (z. B. in Stadtteilzentren und Bürgerhäusern) definiert.

(Zu 2) Ambulante Hilfe

Dieser Bereich bezieht sich vor allem auf die Betreuung und Unterstützung älterer Menschen durch Sozialstationen und ambulante Pflegedienste. Diese bieten als Kernleistungen hauptsächlich pflegerische und hauswirtschaftliche Dienste an, um ein Leben in der eigenen Wohnung weiter zu ermöglichen. Andere Aufgaben, wie z. B. die des Case-Managements, das in vielen Regionen von Sozialarbeiterinnen übernommen wurde, können seit der Einführung der Pflegeversicherung und angesichts der knappen Kassen öffentlicher Haushalte vielfach nicht mehr finanziert werden.

(Zu 3) Teilstationäre Altenhilfe

Als „teilstationäre Altenhilfe“ werden Einrichtungen bezeichnet, die ältere Menschen tagsüber durch Angebote und Möglichkeiten der Kommunikation, Freizeitgestaltung, Information, Beratung oder Bildung betreuen. Mitunter werden unter diese Angebote auch pflegerische Hilfen gefasst, die z. B. Tagespflegeheime oder Altentagesstätten bieten. Aus diesem Grund ergeben sich hier

sowohl Überschneidungsbereiche zur „offenen Altenarbeit“ als auch zur „stationären Altenbetreuung“.

(Zu 4) Stationäre Altenbetreuung

Die stationäre Altenbetreuung findet in Deutschland in der Regel in „Altenwohnheimen“, „Altenheimen“, „Altenpflegeheimen“ und „Altenstiften“ statt. „Altenwohnheime“ sind meist Anlagen, die alten Menschen in sich geschlossene Wohnungen und eine möglichst selbstständige Lebensführung bieten.

4. Behindertenhilfe

Der Bereich der „Behindertenarbeit“ oder auch „Behindertenhilfe“ ist ein äußerst heterogenes Arbeitsfeld, das – neben der „Sozialen Arbeit“ – durch unterschiedliche Professionen, wie z.B. die Medizin, die Psychologie, die Pädagogik und die Altenpflege, bestimmt wird. Die Angebote können sich auf alle Lebensphasen erstrecken. Das heißt, es werden Maßnahmen der Förderung und Begleitung in früher Kindheit („Frühförderung“) im Rahmen der Behindertenhilfe angeboten, aber auch vorschulische und schulische Betreuungs- und Bildungsangebote. Zentral für die Arbeit der Behindertenhilfe sind außerdem Hilfen zur Arbeit oder Hilfen im Rahmen alternativer Beschäftigungsformen sowie die Betreuung in Wohneinrichtungen. Neben einer Differenzierung nach der Art der Behinderung (z.B. geistige Behinderung, Körperbehinderung, Lernbehinderung) können die Dienste und Einrichtungen für behinderte Menschen grundsätzlich auch nach dem Alter der zu betreuenden Klientel unterteilt werden. Es lassen sich fünf Bereiche unterscheiden: (1) Frühbereich, (2) Elementarbereich, (3) Schulbereich, (4) berufsbildender Bereich, (5) Bereich der Erwachsenenbildung.

(Zu 1) Frühbereich: Diesem werden Angebote für Kinder bis zum 3. Lebensjahr zugeordnet, wie z.B. das Frühförderzentrum bzw. das Sozialpädiatrische Zentrum, das Kinder mit Behinderungen medizinisch, therapeutisch und pädagogisch betreut.

(Zu 2) Elementarbereich: Für Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zur Einschulung ist der „Sonder-“ oder „Förderkindergarten“ ein zentrales Arbeitsfeld der Behindertenhilfe. In diesen werden Kinder aufgenommen, die in einem Regelkindergarten nicht oder nicht genügend gefördert werden können. Im Rahmen der Debatte um das „Normalisierungsprinzip“ lässt sich allerdings beobachten, dass zunehmend behinderte Kinder in „Integrationskindergärten“ gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut und gefördert werden.

(Zu 3) Schulbereich: Für behinderte Kinder und Jugendliche im Schulalter gibt es unterschiedliche, an der Behinderung orientierte Arten von Sonderschulen, wie z.B. Schulen für Geistigbehinderte, für Lernbehinderte, für Gehörlose und Hörschädigte. In vielen der Schulen ist ein Abschluss auf allen Ebenen

(Hauptschulabschluss, Sekundarabschluss I und allgemeine Hochschulreife) möglich.

(Zu 4) *Berufsbildender Bereich*: Nach der Beendigung des Schulbesuchs stehen beeinträchtigten Jugendlichen zahlreiche Maßnahmen der Berufsfindung und -vorbereitung zur Verfügung, wie z.B. das Berufsvorbereitungsjahr.

(Zu 5) *Bereich der Erwachsenenbildung*: Dieser Bereich wird von so genannten Werkstätten für Behinderte dominiert. Diese sollen erwachsenen Behinderten ermöglichen, am Arbeitsleben teilzunehmen.

5. Randgruppenarbeit

Lange Zeit bildeten die Obdachlosenarbeit und die sich mit ihr entwickelnde Gemeinwesenarbeit den Hauptschwerpunkt sozialer Randgruppenarbeit. Ab den 1980er Jahren entstanden jedoch zahlreiche neue Arbeitsfelder der Randgruppenarbeit. Diese Entwicklung wird zum einen dadurch erklärt, dass die Anzahl von Spätaussiedlern, Übersiedlern und Flüchtlingen aus dem ehemaligen Ostblock und der Dritten Welt deutlich anstieg. Zum anderen wuchs die Gruppe von Menschen, die von Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen waren. Wichtig ist, dass insbesondere die letzte Gruppe kaum durch die klassischen Konzepte der Randgruppenarbeit angesprochen werden konnte, da es sich oft um Personen handelte, die ehemals der Mittelschicht angehörten.

Die heutige Arbeit mit Randgruppen orientiert sich sehr stark an dem Konzept der Lebensweltorientierung. Es lassen sich folgende Aufgaben herausheben:

- präventive Aufgaben, z.B. durch Beratung;
- aufsuchende Arbeit sowie eine verbesserte Kooperation von Jugendhilfe und Schule;
- Ansätze zur Stärkung von Bildungsvoraussetzungen, z.B. durch gezielte Vorschularbeit, Schulsozialarbeit, Beratung bei der Berufsausbildung etc.;
- die Verbesserung der Infrastruktur in gefährdeten Stadtteilen;
- die Etablierung einer Grundsicherung, die es gilt, sozialpolitisch durchzusetzen.

Neben diesen übergreifenden Arbeitsansätzen der Randgruppenarbeit haben sich mittlerweile zahlreiche Handlungsfelder der Randgruppenarbeit herausgebildet. Neben der klassischen „Wohnungslosenhilfen“ wurde insbesondere in den 1990er Jahren die „Sozialarbeit mit Straßenkindern“ als weiteres zentrales Handlungsfeld der „Sozialen Arbeit“ aufgebaut. Andere Handlungsfelder sind z.B. die Drogenhilfe, die Arbeit mit Prostituierten oder Strichern, die Arbeit mit MigrantInnen sowie die Arbeit mit straffälligen Erwachsenen und Jugendlichen. Eine zentrale Aufgabe der sozialen Randgruppenarbeit besteht darin, über die Lebenslagen und Perspektiven der Betroffenen zu berichten, die politischen

Forderungen der Betroffenen öffentlich zu machen sowie sich für eine Sozialpolitik einzusetzen, die für eine sozialere Umverteilung einsteht.

6. *Gemeinwesenarbeit*

Gemeinwesenarbeit ist ein Handlungsansatz, der sich ganzheitlich auf ein Quartier bzw. einen Stadtteil richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben. Dazu bedient sie sich unterschiedlicher Methoden aus der „Sozialen Arbeit“, wie z.B. der sozialpädagogischen Beratung oder der Gruppenarbeit. Als übergeordnetes Ziel der Gemeinwesenarbeit lässt sich die Aktivierung der Menschen in einem Stadtteil festhalten. Klassische Projekte der Gemeinwesenarbeit findet man in sozialen Brennpunkten, wie z.B. Obdachlosenquartieren oder Trabantenstädten, neuerdings aber auch z.B. in zu Armutsquartieren absinkenden Arbeitervierteln. Zentrale Institutionen und Organisationsformen der Gemeinwesenarbeit sind unter anderem Bürgerhäuser bzw. Stadtteilzentren, Arbeitsgruppen, Vereine und lokale Initiativen.

4. **Resümee**

Der Überblick zeigt, dass sich die Deutsche Sozialpädagogik als eine mehr oder weniger eigenständige wissenschaftliche Teildisziplin entwickelt hat, die aber dennoch sehr stark in andere Fachdisziplinen eingebunden ist, insbesondere in die Erziehungswissenschaft. Sozialpädagogik ist eine Wissenschaft, die sich sehr stark auf die Handlungsfelder der „Sozialen Arbeit“ ausgerichtet hat. Zum einen geht es dabei darum, die Praxis zu verbessern, zum anderen, sie sozialkritisch zu hinterfragen. Das Fach hat in den letzten 50 Jahren unterschiedliche theoretische Zugänge entwickelt, die sich teilweise auch in der Forschung widerspiegeln. Im Unterschied zur Theorieentwicklung ist die sozialpädagogische Forschung noch relativ jung. Die sozialpädagogische Forschung greift sehr stark auf die Paradigmen anderer Wissenschaftsdisziplinen zurück, insbesondere der Soziologie, Sozialpolitik, Psychologie und der Erziehungswissenschaft. Es gab in der vergangenen Zeit Versuche, „Soziale Arbeit“ als eigenständige Wissenschaft zu etablieren. Dies wurde sehr kritisch diskutiert. Meine persönliche Meinung ist, dass Sozialpädagogik als wissenschaftliche Teildisziplin der Erziehungswissenschaft zu begreifen ist.

Literatur:

Bäumer, G. (1998): *Die historischen und sozialen Voraussetzungen der Sozialpädagogik und die Entwicklung ihrer Theorie*. In: Thole, W./Galuske, M. (Hrsg.): *Klassikerinnen der Sozialen Arbeit*. Neuwied/Kriftel, S. 3–17.

- Bruch, R. v. (1985) (Hrsg.): *Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis Ära Adenauer*. München.
- Müller, C.W. (1998): *War das ein sozialpädagogisches Jahrhundert?* In: Jordan, E./Kreft, D. (Hrsg.): *Jahrbuch der Sozialen Arbeit 1999*. Münster, S. 11–52.
- Niemeyer, Ch. (1997): *Die disziplinäre Engführung der Sozialpädagogik im Zuge des Jugendwohlfahrtsdiskurses der Weimarer Zeit*. In: Niemeyer, Ch./Schröder, W. u. a. (Hrsg.): *Grundlinien historischer Sozialpädagogik*. Weinheim/München, S. 165–177.
- Niemeyer, Ch. (2005): *Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Soziale Arbeit*. In: Thole, W. (Hrsg.): *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch*. Opladen, S. 123–137.
- Pestalozzi, J.H. (1998): *Brief an einen Freund über seinen Aufenthalt in Stans*. In: Galuske, M./Thole, W./Gängler, H. (Hrsg.): *KlassikerInnen der Sozialen Arbeit. Sozialpädagogische Texte aus zwei Jahrhunderten – ein Lesebuch*. Neuwied, S. 43–63.
- Peukert, D.J.K. (1986): *Grenzen der Sozialdisziplinierung: Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1978 bis 1932*. Köln.
- Rauschenbach, Th./Züchner, I. (2005): *Theorie der Sozialen Arbeit*. In: Thole, W. (Hrsg.): *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch*. Opladen, S. 139–160.
- Reulecke, J. (1978): *Die deutsche Stadt im Industriezeitalter*. Wuppertal.
- Sachße, Ch. (2003): *Mütterlichkeit als Beruf: Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929*. Weinheim/Basel/Berlin.
- Sachße, Ch./Tennstedt, F. (1988): *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*. Bd. 2: *Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871–1929*. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.
- Scherpner, H. (1974): *Theorie der Fürsorge*. 2. Aufl. Göttingen.
- Thole, W. (Hrsg.) (2005): *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch*. 2. Aufl. Wiesbaden.
- Uhlendorff, U. (2003): *Geschichte des Jugendamtes - Entwicklungslinien öffentlicher Jugendhilfe 1871 bis 1929*. Weinheim/Basel/Berlin.
- Uhlendorff, U. (2009): *Handbuch Erziehungswissenschaft* (Hrsg.: Böhm, W. / Frost, U. / Ladenthin, V. / Mertens, G.), Band III, Teilbereich 6, Umwelten/Sozialpädagogik, Paderborn.

Die subjektive Seite der Bildung. Sozialpädagogische Begleitung informeller Bildungsprozesse*

VON FRANK MÜCHER

1. Zielstellung

Nicht erst seit dem ernüchternden Ergebnis der ersten PISA Studie von 2001 zählt Schule in der öffentlichen Wahrnehmung als wichtigster Lern- und Bildungsort. Formelle Bildung gilt nach wie vor im Rahmen der politischen Bildungsdebatte als maßgeblicher Indikator für gesellschaftlichen Erfolg und damit für soziale Teilhabe. Dabei spielt in den letzten Jahren vor allem der Gedanke der Inklusion eine wichtige Rolle. Eine inkludierende Schulpraxis – so die politische Programmatik – soll ein Garant für Ermöglichung zukünftiger gesellschaftlicher Teilhabe sein. Angebote der Sozialen Arbeit werden in diesem Kontext oftmals nur unter dem Gesichtspunkt ihres Nutzens für das Schulsystem betrachtet und gelten so allenfalls als ein Zulieferer des Bildungswesens.¹

Entgegen diesem Verständnis, das Bildung anhand formeller, zertifizierter Qualifikationen bemisst, möchte ich mich im folgenden Beitrag auf ein eher informelles Verständnis von Bildung beziehen, wie es für weite Teile der Sozialen Arbeit und insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe ausschlaggebend ist.² Daher setze ich mich im Folgenden mit informellen Lern- und Bildungsprozessen auseinander, die im Zusammenhang mit niedrigschwelligen Angeboten der Jugendhilfe stehen, wobei ich auf die Ergebnisse einer empirischen Studie aus dem Feld der Sozialen Arbeit mit wohnungslosen jungen Menschen zurückgreife (vgl. Mücher 2010).

Ziel meiner Ausführungen ist es, vor dem Hintergrund eines an die Soziale Arbeit gerichteten bildungspolitischen Inklusionsanspruchs die Frage zu diskutieren, inwieweit die Jugendhilfe als ein eigenständiger Akteur im Bildungswesen

* Aufsatz nach einem frei gehaltenen Vortrag am 8. Oktober 2016 zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Mainz.

1 Unter bildungspolitischen Gesichtspunkten wird die Aufgabe der Inklusionsarbeit dabei oftmals an die Soziale Arbeit verwiesen mit dem Ziel, ihre Adressaten im Sinn einer Anpassung an die Normen und Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft zu ‚normalisieren‘ und so gesellschaftliche Teilhabe – in Form von gesellschaftlicher Reproduktionsarbeit – sicherzustellen. Dabei wird ‚erfolgreiche‘ sozialpädagogische Intervention häufig mit als ‚gelingen‘ erachteter gesellschaftlicher Integration ihrer Adressaten gleichgesetzt. Die entsprechende Währung ließe sich dabei aus bildungspolitischer Perspektive bspw. in ‚messbare‘ Bildungsqualifikationen übersetzen, die hierbei als Schlüssel zum Erfolg – eben zur sozialen Integration – gewertet wird.

2 Im Folgenden werde ich die Begriffe Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Kinder- und Jugendhilfe synonym verwenden.

sen gesehen werden und inwieweit es ihr gelingen kann, einen Beitrag zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe zu leisten. Dabei werde ich mich zunächst kritisch mit dem Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe auseinandersetzen und daran anschließend die sozialpädagogische Begleitung informeller Lern- und Bildungsprozesse anhand eines Fallbeispiels aus dem Bereich der Straßensozialarbeit mit wohnungslosen jungen Menschen exemplarisch erläutern.

2. Zum Verhältnis von Jugendhilfe und Bildung

Legt die zeitgenössische Bildungsdebatte infolge von PISA ihren Fokus eher auf formale Aspekte des Lernens in der Schule, die neben der Familie eine für die Gesellschaft hoch relevante Platzierungsfunktion erfüllt, so möchte ich mich im Weiteren auf einen eher interaktionistischen Bildungsbegriff beziehen, der Lernen und Bildung als ein auf das Individuum bezogenes Interaktions- und Beziehungsgeflecht in den Fokus rückt. Bevor ich auf das Bildungsverständnis der Jugendhilfe zu sprechen komme, werde ich mich zunächst mit deren Verortung im Bildungssystem und der daraus resultierenden Unterscheidung zwischen formeller und informeller Bildung auseinandersetzen.

2.1 Funktionale Differenzierung zwischen Bildungswesen und Sozialer Arbeit

Historisch gesehen, gilt Soziale Arbeit und mit ihr die Kinder- und Jugendhilfe als ein Teil des sozialen Sicherungssystems, das sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. in Reaktion auf die sozialen Folgeprobleme der Industrialisierung mit dem Ziel der sozialen Sicherung – im Sinne einer Förderung und Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher – aus der traditionellen Armenfürsorge herausdifferenziert hat (vgl. Mollenhauer 1987). Folglich werden auch heute noch im SGB alle Teile der Jugendhilfe der öffentlichen Fürsorge und nicht etwa dem Bildungssystem zugeordnet.³ Dennoch organisiert die Jugendhilfe im Rahmen ihrer vielfältigen Aufgaben „spezifische nicht-scholarisierte Arrangements, die in erster Linie kompensatorisch wirken“ (Kaiser 2011, S. 29). Andererseits wird die Jugendhilfe aus Sicht des Bildungssystems aber entgegen ihrer gesetzlichen Bestimmung und ungeachtet ihres gesellschaftlichen Auftrags häufig unter bildungspolitischen Aspekten wahrgenommen. Es besteht dadurch aber die Gefahr, dass sie als Zulieferer und Unterstützer des Bildungssystems wahrgenommen wird (vgl. Kessl/Otto/Treptow 2002, S. 78), wie es bspw. im beruf-

³ Dies ist vor allem auf die institutionelle Trennung von Schule und Jugendhilfe zurückzuführen. Eine Ausnahme bildet dabei die Schulsozialarbeit, durch die die Jugendhilfe Einzug in das formelle Bildungssystem gefunden hat.

lichen Übergangssystem, das in seiner Funktion auf schulische Inklusion und damit Bildungserfolg zielt, zum Ausdruck kommt (vgl. Balz/Nüsken 2012).

Somit stellt die gegenwärtige Involviertheit der Jugendhilfe in Bildungsaufgaben eine neue Herausforderung dar. Will sie sich aber als eigenständiger Akteur gegenüber dem Bildungssystem positionieren, so ist sie darauf angewiesen, ein eigenes Bildungsverständnis zu formulieren. So tritt bspw. das Bundesjugendkuratorium seit einigen Jahren dafür ein, „*dass die Kinder- und Jugendhilfe eine notwendige und eigenständige Bildungsverantwortung hat und einen wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Gestaltung der Bildungslandschaft [...] leistet*“ (BJK 2002, S. 11), die eben nicht abhängig von den strukturellen Vorgaben des Bildungssystems sein darf.

2.2 Formelle Schulbildung im Rahmen des schulischen Bildungssystems

In der bildungspolitischen Diskussion wird Bildung hingegen zumeist als ein unhinterfragbarer gesellschaftlicher Wert gesehen, mittels dessen Menschen durch den schulischen Erwerb von formellen Qualifikationen einen Platz in der Gesellschaft zugewiesen bekommen. Bildung erscheint dabei als eine objektiv bestimmbare Größe, die sich anhand erkennbarer (und vergleichbarer) Bildungsabschlüsse und Fachkompetenzen zertifizieren lässt. Bildung wird so zu einem sozialen Kapital und gilt als Schlüssel zum gesellschaftlichen Erfolg und zu sozialem Aufstieg. Demgegenüber werden andere Bildungsorte, wie etwa die Familie oder aber auch die Kinder- und Jugendhilfe, eher selten als eigenständige Bildungsakteure wahrgenommen und das, obwohl von ihnen unzweifelhaft wichtige Bildungsprozesse erbracht werden (vgl. Mielenz 2002, S. 11).

Entsprechend dieser Wahrnehmung – in der informelle zugunsten formeller Bildung vernachlässigt wird – lässt sich eine Verengung des Bildungsbegriffs auf den Gesichtspunkt ihrer ‚Verwertbarkeit‘ konstatieren. Indem Bildung eben in Form zertifizierter Schulbildung auf Wissensvermittlung und Kompetenzerwerb verkürzt wird, geraten alle anderen Aspekte von Bildung außer Betracht, die sich eben nicht explizit in Qualifikationen bemessen lassen.

Somit stellt sich die Frage, wie sich das Bildungsverständnis in der Jugendhilfe von schulischen Bildungsarrangements unterscheidet. Entgegen der Vermittlung von schulischem Wissen und formaler Bildung kann die Aufgabe der Jugendhilfe entsprechend ihres staatlichen Auftrags in der sozialen wie individuellen Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen gesehen werden. Damit rücken außerschulische Bildungsarrangements in den Blick, die auf die Ermöglichung von sozialen Teilhabechancen und individuellen Bildungsprozessen für benachteiligte junge Menschen gerichtet sind, wie sie in den bildungstheoretischen Konzepten zur informellen Bildung zu finden sind.

2.3 Informelle Bildung als Selbstbildung des Menschen

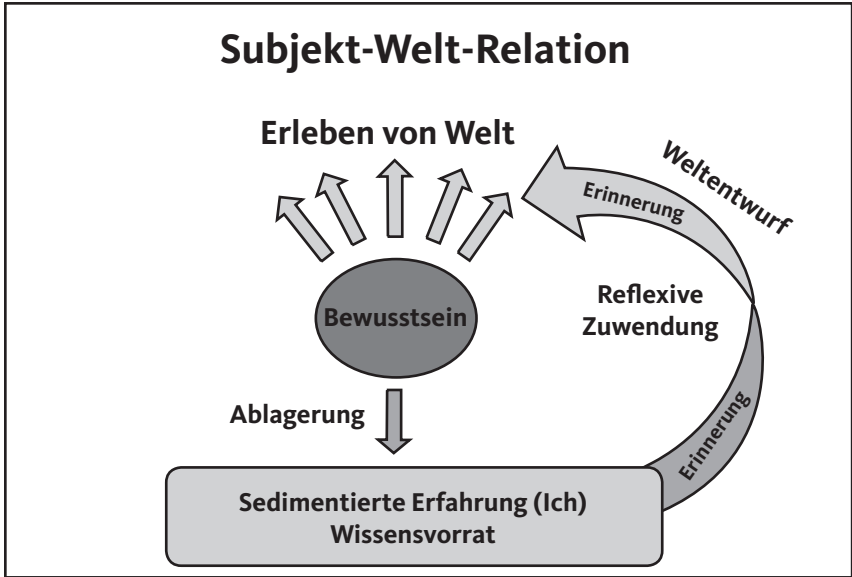
Dem neuhumanistischen Bildungsverständnis liegt in Anlehnung an Wilhelm von Humboldts ‚Theorie einer allgemeinen Menschenbildung‘ ein weitreichenderer Bildungsbegriff zugrunde, der seinen Fokus auf eine Erweiterung der Weltsicht des sich bildenden Individuums zielt. So besteht Bildung – Humboldt zur Folge – in der Verknüpfung *„unseres Ichs mit der Welt zu der allgemeinsten, regesten und freiesten Wechselwirkung“* (Humboldt, 1903, S. 283). Bildung kann demnach als ein Akt der menschlichen Selbstbildung verstanden werden, der sich gesellschaftlichen Verwendungszwecken entzieht und stattdessen auf Charakterentwicklung sowie die ‚Vervollkommnung der eigenen Person‘ gerichtet ist. Damit reicht Bildung in der neuhumanistischen Tradition weit über den im Vorangegangenen skizzierten schulischen Kompetenzerwerb hinaus und ist eng mit dem Begriff der Autonomie des Subjekts verbunden (vgl. Andreasen 2004, S. 133). Indem Bildung hier in ihrem Fokus auf das Innenverhältnis der sich selbst bildenden Person gerichtet ist, eröffnet sich ein neuer Horizont, der es erlaubt, ‚informelle‘ Bildungsprozesse im Rahmen der Auseinandersetzung des sich ‚bildenden‘ Subjekts mit seiner Umwelt zu erfassen.

Ein ähnliches Bildungsverständnis wie in Humboldts Bildungstheorie ist auch in der phänomenologischen Tradition in Anlehnung an Alfred Schütz bei Peter Berger und Thomas Luckmann zu finden. Zwar haben sich Berger und Luckmann in ihrer ‚gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit‘ an keiner Stelle explizit mit dem Thema Bildung auseinandergesetzt, dennoch impliziert ihre ‚Theorie der Wissenssoziologie‘ ein Verständnis von Bildung, welches sowohl auf der Wechselwirkung zwischen Mensch und Umwelt als auch auf der Dimension der subjektiven Erfahrung von Welt (Wahrnehmung) beruht (vgl.: Berger/Luckmann 1997).⁴

Wahrnehmungsprozesse können so als ein – mit Sinn versehener – Austauschprozess zwischen dem Subjekt und seiner Umwelt (‚Subjekt-Welt-Relation‘) aufgefasst werden, die in einem ersten Schritt über das Bewusstsein (‚Erleben von Welt‘) in Form von Erinnerung im Gedächtnis abgelagert werden (siehe **Schaubild** auf der folgenden Seite).

Indem die sich bildende Person in ihrer Wahrnehmung der Welt durch das Bewusstsein immer und immer wieder in Form von Erinnerungen auf einen sedimentierten Wissensvorrat zurückgreift, wird so im Bewusstseinsstrom der gegenwärtigen Wahrnehmung ein Interpretationsrahmen geschaffen, der das ge-

4 Für Berger/Luckmann ist vor allem die Kategorie des ‚Wissens‘ von Bedeutung. Wissen bzw. das Wissen über die Welt wird dabei – im Rahmen eines dialektischen Prozesses – als ein gesellschaftlich objektivierter und gesellschaftlich vermittelter Sinn aufgefasst, welcher im Rahmen der Sozialisation von den Individuen internalisiert und reproduziert wird.



rade Erlebte anhand von Erfahrungen wie durch einen Filter (re-)interpretiert. Informelle Lern- und Bildungsprozesse können in diesem Zusammenhang überall dort vermutet werden, wo die sedimentierten Erfahrungen des subjektiven Wissensvorrats für das Erleben keine brauchbaren ‚Rezepte‘ mehr bereitstellen⁵ – also immer dort, wo eine Irritation, eine Veränderung der Weltsicht, stattfindet.

Bildung kann somit also als ein hoch idiosynkratischer Prozess zwischen dem Menschen und seiner Umwelt verstanden werden. Damit rückt automatisch die Biographie des Individuums in den Mittelpunkt der Bildungstätigkeit. Indem Bildung hierbei eben als eine biographische Auseinandersetzung (Erfahrung) der Person mit der Umwelt aufgefasst wird, gewinnt dabei vor allem die Dimension der Kindheit an Bedeutung. So beschreibt etwa Theodor W. Adorno – im Rahmen eines Rundfunkgesprächs mit Hellmut Becker – das Phänomen Bildung anhand des beiläufigen Hörens eines klassischen Musikstückes als eine eher ‚unwillkürliche Erinnerung‘, die sich elementar von der schuldidaktischen Vermittlung von Musik unterscheidet. „[M]usikalische Erfahrungen in der frühen Kindheit“, führt Adorno aus, „macht man, wenn man im Schlafzimmer liegt, schlafen soll und mit weitaufgesperrten Ohren unerlaubt hört, wie im Musikzim-

⁵ Berger/Luckmann sprechen in diesem Zusammenhang von ‚Rezeptwissen‘.

mer eine Beethoven-Sonate [...] gespielt wird.“ (Adorno 1970, S. 117 f.) Eine ähnliche Bedeutung der (früh-)kindlichen Erfahrung misst auch Walter Benjamin der biographischen Dimension seiner ‚Berliner Kindheit‘ bei, die ihm zeit lebens als individueller Erinnerungsraum und Interpretationsrahmen seiner späteren Lebensgeschichte gedient hat (vgl. Benjamin 1950).⁶

Fasst man die vorhergegangenen Ausführungen zusammen, so ist die hier charakterisierte menschliche Selbstbildung als eine gegen gesellschaftliche Verwertungszwecke gerichtete Bildung zu verstehen, bei der das Subjekt mit seiner Biographie in den Vordergrund rückt. Informelle Lern- und Bildungsprozesse erscheinen so als ein „freiwilliges Selbstlernen, das sich in den unmittelbaren Zusammenhängen des Lebens und Handelns vollzieht“ (Kaiser 2011, S. 32) und damit weitgehend in der Eigenverantwortung des Individuums liegt. Entsprechend diesen Überlegungen lässt sich nun im Folgenden ein für die Jugendhilfe relevantes Bildungsverständnis formulieren.

2.4 Bildungsverständnis und Aufgabe der Jugendhilfe

Will sich die Jugendhilfe nun gegenüber dem Bildungssystem zur Frage der Gestaltung von Bildungsprozessen positionieren, so tut sie gut daran, ihren Fokus auf die subjektiven Aspekte von Bildungsprozessen zu richten, die sich eben abseits formalisierter Lernsettings vollziehen.

Entsprechend den vorangegangenen Überlegungen kann die Aufgabe der Jugendhilfe vor allem darin gesehen werden, Hilfestellungen und Unterstützungsangebote bei (Selbst-)Bildungsprozessen junger Menschen bereitzustellen und so als eine Art ‚Geburtshelfer‘ bei deren Selbstbildung zu dienen. Dementsprechend ist ihr Ziel in der Unterstützung und Förderung der individuellen Subjektivität und Autonomie ihrer Adressatinnen und Adressaten zu sehen (vgl. Mücher 2015). Eine professionelle Begleitung und Initiierung informeller Bildungserfahrungen dient somit in erster Linie einer Förderung der Persönlichkeitsentwicklung. Aus sozialpädagogischer Sicht müssen dabei junge Menschen vor dem Hintergrund ihrer Weltsicht und ihrer gelebten Biographie in ihrer Subjektivität ernst genommen werden. Bildung kann, so zusammengefasst und ei-

⁶ Literarisches Vorbild für diesen Modus des Erinnerns dürfte Marcel Prousts Roman ‚Auf der Suche nach der verlorenen Zeit‘ sein. Im Rahmen seiner späteren Kulturtheorie führt Benjamin diesen Gedankengang weiter aus, indem er in seinem Aufsatz ‚Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit‘ auf die ‚Chockwirkung‘ verweist, die Kunstwerke – im Rahmen des Erkenntnisprozesses (der ästhetischen Erfahrung) – beim Betrachter auslösen können (vgl. Benjamin 1979). Diese Erfahrung, die zu einer ‚Erschütterung‘ der Weltsicht führt, kann somit unzweifelhaft als Bildungsprozess gedeutet werden. Dieser Gedankengang bildet wiederum den theoretischen Ausgangspunkt für Adornos posthum veröffentlichte ‚Ästhetische Theorie‘ (vgl. Adorno 1973).

ner Überlegung von Albert Scherr folgend, „*als eine nicht planbare und steuerbare Eigenaktivität des sich bildenden Subjekts [...], die nicht zusammenfällt mit beruflicher Qualifizierung und dem Erwerb lebenspraktischen nützlichen Wissens*“ (Scherr 2002, S. 94) verstanden werden.

3. Sozialpädagogische Begleitung informeller Bildungsprozesse

Bevor nun das hier vorgestellte Bildungskonzept anhand eines Fallbeispiels aus dem Bereich Straßensozialarbeit mit wohnungslosen jungen Menschen exemplarisch illustriert wird, soll zunächst in knappen Worten auf die empirische Ausgangsbasis meiner Forschungsarbeit sowie auf die methodischen Grundlagen von Straßensozialarbeit eingegangen werden.

3.1 Methodologie und empirisches Vorgehen

Im Rahmen eines ethnographisch angelegten Forschungsprojekts habe ich mit insgesamt 15 wohnungslosen jungen Menschen über ihre Erfahrungen mit sozialpädagogischen Angeboten im Umfeld der Jugendhilfe problemzentrierte Interviewgespräche geführt (vgl. Witzel 2000).⁷ Hierbei habe ich mich vor allem auf junge Menschen zwischen 17 und 22 Jahren, die Angebote der Jugend-, wie auch Angebote der Wohnungslosenhilfe in Anspruch nehmen und sich zudem in einer von Wohnungslosigkeit geprägten Lebenslage befinden, konzentriert. Dabei war es mir vor allem wichtig, die Adressatenperspektive, also die subjektive Perspektive der Jugendlichen selbst, wie diese ihr Leben, aber auch Hilfsangebote wahrnehmen, zu beschreiben. Diesen Interviewgesprächen ist eine mehrmonatige Feldforschungsphase vorausgegangen, in deren Rahmen ich Straßensozialarbeiter/-innen – mittels Teilnehmender Beobachtung – begleitet und wobei ich die Treffpunkte und Aufenthaltsorte dieser Jugendlichen aufgesucht habe. Ferner hatte ich während meiner Exploration die Gelegenheit, an regelmäßigen Teamsitzungen wie auch an Beratungsgesprächen als Teilnehmender Beobachter beizuwohnen. Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer empirisch begründeten Typenbildung ausgewertet (vgl. Kluge 1999; Kelle/Kluge 2010) und im Rahmen fallbezogener Analysen rekonstruiert. Als Ergebnis konnten fünf verschiedene Verlaufstypen von ‚Straßenkarrieren‘⁸ festgehalten werden, von

⁷ Eine ausführliche Darstellung der Forschungsmethodik sowie der empirischen Bearbeitung findet sich in (Mücher 2010).

⁸ Das Konzept ‚Straßenkarriere‘ verweist auf eine negative biographische Verlaufsdynamik, infolgeder sich junge Menschen durch die Verknüpfung unterschiedlicher sozialer Problemlagen sukzessive dem Lebensort Straße nähern (vgl. Permien/Zink 1998).

denen ich auf den Verlaufstyp ‚Straßensozialarbeit als Form peripherer Hilfe‘ anhand des folgenden Fallbeispiels näher eingehen werde.⁹

3.2 Das Handlungsfeld: Straßensozialarbeit als Methode niedrighschwelliger ‚Begleitung‘

Insbesondere mit Blick auf wohnungslose junge Menschen haben sich in den letzten Jahren alltags- bzw. lebensweltnahe Ansätze der Sozialen Arbeit herausgebildet, bei denen *„der Ort des Hilfeprozesses in der Lebenswelt der Klienten angesiedelt ist.“* (Galuske 2011, S. 290ff.) Gemeinsames Ziel dieser Ansätze ist es, zunächst etwas darüber zu erfahren, vor dem Hintergrund welcher Wirklichkeit diese Jugendlichen ihren Alltag erleben, um diesen – davon ausgehend – bei der Bewältigung ihrer (Alltags-)Probleme helfen zu können (vgl. Thiersch 2003a).

Unter dem Begriff ‚Straßensozialarbeit‘ wurden dabei verschiedene methodische Zugänge, wie etwa ‚aufsuchende Jugendsozialarbeit‘, ‚Streetwork‘, ‚Mobile Jugendarbeit‘, ‚Outreach-‘, oder auch ‚Gassenarbeit‘ subsumiert, deren gemeinsame Wurzeln in den USA liegen, wo bereits in den 1920er Jahren Streetwork als ein kriminalpräventiver Ansatz im Umgang mit ‚straffälligen Jugendlichen‘ erprobt wurde. Erste Ansätze aufsuchender Straßensozialarbeit wurden in Deutschland ebenfalls schon in den 1920er Jahren, aber verstärkt seit den 1970er Jahren, in Bezug auf die Tätigkeitsfelder ‚Drogenarbeit‘ und ‚Cliquenorientierte Jugendarbeit‘ entwickelt. Sie haben dabei zunehmend ab Mitte der 1980er Jahre im Rahmen der Diskussion um Lebensweltorientierung einen Bedeutungszuwachs erfahren, der sich in einer quantitativen Zunahme an Projekten einerseits sowie in einer fachlichen Vernetzung und methodischen Weiterentwicklung von professionellen Standards andererseits niedergeschlagen hat (vgl. Klose/Steffan 1997, S. 14).¹⁰

Die gemeinsame Zielsetzung von Straßensozialarbeit kann somit in der Schaffung eines lebensweltnahen Zugangs zu denjenigen Adressatengruppen gesehen werden, die sich durch ihren Aufenthalt im öffentlichen Raum pädagogischen Interventionen entzogen haben und die durch einrichtungsgebundene Angebote pädagogischer Arbeit nicht (mehr) hinreichend erreicht werden. Als Zielgruppen werden in der Fachliteratur neben wohnungslosen Jugendlichen unter ande-

9 Entsprechend des typenbildenden Verfahrens (‚Vom Einzelfall zum Typus‘) geht es bei dem vorgestellten Fall um eine über den Einzelfall hinausreichende Typik, in der eine generalisierende Einstellung gegenüber Angeboten und Anforderungen des Hilfesystems zum Ausdruck kommt.

10 Zu nennen ist hier insbesondere die Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit (BAG), ein Zusammenschluss von zwölf Landesarbeitsgemeinschaften, dem insgesamt ca. 300 verschiedene Projekte angehören (vgl. BAG 2007).

rem etwa SexarbeiterInnen, Angehörige offener Drogenszenen, (gewaltbereite) Fußballfans, Stadtteiljugendliche oder auch Jugendliche mit Migrationshintergrund genannt (vgl. Steffan 1988; Klose/Steffan 1997; LAG 1997). In Bezug auf diese Gruppierungen ist Straßensozialarbeit methodisch an den jeweiligen Referenzen seiner Adressaten orientiert. „*Das Programm lebensweltbezogener Jugendberatung*“, so eine Charakterisierung Siegfried Keplers, „*setzt an den konkreten Lebenslagen Jugendlicher an und entwickelt Veränderungsprozesse aus den jeweils gegebenen Verhältnissen und Verständigungsformen heraus. Es realisiert sich als ein personales Beratungsangebot, das – institutioneller Schwellen entledigt – durch eine offensive Kontaktform Zugänge zum Beratungsangebot erleichtert und Jugendlichen in einem hohen Maße temporär verfügbar ist.*“¹¹ (Kepler 1989, S. 23) Straßensozialarbeit versteht sich demnach als ein akzeptierendes, personenbezogenes Beratungsangebot, das seine Adressaten in deren unmittelbarem Lebensumfeld aufsucht und dabei unter Berücksichtigung gewachsener Szene- und Gruppenstrukturen bestrebt ist, einen nachhaltigen Vertrauensaufbau zu erwirken, ohne dabei auf einen sofortigen Wandel der Lebenssituation abzielen zu wollen.¹²

3.3 Fallbeispiel

Die zum Zeitpunkt des Interviews achtzehnjährige Nina W. lebt seit fünf Jahren auf der Straße.¹³ In ihrer Kindheit war sie durch den Lebensgefährten ihrer Mutter schweren körperlichen Misshandlungen ausgesetzt, so dass das Sorgerecht dem leiblichen Vater übertragen wurde. Auch in der Familie des Vaters kam es zu Problemen, in deren Folge Nina erneut aus der Familie genommen und in einer Heimeinrichtung untergebracht wurde. Als jedoch dort ihre Wohngruppe aufgelöst wurde, ist es bei ihr zu einem nachhaltigen Vertrauensbruch gegenüber sozialpädagogischen Institutionen gekommen. Zwar hat Nina in der darauffolgenden Zeit verschiedene weitere Jugendhilfemaßnahmen besucht, die sie aber bereits nach kurzer Zeit auf Grund von Schwierigkeiten verlassen musste oder

11 Die hier skizzierten Grundlagen von Straßensozialarbeit entsprechen im Wesentlichen den Strukturmaximen einer ‚lebensweltorientierten Jugendhilfe‘ wie sie im 8. Jugendbericht der Bundesregierung von 1990 eingefordert und in dessen Folge im KJHG verankert wurden (vgl. BMJFFG 1990; Thiersch 2003b).

12 Dabei spielen vor allem konkrete pädagogische Handlungsmaximen, wie etwa die Förderung der Akzeptanz bestehender Lebenswelten, die Erweiterung sozialer Handlungskompetenzen oder auch die Erschließung gesellschaftlicher Ressourcen, eine wichtige Rolle, die allesamt auf eine Stabilisierung der Adressaten in ihrem Alltag abzielen (vgl. BAG 2007).

13 Teile der Falldarstellung gehen auf Ausführungen in (Mücher 2010) und (Mücher/Uhlendorff 2015) zurück.

aus eigener Initiative abgebrochen hat. Seitdem hat Nina ihren Lebensmittelpunkt immer mehr auf die Straße verlagert, wobei sie phasenweise in den Wohnungen männlicher Partner oder auch in einer Gruppe von älteren Obdachlosen in leer stehenden Lagerhallen gelebt hat.

Familiäre Ausgangssituation: Gewalt in der Familie

Ninas Kindheit war durch massive Gewalterfahrungen innerhalb ihrer Herkunftsfamilie geprägt. Aufgewachsen ist sie als mittleres Kind, mit zwei leiblichen Schwestern, bei ihrer alleinerziehenden Mutter. Als diese vor rund zehn Jahren einen neuen Partner kennen lernte, ist es zu schwerwiegenden Übergriffen gekommen, in deren Folge Nina stationär behandelt werden musste. Daraufhin durfte sie nicht mehr in die Familie zurückkehren, worin sie die hauptsächliche Ursache für ihre spätere Hinwendung zur Straße sieht:

„Das hat angefangen vor achteinhalb Jahren, bis zu dem Zeitpunkt hab ich bei meiner Mutter gelebt, dann hat meine Mutter einen Mann kennen gelernt, der [...] kommt mit keinen Kindern zurecht, die nicht aus seiner Ehe sind. Der hat dann angefangen mich zu schlagen und misshandeln und dann hab ich wegen dem zweieinhalb Wochen im Krankenhaus gelegen und danach hat dann das Jugendamt gesagt, so entweder die zieht jetzt zu ihrem Vater oder sie kommt in ein Heim. [...]“

Während ihres Aufenthalts beim Vater hat Nina keine körperliche Gewalt erfahren. Dennoch kam es, bedingt durch die berufliche Abwesenheit des Vaters als Fernfahrer, zu Auseinandersetzungen mit ihrer Stiefmutter, mit der sie sich nach eigenen Schilderungen nicht verstanden hat:

„So und dann hab ich eineinhalb Jahre bei meinem Vater gelebt, der war aber nie zu Hause, also hab ich nur mit meiner Stiefmutter zu tun gehabt, weil der arbeiten musste und dann hatte ich mit der auch irgendwann noch Stress gekriegt und die meinte dann, sie kommt mit mir nicht zurecht und dann ist mein Vater das erste Mal zum Jugendamt gegangen und hat dann gemeint von wegen Leute ich brauch Hilfe. Na ja und dann hat das ein halbes Jahr ungefähr gedauert und dann hab ich auch irgendwann gesagt, und jetzt hab ich kein Bock mehr. Und hab das Jugendamt angerufen und gesagt, ich will hier raus und das sofort.“

Hinwendung zur Straße: Alternativentwurf zu Familie und Heim

Ninas weitere Lebensgeschichte weist ausgeprägte Jugendhilfeerfahrungen auf. Vor allem in den letzten Jahren hat sie verschiedene Heimeinrichtungen erlebt und Nothilfeprogramme durchlaufen, in deren Folge es zu einer sukzessiven Hinwendung zur Straße, die sie als einen Alternativentwurf gegenüber weiteren Jugendhilfemaßnahmen begreift, gekommen ist:

„In A [Heimeinrichtung] hab ich mich anfangs wohl gefühlt. Da bin ich von da aus dann in eine feste Wohngruppe gekommen, das war dann aber mehr so eine Art Familie, wir waren mit sechs Kindern [...] und da hatten wir nur drei verschiedene Betreuerinnen. Und die Gruppenleiterin, das war eine Frau von 75, das ist schon ein richtig altes Kaliber und die wusste, was sie da tut und die hat da auch nichts durchgehen lassen, aber mit der konnte man reden, egal was passiert ist, mit der konnte man über alles reden. Ja und dann, als es nach einem halben Jahr hieß, so ich muss da raus. Und da war ich ja noch die einzige, die das Heim verlassen musste und dann hab ich dann gesagt, nö, da hab ich jetzt kein Bock mehr drauf, ja. Und dann bin ich in ein anderes Heim [...] gekommen und da haben die mich dann, [lacht] da war ich dann zuerst in so einer gemischten Gruppe, wo halt Mädchen und Jungens waren und da ich nun mal mit Jungens besser klar komme als mit Weibern, das ist, - da kann ich auch nichts für, hieß es dann irgendwann, ich wäre zu stark sexuell veranlagt und da musste ich aus dieser Gruppe wieder raus [lacht]. Und da bin ich in eine reine Mädchengruppe gekommen und da bin ich dann, - da hab ich dann gesagt, boah, das wird mir alles zu viel. Ja und dann wollten die mich da auch nicht mal mehr rauslassen und [lacht] dann bin ich ganz ausgeflüpt, da hab ich dann die Türen weggetreten und all so eine Scheiße und dann an dem Tag, wo ich dann das Hilfeplangespräch hatte, ist die Heimleiterin dann hingegangen und hat meinen Bezugsbetreuer gekündigt. Und dann hab ich auch gesagt, dann mach ich auch dieses Hilfeplangespräch nicht, das ist mir egal, entweder ist der dabei oder niemand und da hieß es von wegen ja, dann soll ein andere Betreuerin dabei sein und da hab ich keine Lust zu.“

Auf den wiederholten Vertrauensverlust in den Heimeinrichtungen reagiert Nina mit einer schrittweisen Hinwendung zur Straße, bei der sie zunächst immer wieder für einzelne Nächte der Einrichtung fern bleibt und woraufhin sie schließlich bei einer polnischen Familie einen Schlafplatz findet. Zu dieser Zeit fasst Nina den Entschluss, für sich selbst sorgen zu wollen und ein Leben unabhängig von pädagogischen Institutionen zu führen. Dabei findet sie schnell Anschluss an die lokale Wohnungslosenszene und nutzt dabei sowohl die vorhandenen Angebote der Wohnungslosenhilfe als auch die Unterstützung von Freunden und Szenenbekanntschaften:

„[...] und dann bin ich in die Treberhilfe gegangen, weil ich da auch schon ein Mädchen kannte, die da war und ja, da war ich zwei Monate in der Treberhilfe und bin dann von da aus mit den Leuten, die man dann da kennen lernt und Leuten von der Domplatte, die man kennen lernt und das Leben auf der Straße ist ja so frei und da kann man ja machen was man will und das macht doch eigentlich viel mehr Spaß, also geht man dahin. Na, dann war ich auf der Straße

und dann hat das Jugendamt irgendwann gesagt, so jetzt war sie einmal auf der Straße, jetzt kann sie da auch bleiben. [...]“

Nachdem Nina in der ersten Phase ihres Straßenlebens noch für einige Zeit in Kriseneinrichtungen der Jugendhilfe gelebt hat, fokussiert sie in der Folge ihr Leben zunehmend auf die Straße und richtet sich an der Lebensweise ihrer bereits älteren Partner aus. Im Verlauf wechselnder Beziehungen lebt sie dabei in den Wohnungen der jeweiligen Partner oder mit ihnen, in einer Gruppe von Wohnungslosen, in leerstehenden Fabrikhallen auf der Straße. Die Beziehung zu älteren Freunden bietet ihr dabei einerseits Schutz vor Einsamkeit oder den Gefahren des Straßenlebens. Andererseits gerät sie hierdurch auch immer wieder in Abhängigkeit zu ihren Partnern, wobei sich häufig das familiäre Konfliktmuster ihrer Kindheit von physischer Gewalt wiederholt.

Distanz gegenüber Institutionen und Inanspruchnahme von Straßensozialarbeit

Ihre Inanspruchnahme von sozialpädagogischen Angeboten beschränkt sich seither auf niedrigschwellige Hilfen, wie Notschlafstellen oder etwa die Anlaufstelle eines Obdachlosencafés am Bahnhof, die sie bei Konflikten aufsucht:

„[...] Ja und dann bin ich als erstes zum Bahnhof gefahren, zum [Obdachlosencafé] um da erst mal bei Leuten, die ich kannte, mir eine Hundeleine zu holen. Ja und da hatte ich diese Leine und da hab ich eine dreiviertel Stunde vor dem [Café] gegessen und da kam jemand aus dem Café raus, den ich auch kannte und dann hat der gemeint, so es bleibt keiner alleine, es bleibt keiner auf der Straße und wenn der Dich vor die Tür gesetzt hat, dann kommste jetzt mit zu uns. Ja und dann bin ich wieder zurück nach X. [Stadtteil], wieder in diese Hallen und, - [lacht] ja jetzt mussten wir da aber auch raus, weil da abgerissen wird. [...]“

Zu dieser Zeit erhält Nina informelle Unterstützung vor allem durch Szenenbekanntschaften, die ihr Schutz vor dem Alleinsein bieten. Daneben spielt für sie aber auch die Unterstützung durch Straßensozialarbeit eine wichtige Rolle, gerade dann, wenn es in ihren informellen Helfernetzwerken zu Problemen kommt.

„Ja, weil ich auf jeden, - weil ich gesehen hab, dass es was bringt und ich anfangs gedacht habe, die sagen hmm entweder Du machst das oder Du machst das oder das war's. Das ist halt nicht das ich mir, - vorgestellt hätte. Ich war halt der Meinung so, Streetworker, das erste was die versuchen ist Dich von der Straße zu kriegen, in irgendeine Einrichtung oder wie auch immer. Und das war das, wo ich von Anfang an gesagt hab, da hab ich kein Bock drauf, weil ich auch mit so einer Scheiße wie Jugendamt nichts mehr zu tun haben will. Die haben Scheiße genug mit mir gebaut und ich hab da gesagt so, ich hab da keine Lust mehr drauf.“

Erst als ihr nach mehreren Gesprächen allmählich klar wurde, dass sich Straßensozialarbeit von den ihr bekannten Formen der Erziehungshilfen unterscheidet und sie ihr bei der Bewältigung ihrer Problemlagen hilfreich sein kann, gewinnt Nina Vertrauen und ist zu einer weiterführenden Zusammenarbeit mit der Straßensozialarbeiterin Andrea bereit. Dabei nutzt sie bspw. Straßensozialarbeit im Vorfeld ihres achtzehnten Geburtstages in der Übergangsphase von Jugend- zur Sozialhilfe vornehmlich dazu, Sozialleistungen zu beantragen und ihre Interessen gegenüber Ämtern und Behörden vertreten zu lassen:

„Nö, da hab ich auch gesagt, Hilfe von Andrea auf jeden Fall, weil ich alleine, - ich hab halt keine Ahnung. Bei mir sagen sie so und so, nö tschö ... und Andrea hat da ein bisschen mehr Erfahrung, ein bisschen mehr Ahnung, die kann, - mehr reden als ich, weil ich nicht wirklich weiß was ich sagen soll [lacht]. Ja und deswegen, - Andrea ihre Hilfe hab ich gerne in Anspruch genommen. [...]“

Nina nutzt Straßensozialarbeit für sich auf einer niedrigschwelligen und unverbindlich bleibenden Ebene, bei der sie ihr Leben nicht grundlegend verändern, doch aber für bessere Rahmenbedingungen in Form sozialer Grundsicherungen sorgen möchte. So war es ihr Ziel, über die Zusammenarbeit mit Straßensozialarbeit zunächst den Bezug ihres Kindergeldes zu erlangen sowie einen Harz IV-Antrag zu stellen, was sie beim Erwerb ihres Lebensunterhalts nicht mehr vom Betteln abhängig macht. Dabei sieht sie in Straßensozialarbeit ein Mittel zur Verbesserung ihrer sozialen Situation. Die Niedrigschwelligkeit der Unterstützung erlaubt es ihr, Straßensozialarbeit für sich in Anspruch zu nehmen, ohne dabei unter Druck gesetzt zu werden, weitergehende Verpflichtungen einzugehen, die eine grundlegende Veränderung ihres derzeitigen Lebenskonzepts erfordern würden. Aus diesem Grund lehnt sie auch eine Rückkehr in die Jugendhilfe für sich ab.

Zukunftsvorstellungen: Straße als Leitbild und Lebenskonzept

Trotz einer kontinuierlichen Inanspruchnahme von Straßensozialarbeit strebt Nina die Beibehaltung ihres bisherigen Lebenskonzeptes an. So kann sie sich auch in Zukunft kein ‚normales Leben‘ innerhalb bürgerlicher Konventionen vorstellen und möchte die Unabhängigkeit und Ungebundenheit ihres Straßenlebens auch in Zukunft weiterhin aufrechterhalten:

„Viel verändern wird sich nicht, weil ich gesagt hab, ich will so dieses normale Leben nicht haben. Ich hab jetzt viereinhalb Jahre auf der Straße gewohnt und wenn ich jetzt direkt in eine Wohnung komme und die ist komplett eingerichtet, dann hab ich das Gefühl ich m u s s bleiben. Auf der Straße, wenn mir irgendwas nicht passt, ich pack meine Sachen und geh. Fertig. Ich bin auf Niemanden und auf Nichts angewiesen und ich kann einfach gehen. Das ist in einer Wohnung halt nicht so. Deswegen hab ich mit meinen jetzigen Freund auch

schon besprochen, wenn wir in einer Wohnung sind, dann wird da genauso wie jetzt auch ein Holzbrett an die Wand gehängt, - irgendwie mit Seilen an der Decke befestigt und und und. Und da werden dann Decken auf den Boden gelegt, worauf man dann schläft. Das wird so bleiben, wie es vorher auch war, solange bis ich dann irgendwann sag, so jetzt bin ich bereit dazu. Ich weiß noch nicht, wie lange es dauert [lacht].“

Nina zeigt sich momentan nicht dazu bereit, viel an ihrem Leben verändern zu wollen und feste Verbindlichkeiten einzugehen. Stattdessen legt sie vor allem Wert auf die Aufrechterhaltung eines nomadischen Lebensstils, bei dem sie, wenn ihr etwas nicht passt, ihre Sachen packen und gehen kann. Trotz allem hat sie detaillierte Vorstellungen darüber, wie sie sich zusammen mit ihrem Partner eine eigene, diesem Lebenskonzept entsprechende, Wohnung einrichten würde. Auch kann sich Nina zu einem späteren Zeitpunkt ein anderes Leben vorstellen, in dem sie einen Schulabschluss an einer Abendschule erwirbt, um dann später als Tierpflegerin oder auch im Baugewerbe arbeiten zu können. Wann sie bereit dazu ist, diesen Schritt zu gehen, weiß sie allerdings noch nicht

3.4 Analyse des Lebenskonzeptes und der Selbstdeutungsmuster

Im Folgenden sollen einige der im Fallbeispiel vorkommenden Lebenskonzepte analysiert werden. Unter Lebenskonzept sind die Entwürfe und Selbstdeutungsmuster zu verstehen, die Nina von sich, ihren Beziehungen sowie ihren Lebenskontexten sprachlich zum Ausdruck bringt.¹⁴ Zentral sind dabei die von Nina formulierten ‚Glaubenssätze‘, mit denen sie ihre Lebenseinstellung begründet und die zu Ankerpunkten ihres Selbst- und Weltkonzeptes geworden sind.¹⁵ Nina formuliert in dem Interview mehrere solcher Glaubenssätze:

- ‚Ich bin von meinen Eltern und deren Partnern enttäuscht und verletzt worden. Das Heim und Jugendamt haben mich hintergangen. Ich kann mein Leben auch ohne Unterstützung von Jugendhilfeeinrichtungen und Erwachsenen führen. Irgendwann ist jeder mal allein und muss nur noch mit sich selber klar kommen.‘
- ‚Institutionen wie Heime und Jugendamt helfen mir nicht wirklich, sie mischen sich ständig in mein Leben ein und fällen Entscheidungen über meinen Kopf hinweg. Ich mache deshalb mein eigenes Ding.‘
- ‚Im Hinblick auf meine Zukunft wird sich nicht viel verändern, weil ich dieses normale Leben nicht haben will. Ich hab jetzt 4 ½ Jahre auf der Straße ge-

¹⁴ Neben den gegenwärtigen Lebenszusammenhängen (alltägliche Zeitebene) sind dabei auch besonders die biographische Vergangenheit wie auch zukünftige Lebensentwürfe von besonderer Relevanz.

¹⁵ ‚Glaubenssätze‘ beruhen in aller Regel auf besonders einschneidenden biographischen Erfahrungen, die für das eigene Selbstbild von hoher Relevanz sind.

lebt und wenn ich jetzt direkt in eine komplett eingerichtete Wohnung komme, dann habe ich das Gefühl, ich muss da für immer bleiben. Wenn mir irgendwas auf der Straße nicht passt, pack ich meine Sachen und geh. Ich bin auf Niemanden und auf Nichts angewiesen und ich kann einfach gehen. Das ist in einer festen Wohnung halt nicht so.⁴

„Glaubenssätze“ können somit in Anlehnung an den wissenssoziologischen Ansatz von Alfred Schütz und Thomas Luckmann als subjektive – und besonders stabile – Deutungsmuster verstanden werden, die von Nina als gleichsam verdichtete Schemata der Erfahrung bei der Konstruktion der biografischen Wirklichkeit, der Interpretation der gegenwärtigen Lebensbezüge und dem Entwurf möglicher Lebensperspektiven in der Zukunft herangezogen werden.¹⁶ Sie bilden damit den Deutungshorizont, vor dem die Erlebnisse ausgelotet werden, und das Relevanzsystem, mit Hilfe dessen Handlungsmotive in Vergangenheit und Zukunft begründet werden.¹⁷ Kommt es nun zu einer ‚Erschütterung‘ dieser Glaubenssätze, so kann dies zu einer Neujustierung des Selbst- und Weltbildes und damit zu Bildungsprozessen führen.

3.5 Differenzerfahrungen als Auslöser von Bildungsprozessen

Ein wichtiger Auslöser von Bildungsprozessen bei Jugendlichen können Differenzerfahrungen sein. Unter Differenzerfahrungen sind subjektive Erfahrungen zu verstehen, die sich zu den ‚Glaubenssätzen‘ sperrig verhalten und die nur schwer in das bestehende Selbst- und Weltbild integrierbar ist. So wird im Fallbeispiel Ninas Glaubenssatz, dass institutionelle Helfersysteme ihr nicht wirklich helfen können und über ihren Kopf hinweg entscheiden, durch die Begegnungen mit der Straßensozialarbeiterin zunehmend in Frage gestellt:

„[...] weil ich gesehen hab, dass es was bringt und ich anfangs gedacht habe, die sagen entweder Du machst das oder Du machst das oder das war’s. Das ist halt nicht das ich mir, - vorgestellt hätte. Ich war halt der Meinung so, Streetworker, das erste was die versuchen ist, Dich von der Straße zu kriegen, in irgendeine Einrichtung oder wie auch immer.“

Bildungstheoretisch erscheint dieser Ansatz insofern relevant zu sein, als aufgrund von Differenzerfahrungen Lern- und Bildungsprozesse in Gang gesetzt werden können, die zu einer Veränderung der Glaubenssätze und mithin des Lebenskonzeptes führen. Gerade Lebensentwürfe – in Form von biografischen

¹⁶ Vgl. hierzu das Schaubild in Abschnitt 2.3.

¹⁷ Schütz/Luckmann sprechen in diesem Zusammenhang von ‚Weil-‘ und ‚Um-zu-Motiven‘: Ich tue etwas, weil ich bestimmte Erfahrungen gemacht habe (Weil-Motive), gleichzeitig verbinde ich mit meinem Tun bestimmte Absichten und Pläne (Um-zu-Motive) (Schütz/Luckmann 2003, S. 471ff.).

Selbstentwürfen und Identitätskonstruktionen – sind bei Jugendlichen im Fluss und können so aufgrund neuer Erfahrungen modifiziert, verworfen oder durch andere ersetzt werden.¹⁸

Im vorliegenden Fallbeispiel gibt es Andeutungen, dass auch der Glaubenssatz *„Irgendwann ist jeder mal allein und muss nur noch mit sich selber klar kommen [...]“* von Nina nicht mehr apodiktisch aufrechterhalten wird: Nina, so lässt sich vermuten, hat aufgrund der Beziehung zur Streetworkerin Andrea erfahren, dass sie im Hinblick auf die Verbesserung ihrer Grundsicherung Unterstützung erwarten kann und dass es hilfreich ist, bei der Bewältigung von Ämtergängen nicht allein zu sein. Auch lebt sie in einer Beziehung und macht mit ihrem Partner Pläne für eine gemeinsame Zukunft. Ihr derzeitiges Lebenskonzept (Leben auf der Straße, keine institutionellen Verpflichtungen eingehen, auf Niemanden und Nichts angewiesen zu sein, Misstrauen gegenüber Jugendhilfe- und anderen Helfersystemen) scheint sich im Prozess der Transformation zu befinden und an manchen Stellen brüchig zu werden, wenn auch nur rudimentär: Sie nimmt die Perspektive einer gemeinsamen Wohnung mit ihrem Partner in den Blick, die aber gleichzeitig noch in weite Ferne gerückt wird.

4. Fazit: Sozialpädagogische Begleitung von informellen Bildungsprozessen

Von diesem Blickwinkel aus betrachtet, setzt eine sozialpädagogische Begleitung von informellen Lern- und Bildungsprozessen bei der subjektiv erfahrenen Wirklichkeit ihrer Adressaten an, indem sie eben diese bei einer (möglichen) Modifizierung von Lebensentwürfen begleitet und unterstützt. Empirische Analysen biographischer Lebensverläufe verweisen so insgesamt darauf, dass (informelles) Lernen und Bildung als Ergebnis lebenslanger Sozialisationsprozesse (nicht nur) für diese jungen Menschen eine wichtige Rolle spielen (vgl.: Mütcher 2010). Damit leistet das hier vorgestellte Bildungsverständnis einen Beitrag zum Verständnis von Veränderungen im Lebensverlauf und trägt somit auch gleichzeitig zu einer besseren Gestaltung von sozialpädagogischen Settings bei.

In Anlehnung an Wilhelm Schmid's *„Philosophie der Lebenskunst“* ließe sich die primäre (Bildungs-)Aufgabe von Sozialer Arbeit darin sehen, junge Menschen bei der Entwicklung eines verantwortlichen Umgangs („Sorge“) mit sich selbst zu unterstützen.¹⁹ Eine sozialpädagogische Begleitung informeller Bil-

¹⁸ Dieser Gedanke ist nicht neu, er wurde bereits von Wilfried Marotzki in seiner strukturalen Bildungstheorie ähnlich formuliert – allerdings mit anderen Begrifflichkeiten (vgl. Marotzki 1990).
¹⁹ Lebenskunst, so Schmid, „[...] setzt an bei der Sorge des Selbst um sich, die zunächst ängstlicher Natur sein kann, unter philosophischer Anleitung jedoch zu einer klugen, vorausschauenden Sorge wird, die das Selbst nicht nur auf sich, sondern ebenso auf Andere und die Gesellschaft bezieht.“ (Schmid 1998, S. 51)

dungsprozesse zielt somit nicht darauf ab, ihren Adressaten ‚Anweisungen‘ zum ‚richtigen Leben‘ zu geben oder primär Bildungserfolge im formalisierten Schulsystem zu fördern, sondern vielmehr darauf, bei diesen eine reflexive Grundhaltung zu stärken, bei der zunächst die ‚Sorge um sich selbst‘ im Zentrum der pädagogischen Beziehung steht, die dann wiederum Auslöser von Bildungsprozessen sein kann.

Damit erweist sich die Analyse von biographischen Reflexionsprozessen – und eine damit verbundene Transformationen von Lebenskonzepten – als hoch relevant für die Gestaltung sozialpädagogischer Prozesse. Sozialpädagogische Vorschläge zur Unterstützung böten so *„einen institutionellen Rahmen zur Ermöglichung von Bildungsprozessen [...] ohne jedoch inhaltlich normative Vorgaben zu machen und so die Potentiale von Selbstbestimmungsentwicklung wieder einzuschränken.“* (Sturzenhecker 2003, S. 302)

Eine dergestaltete Soziale Arbeit zielt darauf ab, danach zu fragen, welche Unterstützung junge Menschen bei der Sorge um das eigene körperliche und psychische Wohlergehen brauchen und wie sie ermöglicht werden kann.²⁰ In der Praxis spielt dabei vor allem der Aspekt des Vertrauens eine zentrale Rolle. Somit ist für das Vertrauen des Jugendlichen eine empathische, aber professionell distanzierte Grundhaltung des Sozialarbeiters erforderlich, die durch Offenheit, Zuspruch und Respekt gegenüber dem bestehenden Lebenskonzept und den Glaubenssätzen geprägt ist. An dem Fallbeispiel Nina lässt sich so anschaulich verdeutlichen, dass ein von den jungen Menschen als vertrauensvoll beurteiltes sozialpädagogisches Arrangement offenbar von hoher Relevanz für die Gestaltung informeller Lern- und Bildungsprozesse ist. Demnach beruht – in Anlehnung an Hartmut Rosas ‚Konzept der Resonanz‘ – eine bildungssensible Soziale Arbeit mehr oder weniger auf einer gelingenden ‚Resonanzbeziehung‘ zwischen sich und ihren Adressaten (vgl. Rosa 2016).

Zusammenfassend möchte ich daher – in Anlehnung an Wilhelm von Humboldts Auffassung von Bildung als Selbstbildung – für ein neues Bildungs- und Inklusionsverständnis in der Sozialen Arbeit plädieren, bei dem die Begleitung informeller Bildungsprozesse im Mittelpunkt sozialpädagogischer Überlegungen steht. Über diese Aspekte hinaus ist die Analyse subjektiver Bildungsprozesse aber auch für sozialpolitische Fragestellungen von Relevanz: Die Frage nach dem individuellen Selbstdeutungsmuster zielt daher auch auf die Entwicklung sozialpädagogischer Angebote für wohnungslose junge Menschen sowie wünschenswerte sozialpolitische Rahmenbedingungen. So lassen sich – in The-

20 Damit setzt sozialpädagogische Unterstützung zunächst an den basalen Grundbedürfnissen ihrer Adressaten an. Im weiteren Verlauf können aber auch existentielle Fragen des Lebenskonzeptes besprochen werden.

orie und Praxis – aus einer ‚Bestandsaufnahme‘ individueller Selbstdeutungsmuster etwa Folgerungen ableiten, wie sozialpolitische Rahmenbedingungen aussehen müssten, damit diese subjektiven Bildungsprozessen fördernd und unterstützend gegenüberstehen.

In diesem Sinne sind Jugendhilfe und Soziale Arbeit in Anlehnung an Sylwia Staub-Bernasconi im Sinne einer ‚Menschenrechtsprofession‘ zu verstehen, die sich eben für eine Teilhabegerechtigkeit – in Form einer wie auch immer garteten Form von Teilhabe – ihrer Adressaten einsetzt (vgl. Wronka/Staub-Bernasconi 2012).

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1970): *Was ist Erziehung?* In: Ders.: *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1973): *Ästhetische Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Andreasen, Sabine (2004): *Bildungstheoretische Überlegungen im Kontext der Wissensgesellschaft*. In: Otto, Hans-Uwe; Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): *Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork / Mobile Jugendarbeit e.V.) (2007): *Fachliche Standards*, unter: <http://www.bundesarbeitsgemeinschaft-streetwork-mobile-jugendarbeit.de/bag-material/bagstandards2007.pdf> [letzte Einsichtnahme am 03.02.2017]
- Balz, Hans-Jürgen; Nüsken, Dirk (2012): *Das Übergangssystem in der beruflichen Bildung – Inklusions- oder Exklusionsinstrument?* In: Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (Hrsg.): *Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit*, Wiesbaden: Springer VS.
- Benjamin, Walter (1950): *Berliner Kindheit um Neunzehnhundert*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benjamin, Walter (1979): *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berger, Peter; Luckmann, Thomas (1997): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt am Main: Fischer.
- BJK (Bundesjugendkuratorium) (2002): *Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe*. In: Münchmeier, Richard; Otto, Hans-Uwe; Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): *Bildung und Lebenskompetenz. Kinder und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben*. Herausgegeben im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums, Opladen: Leske + Budrich.
- BMJFFG (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit) (1990): *8. Jugendbericht*, Bonn.
- Galuske, Michael (2011): *Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Weinheim und München: Juventa.
- Humboldt, Wilhelm von (1903): *Theorie der Bildung des Menschen*. In: Ders.: *Werke*. Herausgegeben von A. Leitzmann, Bd. I, Berlin 1903: B. Behr's Verlag.
- Kaiser, Yvonne (2011): *Jugend und Bildung. Rekonstruktion von Bildungsprozessen in einem Projekt für Schulverweigerer*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kelle, Udo; Kluge, Susanne (2010): *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Keppler, Siegfried (1989): *Grundsätzliche Überlegungen zu Streetwork in der Jugendarbeit und Jugendhilfe*, in: Steffan, Werner (Hrsg.): *Straßensozialarbeit. Eine Methode für heiße Praxisfelder*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Kessler, Fabian; Otto, Hans-Uwe; Treptow, Rainer (2002): *Jugendhilfe als Bildung*. In: Münchmeier, Richard; Otto, Hans-Uwe; Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): *Bildung und Lebenskompetenz. Kinder und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben*. Herausgegeben im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums, Opladen: Leske + Budrich.
- Klose, Andreas; Steffan, Werner (Hrsg.) (1997): *Streetwork und Mobile Jugendarbeit in Europa. Europäische Streetwork-Explorationsstudie*. Münster: Votum Verlag.
- Kluge, Susanne (1999): *Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung*, Opladen: Leske + Budrich.
- LAG (Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit Baden-Württemberg) (Hrsg.) (1997): *Praxishandbuch Mobile Jugendarbeit*, Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand.
- Marotzki, Winfried (1990): *Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie. Biographietheoretische Auslegung von Bildungsprozessen in hochkomplexen Gesellschaften*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Mielenz, Ingrid (2002): *Vorwort*. In: Münchmeier, Richard; Otto, Hans-Uwe; Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): *Bildung und Lebenskompetenz. Kinder und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben*. Herausgegeben im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums, Opladen: Leske + Budrich.
- Mollenhauer, Klaus (1987): *Die Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft. Eine Untersuchung zur Struktur sozialpädagogischen Denkens und Handelns*, Weinheim, Berlin: Beltz.
- Mücher, Frank (2010): *Prekäre Hilfen. Soziale Arbeit aus der Sicht wohnungsloser Jugendlicher*, Wiesbaden: Springer VS.
- Mücher, Frank (2015): *Was kann und muss die Jugendhilfe von Systemsprengern/-Innen lernen? In: dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit*. Herausgegeben vom Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, Nr.14, November 2015, Berlin.
- Mücher, Frank; Uhendorff, Uwe (2015): *Das fragend-begleitende Gespräch. Sozialpädagogische Diagnostik im Kontext von Jugendwohnungslosigkeit*. In: Dollinger, Bernd; Oelkers, Nina (Hrsg.): *Sozialpädagogische Perspektiven auf Devianz*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Permien, Hanna; Zink, Gabriele (1998): *Endstation Straße? Straßenkarrieren aus der Sicht von Jugendlichen*, München: DJI Verlag.
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Scherr, Albert (2002): *Der Bildungsauftrag der Jugendarbeit: Aufgaben und Selbstverständnis im Spannungsfeld von sozialpolitischer Indienstnahme und aktueller Bildungsdebatte*. In: Münchmeier, Richard; Otto, Hans-Uwe; Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): *Bildung und Lebenskompetenz. Kinder und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben*. Herausgegeben im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums, Opladen: Leske + Budrich.
- Schmid, Wilhelm (1998): *Philosophie der Lebenskunst. Eine Grundlegung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (2003): *Strukturen der Lebenswelt*, Konstanz: UTB.
- Steffan, Werner (1988): *Streetwork in der Drogenszene*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Sturzenecker, Benedikt (2003): *Jugendarbeit ist außerschulische Bildung*. In: *Deutsche Jugend*, 51 (2003), Heft 7–8.

Thiersch, Hans (2003a): *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel*. Weinheim und München: Juventa.

Thiersch, Hans (2003b): *Lebensweltorientierte Jugendhilfe – zum Konzept des 8. Jugendberichts*. In: Ders.: *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel*. Weinheim und München: Juventa.

Witzel, Andreas (2000): *Das problemzentrierte Interview*. In: FQS, Volume 1, 2000, unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/%201132/2519> [letzte Einsichtnahme am 03.02.2017]

Wronka, Joseph; Staub-Bernasconi, Sylwia (2012): *Human Rights*. In: Lyons Karen; Hokenstad, Terry; Pawar, Manohar; Huegler, Nathalie; Hall, Nigel (eds.): *The Sage Handbook of International Social Work*, London: Sage.

Fit für die Zukunft –

Projekt zur Förderung der Ausbildungseignung und Sicherung der Ausbildung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf*

von SYLVIA ADAM-RECKER

Gliederung

- 1 Ausgangssituation
 - 1.1 Entwicklung der Bevölkerung in Ahlen
 - 1.2 Bildungssituation in Ahlen
 - 1.3 Familie im gesellschaftlichen Wandel
- 2 Sitz des Vereins kgv (keiner geht verloren)
- 3 Zielgruppe
- 4 Ziel der Vereinsarbeit allgemein
- 5 Präventive Förderbausteine
 - 5.1 Fit in der Schule
 - 5.2 Fit für die Ausbildung
 - 5.3 Fit in der Ausbildung
 - 5.4 Soziokulturelle Projekte und Kurse
- 6 Wie wir arbeiten
 - 6.1 Grundlage
 - 6.2 Einwerbung und Eingangsdiagnostik
 - 6.3 Fachliche Förderung (schulisch und berufsvorbereitend)
 - 6.4 Sozialpädagogische Betreuung
 - 6.5 Betreuung während der Ausbildung
- 7 Wer bei uns arbeitet
- 8 Bisherige Erfolge
- 9 Aufbau des Vereins
- 10 Finanzierung

„Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.“ (§ 13 SGB VIII)

* Vortrag und filmische Präsentation zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft am 8. Oktober 2016 in Mainz

1 Ausgangssituation

1.1 Entwicklung der Bevölkerung in Ahlen

Die ehemalige Zechenstadt Ahlen hat einen hohen Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund (ein Drittel der 55.000 Einwohner). Über die Hälfte der Schüler und Schülerinnen einiger Grundschulen haben mittlerweile einen türkischen Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass durch Bildungs- und Arbeitsmigration hauptsächlich junge, erfolgreiche Einwohner der deutschen Bevölkerung zwischen 20 und 40 Jahren die Stadt verlassen. Die Stadt wird damit langfristig demographisch altern, wobei der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund weiter zunehmen wird [*Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Ahlen. Eine Analyse und Vorausschätzung der demographischen Entwicklung*. Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik. Universität Bielefeld. H. Birg, E.-Jürgen Flöthmann, Martin Genz und Kerstin Ströker. Bielefeld, Januar (2004). Gutachten im Auftrag der Stadt Ahlen].

1.2 Bildungssituation in Ahlen

Vor diesem Hintergrund ist die Bildungsproblematik in der Stadt Ahlen zu verstehen: Es gibt in Ahlen sehr viele Jugendliche, die u. a. ein Problem mit der deutschen Sprache haben und damit generell Probleme in der Schule und mit dem Berufseintritt. Die Schulabbruchquote liegt mit 12 % deutlich höher als die im Kreis (7,8 %). Überdurchschnittlich viel Jugendliche haben nur einen Hauptschulabschluss (45,5 %, im Land: 37,6 %, Quelle: it.nrw). Daraus folgen für viele dieser Jugendlichen auch Anschlussprobleme in den Berufsschulen, da hier die unterstützenden Maßnahmen der Regelschulen entfallen. Obwohl die Betriebe sehr häufig mit der Arbeit der Jugendlichen zufrieden sind, muss wegen der schlechten Schulleistungen dennoch die Ausbildung abgebrochen werden.

In den Fördermaßnahmen der Agentur für Arbeit zeigt es sich auch immer wieder, wie schwer oder gar unmöglich es ist, lernmüde Jugendliche mit Standardmaßnahmen zum Weitermachen zu motivieren. Ein Schüler, der den Anschluss an seine Klasse verliert und keine Unterstützung von zu Hause hat, wird schnell versuchen, den ständigen negativen Rückmeldungen zu entgehen. Wut, Ohnmacht und Resignation führen dann zu Anstrengungsverweigerung, Selbstbestätigung in anderen Bereichen (Kriminalisierung), Schulschwänzen, Verwahrlosung. Betroffen sind vor allem die Kinder und Jugendlichen der sozialen Brennpunkte einer Stadt, in Ahlen besonders der Osten und Süden der Stadt. Der Osten ist auch Sitz des Vereins kgv.

1.3 Familie im gesellschaftlichen Wandel

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Form und das Verständnis der Familie stark verändert. Gab es früher eine festgelegte Norm, die definierte, was eine Familie ist und wie sie zu funktionieren hat, so wird dies nun durch die emotionale Qualität der Beziehung bestimmt. „Familie“ ist damit der Ort, an dem eine feste Bezugsperson Vertrauen und Geborgenheit langfristig vermitteln kann. Das erfordert allerdings von Allen ein hohes Maß an emotionaler Kompetenz und entsprechende Lebens- und Arbeitsbedingungen [*Arbeitspapier 48, Wandel der Familie*. Hrsg. Hans-Böckler-Stiftung].

Tatsache ist, dass viele Kinder in Familien aufwachsen, in denen es keine verlässliche Liebe gibt, in denen Gleichgültigkeit, Gewalt und Vernachlässigung herrschen. Diesen Kindern fehlt das notwendige Rüstzeug, um sich erfolgreich in der Welt zu bewegen. Sie sind orientierungslos, ängstlich, entwickeln Schul-schwierigkeiten, haben kein Selbstvertrauen, sind aggressiv, traumatisiert.

Die Hilfestellungen seitens der Gesellschaft beschränken sich auf familienbegleitende Maßnahmen durch das Jugendamt, um die familiäre Situation zu normalisieren. Die Probleme, die diese Kinder durch ihre Verhaltensauffälligkeiten und durch die schlechten Noten in der Schule haben, können dadurch allerdings oft nicht gelöst werden. Viel zu oft erreichen sie nur einen niedrigen Schulabschluss und versagen häufig in der dualen Ausbildung an den Anforderungen der Berufsschulen. Für sie ist der Arbeitsmarkt mit einem qualifizierten Beruf nicht mehr erreichbar. Damit werden durch die schlechteren zukünftigen Lebensbedingungen die Möglichkeiten einer gelungenen Familienbildung stark minimiert.

Der Verein kgv möchte hier ansetzen und neue Wege gehen, um den Kreislauf des Versagens zu unterbrechen und dabei sein Projekt „Fit für die Zukunft“ an den Eigenheiten und speziellen Bedarfen im Stadtteil und den in ihnen lebenden Menschen ausrichten. Das Projekt hat präventiven Charakter und hat das Erlangen einer selbständigen Lebensführung und die Teilhabe an der Gesellschaft zum Ziel. Es verbindet konkret die Aufgaben der Schule (zu unterrichten) und die der Jugendsozialarbeit unter einem Dach. So werden gefährdeten Jugendlichen intensive und langfristige Begleitmaßnahmen in Form von familienähnlichen Strukturen mit fachlicher Förderung angeboten.

2 Der Sitz des Vereins kgv (keiner geht verloren)

Als im August 2008 der Verein „keiner geht verloren“ (kgv) durch Berni Recker, Landtagsabgeordneter in NRW, gegründet wurde, war es das Wissen um eben diese jugendlichen Schicksale, die den Antrieb dazu gaben, Geld in die Hand

zu nehmen und viel Zeit in die zukünftige Arbeit zu investieren, um Jugendliche (viele mit Migrationshintergrund) aus den Hauptschulen, den Förderschulen und der Gesamtschule in Ahlen auf ihrem Weg in die Gesellschaft zu unterstützen. Ahlen ist eine ehemalige Zechenstadt. Die Zeche wurde im Jahr 2000 geschlossen. Geblieben ist die ehemalige Bergarbeitersiedlung, der Ahleener Osten, der mittlerweile ein sozialer Brennpunkt der Stadt geworden ist mit 90 % Bewohnern mit Migrationshintergrund. Der Verein hat seinen Sitz im Ahleener Osten, um direkt vor Ort zu sein und so ein Miteinander aktiv leben zu können und die Schwelle zum Projekt niedrig zu halten.

3 Zielgruppe

Die Zielgruppe sind Jugendliche, die in einem sozial herausfordernden Umfeld heranwachsen, mit sozialer Benachteiligung und individuellen Beeinträchtigungen kämpfen, mit und ohne Migrationshintergrund, auch mit ausgewiesenen Förderbedarf. Sie haben Probleme in der Schule (den Haupt-, Förder- und Gesamtschulen in Ahlen) und erreichen nicht den Schulabschluss aus eigener Kraft.

4 Ziel der Vereinsarbeit allgemein

Es besteht darin, in einer Hand einen „geschützten Rahmen“ während der Schulzeit und der Ausbildungszeit für Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen und/oder individuellen Beeinträchtigungen zu gewährleisten.

Der kgv e.V. hat den Gedanken der präventiven, langfristigen Hilfe aufgegriffen. Jugendliche ohne Schulabschluss sind nur unzureichend auf ihr weiteres Leben und den Eintritt in eine Berufsausbildung vorbereitet. Sie haben geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz, ein stark erhöhtes Arbeitsloskeitsrisiko und müssen – sofern sie überhaupt erwerbstätig werden – mit einem niedrigeren Einkommen rechnen. Förderschüler kommen ganz selten in den ersten Arbeitsmarkt.

Für jeden einzelnen betroffenen Jugendlichen bedeutet das ein Leben ohne Perspektive und gesellschaftliche Anerkennung. Für das Scheitern gibt es viele Gründe. Einige davon sind der niedrigere Bildungsstatus der Eltern, unangemessener Erziehungsstil, psychosoziale Belastungsfaktoren, Armut, Förderungsdefizite, das Fehlen eines „geschützten Rahmens“. Diese Jugendlichen sind bereits in der Schule nicht mehr erreichbar, würden also von dem staatlichen Übergangssystem nicht profitieren, denn der zukünftige Schulabbruch bahnt sich bereits in den Grundschulen (Grundlagenwerb) und frühen Klassen der Hauptschulen an.

Aus Gesprächen mit Vertretern vieler Handwerksbetriebe und Berufskollegs wurde immer wieder deutlich, dass eine hohe Abbruchquote in der Ausbildung droht, wenn die schulischen Leistungen nicht den Erwartungen der Berufsschulen entsprechen, die Ausbildungsbetriebe aber erst am Ende eines Schuljahres oder sogar erst zum Ende der Ausbildung erfahren, dass der Auszubildende schulisch gefährdet ist (Vermeidungsstrategien aus der Regelschulzeit perpetuiert). Gerade bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die Gefahr des Abbruchs in der Ausbildung extrem hoch, weil sie meist zusätzlich noch sprachliche Probleme haben.

Der Verein sieht es als elementar wichtig an, gefährdete Jugendliche mit besonderem Förderbedarf rechtzeitig in der Schule abzuholen und sie gezielt auf das Berufsleben vorzubereiten, sie aber auch während der Ausbildung weiter zu betreuen, um einen erfolgreichen Eintritt ins Berufsleben zu gewährleisten.

Der Verein bietet daher in seinem Projekt „Fit für die Zukunft“ den Jugendlichen einen langfristig angelegten „geschützten Rahmen“ von der Schule bis in den Beruf. Durch die nachhaltige Veränderung des Selbstkonzepts über mindestens 3 Jahre (langfristige kontinuierliche Beziehung zu einer pädagogischen Bezugsfachkraft) entsteht eine tragfähige Bindung, die über die verschiedenen Lebensbereiche des Jugendlichen hinweg bestehen bleibt und diese vernetzt. Diese intensive Betreuung und Beratung ermöglicht es, schwer motivierbare und schwer in die Arbeitswelt vermittelbare Jugendliche individuell nach ihren Fähigkeiten und Interessen erfolgreich zu fördern, *weil sie es unter diesen Bedingungen zulassen.*

5 Präventive Förderbausteine

5.1 Fit in der Schule

Das Projekt „Fit für die Zukunft“ dient der sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Problemen in Schule und Familie. Oberstes Ziel ist der Motivationsaufbau beim Jugendlichen zur Veränderung des schwachen Selbstkonzepts, um den Regelschulalltag besser bewältigen zu können und dem privaten Umfeld wieder gewachsen zu sein. Jugendlichen aus den Hauptschulen, der Gesamtschule und den Förderschulen (hier ist es Exzellenztraining) mit speziellem Förderbedarf, der in den Schulen nicht vollständig abgedeckt werden kann, wird die Möglichkeit geboten, durch individuelles, außerschulisches Training den Anschluss an die Klasse zu erreichen. Sie werden jeweils von ihren Klassenlehrern und Klassenlehrerinnen zur Teilnahme am Projekt ausgewählt. Die Eltern werden ebenfalls eingebunden. Das Ziel besteht in einem qualifizierten Schulabschluss und damit der Ausbildungsreife.

5.2 Fit für die Ausbildung

Die Jugendlichen sind oft ratlos, wenn sie ihre Berufswünsche äußern sollen. Sie verdrängen das Problem und werden erst gegen Ende der Klasse 9 wach, wenn Einzelne schon eine Ausbildung gefunden haben. Aus dieser Hilfslosigkeit heraus wählen viele häufig die falsche Ausbildung, was auch die hohe Abbruchquote in der Ausbildung erklärt. Die Mitglieder des Vereins haben durch ihr Projekt einen tiefen Einblick in die Problematik des Übergangs Schule-Beruf (wenig individuell, da standardisiert, eher oberflächlich) gerade für gefährdete, desorientierte Jugendliche erhalten. Daher sollen auch während der Schulzeit bereits in Klasse 8 die Jugendlichen im kgv intensiv und individuell auf das Berufsleben vorbereitet werden (Potentialanalyse, Berufsbilder erkunden, Wirtschaftskunde, realistische Berufswünsche erarbeiten, relevante Betriebsbesichtigungen, freiwillige relevante Praktika, Bewerbungsschreiben, Training von Vorstellungsgesprächen, Training der sozialen Kompetenzen, Elterngespräche).

Parallel dazu soll ein tragfähiges Netzwerk von geeigneten Unternehmen aufgebaut werden. Ganz wichtig dabei erscheint dem Verein, Unternehmen dazu zu motivieren, Helferberufe nicht aufzugeben, damit auch Förderschülern eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten bleiben kann.

5.3 Fit in der Ausbildung

Auch in der Ausbildungszeit (**Abbildung 1**) brauchen die Jugendlichen Unterstützung, um einen drohenden Abbruch der Ausbildung wegen z.B. schulischer



Abbildung 1: Junge Frauen in der Ausbildung

Defizite oder sozialem Fehlverhalten zu vermeiden. Die Handwerksbetriebe und Unternehmen, aber auch die jeweiligen Berufsschulen empfinden diese ergänzende Unterstützung als äußerst positiv. Für einige Handwerksbetriebe ist die Begleitung durch den Verein sogar das entscheidende Argument, diesen jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, weil sie das Risiko eines Abbruchs wesentlich reduziert, da die Betriebe nicht mit den sogenannten Risikoauszubildenden alleine gelassen werden.

5.4 Soziokulturelle Projekte und Kurse

Kultur macht stark. So bieten wir den Jugendlichen in unterschiedlichen Projekten (Kunstprojekte, Filmprojekt (**Abbildung 2**), Spielen, Basteln, Kochen, Nähen, Exkursionen, Erste Hilfe, Feriengestaltung) die Möglichkeit, ihre Kreativität zu entwickeln, sich zu engagieren. Hier lernen sie zu akzeptieren, dass jeder Mensch anders ist und dass nicht seine Schwächen, sondern seine Stärken und individuellen Besonderheiten entscheidend sind. In den verschiedenen Kursen werden wichtige Fertigkeiten vermittelt. Sie stärken ihre sozialen Kompetenzen und ihr Einfühlungsvermögen.



Abbildung 2: „Beleucher“ im Filmprojekt

6 Wie wir arbeiten

6.1 Grundlage

Es ist fundamental für die Arbeit des Vereins, zunächst ein Beziehungsgerüst zu schaffen, welches auf Vertrauen und Zuneigung aufgebaut ist. In diesen geschützten Rahmen wird dann die Arbeitsebene integriert. Der Lernende kann sich auf den Lernstoff konzentrieren, denn weder Noten noch Ängste lenken ihn ab. *„Du kannst es. In dir steckt mehr, und das weißt du.“*

Gekennzeichnet als „Looser“, kommen die Jugendlichen in das Projekt. Diese Persönlichkeitsstruktur aufzubrechen und sie in eine bessere umzuwandeln, mit der sie sich wohlfühlen, ist die Aufgabe der Bindungs- (Betreuungs)personen. Sie stellen den Spiegel dar, der jeden Schüler reflektiert, sie sind das Auffangnetz von emotionalen Problemen, sie bieten Lösungsstrategien, Handlungsorientierung und einen Ort, an dem sie sich wohl fühlen sollen. Positive gesellschaftliche Erfahrungen, sprich soziale Bindungen, sind der Schlüssel für die positive Persönlichkeitsentwicklung. **Abbildung 3** verdeutlicht die angestrebten Ziele.

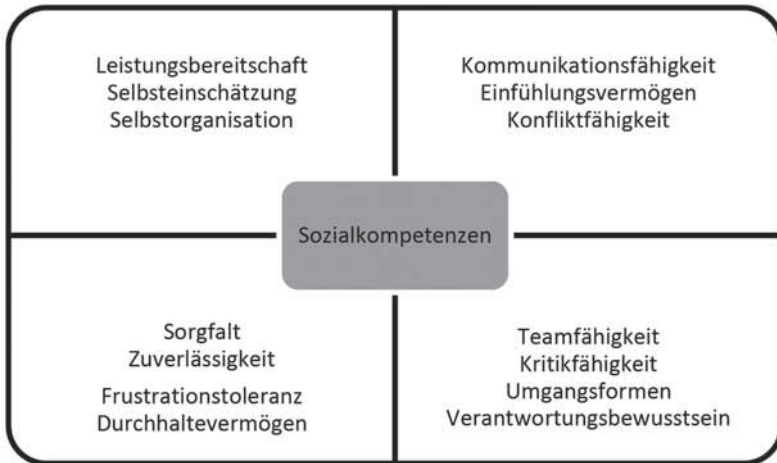


Abbildung 3: Sozialkompetenzen, die die Betreuungspersonen für die Jugendlichen anstreben

6.2 Einwerbung und Eingangsdiagnostik

Drei Hauptschulen, eine Gesamtschule und zwei Förderschulen werden vor Schuljahresbeginn angeschrieben und auf das Förderangebot des Vereins aufmerksam gemacht. Die Klassenlehrer und -lehrerinnen können den in Frage

kommenden Jugendlichen auswählen und die Eltern informieren. Diese wenden sich dann an den Verein für das notwendige Vorstellungsgespräch. Der Verein wählt die zukünftigen Teilnehmer und Teilnehmerinnen nach den Kriterien Förderbedarf und Motivation aus.

Zu Beginn steht eine eingehende Anfangsdiagnostik (AID 2), die die Basis liefert, auf der die jeweilige Lernförderung abgestimmt wird. Neben der globalen Beurteilung der »Intelligenz« ermöglicht das Programm die Diagnostik von Teilleistungsstörungen und ein entsprechendes Screening in Bezug auf ausgewählte Teilleistungsfähigkeiten. Außerdem erhält man eine qualitative Beurteilung des Arbeits- und Kontaktverhaltens bei Leistungsanforderung.

6.3 Fachliche Förderung (schulisch und berufsvorbereitend)

Jeder Jugendliche erhält eine persönliche fachliche Betreuung. Dazu gehören die individuelle Unterstützung bei den Hausaufgaben, Vorbereitung von Klassenarbeiten und Projekten.

Gearbeitet wird hauptsächlich individuell oder in Kleinstgruppen (z. B. sechs, **Abbildung 4**, manchmal auch nur zwei bis drei Jugendliche). Hinzu kommt die individuelle Berufsvorbereitung, bei der jeder Jugendliche mit seinen Wünschen und Hoffnungen ernst genommen, dabei aber versucht wird, die Realität kompatibel dazu zu gestalten. Dies kann nur deshalb gelingen, weil der jeweilige Jugendliche einen langen Zeitraum von mehreren Jahren mit seinem Betreuer verbringt, der so seine Persönlichkeitsentwicklung sanft mit begleitet und steuert.



Abbildung 4: Schulische Arbeit in kleinen Gruppen

6.4 Sozialpädagogische Betreuung

Der Schwerpunkt der Betreuungsarbeit liegt in der Beziehungsarbeit und der Persönlichkeitsentwicklung. Das Ziel ist die Ausbildung eines realistischen Selbstkonzepts mit einem gesunden Selbstbewusstsein bei den Teilnehmern. Die Jugendlichen befinden sich gerade im Aufbau ihrer Persönlichkeit und auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft. Die Jugendlichen können sich jederzeit in Einzelgesprächen Hilfe zur Lösung ihrer Probleme suchen.

Der Verein strebt dabei Unterstützung durch das Jugendamt und andere Jugendhilfeträger an. Mit der Zeit entsteht eine enge Beziehung zu den Familien der Jugendlichen, denen der Verein ebenfalls mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Lehrer und Lehrerinnen werden über die Entwicklungsschritte der jeweiligen Schüler und Schülerinnen auf dem Laufenden gehalten. Wenn der Jugendliche eine schwierige emotionale Zeit durchlebt, wird das Netzwerk um ihn herum gezielt stabilisiert, damit der Jugendliche bei der Lösung seiner Probleme auf Verständnis und Hilfe stößt.

6.5 Unterstützung während der Ausbildung

Gerade in den folgenden Jahren wird der Facharbeitermangel noch deutlicher spürbar werden. Die Betriebe – und hier besonders die Handwerksbetriebe – werden gerne gut vorbereitete, zuverlässige und motivierte Jugendliche ausbilden, besonders wenn der kgv plant, diese Jugendlichen zukünftig während der Ausbildung weiter zu unterstützen, damit die Ausbildung in kürzester Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann. Da die Teilnehmer drei Jahre lang intensiv begleitet werden und dann bereits mehrere Praktika absolviert haben, wissen sie genau, welche Anforderungen an sie gestellt werden. So können sie gezielt in die für sie in Frage kommenden Ausbildungen vermittelt werden und später aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Ein Coach kümmert sich um Probleme während der Ausbildung. Im Verein gibt es weiterhin Hausaufgabenbetreuung, Vorbereitung auf Klassenarbeiten, Vorbereitung auf die IHK-Prüfungen. Es werden regelmäßige Kontakte zu den Lehrern in der Berufsschule sowie zu den Ausbildungsverantwortlichen im Betrieb gehalten und Besuche im Elternhaus gemacht.

7 Wer bei uns arbeitet

Die Aufgaben bestehen in Beraten, Betreuen und Begleiten.

Die Betreuungsarbeit im fachlichen Bereich übernehmen Studenten für Lehramt, Pädagogikstudenten und Studenten anderer Fachbereiche der Universitäten

Bielefeld, Dortmund und Münster. Sie werden vor Beginn ihrer Arbeit geschult und auf die Übernahme der Verantwortung als Beziehungsperson vorbereitet.

Eine Diplompädagogin kümmert sich um die großen und kleinen Probleme der Jugendlichen.

Die individuelle Berufsvorbereitung liegt in den Händen eines Projektleiters, der viel Erfahrung besonders im Umgang mit Förderschülern mitbringt. Alle Mitarbeiter des Vereins arbeiten auf Honorarbasis. Die studentischen Betreuer erwerben Kompetenz und Erfahrung für ihre spätere Arbeit mit Jugendlichen, besonders an den Schulen.

8 Bisherige Erfolge

Alle 75 Jugendlichen (2009 bis 2015) haben mithilfe des kgv den Hauptschulabschluss geschafft, die Fachoberschulreife oder sogar die Fachhochschulreife.

Die bisherige Arbeit wurde durch eine wissenschaftliche Masterarbeit an der Universität Bielefeld analysiert und bewertet: *Schüler selbstkonzept und soziale Anbindung. Eine explorative Studie zu einem bindungsorientierten Konzept von Jugendarbeit*. Christina Radke (Autorin). ISBN: 978-3-89733-340-6

9 Aufbau des kgv e.V.

Abbildung 5 zeigt den hierarchischen Aufbau des Vereins.

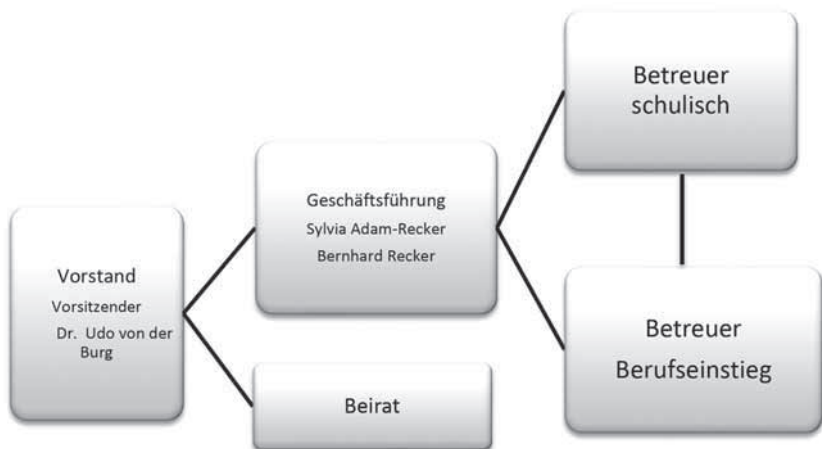


Abbildung 5: Vereinsstruktur

10 Finanzierung

Der Verein kgv e.V. wird ausschließlich durch Spenden finanziert, die hauptsächlich von den Unternehmen und Banken aus Ahlen kommen. Hauptförderer unserer Arbeit (die Sparkasse Münsterland Ost, die Volksbank Ahlen-Warendorf-Sassenberg, die Stadtwerke Ahlen, das St. Franziskus-Hospital, die Stiftung Theodor F. Leifeld) haben sich zu einer finanziellen Unterstützung über Jahre hinweg verpflichtet. So konnte eine längerfristige Förderung der Jugendlichen bislang garantiert werden. Die durchschnittlichen jährlichen Ausgaben betragen ca. 60.000 Euro.

Integrationsarbeit und politische Bildung in Sachsen, dargestellt an der Tätigkeit des Freiberg.Grenzenlos e.V.*

VON FLORIAN FICHTNER

Zielstellung des Beitrags und Darstellungsweise

Es wird versucht, ein Gegenbild zu der oft in den Medien dargestellten fremdenfeindlichen Stimmung in Sachsen zu geben. Mit diesem Ziel wird die Arbeit des Vereins Freiberg.Grenzenlos vorgestellt. Eine gute Vernetzung zwischen den Akteuren zivilgesellschaftlichen Engagements stellt die Grundlage für einen breiten Erfahrungsaustausch dar und trägt damit maßgeblich zum Gelingen von Vereinsarbeit bei.

Der erste Teil des Aufsatzes führt in die Thematik ein. Aus der Sicht ehrenamtlicher Akteure wird die Situation vieler Geflüchteter geschildert. Damit soll die Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Probleme, die während der Arbeit des Vereins im Vordergrund stehen, gerichtet werden.

Der zweite Teil stellt den Hauptteil der Ausführungen dar. Es wird über die Entstehung und die Arbeit des Vereins berichtet. Vor allem steht hier die sich wandelnde Herangehensweise im Vordergrund, die letztlich zu einem offeneren und vielseitigeren Umgang mit den Problemen führte.

Es folgt ein kurzer Ausblick. Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Vereinsarbeit, speziell aus der Netzwerkarbeit, wird der Aufsatz mit zentralen Handlungsempfehlungen beendet.

Zur Situation von Geflüchteten

Die Situation, in der sich Geflüchtete in Freiberg befinden, gleicht mit Sicherheit jener, in welcher sich die meisten Geflüchteten auch in anderen Teilen Deutschlands befinden. Ehrenamtliche Helfer beurteilen dabei drei Punkte als von grundlegender Bedeutung. Diese drei Punkte sind jedoch im Umkehrschluss auch von besonderer Bedeutung für die bereits ansässigen Menschen. Weiterhin ergeben sich daraus zwei langfristige Bedürfnisse der Geflüchteten, die der Freiberg.Grenzenlos e.V. und letztlich jeder mit der Flüchtlingsproblematik befasste Verein bei all seinen Aktivitäten berücksichtigen muss.

* Manuskript des Vortrags, gehalten auf der 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft am 9. Oktober 2016 in Mainz

Zunächst erweist sich die Sprachbarriere als das umfänglichste Problem, aus dem sich auch eine Reihe weiterer Schwierigkeiten ergeben. Die wenigsten Geflüchteten sprechen Englisch, so gut wie keiner bereits bei seiner Ankunft Deutsch. Umgekehrt verhält es sich ähnlich, da ein großer Teil der Ansässigen auch nur begrenzt Englisch spricht – von der Sprache der Flüchtlinge ganz abgesehen. Übersetzer stehen oft unter großem, vor allem zeitlichem Druck, da sie nicht nur von den Behörden als Sprachvermittler herangezogen werden, sondern zusätzlich oft auch ehrenamtlich engagiert sind.

Das zweite große Problem besteht in der Konfrontation der Geflüchteten mit ihnen unbekanntem Verwaltungsstrukturen. Vor allem die genannte Sprachbarriere erweitert dieses Problem, da sowohl behördliche Schreiben als auch die Gespräche mit den Behördenvertretern nur mit einem Übersetzer verstanden werden. Weiterhin sind den Geflüchteten die Hintergründe und Zusammenhänge der einzelnen Verfahrensschritte nicht sofort einleuchtend.

Das dritte Problem besteht in der sehr schwierigen Einbindung der Geflüchteten in das städtische Leben. Ebenso wie die Verwaltungsstrukturen sind den Geflüchteten oft die vor Ort herrschenden sozialen Strukturen unbekannt. Der einfachste Weg, an den unterschiedlichen Möglichkeiten des städtischen Lebens teilzunehmen, bestünde in der Vermittlung dieser Möglichkeiten durch ansässige Verwandte, Freunde, und Arbeitskollegen. Diese fehlen den meisten Geflüchteten vor Ort jedoch. Einer selbstständigen Erkundung des städtischen Lebens steht dann jedoch wieder die Sprachbarriere im Weg. Werbung für städtische Ereignisse, Ankündigungen von öffentlichen Einrichtungen wie Hochschulen und Theatern, Aushänge von Religionsgemeinschaften, Vereinen (vor allem Sportvereinen) und Bürgerinitiativen verstehen die wenigsten Geflüchteten, da diese nahezu ausschließlich in Deutsch veröffentlicht werden.

Aus diesen drei Grundproblemen ergeben sich zwei essentielle, langfristige Bedürfnisse der Geflüchteten. Nur eine selbstständige Kommunikation ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, in dem die Geflüchteten eigenständig handeln und ihre Situation nachvollziehen können. Nur die Integration in bestehende soziale Strukturen kann erreichen, dass sich Geflüchtete und Ansässige kennenlernen, gemeinsam Zeit verbringen und so Vorurteile und daraus resultierende Ängste abbauen. Daraus folgt, dass nur Angebote zur Integration ein dauerhaftes Miteinander ermöglichen. Sie bieten dadurch die Chance, Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Damit Vereinsarbeit auf dem genannten Gebiet gelingt und ihren Zweck erfüllt, müssen zwei grundlegende Voraussetzungen geschaffen werden. Zunächst bedarf es aktiver Mitglieder und Unterstützer. Um bloßem Aktionismus vorzubeugen und dementsprechend auch auf Dauer attraktive Angebote zu schaffen, erwies sich konzeptionelles Arbeiten als unverzichtbar. Sowohl für das grundle-

gende Selbstverständnis des Vereins als auch für die Planung einzelner Aktionen oder regelmäßiger Angebote sollte es einen gut durchdachten Plan geben. Die Situation der Geflüchteten, allen voran die drei erwähnten, wichtigsten Probleme und die sich daraus ergebenden, langfristigen Bedürfnisse, bilden den Kern des Konzepts des Vereins Freiberg.Grenzenlos e.V.

Zur Entstehung und Arbeit des Vereins

Nachdem die Anzahl in Deutschland ankommender Geflüchteter im Jahr 2015 enorm anstieg, wirkte sich dies auch in Freiberg auf das öffentliche Leben aus. Zunächst stellte diese Situation eine erhebliche Herausforderung für die Verwaltung von Stadt und Landkreis dar. Dies spiegelte sich unter anderem in Medienberichten wieder, in denen über die Vorkehrungen der Behörden zur Unterbringung der geflüchteten Menschen informiert wurde.

Doch auch die Zivilgesellschaft sah sich schnell verschiedenen Herausforderungen gegenüber. Einzelne Personen oder unterschiedliche Einrichtungen übten Kritik am Vorgehen der Behörden. Dies schlug sich sowohl in den Printmedien als auch in den digitalen Medien in Form von Artikeln, Leserbriefen oder kleineren Stellungnahmen nieder. Die Kritik reichte dabei über das gesamte Spektrum politischer Richtungen hinweg. Oft zeigten sich Ansässige stark verunsichert und lehnten die aktuelle Politik gänzlich ab. In ganz Sachsen stieg derweil auch die Anzahl politisch motivierter Straftaten. Als Gipfelpunkt dieser Entwicklung kam es zu mehreren Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen mit teilweise hunderten Teilnehmern. Leider ereigneten sich auch in Freiberg Szenen, wie sie aus den Medien bekannt sind. An einem Tag, als ein Sonderzug Geflüchteter nach Freiberg fuhr, versammelte sich eine größere Anzahl von Menschen vor dem Hauptbahnhof. Die in Busse umsteigenden Geflüchteten wurden beschimpft, die Abfahrt der Busse zumindest kurz blockiert und die Fenster der Busse mit Gegenständen beworfen. Den Lautsprecherdurchsagen der Polizei nach zu urteilen, war diese Aktion weder vorher noch an diesem Abend bei den Behörden oder der Polizei angemeldet worden. Eine sehr viel kleinere Gruppe versammelte sich ebenfalls am Bahnhof mit dem Ziel, die ankommenden Menschen willkommen zu heißen.

Um solche und andere fremdenfeindliche Versammlungen nicht unkommentiert zu lassen, fand sich daraufhin ein breites Bündnis von Freibergern zusammen. Als Bürgerinitiative versuchten sie, zunächst auf größere, fremdenfeindliche Veranstaltungen mit eigenen Aktionen zu reagieren. Das lose Bündnis bestand aus Mitgliedern, die sich oft bereits in anderen Gruppen organisierten. Hierzu gehörten unter anderem Initiativen und Vereine des städtischen Lebens, politische Parteien, studentische Arbeitsgruppen und religiöse Einrichtungen.

Ebenso verschieden wie die Teilnehmer an diesem Bündnis waren auch deren Ansätze. Allen gemeinsam war jedoch der Gedanke, dass die in Freiberg lebenden Menschen eine Chance haben sollten, sich öffentlich gegen Fremdenfeindlichkeit auszusprechen. Weiterhin entstanden erste Ideen, die zu wenigen, bestehenden Angebote öffentlicher Begegnungs- und Diskussionsräume zu erweitern.

Nach einiger Zeit änderte sich der Fokus des Bündnisses von Reaktionen hin zu eigenen Aktionen. Im Jahr 2016 konzentrierte sich das Bündnis darauf, neue Begegnungs- und Diskussionsräume zu etablieren und die verschiedenen ehrenamtlichen Gruppen zu vernetzen sowie die eigene Organisationsstruktur zu stärken.

Ersteres gelang durch die sich regelmäßig wiederholenden Veranstaltungen „Küche für alle“, „Dialog.Grenzenlos“, und „Sprach-Café“. Teilweise durch diese Veranstaltungen, aber auch durch die Teilnahme an Tagungen und Preisverleihungen gelang dem Bündnis eine breite Vernetzung auch über die Grenzen Freibergs hinaus. Viele Mitglieder strebten während all dieser Entwicklungen eine Vereinsgründung an. Als „Verein in Gründung“ schrieb sich das Bündnis eine Satzung. Durch die darin enthaltenen Vereinszwecke erleichterten sich die Mitglieder das konzeptionelle Arbeiten an bestehenden und zukünftigen Vorhaben, da die eigene Arbeit nun stets an die bereits erwähnten Probleme und Bedürfnisse angepasst werden konnte. Im August 2016 vollzog das Bündnis die Gründungsveranstaltung des Vereins Freiberg.Grenzenlos. Die Eintragung in das Vereinsregister ermöglicht der Gruppe, als rechtsfähige, juristische Person zu handeln, wodurch sie sich zum Beispiel auch selbstständig finanzieren kann.

Die „Küche für Alle“ dient als niedrighschwelliges Angebot zum gegenseitigen Kennenlernen von Geflüchteten und Ansässigen sowie als Mittel der Vernetzung unter den verschiedenen, ehrenamtlichen Gruppen. Einmal im Monat erhalten alle Gäste eine kostenlose Mahlzeit. Ein großer Gemeinschaftsraum ermöglicht das Zusammensitzen in Gruppen, Spielen und Tanzen. Der Verein mietet dafür den Raum, bewirbt die Veranstaltung, stellt eine Küche zur Verfügung und kümmert sich um Musik und Spiele. Das Kochen übernehmen allerdings die anderen ehrenamtlichen Gruppen, wodurch sich die verschiedenen Akteure nicht nur persönlich kennen-, sondern auch die Arbeitsweise und Ziele der jeweiligen Gruppen besser verstehen lernen. In der wärmeren Jahreszeit verlagern sich viele Aktivitäten ins Freie.

Die Veranstaltungsreihe „Dialog.Grenzenlos“ eröffnet einen Diskussionsraum, durch den sich vor allem die ansässige Bevölkerung über Probleme informieren und darüber diskutieren kann. Einmal im Monat beginnt die Veranstaltung mit einem Eröffnungsvortrag. Der Referent leitet dabei in das jeweilige Thema ein und anschließend in eine möglichst breite Diskussion über. Der Ver-

ein mietet dafür einen Raum, besorgt notwendige Technik, engagiert den Referenten und bewirbt den Abend.

Das „Sprach-Café“ schafft eine einfache Möglichkeit des gemeinschaftlichen Spracherlernens für Geflüchtete und Ansässige. Die Veranstaltung bietet dabei vordergründig die Chance, Menschen unterschiedlicher Sprache zusammenzubringen und mittels kleinerer Programmpunkte im direkten Wortwechsel die eigenen Sprachkenntnisse zu verbessern. Einmal im Monat organisiert der Verein hierfür einen geeigneten Raum, erarbeitet ein Programm für den Ablauf des Nachmittags und bewirbt die Veranstaltung.

Der Verein versteht sich als aktives Netzwerk und gestaltet seine Aktionen dementsprechend. Das Ziel besteht auch in der Zusammenführung verschiedener, lokaler, ehrenamtlicher Gruppen. Weiterhin strebt der Verein einen Erfahrungsaustausch sowohl mit regionalen als auch mit überregionalen Akteuren der Geflüchtetenhilfe und der politischen Bildung an. Die „Küche für Alle“ ist, wie bereits dargestellt, ein Beispiel für die lokale Vernetzung. Für einen breiten Erfahrungsaustausch auch mit überregionalen Akteuren nehmen Mitglieder des Vereins an einer Vielzahl von Tagungen teil.

Aufgrund dieses Erfahrungsaustausches erhält der Verein einen Einblick in die Situation des Ehrenamtes in Sachsen. Dank des Engagements verschiedenster Menschen auf dem Land sowie in den Klein- und Großstädten etablieren sich gerade seit 2015 sehr viele Initiativen und Vereine. Diese vernetzen sich zunehmend aktiv, zunächst durch lokale Netzwerktreffen, später durch landesweite Tagungen. Auf allen Ebenen ergibt sich auch ein starker Erfahrungsaustausch zwischen ehren- und hauptamtlichen Akteuren.

Allen Akteuren erscheint dabei die Lösung folgender Probleme und Herausforderungen als unumgänglich, wenn die jeweiligen Ziele dauerhaft erreicht werden sollen: Nur ein sehr kleiner Teil der angesprochenen Menschen scheint die Angebote auch anzunehmen. Daraus resultiert die Herausforderung, Angebote zu konzipieren, die eine größere Anzahl der Geflüchteten auch als attraktiv wahrnimmt. Weiterhin besteht der dringende Bedarf, dauerhafte Begegnungs- und Diskussionsräume einzurichten. Das größte Problem dabei liegt in der Trägerschaft. Ehrenamtliche Gruppen als Träger solcher Angebote sind in ihren Möglichkeiten sehr begrenzt.

Ausblick

Als Ergebnis eines umfangreichen Erfahrungsaustausches sprachen sich zahlreiche ehren- und hauptamtliche Akteure auf einer Tagung dafür aus, Handlungsempfehlungen an die Landesregierung zu richten. Gemeinsam mit der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete der Landesbeirat für

Erwachsenenbildung die Tagung unter dem Titel „politische Bildung stärken“. Der Diskussion unter den Teilnehmern gingen zwei Eröffnungsvorträge voraus. Beide erörterten, welche Gründe sowohl für die fremden- als auch für die politikfeindliche Stimmung in Teilen der Bevölkerung in Betracht gezogen werden können.

Frau Prof. Anja Besand, TU Dresden, stellte ihre Ausführungen unter den Titel „Politische Bildung für Alle? Was dürfen wir erwarten, auf was müssen wir hoffen?“ Prof. Besand kritisierte unter anderem, dass der Gemeinschaftskundeunterricht in Sachsen die im Ländervergleich mit Abstand niedrigste Stundenzahl ausfüllt. Auch im Vergleich mit anderen Fächern erhalte dieses Fach die geringste Anzahl von Unterrichtsstunden.

Herr Prof. Klaus-Peter Hufer, Universität Duisburg-Essen, sprach über den „Stand und aktuelle Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen“. Prof. Hufer stellte im Vortrag seine gleichnamige Studie vor. Er legte dar, welcher Handlungsbedarf zur Änderung der Strukturen der politischen Erwachsenenbildung notwendig wäre, wenn diese zur Verbesserung der gesellschaftspolitischen Lage in Sachsen beitragen soll.

Die bereits erwähnten Herausforderungen für die zukünftige Arbeit im Bereich der Geflüchtetenhilfe bestätigten auf der Tagung auch Akteure aus anderen Bereichen. Die in der abschließenden Diskussion zusammengetragenen Probleme und Herausforderungen lassen sich deshalb in den folgenden Handlungsempfehlungen zusammenfassen:

- Stärkung der Gemeinschaftskunde an Schulen
- Gesetzliche Verankerung der politischen Weiterbildung
- Erhöhung des staatlichen Etats für Weiterbildungsangebote
- Erhöhung der Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Träger

Theorien und Praxis in der Integrationsarbeit *

VON DIETMAR ZÖLLER

Aktuelle Situation

Wer sich den Türkei Streit, die Bewertung der Armenienresolution und in gleicher Weise die Diskussion um den Putschversuch in der Türkei und die folgende Debatte anschaut, der kann doch nur überrascht sein, wie wenig offene Diskussion und Toleranz und wie stark fundamentale und exkludierende Positionen eingenommen werden.

Ähnliches gilt für die Flüchtlingsdebatte, in der in einer Gegenüberstellung von Pro und Contra kein Platz für differenzierende Meinungen zugelassen schien. Wer die Flüchtlingspolitik kritisierte oder sich Sorgen um deren Bewältigung machte, wurde auf Seiten der Befürworter der Willkommenskultur rigoros des Rechtspopulismus verdächtigt oder zumindest als jemand, der Wasser auf die Mühlen der Rechten leite.

Als ob es nur „Entweder – Oder“ in beiden Debatten gäbe!

Und genauso überraschte doch, wie stark die Rechtspopulisten eine größere Gruppe mit Fremdenfeindlichkeit anstacheln und verunsichern können. Das wirft die Fragen auf: Woher kommt diese Frontstellung? Welche Analysefaktoren haben vielleicht auch in den Integrationstheorien der letzten Jahrzehnte gefehlt?

Natürlich sind die Spaltung in Arm und Reich, die Angst vor dem Verlust eines erreichten Wohlstandes, die Furcht vor einer als bedrohlich empfundenen Sicherheitslage und die negativen Aspekte einer zunehmenden Globalisierung Fakten, die von der Politik sträflich vernachlässigt worden sind. Genauso stellt sich die Frage, ob wir uns nicht durch Tabuisierung von Problemen und Verdrängen von Erfahrungen, die nicht ins eigene Weltbild passen, die Konfliktlage ein Stück weit selber eingebrockt haben? Mit „wir“ sind dabei die prinzipiell an Integration von Migranten interessierten Teile der Zivilgesellschaft gemeint, ob sie nun links, grünalternativ sind oder sich einem aufgeklärten Liberalismus verpflichtet sehen.

Natürlich geht es bei der Debatte auch um die Macht des Populismus und besonders um das Verhältnis zu Muslimen, denn von der kleinen, aber lauten Minderheit der Rechten werden Flüchtlinge und Muslime in ihrer ablehnenden Haltung oft synonym behandelt.

* Manuskript des Vortrags, gehalten am 8. Oktober 2016 zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Mainz

Aber warum, so kann wieder gefragt werden, haben sich die übergroße Mehrheit und vor allem die aktiv handelnden Menschen, die Träger der Willkommenskultur eine solche Debatte aufzwingen lassen?

Konzept und Bilanz von 10 Jahren Integrationsarbeit

Bevor ich auf diese Fragen eingehe, möchte ich kurz das Konzept und eine Bilanz der Integrationsarbeit der gemeinnützigen GmbH „Innosozial – Hilfen aus einer Hand“ der letzten 10 Jahre vorstellen. Daran lässt sich vieles erkennen, was für die zukünftige Richtung der Integrationspolitik wichtig werden kann.

„Innosozial“ ist die Nachfolgegesellschaft der „PariSozial“, aus deren Geschichte das Konzept und die Praxiserfahrungen stammen. Aus der 100%igen Tochter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist seit 2015 eine selbständige, unabhängige, gemeinnützige GmbH geworden, die weiterhin dem „Paritätischen“ eng verbunden ist, was durch die Mitgliedschaft und Mitarbeit in Gremien des Verbandes seinen Ausdruck findet. Innosozial hat alle 200 Mitarbeiter/innen, alle 6 Zentren im Kreis Warendorf und in Hamm übernommen und die Arbeit nach dem von der Geschäftsführung entwickelten Leitbild fortgeführt.

Als 2006 das Integrationsthema mit der Gründung der Islamkonferenz neu auf die politische Agenda kam und von Bundes- und Landesebene Integrationsprogramme angestoßen wurden, läutete das in vielen Kommunen, so auch in Ahlen und im Kreis Warendorf, eine neue Phase der Beschäftigung mit der Integration ein.

In Ahlen, einer Stadt mit 53 000 Einwohnern, geprägt durch den Bergbau und entsprechende Zuwanderung von Arbeitskräften, hatten schon damals fast 28 % der Einwohner einen Migrationshintergrund, und heute sind es 37%. Das ist eine Entwicklung, wie sie für alle Bergbaustädte und Regionen mit Massenproduktion typisch ist.

Weil wir diese rapide Veränderung in der Bevölkerungsstruktur schon damals vorhergesehen haben, wurde, ausgehend von der Fragestellung „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“, ein Konzept entwickelt, das den Bogen von den Werten der Aufklärung über die im Grundgesetz verbrieften Rechte, die Menschenrechtscharta bis hin zu den Erfolgen der sozialemanzipativen Bewegungen, der 68iger, der Frauenbewegung und weiterer sozialer Bewegungen der letzten 50 Jahre spannte – Freiheit, soziale Emanzipation, Toleranz und Selbstbestimmungsrechte.

Daraus abgeleitet, schien ein Konzept einer emanzipatorischen Sozialarbeit logisch, das die Selbstbestimmungsrechte eines Jeden und insbesondere auch die von Frauen und Mädchen in den Vordergrund stellte. Das sollte sich in der Gleichberechtigung bei der Berufs- und Partnerwahl, bei der Freizeitgestaltung,

aber auch in Pluralität, Offenheit und Vielfalt (den Leitsätzen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) in der Praxis bewähren. Insofern war es aus all diesen Entwicklungen nur folgerichtig, die Integration von Migrantinnen als Querschnittsaufgabe zu definieren, die alle Mitarbeiter/innen, alle Dienste und alle Themenbereiche angeht.

Weil Glaubwürdigkeit und Erfolg am besten durch sichtbares Handeln entstehen, wurden konkrete Maßnahmen entwickelt, so etwa zur Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund von 3 % (von 100 Mitarbeiterinnen) im Jahr 2008 auf 25 % (von 230 Mitarbeiterinnen) in 2016 – inklusive der Einstellung von Kopftuchträgerinnen.

Allerdings geschah das nicht nur als einfacher Ausweis von Toleranz oder Akzeptanz, sondern nach einer intensiven Debatte darüber, ob die „koranische“ Begründung des Kopftuches als Schutz vor ungezügelmännlichem Trieb mit Blicken und Übergriffen heute noch ihre Berechtigung hat oder stattdessen Gesetze und Erziehung gegen Gewalt an Frauen ausschlaggebend sind. Auch fand sich das Ergebnis der Debatten um Männer- und Frauenbilder, religiöse Vorstellungen und emanzipative Grundsätze, wie den nach sexueller Selbstbestimmung, in dem Konzept genauso wieder, wie auch Richtlinien zur Mitarbeiterauswahl und dem Miteinander im Betrieb, indem potentielle Konflikte aus Vorbehalten und Vorurteilen thematisiert wurden.

Gegenüber den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sollte ein Kampagnenansatz mit den Leitlinien

„Begegnung fördern – Vertrauen schaffen – Engagement fördern“

Grundlage für die Zusammenarbeit mit deutschen und Migrantinnen-Organisationen sein.

Diesem Konzept entsprechend, ist mit *„Ahnen zeigt Flagge – Fest der Kulturen“* ein beteiligungsorientiertes, in manchen Jahren mehrtätiges Fest mit Präsentationen und Beiträgen von jährlich 40–60 Organisationen zum Flaggschiff der Bemühungen geworden.

Die gute Mischung sollte Anregung für andere Feste der deutschen und der Migrantinnenvereine sein, sich ebenfalls multikultureller aufzustellen.

Neben der Beratungsvielfalt in 16 Fachdiensten machen weitere Begegnungs- und Engagementprojekte sowie die intensive Zusammenarbeit mit allen an Integration interessierten Akteuren einschließlich einem 4-seitigen Newsletter, das regelmäßig an 200 Organisationen aus Politik, Verwaltung, Sozialwesen und Kultur versandt wird, aber auch vielfältige Infoveranstaltungen das Konzept lebendig.

Einige nachhaltige und mehrjährige Projekte, wie

- „Selbsthilfe baut Brücken“ als türkischsprachige DVD zum Erklären und Bewerben von Selbsthilfethemen und Selbsthilfegruppen,
 - das Engagement für ein „Freiwilliges soziales Jahr“ bei Migrantenorganisationen und Moscheevereinen,
 - Interkultureller Mädchenfußball in Schulen und mit Sportvereinen,
- sind besonders bedeutsam.

Aber auch die Förderung der Interessenwahrnehmung der Migranten, zum Beispiel durch eine von „Innosozial“ initiierte Demo gegen eine Sarrazin-Lesung im Jahr 2010, die Mobilisierung für Aktionen gegen die Islamfeindlichkeit der AfD und zwischenzeitlich viele andere Aktionen, wie auch das Projekt „Vorurteile abbauen – Vorbilder schaffen“ gegen die Benachteiligung von jungen Mädchen mit Kopftuch in Gesellschaft und Beruf, hatten als übergreifendes Ziel die Förderung von Engagement und eigener Interessenvertretung.

Die Teilhabe und Verantwortungsübernahme von Migranten stärken

So hieß denn auch der Titel eines Forschungsprojektes, das PariSozial zusammen mit der deutsch-türkischen Tavakstiftung und mit Unterstützung der Arbeiterwohlfahrt, der Stadt Ahlen und dem örtlichen Unternehmerverein Pro Ahlen durchführte. In 60 qualitativ anspruchsvollen Interviews mit wichtigen Akteuren der Migrationsgesellschaft entstanden eine Ist-Analyse, Denkanstöße und konkrete Maßnahmen für mehr Miteinander. Denn das erschien und erscheint dringend notwendig, weil das Ergebnis der Analyse nüchtern in dem Satz zusammengefasst werden musste: *„Die Kulturen sind sich fremd geblieben“*. Ein solches Fazit passt so gar nicht in den vielstimmigen Chor von Politik und Verwaltungen, die sich auf einem guten Weg sahen und sehen.

Aus heutiger Sicht findet man jedoch die Analyse durchaus bestätigt. Wenn „Ahlen 2030“ in den Jahren 2011/2012 festgestellt hat, dass Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen, in Parteien, öffentlichen Verwaltungen, sozialen und kulturellen, aber auch weiteren Engagement-Organisationen, wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, nur marginal im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind, wenn selbst im Sport, außer vielleicht bei Fußball und Kampfsport, diese vollkommen mangelhafte Teilhabe als Mitglied und – noch ausgeprägter – in verantwortlichen Positionen besteht, wer will dann hoffen, dass sich das 20 Jahre später ändert, wenn mehr als die Hälfte der unter 50-jährigen einen Migrationshintergrund hat?

Wenn diese Mehrheit so deutlich schlechter Deutsch spricht, so deutlich schlechtere Schul- und Ausbildungsabschlüsse hat und ebenso marginal in das zivilgesellschaftliche Engagement eingebunden ist – wer soll dann die wirt-

schaftlichen, sozialen und kulturellen Potentiale einer Stadt tragen? *Von selbst kommt das nicht!*

Diese Fragen stellen sich in allen vom Bergbau und Massenproduktion geprägten Städten in NRW in gleicher Weise. In einer Bilanz können wir heute festhalten, dass ein großes Engagement von uns und vielen anderen Partnern einen Fortschritt in der Bildung und in der Nutzung sozialer und gesundheitlicher Dienste gebracht, aber die vollkommen marginale Beteiligung und Verantwortungsübernahme in Vereinen und Netzwerken sich nicht erkennbar verbessert hat.

Wer dagegen einwendet, dass die Zahl der Akteure mit Migrationshintergrund in Parteien und auch sonst wo doch gestiegen sei, dem muss man sagen: Ja, das mag sein. Aber nicht die *absolute* kleine Zahlensteigerung der Aktiven, sondern das *Verhältnis* zu einem veränderten Bevölkerungsanteil nach 10 Jahren muss der Maßstab sein. Integration ist dann erreicht, wenn aus einem Bevölkerungsmix ein entsprechender Personalmix in allen gesellschaftlichen Organisationen geworden ist.

Divergierende Entwicklungen, wie beispielsweise zu beobachtendes Rückzugsverhalten statt Öffnung bei manchen Moschee-Vereinen, eine oft stärker ethnisch oder religiös getrennte Freizeitgestaltung, zeigen sich beispielsweise bei Beobachtung der Struktur von Kinder- und Jugendgruppen in der Fußgängerzone, in Treffpunkten und in der Analyse von „Facebookfreunden“, die gerade bei Analysen der „Likes“ oder Kommentaren diese Trennung nach kulturellem Hintergrund deutlich werden lassen.

In der Suche nach Gründen finden sich bei deutschstämmigen Organisationen viele, deren Engagement eher wieder erlahmt, und andere, die noch gar nicht begonnen haben, sich interkultureller zu bewegen. Ein fehlendes Bewusstsein für schwindenden Nachwuchs bei der demographischen Entwicklung oder auch eine Scheu vor Vielfalt zählen genauso, wie die Diskriminierung wegen Aussehen, Namen und Herkunft, zu den Ursachen.

Auf der Migrantenseite finden sich oft Resignation, Ohnmacht und Rückzug, die allerdings nur zum Teil durch Diskriminierung verursacht sind, sondern auch im oft krampfhaften Festhalten an Tradition und Kultur begründet liegen.

Erstaunlicherweise bringt die neue Flüchtlingsbewegung nicht nur mehr Probleme, wie Mancher meint, sondern es zeigen sich neue Ansätze, Engagement und Bereitschaft auf beiden Seiten, die zu schnellerer und wirksamerer Integration in gesellschaftliche Vereine und Engagement führen, als das bei vielen schon länger hier lebenden Gruppen der Fall ist – insbesondere bei den Türkeistämmigen – die in vielen Integrationsaspekten mäßige und oft sogar die schlechtesten Ergebnisse im Kulturenvergleich haben.

Nimmt man den Türkei Streit und die Flüchtlingsdebatte als Kulminationspunkt, so könnte man angesichts der zu Tage getretenen Widersprüche trotz der vielfältigen Anstrengungen der Integrationsaktiven, angesichts von viel investiertem Geld in Programme von einer sehr durchwachsenen Bilanz sprechen – wenn man ehrlich ist. Gerade auch im linken oder linksalternativen, dem der Integration zugewandten Spektrum fehlt es manchmal daran, die Realität richtig wahrzunehmen, was zum großen Teil den Theorien wie auch dem Selbstverständnis der Aktiven geschuldet ist.

Lehrreiches aus der Türkei Debatte

Nie wurden die Widersprüche so offen gelegt, wie mit dem Satz der Beauftragten der Bundesregierung für Integration Aydan Özgür zu der Haltung vieler Türkeistämmiger nach der Armenienresolution des Bundestages. *“Ich dachte, wir wären weiter“*, so beschrieb sie das Erstaunen und Erschrecken über das doch bei vielen Türkeistämmigen vollkommen unterschiedliche Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Menschenrechten sowie Diskriminierung und die teilweise Ablehnung allem gegenüber, was scheinbar das „Türkentum“, die Herkunftskultur beleidigte oder aus welchen Gründen auch immer Kritik am türkischen Präsidenten übte.

Das zeigte sich zunehmend in der Vorverurteilung statt Unschuldsvermutung gegenüber Anhängern des Predigers Gülen, die für den Putsch ohne klare Beweise verantwortlich gemacht werden, gegenüber Kurden oder liberalen und linken Kritikern.

Wie sind die Debatten und der Konsens nach 50 Jahren Emanzipationsbewegungen über Demokratie, Toleranz, Rechtsstaat, Bürgerrechte und Selbstbestimmungsrechte bzw. Selbstkritik oder Distanz zu staatlicher und religiöser Bevormundung, die prägend für die Entwicklung der Zivilgesellschaft der alten Bundesrepublik waren, bei dieser Gruppe angekommen? Eher wenig, was nicht verwundert, weil die Mehrheitsgesellschaft sie kaum in die Emanzipationsdebatte einbezogen hat. Lange Zeit hat man sie nicht wirklich wahrgenommen bzw. mit „die sind eben irgendwie anders“ bedacht, in der Erwartung auf Anpassung nach längerem Hiersein.

In gewisser Weise rächen sich auch das oft unkritische Propagieren und Verklären von kultureller Differenz als Vorteil multikulturellen Zusammenlebens und die in der Diskussion teils überhöhte Fokussierung auf die Achtung der Gruppenrechte von Minderheiten ohne genaues Ansehen der Inhalte, d.h. das oftmals schwärmerische Reden von der Bereicherung durch neue Kulturerfahrungen. Aus dieser Leitidee der Multikulturalität wurde dann mehr und mehr eine multikulturelle Verrenkung, die Konfliktthemen in einer Tabuisierung und

Verdrängung der kulturellen und religiösen Dogmen und Traditionen, die für eine sozialemanzipative Entwicklung hinderlich sind, außen vor hielt.

In der Türkeiidebatte zeigt sich aber jetzt der fundamentale Unterschied in den Wertegrundlagen. Während die Aufklärung und sozialemanzipative Entwicklung in der westeuropäischen und besonders der deutschen Zivilgesellschaft auf *Selbstbestimmungsrechten* in allen Dingen des persönlichen Lebens, in Sexualität, Partnerwahl und Freiheitsrechten gegenüber Staat und Kirche gründen, ist die türkische bzw. muslimische Grundlage mehr auf das *Kollektive*, die Einordnung in Familie, Sippe, Ethnie, Religion und letztlich auch Staat gegründet. Ein vollkommen anderes Verständnis von Ehre und Respekt gegenüber Älteren und Autoritätspersonen, das eher eine Unterwerfung statt die Wahrnehmung eigener Rechte und eine kritische Reflexion von Tradition, Religion und Nation fördert, verdeutlicht die Differenzen.

Wie sollen Narrative das kollektive Gedächtnis, Wert- und Normvorstellungen zu eigenem Rassismus und Unterdrückung von Minderheiten, wie Armeniern und Kurden, zum Beispiel analog der deutschen Geschichtsreflexion aufnehmen, wenn nicht Verbrechen oder Unterdrückung aufgearbeitet werden, sondern Helden und Nationalstolz im Geschichtsverständnis und in der Zukunftsorientierung der Herkunftskulturen die entscheidende Rolle spielen?

Können wir also ernsthaft erwarten, dass die, die in den letzten 50 Jahren kaum an den Emanzipationsprozessen teilgenommen haben und die wir auch nicht mitgenommen haben, unsere kritische Haltung zu eigener Geschichte und religiöser Bevormundung auf das Verhalten gegenüber Armeniern, Kurden oder anderen Minderheiten oder auf das Machtgebaren von Regierung und religiöser Dogmatik anwenden? Wie soll angesichts dieser Rahmenbedingungen den Zuwanderern ihr eigener geschichtlicher Umgang mit Minderheiten, Schuld und Unterdrückung zu reflektieren möglich sein, wenn uns das trotz intensiver Debatte lange so schwer gefallen ist?

Aber Vereinseitigung ist nicht nur ein Problem des Nationalismus unter Türkeistämmigen oder bei den Rechtspopulisten, die Flüchtlinge und Muslime pauschal verdächtigen und zu kriminalisieren suchen.

Mit der Vorgehensweise vieler Aktiver in der Flüchtlingshilfe und eines Teils der großen, flüchtlingsfreundlichen Mehrheit wurden eine radikale und bedingungslose Willkommenskultur als „alternativlos“ propagiert und Kritik oder Unsicherheit schnell in die rechte Ecke verwiesen – als ob es nur ein „Entweder – Oder“ gäbe.

Ist es nicht einem Schuldkomplex aus der faschistischen Vergangenheit, dem Verbrechen des Kolonialismus und der Ausbeutung des globalen Südens geschuldet, dass aus Sorge vor rechter Vereinnahmung Probleme aus massenhafter Einwanderung in kurzer Zeit, weggeworfenen Pässen oder dem Zuzug normaler

Krimineller und auch Terroristen lange verdrängt wurden? Warum wird geradezu reflexhaft auf den eigenen Rassismus und Sexismus rekurriert, den es zuerst zu bekämpfen gelte, bevor man kritisch über kulturelle, ethnische oder religiöse Integrationsprobleme aus Herkunftskulturen reden könne?

In der Flüchtlingsentwicklung zeigte sich mit der überwältigenden Willkommenskultur deshalb vielleicht nicht nur die positive Seite der sozialemanzipativen Entwicklung, sondern auch die Angst vor der Wiederholung der Schändlichkeiten der eigenen Geschichte, die wie ein Trauma angetriggert scheinen.

Nie wieder sollen deutsches Überlegenheitsdenken, die hässliche Fratze der eigenen Selbsterhöhung und Erniedrigung anderer das Bild prägen, sondern die gewonnene Offenheit und Toleranz.

Das ist ja auch richtig, solange die öffentliche Meinung nicht in Selbstgeißelung verfällt und in einer merkwürdigen Fremdenliebe, wie Alice Schwarzer die Debatte nach Köln beschrieb, die offensichtlichen und nachweislichen Probleme der Zuwanderer, ihr „*Päckchen aus Kultur und Religionsverständnis und undemokratischen Strukturen*“ negiert, statt die Neuen vom Standpunkt der Erfolge und Errungenschaften der Emanzipationsbewegungen aus einzubinden und ihnen Chancen durch Aneignung dieser Erfolge zu ermöglichen.

Als ob es Rassismus nur in Deutschland und nicht in allen Kulturen gäbe!

Flüchtlinge suchen in erster Linie Schutz und ein besseres Leben, aber sie sind nicht alle als Demokraten und Unterstützer unseres Wertekonsenses nach Deutschland gekommen; dem Konsens, der sich aus dem sozialemanzipativen Erbe seit der Aufklärung, aus den Erfolgen der demokratischen Bewegung nach der Aufarbeitung des Faschismus, der Frauenbewegung, den 68igern, der Auseinandersetzung um die Rolle von Gewalt, aus der Friedensbewegung und Bürgerrechtsbewegung entstanden ist, der aber heute wieder von Rechts bedroht wird und zu zerbröseln droht. Wer in dieser Diskussion die offensichtlichen und nachweislichen Probleme, die Zuwanderer mitbringen, negiert oder verdrängt, überlässt den Rechten die Diskussionshoheit und muss sich nicht wundern, wenn er oder sie sich in einem Rückzugsgefecht gegenüber Rechten befindet.

Aus dem Türkei Streit wie aus der Flüchtlingsdebatte kann man deshalb viel lernen. Aus dem anderen Werteverständnis und dem Verständnis von Ehre lässt sich auch das Zusammenrücken erklären, wenn einer der Ihrigen, wie Erdogan, Macht demonstriert und die Solidarität mit Erdogan und der Nation auch ein Gefühl eigener Macht und vor allem Selbstbehauptung gegenüber schon lange empfundener Benachteiligung geben kann. Das muss man verstehen, um Reaktionen einzuordnen, statt zu belehren oder zu ironisieren.

So klar wie beim angeprangerten Machtmissbrauch Erdogans sind wir bei der Bewertung anderer, auch befreundeter Staaten und Regierungen, die Minderhei-

ten unterdrücken, irgendwo einmarschieren oder Demokratie vermissen lassen, nicht immer. Zweierlei Maß wird dann offensichtlich.

Trotzdem darf das nicht davon abhalten, vom entwickeltsten Stand der zivilgesellschaftlichen Werte ausgehend zu urteilen und zu streiten, da Kulturrelativismus und das vermeintliche Aufeinander-Zugehen der Kulturen die Demokratie schwächen und den Rechten Raum gibt.

Gründe der Flüchtlingsfeindlichkeit im Osten

Ähnliches wie für die Zuwanderer gilt auch für die Ostdeutschen, die die sozialemanzipativen Prozesse nicht selbst gestaltet haben oder nicht konnten, sondern sich primär fügen mussten. Ein bisschen mehr Empathie für die Diskriminierung der „angeschlossenen“ Deutschen, deren Brüche in der Biographie oder gar Abwertung ihrer persönlichen Lebensleistung wären gut gewesen.

Denn diese Tatsache und die oft abwertende Behandlung, die Übernahme der meisten wichtigen Funktionen in Politik und Wirtschaft durch Personen aus dem Westen machen die Angst vor erneutem Verlust, erneutem Abstieg oder Geringschätzung des Geleisteten, d.h. dessen, was man „sich aufgebaut hat“, doch verständlich. Die Angst um den mühsam erworbenen Besitzstand ist gerade denen, die schon einmal alles verloren haben, nicht von oben herab anzukreiden.

Nach der pogromähnlichen Ausländerfeindlichkeit in Rostock-Lichtenhagen und anderswo zu Anfang der 90er, der Wut und Ohnmacht in perspektivlosen Regionen folgten weder eindeutige und langfristig angelegte Konzepte zur beruflichen Perspektive und zum Erhalt einer lebenswerten Infrastruktur, noch wurden langfristige und umfangreiche Programme gegen Rechts und Rassismus aufgelegt.

Eher wurden die rechten Strukturen lange Zeit kleingeredet und ironisierend das Bild des etwas dämlichen, bildungsfernen, ständig trinkenden jungen Mannes mit Nazigedanken gepflegt oder durch die Presse gezogen. So konnten die perspektivlosen, sich unverstanden fühlenden Ostdeutschen von damals zu „Erziehern und Förderern“ der heutigen Pegida-Bewegung werden.

Verschärfend kam hinzu, dass Pegida zu Anfang fast voyeuristisch erhöht und als rechts und ebenfalls etwas dämlich präsentiert und abgewertet wurde, statt darin den Ausdruck sozialer Spaltung, von Abstiegsängsten und Segregation zu erkennen und dagegen anzugehen.

Die Frage, wo denn der „übernommene“ DDR-Bürger den Umgang mit Vielfalt gelernt haben sollte, hat die liberale oder linksliberale Mittelschicht des Westens mit ihren gewachsenen zivilgesellschaftlichen Emanzipationsprozessen dann auch lange verdrängt – genauso wie die Tatsache, dass die AfD keinesfalls nur die Unterschicht, den „Abschaum“ und Rechtsradikale emotionalisiert

und gebunden hat, sondern einen Querschnitt durch Bildungs- und Einkommensschichten bildet.

Beiden Gruppen, Zuwanderern und den schon länger hier lebenden, abgehängten und ausgegrenzten Menschen, gebührt die gleiche Willkommens- oder Teilhabekultur. Das ist in den Debatten zu häufig aus dem Blick geraten.

Teilhaben bedeutet auch Umverteilung statt Förderung bzw. Duldung von Präkarisierung und Spaltung der Bevölkerung, die mit dem Neoliberalismus, den Hartz-Gesetzen, der Entfesselung der Marktkräfte und der Globalisierung entstanden sind. Nur dann kann aus einem Gegeneinander ein Miteinander werden.

Integrationstheorien in einer veränderten Welt

Die Integrationsdebatte stand und steht im Konflikt gegensätzlicher Theorien und Haltungen, die sich scheinbar zwischen links und integrationsoffen und konservativ als repressiv mit Assimilierungsinteresse zu teilen scheinen.

Durch die Mehrheit der Migrationswissenschaftler und in der Fachöffentlichkeit fanden die Thesen einer multikulturellen Perspektive, die Migration als transnational beschrieb und Leitlinien primär in der Anerkennung von Differenzen und (Minderheiten-)Gruppenrechten sowie der Pluralität von Identitäten sah, grundsätzlich Zustimmung. Sie hat in den letzten 30 Jahren demnach auch mehrheitlich die Probleme in der Integration vor allem mit der Diskriminierung von Migranten durch die Aufnahmegesellschaft erklärt. Hinzu kommen sozioökonomische Aspekte, der niedrige Bildungsstand und Gastarbeiterstatus der ersten Generation von Migranten, die auch heute noch nachwirken, während die Bedeutung von Kultur und Religion als überschätzt gewertet wird.

Aber wird dabei die vollständig andere Welt der letzten Jahrzehnte bedacht, die gerade zwischen muslimischen Ländern und westlicher Welt vollkommen neue Konfliktlinien mit sich gebracht hat?

Die Funktionalisierung islamischer Gruppen gegen die Afghanistanbesetzung durch die Sowjetunion in den 80er Jahren, die Khomeini-Revolution mit religiösem Auftrag gegen den verdorbenen, westlichen Lebensstil, die Folgen der Interventionskriege im Irak/Iran, Afghanistan, wieder Irak und Libyen sowie die Aufladung der innerislamischen Religions- und Ethnienkriege sowie die teils, aber nicht nur, damit zusammenhängende Rückkehr zu – oder besser die Zunahme von – religiöser Orientierung und nationaler Bezugnahme (z. B. Türkei) bei gleichzeitiger Krisenhaftigkeit des westlichen Überlegenheitsmodelles und der schwindenden Anziehungskraft von Demokratien werden zu wenig bei der Analyse und Zukunftsdebatte beachtet.

Unsere Politik, die Politik des Westens, hat die Wut in muslimischen Ländern verstärkt. Wie als Symbol für die Trauer um die Toten der Terroranschläge in

Europa „Je suis Paris“ steht, so wird in der Sicht vieler Muslime „je suis Palästina“, „ich bin das angegriffene Afghanistan“, „ich bin der zerstörte Irak“ und „wir sind die getöteten Muslime“ zu einem Symbol. Wer will sich dann über eine zunehmende Westenfeindlichkeit wundern?

Solche neuen Wechselwirkungen, die durch Digitalisierung und Mediengewohnheiten seit Beginn des Satellitenfernsehens und – mehr noch – durch die sozialen Medien entstanden sind, müssen stärker als Gründe für desintegrative Prozesse und die Abwendung von Muslimen und Migrant*innen von der Mehrheitsgesellschaft beachtet werden. Viele Migrant*innen definieren sich über Religion und Herkunft stärker als je zuvor, und das wird ihnen auch von der Fachöffentlichkeit zur Identitätsbildung und Wertschätzung zugestanden.

Im Widerspruch dazu sieht aber dieselbe Fachöffentlichkeit und Theorie bei Integrationsproblemen die Rolle von Religion und Kultur als überschätzt an. Da stellt sich allerdings die Frage, wie der Erblast aus undemokratischem, patriarchalischem, religiösem und traditionellem, häufig offen rassistischem, frauenfeindlichem und auch sexualfeindlichem Denken aus den Herkunftskulturen begegnet werden kann. Insofern stellt sich auch die Frage, inwiefern Migrant*innen aus Zuwandererländern eine Aneignungsleistung, die nicht als Assimilierung zu verstehen sein soll, vollbringen können, um die in Deutschland hart erkämpften Werte in einer multikulturellen Perspektive für sich zu übernehmen. Wie sollen sie sich in eine vollkommen andere Werteordnung einfügen, ohne die Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit zu führen?

Ihre Geschichte – und nicht nur unsere – mit den jeweiligen Rassismen gegenüber Armeniern, Kurden, Kaukasusvölkern oder anderen Religionen und Ethnien gehört fest verankert in unsere Schulen und Bildungseinrichtungen, weil die Zugewanderten diese selbstkritische Reflexion in der Regel aus ihrer Heimat nicht kennen.

Den globalen Kapitalismus bändigen

Das sozialemanzipative Erbe seit der Aufklärung und die Erfolge der sozialen Bewegungen in der Auseinandersetzung mit Faschismus, Gewalt und Frieden, die Frauenemanzipation, das Abstreifen der Bevormundung durch Staat und Kirche, eine selbstbestimmte Sexualität zu verteidigen und die eigene Lebensweise weiter zu entwickeln, ist nicht das Schlechteste! Es darf als positiv und fortgeschritten herausgestellt und von Zuwanderern gefordert werden, ohne dass damit der Schrecken des eigenen „Imperialismus“ oder die negative Seite der westlichen Weltpolitik mit Interventionskriegen, Kolonialismus und Ausbeutung des globalen Südens verdrängt werden. Dazu gehören auch, die Ausdehnung des globalen Kapitalismus und die Realpolitik der letzten Jahr-

zehnte als die Hauptursache für Flüchtlingsströme zu erkennen und diese quasi als uns präsentierte Rechnung dieser Ausdehnung zu verstehen.

Aus dieser Lage kann man sich nicht durch mehr Abschottung befreien, sondern wir müssen zu einer Umkehr der sogenannten Realpolitik kommen, die globale Gerechtigkeit und wirkliche Unterstützung für die ökonomische und kulturelle Entwicklung in anderen Ländern über Gewinnmaximierung und die Verteidigung der eigenen Einflussphären im Rest der Welt stellt.

Was dabei allerdings nicht weiterhilft, ist der von Linksalternativen oft geübte Hang zu politisch korrekter Selbstbeziehung der westlichen Untaten und dabei den großen Teil der Verantwortung der Regierungen und auch der Menschen der Dritten Welt für ihre Misere nicht sehen, vielmehr ihnen fast gönnerhaft die Schuld abnehmen und alles auf den Westen zurückführen will. So einfach ist es eben auch nicht.

Wer nicht gefordert wird, kommt auch nicht weiter.

Linke Verrenkungen

Für die Integrationsarbeit in Deutschland sind deshalb folgende beide Fragen von Bedeutung, denen nachgegangen werden muss:

Was macht es, insbesondere dem linken Spektrum, das oft Hauptträger des Integrationsengagements ist, so schwer, die Erfolge der demokratischen Bewegungen der letzten 50 Jahre, die oft in einer konflikthafter Auseinandersetzung um die eigene Geschichte, um Bevormundung durch Religion und Nationalismus, um Emanzipation und Selbstbestimmungsrechte durchgesetzt wurden, also den erreichten Stand von Vielfalt, Offenheit und Toleranz zum Maßstab für Integration zu machen?

Was macht es so schwer, mit dem gleichen Indikatorenverständnis auf die Herkunftskulturen, auf mitgebrachte religiöse Dogmen, überholte Traditionen und Rassismen zu schauen, wie das mit großem Erfolg, bezogen auf die eigene Geschichte und Kultur des Dritten Reichs sowie in der Nachkriegszeit und die Dogmen der katholischen Kirche, getan wurde?

Mit den Tabus oder Setzungen, die Integrationsprobleme nicht auf Kultur und Religion oder Ethnien zurückzuführen, entstehen oft paradoxe Situationen in der Weise, dass gerade von Links die Dominanz und Deutungshoheit des religiösen und kulturellen Konservatismus in den Zuwanderermilieus und in Migranten selbstorganisationen gestützt und gestärkt werden.

Berechtigte Islamkritik wird gerade im linken Spektrum im Vergleich zur Kritik am Katholizismus oft vorschnell mit dem Begriff der Islamophobie belegt; aber nicht alles, was Haltungen und Auslegungen im Islam kritisiert, ist islamophob und schon gar nicht islamfeindlich.

Das führt dann leicht zur Förderung von abstrusen Verschwörungstheorien und Diskriminierungen, so wie das beispielhaft im vorigen Jahr vom stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime gemacht wurde. Der wirft muslimische Liberale und Reformen, wie Ahmed Mansour mit seinem Buch „Generation Allah“, Lamyia Kaddors „zum Töten bereit“ über Syrienfahrer und den Islamreformer auf dem Lehrstuhl für islamische Theologie Mouhanad Khorchide, Necla Kelek, und Sarrazin in einen Topf, *„die angeblich von links nach rechts Islamgegner sammeln würden und sich als Anbiederer an den Westen zeigten.“*

Eine wichtige Frage ist entsprechend auch, warum wir ständig über eine größer werdende Islamfeindlichkeit oder Islamophobie reden, die vor allem von der Bertelsmann-Stiftung immer wieder belegt scheint, obwohl viele andere Studien, wie zuletzt die von Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konfliktforschung in der Nachfolge von Wilhelm Heitmeyer, der Mehrheit der Bevölkerung eine erstaunliche Differenzierungsfähigkeit attestiert. Wenn auch im Frühjahr 2016 der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen das Integrationsklima aus Sicht aller Befragten mit und ohne Migrationshintergrund als überwiegend freundlich und mit der Schulnote „gut“ bewertet, tut sich doch ein Widerspruch zur häufig in den Vordergrund gestellten Islamangst auf. Auch für die so häufig vorgetragene Zuschreibung, dass die Mehrheitsgesellschaft hiesige Muslime und Terror in einen monokausalen Zusammenhang stellt, gibt es viele gegenteilige Befragungsergebnisse.

Nicht zuletzt in einer für die ARD-Sendung „Islamreport“ im September 2016 in Auftrag gegebenen Befragung glaubten nur 11 % der Personen, dass Gewalt im Islam generell angelegt sei, aber 83 % dagegen, dass hier eine friedliche Religion von Extremisten missbraucht werde. Andererseits glauben nur 44 % der Befragten, dass der Anteil gut integrierter Muslime eher groß oder sehr groß sei, während 53 % meinen, dass der Anteil eher klein oder sehr klein wäre.

Eine weitere aktuelle Befragung aus dem September 2016 durch das Allensbach-Institut ermittelte für die 30–59jährigen eine Mischung aus Sorgen und Ängsten um soziale Gerechtigkeit, hervorgerufen durch zu viele Flüchtlinge. Sie befürchten, dass mit Flüchtlingen mehr Kriminalität auftritt, und haben Angst vor Terrorakten. Was aber überrascht, ist, dass zwar 88 % der Befragten die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge für die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der Probleme halten und gleich viele die Gleichberechtigung von Mann und Frau anmahnen, aber nur 11 % der Meinung sind, dass Flüchtlinge ihre kulturellen Eigenheiten und Sitten des Herkunftslandes ablegen müssten. Gleichzeitig denken auch 29 % der Befragten, Deutschland könne keine weiteren Ausländer mehr aufnehmen, halten aber zu Dreiviertel die eigene Lebenslage für gut.

All das zeigt eine Differenzierung in einer schwierigen Gemengelage, an der mehr angesetzt werden müsste als eingängigen Pauschalisierungen zu folgen. Die Initiativen zur Integration und Willkommenskultur waren und sind vielfältig und von einer grundlegend integrationsoffenen Haltung, wie die Zustimmung zur Aufnahme überwiegend muslimischer Flüchtlinge in 2015 bei der großen Mehrheit in überwältigender Weise gezeigt hat.

Auch heute noch besteht viel Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Lebensstilen, wenngleich durchmischt mit Sorgen und Unsicherheiten, die aber zu großen Teilen im Fehlen eines überzeugenden und zügig umgesetzten Konzeptes für Flüchtlingsintegration und Angehen der schon länger ausstehenden Verbesserung der Transfereinkommen, wie Hartz IV und Rente, sowie bezahlbaren Wohnungen, gerechteren Steuern und besseren Löhnen u.v.m. begründet liegen.

Mehr Ehrlichkeit und Offenheit in der Integrationsdebatte

Viel zu stark hat in der Vergangenheit die Diskussion mit Migrant*innenorganisationen und besonders den religiösen Vereinen die Form der Erzielung eines Minimalkonsenses angenommen. Man versichert sich gegenseitig des Integrationsinteresses und hält Konflikte, Kritik und Unterschiede außen vor. Mehr Ehrlichkeit und Offenheit in der Integrationsdebatte mit dem Blick auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, und die die Probleme respektvoll und Streitbar in einer besseren Diskussionskultur aufgreift, sind wichtig.

Ein reformierter oder weiterentwickelter Gesellschaftsvertrag kann dabei keineswegs als bloßes aufeinander Zugehen von unterschiedlichen Kulturen verstanden werden. Im Mittelpunkt stehen auch nicht Fragen, was denn „deutsch“ sei und ob sich jetzt Zuwanderer integrieren oder gar anzupassen hätten oder ob sich nicht auch Deutsche integrieren müssten.

Es ist vielmehr die Frage, wie, auf den Werten des Grundgesetzes und der erreichten Ergebnisse sozialemanzipativer Bewegungen fußend, ein gemeinsames Leben mit den Zuwanderern und ihren Nachkommen in Zukunft verstanden wird, an dem sie teilhaben und Verantwortung für die Zukunft des Landes übernehmen. Dabei steht nicht die Leitkultur Deutschlands gegen andere Kulturen, sondern eher ein Leitbild sozialer Emanzipation, Freiheit, Gerechtigkeit und offener Diskussionskultur für mehr Miteinander, das kulturübergreifend von universellen und emanzipatorischen Werten und nicht so sehr von Traditionen, Dogmen, Veränderungsangst und Verweigerung oder Vorrechten geprägt ist.

Deutsch-muslimische Identität

Wenn eine deutsch-muslimische oder europäische Identität entwickelt und unterstützt würde, könnten viele der aufgeworfenen Konflikte eher gelöst werden. Denn selbstverständlich müssen heute die Anerkennung multipler Identitäten als die persönliche Bezugnahme auf unterschiedliche Gruppen und Quellen sowie das Gefühl von Zugehörigkeit dazu akzeptiert werden. Dabei sollte allerdings das Zugehörigkeitsgefühl zum Aufnahmeland auf der Basis der zivilgesellschaftlichen Werte mehr als die Herkunftsverbundenheit im Vordergrund stehen.

Einerseits ist nicht zu unterschätzen, dass der Rückgriff auf Religion mit vielfach einschränkenden oder abgrenzenden Regeln (mit Halal und Haram, Bekleidungs Vorschriften und Einschränkungen der Sexualität) sowie mit ihren klaren Strukturen die Komplexität von Lebenssituationen und dadurch ihre Unübersichtlichkeit reduzieren kann. Sie erweist sich damit als Stabilitätsanker wie auch als gemeinsame Identität für Zurückgewiesene und Diskriminierte. Sie führt zu Solidarität untereinander und Abgrenzung.

Das kann andererseits aber auch zu einem Integrationshindernis erster Ordnung werden, denn eines ist nicht zu leugnen: Wenn es nicht zu einer positiven Bezugnahme auf die hiesige Zivilgesellschaft mit ihrem Wertekanon kommt, gelingen gesellschaftliche Integration und Verantwortungsübernahme nur schwer, denn wer in ständigem Loyalitätskonflikt – rückwärts gewandt – hin- und hergerissen ist, kann schlechter für das Hier und Jetzt Ressourcen mobilisieren.

Wenn wir die Zuwanderer für mehr Zugehörigkeit gewinnen wollen, kann die Definition von Deutschsein nicht über Abstammung, Geburt, Haarfarbe, Gesicht und Namen erfolgen, denn diese Faktoren können nur schwer oder gar nicht geändert werden. Stattdessen sollte Deutschsein über das Beherrschen der Sprache, einen Arbeitsplatz, die Anerkennung der Gesetze und gemeinsame Werte und Interessen gelingen, also über erwerbzbare Identitätsmerkmale für die Zugehörigkeit.

Solange das nicht erfolgt, hat der häufig formulierte Satz *„Ich kann mich doch anstrengen wie ich will, ich bin doch immer der Türke.“* natürlich seine Berechtigung. Dadurch werden Grenzen gezogen, die unüberwindlich erscheinen können.

Nur wenn das Selbst- und das Fremdbild in Übereinstimmung gebracht werden können, wenn die kognitive, also die Bildungs-, und die ökonomische Teilhabe sowie auch die sozialen Beziehungen von Wertschätzung und Akzeptanz geprägt sind, können die Angst vor dem Verlust kultureller und religiöser Identität und – in deren Folge – oft die Abwendung in religiöse und ethnische Rückzugsräume verhindert werden.

Von Deutschland müsste ein emotionales Angebot an die hier lebenden Migranten ausgesandt werden, das zumindest den Türkeistämmigen erklärt: „*Ihr gehört zu uns, wir kümmern uns um euch.*“ Das ist ein Angebot, was bindet.

Nur wenn auf der einen Seite Nachteilsausgleiche in der beruflichen Entwicklung sowie die Verbesserung von Teilhabechancen durch gesellschaftliche Organisationen erfolgen und wenn auch Moschee-Vereine mehr für interkulturelle Öffnung tun sowie sich den Werten der Zivilgesellschaft deutlicher zuwenden, können sie glaubhaft für Integration stehen, statt die Menschen in der Herkunftskultur und rückwärtsgerichtet festzuhalten. Auf der anderen Seite müssen auch die überholten Ehrbegriffe, Frauen und Männerbilder, die u. a. das Verhalten von Frauen für die Ehre der Familie verantwortlich machen, revidiert werden.

Gerade liberale Muslime sind hier mehr gefordert, für eine Orientierung an der modernen Zivilgesellschaft einzutreten und zu werben.

10 Punkte für eine Perspektive

Zusammengefasst wäre in Deutschland mit einem Konzept für mehr Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen und besserem Sozialstaat, gegen übersteigerte Kapital- und Vermögensinteressen und für eine Integrationspolitik, die gleiche Lebenschancen für alle Ethnien bietet oder anstrebt, das folgende Grundverständnis nötig:

1. *Den globalen Kapitalismus und die gescheiterte Realpolitik als Mitverursacher der Ungerechtigkeiten in einem Nord/Süd-Ausgleich zu erkennen.*
2. *Den Interessensausgleich mit der muslimischen Welt und dem globalen Süden durch sukzessiven Rückzug von Macht- und Ausbeutungsinteressen deutscher und internationaler Konzerne mit Billigproduktion und Exportsubvention von landwirtschaftlichen und anderen Produkten, die die regionalen Wirtschaftsstrukturen zerstören, wirklich anzugehen und Interventionen und Waffenlieferungen in Krisengebiete zu stoppen.*
3. *Die sich vertiefende Spaltung von Arm und Reich durch Erhöhung der Transferleistungen, sozialen Wohnungsbau, Investitionen in Infrastruktur und Bildung, in Armutsprävention durch höhere Steuern auf Kapitalerträge, Erbschaften und Vermögen sowie durch die deutliche Investition in soziale Arbeit umzukehren.*
4. *Die Integrationsprobleme mit den schon länger hier lebenden Migranten und den neu hinzugekommenen klar zu benennen und durch Engagement für bessere Sprachkompetenzen und Bildung, mehr Arbeitsplätze und vergleichbare Lebensbedingungen mit fairen Aufstiegschancen nach Lösungen zu suchen.*

5. *Die Erwartungen an die Übernahme grundsätzlicher Wertvorstellungen ebenso klar zu formulieren und zu unterstützen – gemessen am erarbeiteten Maßstab demokratischer und emanzipativer Standards und Regeln.*
6. *Die Integrationsleistungen und die Offenheit, die Deutschland so liberal und zugewandt und letztlich organisatorisch gut wie kein anderes Land im Zusammenwirken von engagierter Bevölkerung, Verwaltungen und Politik erbracht hat, mit Stolz und Zuversicht für das Gelingen von Integration anzuerkennen.*
7. *Stärker gewordene Einflussfaktoren außerhalb Deutschlands, so die Globalisierung, Digitalisierung, das Erstarren des religiösen Traditionalismus und Fundamentalismus sowie die Einflüsse rückständiger Herkunftskulturen zu neutralisieren und mehr Geld und Engagement in Anstrengungen für die Unterstützung von Demokratie und Emanzipation in den Herkunftsländern zu investieren.*
8. *Die Verwischung und manchmal die Rücknahme der in der deutschen Nachkriegsgeschichte erkämpften Werte und Lebensweisen aus dem Verständnis der „Gleichwertigkeit von Kulturen“ als einen Kulturrelativismus zu verstehen, der oft – in falsch verstandener Toleranz – Teilhabe und Chancengleichheit für Zuwanderer eher behindert, weil sich die Lehren aus der Schuld und Verantwortung der deutschen Geschichte für Freiheit, Gleichberechtigung und Toleranz in Beliebigkeit auflösen.*
9. *Die Gegner nicht in unnötiger Frontalstellung im demokratischen Spektrum zu suchen, sondern bei den Rechten und den veränderungsresistenten und fundamentalistischen muslimischen Gruppen.*
10. *Forderungen nach mehr Emanzipation und Schutz vor Diskriminierung sowie Verletzung der sozialen und persönlichen Rechte für Flüchtlinge und Migranten sowie den gerechten Ausgleich für andere arme und benachteiligte Gruppen nicht als Gegeneinander und „Entweder – Oder“ zu verstehen, sondern beides im Blick zu haben.*

Lyrik und Prosa

von DITTKER SLARK

Ewiges Sein*

Wir schweben
auf einer Wolke
gewoben aus
Licht und Seligkeit.

Wir leben umhüllt
vom Mantel der Liebe
über der Erde
und außer der Zeit.

Im Gestern und Morgen
wirkt Brot und Wein
in Gott geborgen
ruht ewiges Sein.

Zeit und Ewigkeit*

Glänzt dein Weg in der Sonne
ist er einsam, verschneit
Sei stets für Licht und Schatten bereit.
Einmal verläßt du die Spuren der Zeit.
Einst mündet dein Sein in der Ewigkeit.

*Aus: Dittker Slark: *Freundesgabe zum 13. Oktober 2007*, Arbeitskreis für Deutsche Dichtung e.V., Göttingen; vorgetragen durch den Autor, wie auch die folgenden Arbeiten, am 08.10.2016 zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Mainz

Gestern – Heute – Morgen*

Was gestern war
wird morgen wieder sein
denn Heute ist
die Brücke nur
die Hoffnung und
Gewißheit trägt.
Sie überwindet
alle Last der Zeit
und überdacht
was in den Gründen
unsres Wesens ruht.
So wie die Nacht uns führt
von Tag zu Tag
der Schatten weicht
im Wechselspiel dem Licht
so wandelt Zukunft
sich in Jetzt
der Augenblick
sinkt in Vergangenheit.

An mein Lieb*

Bist du im Wind?
Bist du im Licht?
Ich fühl' dich nah
und seh dich nicht.

Du warst mein Lieb
Du warst mein Glück
Alleine blieb
ich hier zurück.

Es brennt so heiß
der Sehnsuchtsschmerz
Es klagt so leis
mein wundes Herz.

Bist du auch fern
von meinem Ort
die Liebe eint
uns immerfort.

*Aus: Dittker Slark: *Freundesgabe zum 13. Oktober 2007*; Arbeitskreis für Deutsche Dichtung e.V., Göttingen

An Elisabeth*

Warum ich Dich liebe?
Wirst Du mich fragen
Freundin, Geliebte
Ich will es Dir sagen:

Ich lieb Deine Augen
licht und rein
wie des Sonnenhimmels
blaugoldner Schein.

Ich lieb Deiner Lippen
Rosenglut
ihre köstlich Süße
wie Kirschenblut.

Ich lieb Deine Haare
wehend im Wind
wie seidig weich und
duftend sie sind.

Ich lieb Deine Hände
sie streicheln so zart
ihr Arbeitsfleiß
ist mit Liebe gepaart.

Ich lieb Deine Stimme
ihr traurer Klang
mir tief ins
selige Herz eindrang.

Ich lieb Deinen Leib
der mich entzückt
im innigsten Einssein
berauscht und beglückt.

Ich liebe Dein
lächelndes Angesicht
Deine ganze Gestalt –
vergiß dies nicht.

Ich lieb Deine Seele
die zärtlich und gut
mit meiner vereint
im Paradies ruht.

Und dann meine Liebste:
Du liebst auch mich!
Aus all diesen Gründen
liebe ich Dich.

*Aus: Dittker Stark: *Glaube, Liebe, Hoffnung – Gedichte von Liebe, Freude, Leid und Tod*. Elisabeth Linnig Verlag Kunst + Literatur, Darmstadt 2003

Herbstzeitlose*

lilazarte Blütenkinder
sind dem Frühling
viel vertrauter
als den rauhen Regenschauern
Krokuskelche
glaszerbrechlich
schmücken sie die
Spätjahrsweiden
Lenzgruß im Oktoberlicht.

Herbstzeit – lose
Blätter treibt der Wind
über graubemoosten
Gräbern längst Verstorbener
deren Seelen
fern von Räumen
zeitlos
ungebunden
doch uns herzensnahe sind.

Herbst – Zeitlose
pilgern zwischen
Farbenleuchten
buntbemalter Heiterkeit
erdbeschwingt

dem Himmel nah
und braundüstem
Dämmerstimmern
unbekannter Nebelschichten
raumgelöst
das Ziel schwimmt.

Herbst des Lebens
Zeit der Reife
Lose – dir und mir bestimmt.

Wie sie blüht
des Herbstes-Blume
Frühlingshauch
zur Abschiedsstunde
wächst ein Strahlen
aus dem Dunklen
das uns höchsten
Frieden kündigt.

*Aus: Dittker Slark: *Poesiealbum – Blatt 01/86*; Verlag Kunst und Literatur, 6100 Darmstadt 23

Vom Sinn des Lebens

Wie das Wasser rinnt
wenn der Tag beginnt
denkst du an den Sinn des Lebens.

Wie die Zeit vergeht
letztes Blatt verweht
Hoffst noch immer – doch vergebens.

Wenn der Fährmann ruft
denkst du an die Gruft
war's genug des Mü'hns und Strebens?

Wo führt hin der Steg
zeigt er neuen Weg
in die Allheit höchsten Webens.

Der Weg in die Freiheit – Auf Spuren der Erinnerung im wiedervereinten Harzgebirge*

Mehr als vierzig Jahre waren vergangen, als ich erstmals wieder jene Landschaft mitten im Harz zwischen Beneckenstein und Hohegeiß betreten konnte, in der ich als Knabe mit meiner Mutter aus Mitteldeutschland flüchtete. Wir hatten die Stadt meiner Kindheit verlassen, um im Rheinland, wo mein Vater uns erwartete, in einer neuen Heimat in Freiheit leben zu dürfen. Die damals kaum wahrnehmbare deutsch-deutsche Zonengrenze wurde im Verlauf der Jahrzehnte immer grausamer und schier unüberwindbar, so daß es mir nicht möglich war, Beneckenstein noch einmal wiederzusehen, geschweige denn, durch jene Felder und Wälder zu gehen, die hinüber nach Hohegeiß geleiten. Nach der politischen glücklichen Wende und der langersehnten Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland konnte ich mir endlich den Wunsch erfüllen, die Spuren der Vergangenheit aufzusuchen, in der meine künftige Lebensbahn in eine völlig neue Richtung geführt wurde. Und so konfrontierte ein Tag der Osterzeit 1991 meine Frau und mich noch einmal hart mit der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze.

Von St. Andreasberg kommend, überquerten wir südöstlich Braunlages die einstigen, hier doppelten Grenzbefestigungen im Tale der Warmen Bode. Streckenweise fanden wir noch alte Grenzzäune und gepflügte Feldstreifen. Die Harz-Quer-Bahn biegt hier nach Norden ab und begleitet unmittelbar die Befestigungsanlagen. Gegen Mittag erreichten wir Beneckenstein. Viele Gebäude sind dringlich renovierungsbedürftig. Braunkohlenrauch biß streng in die Nase. Erst, wenn dies sich ändern läßt, ist Beneckenstein wieder als Luftkurort für Erholungssuchende anziehend. Beim Anblick des Bahnhofes erinnerte ich mich:

Meine Mutter, die mit mir an einem Oktobertag 1948 Sachsen verlassen hatte, wurde von einem Kontrolleur im D-Zug, als sie unsere Fahrkarten, die nach Wernigerode ausgestellt waren, zeigte, mißtrauisch gefragt: „Nach Wernigerode wollen Sie?“ Und barscher sagte der Beamte: „Da hätten Sie längst umsteigen müssen!“ Ich schwieg ängstlich und dachte, der Mann ahne unser tatsächliches Reiseziel. Aber Mutter entgegnete ruhig: „Wir fahren ab Nordhausen mit der Harzquerbahn.“ „Ich werde mich erkundigen“, war die Antwort. Zurückgekehrt, sprach der Schaffner freundlicher mit uns, ja, er entschuldigte sich sogar und gab uns die Billets wieder. „Sie können mit der Querbahn fahren; ich war nicht genau orientiert!“

*Aus: Dittker Slark: *Unterwegs in Deutschland – Reisefeuilleton*. Elisabeth Linnig Verlag Kunst und Literatur, Darmstadt (2002), S. 5-18. Das Original enthält fünf Bilder aus dem Jahr 1991, die hier nicht aufgenommen sind.

Es dunkelte bereits, als das Bähnle läutend durch den geisterhaft schwarzen Harzwald bergan schnaufte. Einzelne Lichter blinkten aus Einödhöfen und Grenzdörfern. Bei einer Brücke war die Bahnstrecke unterbrochen. In den letzten Kriegswochen war sie gesprengt worden, um den nahenden Feind aufzuhalten. Einige Strebepfeiler ragten in die Luft: Steinbrocken lagen drunten in der Mulde.

„Alles aussteigen! Zug endet hier! Anschluß haben Sie drüben jenseits der Brücke!“ brüllte eine blecherne Lautsprecherstimme durch die Waldesstille. Im anderen Zug brannte kein Licht. Die Reisenden dösten im Dunklen vor sich hin. Nachtschwarze Tannen schwirrten draußen vorüber. Dann plötzliche Helle: Haltepunkt Beneckenstein.

Auch heute noch fährt die Harz-Quer-Bahn durchs Behre- und Rappbode-tal. Ein Idyll für Freunde historischer Eisenbahnen. Die Lokomotive faucht und stampft, stößt Wasserdampf aus. Die Wagen sind noch seitlich geöffnet und durch eine sogenannte „Bühne“ miteinander verbunden. Sie darf während der Fahrt nur vom Schaffner betreten werden. Das Bähnle rattert und holpert, so daß manche Fahrgäste fürchten: es könne aus den Schienen springen.

In einem Gasthof in der Ortsmitte Beneckensteins wählte Mutter für uns ein abgelegenes Eck in der Schankstube, gleich hinter der Tür. So hatte sie es mit einem Einheimischen vereinbart, der uns und andere Flüchtlinge nachts über die Grenze führen sollte. Bald erschien ein kräftiger junger Mann, grüßte den Wirt, trank ein Bier an der Theke und gab Mutter beim Verlassen des Raumes unauffällig ein Zeichen. Wenig später folgte sie ihm, um den Treffpunkt für den Grenzgang zu erfahren.

Von den wenigen Restaurants im Inneren des Ortes schien mir das „Gasthaus zur Stumpe“ jenes gewesen zu sein, in dem wir – Mutter und ich – uns in jener Spätabendstunde aufhielten. So kehrten auch meine Frau und ich Anno 1991 hier ein und speisten in der schlichten Gaststube gutbürgerlich und preiswert. Sie glich auch durchaus jener, die ich noch immer in meiner Erinnerung bewahrte. Nach Tisch fuhren wir vom Zentrum Beneckensteins auf allen nach Westen führenden Straßen, auf denen wir damals die Nachtwanderung zur Grenze begonnen haben konnten. Am wahrscheinlichsten ist es, daß wir zunächst auf der Landstraße Beneckenstein-Hohegeiß zum Ort hinausgingen, dann aber – und dies war mir noch im Gedächtnis – in die Felder abbogen und dem Wald zustrebten. Da ich außerdem noch weiß, daß der Boden teilweise moorig war, gingen wir vermutlich südwestlich durch die Flur „Am Bruchwege“. Beim Blick über die Felder zum Walde erkannte ich auch die Landschaft wieder, da hier keine neuen Gebäude entstanden sind. Irgend eine jener Hecken in dieser Gegend muß es auch gewesen sein, hinter die wir uns duckten und auf die Grenzfürer warteten.

Zwei Stunden nach Mitternacht schlichen wir in jener Octobernacht zu fünf vom Gasthof durch die nachstillen Gassen Beneckensteins. Nur hier und da brannte bei einem Bauern noch Licht. Wir vermieden weitmöglichst jeden Laut und gelangten unbemerkt aus dem Ort. Nahe dem Wald begrenzte eine dicke Hecke die Weidekoppel. Wir drückten uns tief ins dunkle Versteck. Es hockten bereits andere Flüchtlinge dort, so daß beide Gruppen anfangs voreinander erschrakten und glaubten, in eine Falle gegangen zu sein. Doch lag die Gegend rasch wieder in friedlicher Stille. Die Fremdlinge fühlten sich nicht nur gestärkter, sondern sie spürten auch eine Schicksalsgemeinschaft, die sie verband und tröstlich war.

In der dritten Morgenstunde kam der junge Grenzfürher mit zwei Kameraden, und der abenteuerliche Gang begann. Nebel schwebten über den Wiesen; der Himmel graute. Die Luft war feucht vom zarten Sprühregen. Querfeldein marschierten wir über karge Weiden und sumpfige Moorwiesen. Einer dunklen Schlange gleich krochen die Menschen durch die Einsamkeit der Nacht. Keiner wagte ein Wort. Einer folgte dem anderen auf Schritt und Tritt. Die Tannen hoben sich gespenstisch aus der Nebellandschaft ab und streckten ihre Nadelarme ins bleierne Nichts. Nach zwei Stunden erreichten wir einen stockdunklen Wald, und einer der Führer sagte. „Bleiben Sie einen Augenblick ruhig stehen. Da vorn ist jetzt die Grenze. Vermeiden Sie jedes Geräusch, damit uns keiner hier erwischen kann!“ Da eine ältere Frau leise zu weinen begann, tröstete er: „Nur keine Angst. Wenn Sie sich nicht rühren, kann nichts passieren. Wir erkunden, ob die Straße frei ist. Die Posten der Russen werden gleich abgelöst. Da ist stets genügend Zeit, die Grenze zu überqueren.“

Die Männer verschwanden in der schier undurchdringlichen Finsternis. Kein trockener Zweig knackte unter ihren geübten Tritten. Kein Vogellaut drang an unser Ohr. Kein Windhauch strich durch die bemoosten Zweige uralter Tannen. Hier hielt die Welt den Atem an. Sie schien mitten im Harz zu enden. Es war eine beängstigende Stille. Sie bedrückte das Häuflein wartender Menschen, das wie verloren in der Einsamkeit stand.

Nach einer geraumen Zeit standen die Führer wieder vor uns, gaben Handzeichen. Einer schritt an die Spitze. Der Trupp folgte geduldig. Die Straße schnürte wenige Spannen weiter quer durch das Gebirge. Vorsichtig, wie Indianer auf dem Kriegspfad, schlichen wir ein Stück auf dem Asphalt entlang. Wieder schlug der Anführer einen Haken, winkte und deutete auf den nächsten Waldstreifen. Eilig, wie gehetztes Wild, sprangen wir in den feuchten Graben, spürten weichen Nadelboden unter den Sohlen und rannten, so schnell wir konnten, zwischen graubemoosten Stämmen immer tiefer ins Gehölz. Die Dörfiler erklärten nochmals genau den Weg und rieten uns ernsthaft, weiterhin still zu bleiben. Dann kassierten sie ihre Belohnung: 50 Mark war nicht zu viel, wenn wir be-

denken, daß die Männer ihre Freiheit und ihr Leben für andere aufs Spiel setzten. Viele Einheimische der Grenzgemeinden waren damals bereit, Fremden den Weg in den Westen zu weisen. Viele mußten diese Tat mit Gefängnis bezahlen. Freilich gab es unter ihnen auch erbärmliche Verräter, die ihre Opfer direkt in die Linien der Grenzposten führten.

Listig, wie Füchse auf Schleichpfoten, pirschten die jungen Männer zurück. Wenig später hatte sie die Harznacht verschluckt. Erneut rafften wir uns auf, tasteten uns einen steinigen Steig entlang. Ein Wildbach toste neben uns in der Tiefe. Die Wettertannen ragten grau und wild ins fahle Licht der Nachtwolken. Der Morgen brachte Nebel und Sprühregen. Die Welt wurde zum dichten Vorhang. Unaufhörlich quoll weißer Rauch aus einer Hexenküche, eroberte von den Tälern her die Wälder. Der Harz ist eine urtümliche, wildkernige Landschaft.

Nachdem wir eine Weile bergab gelaufen waren, meinte meine Mutter: dies sei nicht der richtige Weg. Ich bestätigte, daß der Anführer betont habe, wir sollten nicht talwärts gehen, denn der Bach fließe in den russischen Sektor. Ein älterer Herr riet, ein Stück zurückzugehen, dann würden wir den rechten Weg schon finden, und begann wieder bergauf zu stapfen. Wir begleiteten ihn und entdeckten plötzlich eine große Wiese. Einige der Flüchtlinge waren bereits erschöpft und müde. Sie waren stundenlanges Wandern nicht gewohnt. Verzweifelt ließen sie sich am Wegrain nieder. Doch Mutter, Herr K. und ich wollten nicht aufgeben. Wir pilgerten rastlos am Waldsaum hin und her. Mutter sagte: „Hier muß doch irgendwo der Weg nach Hohegeiß führen.“ Herr K. zückte seine Taschenuhr: „Drei Stunden sind wir schon gelaufen. Dabei sollten es höchstens eineinhalb sein.“ Da rief Mutter plötzlich: „Da ist ja der Weg!“ Sie lief einige Meter durch die Wiesen und deutete auf den Boden. Wahrhaftig! Ein Pfad schlängelte sich zwischen Blumen und Kräutern hin. Da sich der Nebel im Morgenrauen etwas verflüchtigt hatte, war er nun gut zu erkennen. Ein Lichtschein in der Nähe ließ uns neue Hoffnung schöpfen. Verschwommen lösten sich die Konturen eines Hauses aus dem milchigen Weiß. Ich entdeckte das Ortsschild und las: „Hohegeiß – Zonengrenzbezirk“. Vor Glück schrie ich „Hurra!“ und umarmte meine Mutter. Wir hatten es geschafft.

Rasch weckten wir die Schläfer und verkündeten ihnen die frohe Nachricht. Gemeinsam schritten wir auf das Dorf zu. Im Gasthaus brannte Licht. Breit fiel der Schein durch die niedrigen Fenster auf die Straße. Mehrere Leute hockten schwatzend um die Tische. Der Wirt hatte alle Hände voll zu tun. Zwei Polizisten unterhielten sich leise am Kachelofen, lächelten aber jedem Neuankömmling aufmunternd zu. Einige Frauen und Kinder lagerten auf Bänken oder auf der Diele und schliefen. Daneben verstreut ihr bißchen Gepäck. Ein trauriges Bild. Und doch spürte ich bei allem Elend, bei aller Not der Flüchtlinge eine stumme Zufriedenheit, ein Aufatmen, Freude, wieder Mensch sein zu dürfen.

Mutter und ich setzten uns in einen freien Winkel des Gastzimmers ans Fenster, versuchten die Augen zu schließen, um wieder zu uns selbst finden zu können. Die vergangenen Stunden waren zu erlebnisreich gewesen.

Der Wirt schaltete das Licht aus. Frische Morgenluft strömte durchs halbgeöffnete Fenster. Schon stieg die Sonne über dem Grenzwald empor. Sie durchbrach letzte Nebelfetzen und bemalte den Himmel mit bunten Farben.

In Hohegeiß hat sich seit 1948 soviel verändert, daß ich das Gasthaus, welches wir an jenem Morgen nach stundenlanger Irrwanderung erreichten, nicht wiederfinden konnte. Vielleicht existiert es gar nicht mehr. Überrascht war ich, daß Hohegeiß so dicht beim Grenzzaun der ehemaligen DDR liegt. Es ist deshalb anzunehmen, daß wir damals auf der Suche nach dem Höhenkurort doch wieder in die damalige sowjetische Besatzungszone geraten waren, bevor wir den richtigen Weg fanden. Neben der bezaubernden Holzkirche auf dem Hochplateau erfreute uns der großartige Blick auf die beiden Gipfel: Wurmberg und Brocken, zwischen denen bis vor kurzem die Trennlinie mitten durch den Harz verlief.

Auf der alten ehemaligen Landstraße fuhren wir noch einmal Richtung Benneckenstein. Hier war die frühere doppelte Sperranlage noch sehr gut zu sehen. Neben Zäunen und gepflügten Ackerstreifen fanden wir sogar noch Laufgräben. Es ist gegenwärtig noch unheimlich dort, zumal wenn wir überlegen: was sich auf diesem Gelände noch Unheilvolles verbergen mag. Obgleich wir inzwischen viele solcher Grenz-Übergänge gesehen haben, sind wir doch immer wieder aufs Neue entsetzt und empört über die Dreistigkeit, mit der die selbsternannten Führer der Arbeiter und Bauern die Bürger durch ihre grausamen Sperranlagen eingekerkert hatten und sie daran hinderten, in die freie Welt zu gelangen.

Schließlich fuhren wir auf der Harz-Hoch-Straße von Hohegeiß nach Braunlage. Auf dieser Straße gingen an jenem herbstkalten Morgen Mutter und ich talwärts, bis uns freundliche Bauern ermunterten, auf ihren Pferdewagen aufzusteigen und bis in die Stadt mitzufahren.

Spirituelle Dimensionen in der Musik des 20. und 21. Jahrhunderts*

von KARL-WIELAND KURZ

„[...] Mit großer Mühe gelang es mir, mich wieder zu konzentrieren, als der Phonolektor bereits zu unserem Hauptthema gekommen war, zu unserer Musik, zur mathematischen Komposition (die Mathematik ist die Ursache, die Musik die Wirkung), zur Beschreibung des kürzlich erfundenen Musikometers [...]»
»Man dreht einfach an diesem Knopf und kann bis zu drei Sonaten in der Stunde komponieren. Welche Mühe machte das ihren Vorfahren! Sie konnten nur dann schaffen, wenn sie sich in einen krankhaften Zustand, in ‚Begeisterung‘, versetzten, was nichts anderes ist als eine Form der Epilepsie. Ich gebe Ihnen jetzt ein äußerst komisches Beispiel von dem, was man damals zuwege brachte. Sie hören Musik von Skrjabin, 20. Jahrhundert. Diesen schwarzen Kasten« – der Vorhang auf dem Podium teilte sich, wir sahen ein altmodisches Musikinstrument – »diesen Kasten nannte man damals Flügel, was wiederum beweist, wie sehr ihre ganze Musik [...]« Was er dann sagte, habe ich vergessen, wohl deshalb, weil sie, I-330, zu dem schwarzen Kasten ging. Wahrscheinlich hatte mich ihr unerwartetes Erscheinen auf der Bühne verwirrt. Sie trug ein seltsames Kostüm, wie es damals Mode war, ein enganliegendes schwarzes Kleid; es betonte das Weiß der entblößten Schultern und Brüste und den warmen zuckenden Schatten dazwischen [...] und ihre blendend weißen, fast bösen Zähne [...]

Sie lächelte uns zu. Ein bleckendes, beißendes Lächeln. Dann setzte sie sich und begann zu spielen.

♫ Klangbeispiel 1: Alexandr Skrjabin: Klaviersonate Nr. 7 („Weiße Messe“) op. 64

*Es klang exaltiert, wild und wirr, wie alles aus jener Zeit – bar der Vernunft des Mechanischen. Und alle, die hier saßen, hatten recht: sie lachten. Nur einige wenige [...] aber warum auch ich [...] ich? [...]“*¹

Dieses kurze Zitat aus Jewgenij Samjatins Dystopie „Wir“ spiegelt im Allgemeinen das Bild wider, welches sich die meisten Musikinteressierten von Wesen und Art der sog. Neuen Musik machen: es ist dies ein Bild einer zerebralen Ver-

*Manuskript des Vortrags mit Klangbeispielen zur 104. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Mainz am 9. Oktober 2016. Die Klangbeispiele können in dieser Veröffentlichung leider nur benannt werden.

1 Jewgenij Samjatin (1884-1937): „Wir“ (1920)

nunftkunst, rational, konstruktiv, meistens für den nicht spezialisierten Musikfreund befremdlich klingend, eben „*exalziert, wild und wirr*“ und somit scheinbar weit entfernt von dem, was allgemein für sogenannte „ernsthafte“ oder „klassische“ Musik gehalten wird. Seitens der Musikologen und Musikpädagogen wird dieser Eindruck noch durch die Betonung der Bedeutung des Konstruktiven, allgemein des Rationalen für das Komponieren im 20. und 21. Jh. untermauert. In den Schulen und Ausbildungsstätten des Tertiärbereichs wird die Geschichte der Musik ab 1900 demgemäß gelehrt: Hier wird eine Musik nebst ihrer Deutungsprosa heraufbeschworen, die man sich intellektuell „erarbeiten“ muss, um etwas von ihr zu haben, mit festen Spielregeln, bestimmten Ritualen im Musikbetrieb, einer analytischen Kamarilla von Apologeten und einem klandestinen Publikum.

Allgemein ist bekannt, dass der Weg der Musik in die Moderne ungefähr zu Beginn des 20. Jh. begann. Hierzulande werden als ihre Pioniere v.a. die Namen von Ferruccio Busoni, Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton Webern genannt, in anderen Ländern sind dies andere, nämlich Claude Debussy, Charles Ives, Igor Strawinsky oder eben auch jener eingangs erwähnte Aleksandr Skrjabin.

Weniger bekannt allerdings ist es, dass gerade die herausragenden Erneuerungen der Musik am Beginn des 20. Jh. durch die genannten Komponisten ihre Wurzeln im Spirituellen, bisweilen im Okkultistischen hatten, also in einem – für allgemein – als irrational und intuitiv angesehenen Bereich, so gar nicht dem eben skizzierten Bild der Neuen Musik als Vernunftkunst entsprechend. Gerade die Sehnsucht nach einer Musik der Befreiung und Entgrenzung, die alle genannten Komponisten eint, wurde paradoxerweise durch ein Komponieren mittels hochrationaler und bisweilen „mathematischer“ Kompositionsverfahren erreicht, die ihren Ursprung in uraltem, esoterischem Wissen und aktueller Naturwissenschaft zugleich hatten.

Ein Schlüsselwerk der frühen „Neuen Musik“ in diesem Sinn ist sicherlich der „*Prométhée. Le Poème du feu, op. 60*“ von Aleksandr Skrjabin, eine Komposition für Soloklavier, Chor (der Vokalisen und magische Phoneme singt), Orgel, Orchester und – zum ersten Male in der Musikgeschichte – ein Farbenklavier zur Projektion einer genau ausgearbeiteten Lichtpartitur in das Auditorium.

Der „**Prometheus**“, das letzte vollendete Orchesterwerk des Komponisten, ist Skrjamins fortschrittlichste und auch komplexeste Orchesterkomposition, die er noch vor seinem Tode fertigstellen konnte.

Der Bezug zum Prometheus-Mythos soll in diesem Werk den Aufflug des schöpferischen Ichs zur Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Kollektivs im metaphysisch-mystischen Sinn gleichsetzen mit der übermenschlichen Tat des Prometheus, der Menschheit als Symbol ihrer aufkeimenden Entwicklung hin

zur Gottgleichheit das göttliche Feuer zu überantworten, Symbol der Erkenntnis im Geheimnis seiner Erzeugung, aber auch anwendbar als Möglichkeit zur Selbstausslöschung.

Skrjabin's „*Prometheus*“ ist einerseits wohl das konzentrierteste theosophisch-symbolistische Musikwerk, das jemals geschrieben worden ist.² Aber ihm liegt eine weitergreifende Symbolik zugrunde als eine ausschließlich theosophische. „[...] Für Skrjabin repräsentierte Prometheus assoziativ auch Luzifer, luce-ferre, den Bringer des Lichts, der aus den himmlischen Gefilden verstoßen wurde, weil er Gott trotzte, und Satan, den Erzengel des Talmud, der aus dem Himmel wegen Hochmut und Ungehorsam verbannt, aus Gottes rechter Hand in das Firmament geschleudert wurde und dabei einen Blitzstreifen hinter sich ließ [...]“³

In Leonid Sabaneeffs Programmnotizen, die Skrjabin für die ersten Aufführungen am 2. und 9. März 1911^{greg.}, mit Skrjabin als Pianist und Koussevitzky als Dirigent auf der Bühne, veröffentlichten ließ, lesen wir:

„*Prometheus, Satan, und Luzifer, alle verbinden sich im antiken Mythos. Sie repräsentieren die aktive Energie des Universums, das schöpferische Prinzip. Das Feuer ist das Licht, das Leben, der Kampf, die Steigerung, die Fülle und die Gedankenkraft. Anfangs manifestiert sich diese Kraft matt, nur wie ein sehnsüchtiger Durst nach dem Leben. Innerhalb dieser Mattigkeit erscheint dann die ursprüngliche Polarität zwischen Seele und Materie. Der kreative Aufschwung oder der Anstoß des Fühlens bedeuten einen Protest gegen diese Erstarrung. Später kämpft sie und erobert die Materie – von der sie selbst nur ein Atom ist – und kehrt zur ursprünglichen Ruhe und Stille zurück [...] um so den Zyklus zu beenden [...]*“

Die im Grunde noch deutlich wahrnehmbare Musiksprache des Fin de siècle erfährt in dieser Komposition gleichsam eine Aufspaltung von innen infolge der exakten Durchrationalisierung der Tonhöhen- und Formorganisation und – von außen – durch den Einbezug der Farbkomponente als integrativem Bestandteil der kompositorischen Gesamterscheinung: Synchron mit der tonalen Struktur des Werkes sollte der gesamte Zuhörerraum verschiedenen, genau festgelegten und mit der Musik synchronisierten Lichtprojektionen ausgesetzt werden. Diese synästhetische Komponente sehe man nicht als schmückendes Beiwerk oder als einen Zusatzeffekt; gemeint war seitens des Komponisten mit

2 Wir, die wir am Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts leben, können uns nur schwer vorstellen, wie weitverbreitet und fesselnd die theosophische Lehre für die Menschen des frühen zwanzigsten Jahrhunderts war. Skrjabin selbst war nie im eigentlichen Sinne Mitglied der theosophischen Gesellschaft, obwohl er einigen ihrer Versammlungen in der Schweiz und in Belgien beigewohnt hatte.

3 Frei nach Faubion Bowers: *Einführungstext zur Studienpartitur des ‚Prometheus‘ von Alexander Skrjabin*, Edition Ernst Eulenburg Ltd.; der Wortlaut wurde leicht modifiziert und gestrafft – siehe auch: Faubion Bowers: *Scriabin*, Tokyo and Palo Alto (1969), Vol. II, S. 229–231

seinem „*Prometheus*“ die Eröffnung einer Werkreihe, in der nach und nach alle Sinne zugleich angeregt werden sollten, hier zunächst die Synthese von Farbe und Musik. Diese interdisziplinäre Komponente sollte jedem Zuhörer/Zuschauer erfahrbar machen, was Skrjabin unter „Ekstase“ verstand: die Emanation höchster Schöpferkraft zur Überwindung alles Materiellen. In seinem unvollendet gebliebenen **Mysterium**, von dem „*Prometheus*“, wie auch alle danach noch komponierten Werke Bestandteile sein sollten, plante Skrjabin über die Farbkomponente hinaus auch noch den Einbezug von Sprache, Tanz, Geruchssinn, Tastsinn, beweglicher Raumarchitektur und – am Ende – die Überwindung der Grenze zwischen Interpreten und Ausführenden.

Der „*Prometheus*“ wurde am 2. März 1911^{greg.} in Moskau unter der Leitung von Serge Kussewitzky und mit Skrjabin selbst am Klavier uraufgeführt, allerdings noch ohne den Farbenpart. Die erste Aufführung unter Einbezugnahme der Farbprojektionen fand fast genau vier Jahre später statt, am 20. März 1915^{jul.} in New York unter der Stabführung von Modest Altschuler.

Berühmt und für das Thema der vorliegenden Ausführungen von besonderem Interesse ist sicherlich gleich der Beginn des „*Prometheus*“; es erklingt ein Klang, der in Musiktheorie und Musikwissenschaft als sogenannter *Mystischer Akkord* (auch als *Prometheus-Akkord*) bekannt geworden ist.

♫ Hier der Beginn des *Prométhée. Le Poème du feu* (Klangbeispiel 2)

Zu diesem speziellen und unverwechselbaren Akkord, für 1911 ein veritabel „unerhörter“ Klang, gibt es in der Skrjabin-Literatur eine schöne Anekdote in zwei Versionen:

„In dem düsteren Säulensaal wurde der *Prometheus* (von Skrjabin) geprobt [...] Skrjabin weilte selbst mit auf der Bühne, er spielte den Klavierpart. Es erklang der berühmte erste Akkord. Rachmaninoff, der im Saal saß, trat zu Skrjabin und fragte ihn verwundert: „*Wie machst Du das? Es ist doch ganz einfach orchestriert [...]*“

„*Du musst auf die Grundharmonie etwas aufsetzen*“, antwortete Skrjabin. „*Hier klingt nicht eine Melodie, sondern die Harmonie.*“

„*Der erste Akkord ist genial*“, sagte Rachmaninoff zu einem der im Saal anwesenden Musikkritiker. „*Eine echte Stimme des Chaos, ein aus der Tiefe geborener einziger Klang [...]* Aber dann trifft das nicht mehr, es wird schematischer: Schade.“

„*Skrjabin spielt auch nicht gut*“, meinte einer der Kritiker. „*Das hat ganz und gar nichts Titanisches. Seine Töne wirken neben der Klangfülle des Orchesters geradezu kläglich.*“

„*Aber die leisen Stellen sind herrlich*“, entgegnete Rachmaninoff. „*Wahre Klangliebkosungen [...]* Die Kulmination klingt in der Tat unklar, wenn sie auch

grandios ist [...] Das Beste ist der erste Akkord [...] Der Akkord des Chaos [...] Er übertrifft die menschlichen Möglichkeiten [...]“⁴

Nach einer anderen Anekdote hat sich dieses Ereignis so zugetragen:

„Während einer der frühen Proben zu *„Prométhée. Le Poème du feu, op. 60“* von Skrjabin im März 1911 war Sergej Rachmaninoff anwesend. Dieser zeigte sich sehr erstaunt über den Anfangsklang des Werkes und fragte Skrjabin: *„Sasha, was hast Du hier für einen Klang verwendet?“* Skrjabin antwortete ihm: *„Das ist der Akkord des Pleroma.“⁵*

♫ Hier noch einmal der Beginn des *Prométhée. Le Poème du feu* (Klangbeispiel 3)

Pleroma, ein Begriff aus der frühchristlichen Gnosis, abgeleitet vom griechischen Wort πληρώω ple-ró-o („Ich fülle“) für „Fülle“, bezeichnete die allumfassende Hierarchie des Reiches Gottes, außerhalb unseres physischen Universums gelegen, in unermesslicher Entfernung von allem Irdischen, vollkommen fremd und im Wesentlichen „andersartig“, bezogen auf die phänomenale Welt und alles, was zu dieser gehört. Pleroma war für die Gnostiker das Glanz- und Lichtmeer, als Sitz der Gottheit, von wo alles Gute ausströmt. Aus der Schrift *„adversus hereses“* des Irenäus von Lyon und aus dem *„Apokryphon“* des Apostels Johannes geht hervor, dass Pleroma von den Gnostikern auch als die Fülle der Zeit angesehen wurde und somit gleichbedeutend ist mit Aion, als Transliteration des griechischen Wortes αἰών für Ewigkeit.

„Von dem schaffenden Lichte sprechen die Gnostiker, die ägyptischen Mystiker, die Mystiker des Mittelalters. Sie nennen es das Äonenlicht. Es ist ein Licht, welches vom Mystiker aus die Gegenstände um ihn her zu lebendigem Leben erweckt. Das ist das Pleroma der Gnostiker. So fühlt sich der Mystiker in dem Weltenlicht beseligt. Er fühlt sich beseligt verweht mit diesem Äonenlicht. Da ist er nicht getrennt von der Wesenheit der Dinge; da ist er teilhaftig der unmittelbaren Schöpferkraft. Das ist, was der Mystiker als seine Beseligung in dem schöpferischen Lichte bezeichnet.“⁶

4 Friedrich Gorenstein, *„Alexandr Skrjabin“*, Berlin: Aufbau-Verlag (1994) (aus dem Russischen von Hartmut Herboth), S. 134/135

5 Diese andere Version der Anekdote wurde von Igor Boelza überliefert, in *„Filosofskiye istoki obraznogo stroya ‚Prometeya‘ in Razlichniye aspekti tvorchestva A.N. Skryabina*, Zusammenfassung eines Manuskripttextes, welcher auf einer Konferenz im Skrjabin-Museum Moskau am 6. und 7. Januar 1992 vorgetragen wurde.

6 Rudolf Steiner, Gesamtausgabe 051: *Über Philosophie, Geschichte und Literatur. Darstellungen an der Arbeiterbildungsschule und der Freien Hochschule in Berlin*. Autoreferate und Referate von vierunddreißig Vorträgen, gehalten in den Jahren 1901 bis 1905. Mit Berichten über Rudolf Steiners Wirken im «Giordano Bruno-Bund» 1902, S. 214

„[...] Als Gegenbegriff dazu bezeichnet *Hysterema* (griech. ὑστέρημα, ‚Mangel, Armut, Bedürftigkeit‘) die *Mangelhaftigkeit der Welt der äußeren sinnlichen Phänomene*; *Valentinus* verwendet dafür den Begriff *Kenoma* (griech. κένωμα, ‚Leere, leerer Raum‘) [...]“⁷

Was die Musiktheorie und Musikwissenschaft heute als *Mystischen Akkord* kennt, wurde also sofort als ein Phänomen ausgelegt bzw. enthüllt, dessen Konzeption im Wesentlichen außerhalb menschlicher Möglichkeiten liegen sollte.

Die übernatürliche, allumfassende Stasis dieses Anfangsklangs, trotz seines bewegten Innenlebens, schien eine Andeutung geheimen Wissens um die Dinge oder symbolisierte womöglich auch ein verstecktes Anderssein einer Welt und ihrer Fülle weit jenseits jeder rationaler oder emotionaler Erkenntnis und darüber hinaus.

Aber was erzeugte diese unheimliche Stasis? Obwohl der Begriff *Mystischer Akkord* nicht von Skrjabin selbst stammt, war sein Akkord des Pleroma in der Tat ein mystisches Klanggebilde – sowohl hinsichtlich seiner Struktur als auch seines Ausdrucks blieb er lange Zeit rätselhaft.

♪ Klangbeispiel 4: Prometheus-Akkord, alle 4 Erscheinungsformen

Ohne an dieser Stelle zu viel Musiktheorie betreiben zu wollen, sei so viel gesagt: Historisch gesehen, ist dies ein Klang, der sich aus einer einstigen traditionellen Dominanthermonie der durmolltonalen Musik entwickelt hat. Das energetische „Herz“ dieses den meisten Lesern wohlvertrauten Klanges ist die Spannung zwischen dem Leitton, der den Grundton einer Tonart ansteuert, und der Septime zum Grundton der Dominanthermonie. Der energetisch hoch aufgeladene Tritonus zwischen Leitton und Septime ist ein symmetrisch die Oktave teilendes Intervall und hat dadurch die seltsame Eigenschaft, infolge seiner klanglichen Umkehrungsidentität und seiner Invarianz beim Transponieren in eine kuriose Passivität umzuschlagen, obwohl ihm die in der durmolltonalen Musik größtmögliche Energie innewohnt. Der Weg seiner Auflösung bedarf externer Stimulation durch die Verortung der jeweils ihn begleitenden Töne, da er ansonsten statisch verharret.

♪ Klangbeispiel 5: Dominantseptakkord und seine energetische Wurzel, der Tritonus zwischen dem Leitton und der Septime; Auflösungen usw.

Man kann den Tritonus und die darauf aufbauenden Basisakkorde laut dem russisch-ukrainischen Musiktheoretiker Boleslav Yavorsky als Gebilde betrach-

⁷ <http://anthrowiki.at/Pleroma>

ten, welche sich analog einer Bewegung von der zweiten in die dritte Dimension entfalten können; und die auf dieser Klangwurzel gebildeten komplexeren Akkorde entfalten sich demzufolge analog einer Bewegung von der dritten in die vierte Dimension.

Akkorde, wie der *Mystische Akkord*, gehören zu der Klasse von Klanggebilden, von denen Georgi Michailowitsch Rimsky-Korsakow (der Enkel des berühmten Komponisten) sagte: „*Man muss in der Lage sein, um einen Akkord herumzugehen*.“⁸

Die Gedanken zum Transit von der dritten in die vierte Dimension führen uns zu einem einst viel gelesenen, berühmten Buch des russischen Schriftstellers Pëtr Dem‘janovič Uspenskij, auch transliteriert als Peter oder Pyotr D. Ouspensky (1878–1947): „*Tertium Organum. Der Dritte Kanon des Denkens. Ein Schlüssel zu den Rätseln der Welt*“ (1911).

Diese Schrift entstand aus der Überzeugung heraus, dass die menschliche Erkenntnis der Einheit der Wahrnehmung von natürlicher, objektiver Welt und psychischer, subjektiver Welt entspringt. Uspenskij verband die damals viel diskutierte Idee einer vierten Dimension mit der Existenz der noumenalen, psychischen Welt des Geistes, die er der herkömmlichen phänomenalen, physikalischen Welt des Intellekts der dritten Dimension gegenüberstellt. Er forderte daher, „*die Wissenschaft muss zur Mystik kommen*“.⁹ Folgerichtig diskutierte er in „*Tertium Organum*“ und in einigen seiner anderen Bücher auch okkultes Gedankengut.

Energiegeladene Stasis, rasender Stillstand, eingefrorene Bewegung, ein scheinbares Sich-Weiten in übergeordnete Kontinua: alles das kann man auch im folgenden Klangbeispiel aus einem späten Klavierstück von Skrjabin feststellen:

♪ Klangbeispiel 6: A. Skrjabin, **Guirlandes**, op. 73/1, Anfang

Die Ergebnisse des endgültigen Durchbruchs „*a realibus ad realiora*“¹⁰ – jedenfalls des letzten, den Skrjabin in seinem Leben noch erreichte –, können in den Skizzen für den „**Acte préalable**“¹¹, seinem finalen noch begonnenen Opus

8 Varvara Dernova, *Garmoniya Skryabina*, S. 352

9 Uspenskij, (1911), S. 226

10 Vyacheslav Ivanovich Ivanov (* 28. Februar 1866 in Moskau; † 16. Juli 1949 in Rom); russischer Philologe, Dichter und Autor. Die Formel „*a realibus ad realiora*“ („Von der Wirklichkeit in Richtung einer höheren Wirklichkeit“), mit der er versuchte, das Wesen des Symbolismus zu beschreiben, wird allgemein als eine der scharfsinnigsten überhaupt betrachtet.

11 Der „*Acte préalable*“ war eine Art Vorstufe zu Skrjabins finalem Kompositionsprojekt „*Mysterium*“; dieses sollte in einem Tempel mitten im Dal-See in Śrīnagar (im heutigen indischen Bundesstaat Jammu und Kashmir) zur Aufführung kommen, um dort in einer gigantischen kollektiven künstlerischen Aktion die Entwicklung der Menschheit auf eine höhere Daseinsstufe zu bringen.

summun, welches er unvollendet hinterließ, flüchtig erahnt werden, insbesondere in den dort vorzufindenden Zwölfton-Akkorden, welche Skrjabin für Kulminationspunkte in diesem Werk vorgesehen hatte. Der Skrjabin-Spezialist Manfred Kelkel¹² hielt sie für einen kompositionstechnischen Durchbruch. Wir können sie heute gleichermaßen auch als einen spirituellen Durchbruch ansehen: Ein Zwölfton-Akkord hat – wörtlich *vselenskoye*¹³, also „universal“ –, alles Tonklassen-Vokabular des temperierten Stimmungssystems hinter sich lassend und in seiner buchstäblichen Fülle weitaus berechtigter als der eingangs erwähnte *Mystische Akkord* aus dem *Prometheus*, als ein musikalischer Repräsentant des Pleroma zu gelten. Für diesen Klang gibt es keine Frage nach einer Auflösung, das musikalische Universum hat gewissermaßen keine geradlinige Entfaltungsrichtung mehr. Eine Zwölfton-Harmonie ist ein ultimativ invarianter Klang. Man kann ihn nicht transponieren und nicht umkehren. Er ist zugleich überall und alles in einem.

♫ Klangbeispiel 7: Hier der Anfang der rekonstruierten Fassung des *Acte préalable, Teil 1 (Universum)*

Da harmonische Fortschreitungen, zumindest in der kadenzial gebundenen Musik, stets den strukturellen Rhythmus von Musik bestimmen, also sozusagen den Sinn einer gerichteten Entfaltung des Klangs in der Zeit, wird eine Musik, die auf invarianten Harmonien basiert, im wahrsten Sinn des Wortes zeitlos und gewissermaßen dem alltäglichen menschlichen Empfinden entrückt, tönend in immerwährender Selbstentfaltung und Transzendenz. Diese beiden Qualitäten, Invarianz und Zeitlosigkeit, sind tatsächlich Aspekte einer einzigartigen Qualität von Ruhe und Stillstand, insoweit wir bereit sind, innermusikalische Botschaften hermeneutisch zu interpretieren, bildlich gesehen, sich in zwei musikalischen Dimensionen zugleich erstreckend: vertikal und horizontal. Wir scheinen dabei eine eschatologische Offenbarung zu erfahren, eine geheime Einsicht, welche womöglich nur Musik erfahrbar machen kann: den völligen Zusammenbruch von Zeit und Raum und die gleichzeitige Auflösung des Ego. Diese Auflösung war – zumindest von Skrjabin – bewusst beabsichtigt, wie uns sein Schwager Boris de Schloezer berichtet hat: „*Der Autor des ‚Acte préalable‘ legte jetzt auf seine eigene Rolle als Autor keinen Wert mehr; einzig wichtig für ihn war die schöpferische Tat selbst, und er war bereit, sich selbst darin aufzulösen.*“ Diese Transzendierung der Menschheit, wie sie von Autoren von

12 Manfred Kelkel, (* 15. Januar 1929 in Siersburg, Saar; † 18. April 1999 in Paris) war ein französischer Komponist und Musikwissenschaftler. Seine Untersuchungen zu Alexandr Skrjabin, zuletzt *Alexandre Scriabine : Un musicien à la recherche de l'absolu*, Paris, Fayard, (1999), werden in der Musikforschung bis heute als bahnbrechend betrachtet.

13 nach Vyacheslav Ivanovich Ivanov (siehe Fußnote 10)

Swedenborg über Balzac zu Blavatsky vorhergesagt wurde, läuft auf die letzte Transzendierung der Welt hinaus.

Hierzu assoziiere ich gewisse altindische kosmologische Vorstellungen, in diesem Fall den Begriff und die Bedeutung von **Śábda**:

Die gesamte materielle Schöpfung geht nach vedischem Verständnis aus dem Element śábda hervor, das im Deutschen in etwa »Klang« oder »Schwingung« bedeutet. Schwingung wird daher als noch grundlegender als der manifestierte Raum angesehen, der erst aus einer Kondensierung von Schwingungsprozessen hervorgeht.

Schwingung wird als Wirkung der Zeit (kālá) angesehen, die in der Manifestation von Ursachen-Wirkungs-Ketten (sat-asat) in Erscheinung tritt. Durch die Wirkung der Zeit wird der ursprüngliche, spannungsfreie und ausgeglichene Zustand des Schöpfungsfeldes (Pradhāna) angeregt, so dass drei verschiedene Wirkungsformen (guṇas) in Erscheinung treten, die – von diesem Punkt ausgehend – zeitlich periodisch um Vorherrschaft kämpfen bzw. schwingen. Alle materiellen, geistigen und feinstofflichen Objekte in dieser Welt werden – darauf aufbauend – als ein komplexes, dynamisches Wechselspiel dieser drei Wirkungsweisen der materiellen Urschwingung betrachtet.

Die drei ursprünglichen Wirkungsweisen werden als erhaltendes Prinzip (satva), schöpferisches Prinzip (rājas) und auflösendes Prinzip (tamas) bezeichnet. Aus den unzähligen Kombinationen und Permutationen dieser drei Wirkungsweisen entsteht die ganze Vielfalt der Schöpfung und findet letztlich in ihrem Gleichgewicht wieder ihre Auflösung. Das absolute Gleichgewicht dieser drei Wirkungsweisen bedeutet als Stillstand der Schwingung daher notwendigerweise die Auflösung allen manifestierten Seins.

Man kann pleromale Klänge auch im Kontext des theologischen Begriffs des **aevum** sehen:

Bekanntlich leben die Engel in einem Bereich zwischen Zeit und Ewigkeit, der „aevum“ genannt wird. Thomas von Aquin beschreibt ihn so:

„So kennt allein die Zeit ein Früher und Später; das Aevum aber hat in sich selbst kein Früher und Später, doch kann es mit ihm verbunden sein: die Ewigkeit dagegen hat weder ein Früher und Später, noch kann es irgendwie mit ihr verbunden sein.“¹⁴

Vor- und Nachzeitigkeit sind die Grundbedingungen der Zeit; sie können im „aevum“ vorhanden sein; sie sind nicht in dem vorhanden, was beständig, ein förmig und unteilbar ist, d.h. in der Ewigkeit: *„Die Ewigkeit ist in ihrer ganzen Fülle zugleich,“¹⁵* wie Thomas von Aquin schreibt.

Für die Pioniere der Neuen Musik am Beginn des 20. Jh. war im Zusammenhang mit den Versuchen, ein übergeordnetes Kontinuum musikalisch zu

¹⁴ Thomas von Aquin, *Summa theologica*, Band 1, Questio 10, 4, S. 183

¹⁵ Ebd., Questio 10, 4, S. 176

fassen, ganz sicher das folgende Zitat von größtem Interesse. Es stammt aus der Erzählung „*Séraphîta*“ des französischen Schriftstellers Honoré de Balzac (1799–1850), entstanden 1834:

„Jede Welt hat ein Zentrum, zu dem alle Punkte ihres Kreises hinstreben. Diese Welten waren selber Punkte, die zum Zentrum ihrer Gattung hinstrebten. Jede Gattung hatte ihr Zentrum nach den großen himmlischen Regionen hin, die sie mit dem unversiegbaren und flammenden Motor allen Daseins verbanden. So war alles - von der größten bis zur kleinsten der Welten und von der kleinsten der Welten bis zum kleinsten Teilchen der Teile, aus denen sie sich zusammensetzte – für sich bestehend, und dennoch war alles eins [...] Nun begriffen Wilfrid und Minna, da sie sahen, dass dort alles homogen war, etliche der sonderbaren Aussprüche dessen, der auf Erden jedem von ihnen in der Form erschienen war, in der sie ihn erfassen konnten, dem einen als *Séraphîtus*, dem anderen als *Séraphîta*. Das Licht erzeugte die Melodie, die Bewegung war eine mit Rede begabte Zahl; kurz, alles war gleichzeitig klangvoll, durchscheinend und bewegt, so dass da alle Dinge einander durchdrangen, die Weite ohne Hemmnis war und von den Engeln bis in die Tiefe des Unendlichen durchheilt werden konnte.“¹⁶

Die eben ausführlicher erörterten Pleroma-Klänge Skrjabins können als musikalische Chiffre für solch einen entgrenzten Raum angesehen werden. Bekannt ist auch, dass die Balzac'schen Raumvorstellungen direkt die Konzeption und spätere Ausarbeitung der Zwölftonmusik Arnold Schönbergs (1874–1951) beeinflusst haben; so waren Texte und Ideen aus Balzacs „*Séraphîta*“ als Bestandteil eines großen Werkes aus den Jahren 1916 und 1917 vorgesehen, welches Schönberg zunächst als Sinfonie geplant hatte und schließlich zu einer Art Oratorium mit dem Namen „*Die Jakobsleiter*“ weiterentwickelte, ein Werk übrigens, das – ähnlich Skrjabins „*Acte préalable*“ – unvollendet geblieben ist. In der „*Jakobsleiter*“ tauchen erste zwölftönige Strukturen auf, eine kompositorische Verfahrensweise, die von Schönberg schließlich einige Jahre später zur Methode des *Komponierens mit zwölf nur aufeinander bezogenen Tönen*¹⁷ ausgearbeitet wurde.

♩ Klangbeispiel 8: „Balzac-Bergson-Raum“ aus *Die Jakobsleiter* von Arnold Schönberg

Ein Ausblick schließlich führt uns zu den Begriffen **absolutes Kontinuum** und **Pansonorité**, wie sie der russische Komponist Ivan Wyschnegradsky (1893–1979) formuliert hat.

¹⁶ Honoré de Balzac: *Philosophische Erzählungen*, Leipzig (1910), S.176f.

¹⁷ Arnold Schönberg: *Stil und Gedanke*. Fischer, Frankfurt a.M. (1995) S. 75.

Es geht Wyschnegradsky um einen Raum unendlicher Fülle, gemäß der physikalischen Definition von Klangkontinuum als eine Addition von Einzeltönen. Der musikalische Raum als physikalisches Phänomen kann durch mathematische Verfahren dargestellt werden. Mit Hilfe von Instrumenten oder mittels technologischer Hervorbringung kann jeder Ton in jeder beliebigen Höhe bzw. an jedem beliebigen Ort im Raum projiziert werden. Musikalischer Raum im Sinne von Vorstellungsraum kann aber auch als eine „Ganzheit an sich“ (entité sui generis) verstanden werden, unabhängig vom musikalisch-physikalischen Ton. Musikalischer Raum als Ganzheit, als Klangkontinuum oder *pansonorité* impliziert, so Wyschnegradsky, die Vorstellung der Simultaneität einer unendlichen Zahl von Tönen. Konsequenterweise ist dieses Konzept weder physikalisch realisierbar, noch mathematisch repräsentierbar. Es gehört dem Bereich des Irrationalen an. Wyschnegradsky schreibt:

„*Cet état de sonorité que nous allons appeler Pansonorité ou Continuum est absolument incompréhensible pour le raison humaine, à laquelle il est foncièrement étranger. La cause en est dans la structure du concept de Pansonorité qui s'élève au-dessus de l'antithèse, ce qui est contraire à la raison.*“¹⁸

„Dieser Klangzustand, den wir Pansonorité oder Absolutes Kontinuum nennen wollen, ist für den menschlichen Geist vollkommen unverständlich, da er ihm im Grunde fremd ist. Die Ursache ist in der Struktur des Konzepts der Pansonorité zu suchen, die sich über den Gegensatz erhebt, welcher der Vernunft widerspricht.“

Wyschnegradsky siedelt seine Raumvorstellung also im Bereich der künstlerischen Imagination an. Dem Konzept des musikalischen Raumes kommt dabei „erkenntnistheoretische“, kritische Funktion zu. An der Raumauffassung, die sich in einer Musik widerspiegelt, lässt sich der Grad des künstlerischen Bewusstseins ablesen. Seine Musik sollte man sich als einen Endpunkt der musikgeschichtlichen Ereignisströme vorstellen in einer Zeit, in der sich die Vollendung des Menschen auf der höchsten Bewusstseinsstufe vollzogen hat, dem „Kosmischen Bewusstsein“, wie es Wyschnegradsky genannt hat, und die auf der musikalischen Seite durch folgende Stilmerkmale gekennzeichnet ist:

- Einführung ultrachromatischer Tonsysteme (Viertel-, Sechstel- und Zwölfteltöne)
- Erweiterung des partiellen Gleichgewichts der 12 chromatischen Halbtöne durch ein höheres Gleichgewicht („*équilibre supérieur*“) des Viertel-, Sechstel- und Zwölfteltonsystems

¹⁸ Ivan Wyschnegradsky, *Musique et pansonorité*, (1927), S. 145.

- Vollständige Aufgabe der linearen Raumauffassung zugunsten einer zyklischen in der Komposition nicht-oktavierender Strukturen

♫ Hierzu das folgende Klangbeispiel (Klangbeispiel 9) aus: **Transparence 2**

Eine möglicherweise finale Realisierung der Idee pansonorischer Räume, also wahrhaft pleromaler Klänge, repräsentiert möglicherweise das letzte Klangbeispiel. Dieses gibt ein naturwissenschaftlich-technisch umgeformtes Abbild dessen, was die Alten *Sphärenmusik* genannt haben und deren verschiedene Klangabfolgen, die sich aus der gleichzeitigen Bewegung der Gestirne auf den kristallinen Himmelsbahnen des mythologischen, antiken Kosmos ergaben, *Sphärenharmonik* genannt wurden. Das letzte Beispiel bringt den **Klang des Planeten Uranus** zu Gehör, wie er durch die Voyager 2-Raumsonde der NASA 1985 beim Durchflug durch das Mond- und Ringsystem sowie das Magnetfeld des Planeten aufgezeichnet wurde und mittels Computerunterstützung hörbar gemacht wurde.

Gleich dem antiken Mythos von Uranos, dem Sohn der jungfräulichen Gaia, Anbeginn des männlichen Elementes in der Welt, dem Stammvater allen Lebens, gilt er in der Astrologie als ein Vernichter, der Neues schafft¹⁹; er ist ein Symbol zur Empörung über alte Strukturen und ein Überwinder von festgefahrenen Konventionen und Denkmustern, ein Erz-Rebell, ein Προμηθεύς (Prometheós), ein wahrhafter „Vorausdenker“ wie sein gleichnamiger Sohn. Hier also sein Gesang:

♫ Klangbeispiel 10: *Klang des Planeten Uranus*

19 Unausweichliche Assoziation hierzu: **Shiva** als **Natarāja**, „König des Tanzes“ im kosmischen Tanz **Tāṇḍava** (oder **Tāṇḍava nṛtya**), tanzend auf dem „Dämon der Unwissenheit“, **Apasmara**. Im Tanz zerstört Shiva/Natarāja die Unwissenheit und das Universum und erschafft es wieder neu. Ananda Coomaraswamy fasst die Symbolik des Natarāja in einem Essay zusammen: »*The essential significance of Shivas Dance is threefold: First, it is the image of his rhythmic play as the source of all movement within the cosmos, which is represented by the arch: Secondly, the purpose of his dance is to release the countless souls of men from the snare of illusion: Thirdly the place of the Dance, Chidambaram, the Centre of the Universe, is within the heart.*« Hier ist natürlich vor allem an den **Rudra Tāṇḍava** zu denken, in seiner gewaltsamen Natur erst als Schöpfer, dann als Zerstörer des Universums, ja sogar des Todes selbst, nicht an den **Ananda Tāṇḍava**, den sich an der Schöpfung erfreuenden und berausenden Shiva.

Ein süddeutscher Zweig der Dachroeden-Familie

VON GEORG Freiherr von HUMBOLDT-DACHROEDEN

Persönliche Anknüpfungspunkte

Im August 2008 organisierten meine Frau und ich ein Humboldt-Nachkommen-Treffen in Erfurt. Das damalige Mitglied der Humboldt-Gesellschaft, Frau Dr. Maria von Nerée-Loebnitz, erfuhr davon und schloss sich als Dachroeden-Nachkomme an. Wir wurden schnell vertraut, und sie gewann mich für die Humboldt-Gesellschaft. Noch im Herbst 2008 schenkte sie mir ein Päckchen Stammlätter der Dachroedens, das sie von dem verstorbenen Mitglied Hubertus von Humboldt erhalten hatte. Auf einem dieser Blätter fand ich, der in der Kurpfalz wohnt, zu meinem Erstaunen einen kurpfälzischen Kammerherrn, der im schwäbischen Großbottwar 1772 gestorben war: David Oswald von Dachroeden. Ein Glücksfall war es, dass eine Notiz verriet, dass der verstorbene Genealoge Eckart von Stutterheim die Stammlätter mit ausgearbeitet hatte. Er lebte – wie wir damals auch – in München und stellte mir viele seiner Aufzeichnungen zur Verfügung. Neugierig geworden, begann ich mit der Suche nach Zusammenhängen.

Mitte des 16. Jahrhunderts begründeten die Brüder **Herdan** und **Wittich von Dachroeden**¹ je einen Familienstamm. Karoline von Dachroeden, verheiratete von Humboldt, entstammte der Linie Thalebra/Burgörner, die Herdan begründet hatte. Wittich begründete einen Stamm, der sich im 17. Jahrhundert in die Zweige Westgreußen/Mittelsömmern und Mainz/Großbottwar aufgespalten hat. Von letzterem ist in diesem Beitrag die Rede.

Dachroeden in Mainz

David Oswald von Dachroeden eröffnete den Familienzweig Mainz/Großbottwar.² Geboren um 1650 in Haynrode im thüringischen Eichsfeld, war er kurmainzischer Hauptmann im Regiment eines Generals (Graf) von der Leyen geworden.³ Das Heer wurde im Eichsfeld zusammengestellt und dann nach Mainz in Marsch gesetzt. Es war eigentlich für den Kaiser für dessen Kriege gegen

1 Sie hatten die Schwestern Martha und Katharina Brühl a.d.H. Gangloffsömmern geheiratet.

2 Vgl. die Abbildung der Totentafel in der Martinskirche Großbottwar und *Gothaisches genealogisches Taschenbuch der adeligen Häuser, Deutscher Uradel*. 22. Jg. (1921), S. 226 (mit Fehlern).

3 Die Tochter dieses „Excellentissimi Domini Generalis a Leyen“ stand am 30. März 1705 für David Oswalds Tochter Anna Philippina Francisca Pate (Kirchenbuch Mainz, St. Stephan, 20/47). Dies zeigt David Oswalds Ansehen in seinem militärischen Umfeld.

Ludwig XIV. bestimmt.⁴ Es wurde jedoch nicht mehr gebraucht und daher wieder aufgelöst. Viele Soldaten schickte man heim. Ein Rest des Heeres wurde in Mainz in Garnison gestellt. So kam wohl David Oswald von Hainrode im Eichsfeld nach Mainz.

David Oswald war verheiratet mit Juliane Magdalena von Liebenau, die väterlicherseits dem hessisch-sächsischen Adelsgeschlecht von Liebenau und mütterlicherseits dem Adelsgeschlecht von Löwenstein (Lewenstein) zu Randeck in der Pfalz entstammte.⁵ Ein von Liebenau erwarb sich militärische Verdienste im 30-jährigen Krieg (mit der Verteidigung von Pirna in Sachsen gegen die Schweden). Die von Löwenstein hatten große Besitzungen in der Pfalz, auch um Mainz und Bingen.

Das Paar hatte zwei Söhne und sechs Töchter. Alle, wohl außer dem erstgeborenen Georg Friedrich, wurden zwischen 1694 und 1709 in Sankt Stephan in Mainz getauft, in dessen Kirchenbüchern jeweils nur ein oder zwei Taufpaten aus dem militärischen Umkreis des Vaters verzeichnet sind.⁶ Es fällt auf, dass David Oswald über die angeführten 15 Jahre hinweg im Hauptmanns-Rang verblieben ist und bei der Geburt dieser Kinder einigermaßen betagt war. Sein Hauptmannssold dürfte – bei diesen vielen Mädchen – ihm soeben zum Leben gereicht haben. Die Töchter, soweit nachweisbar, werden jedoch in angesehene Adelshäuser verheiratet.⁷ Die recherchierbaren Biographien der beiden Söhne Georg Friedrich und Johann Philipp Franz sind bemerkenswert.

4 Insbesondere der Holländische Krieg 1672–1679; Frieden von Nimwegen 1678/1679.

5 Siehe Johann Gottfried Biedermann: *Geschlechts-Register Der Reichs Frey unmittelbaren Ritterschafft Landes zu Francken löblichen Orts Ottenwald*, Culmbach (1751), Tafel 367 und 368: *Tabula CCCLXVIII. Von denen erloschenen Herren von Löwenstein zu Randeck*. Die Mutter war Anna Margaretha von Löwenstein zu Randeck, der Vater war nach dieser Tafel Johann Wolfgang von Liebenau, der von seinem Schwiegervater zum Ganerben der „Veste Randeck“ aufgenommen wurde (Johann Christian Lünig: *Corpus juris feudalis germanici*, Bd.1, Franckfurth am Mayn (1727), Spalte 1321f. Art. LXII).

6 Kirchenbuch Mainz, St. Stephan, 20/46 T und 20/47. Außer dem General von der Leyen sind die Paten mehr oder weniger im Kreise des Regiments zu finden, in dem er diente, und gehen auch kaum über den Rang eines Hauptmanns hinaus.

7 Es sind bekannt: Johanna Charlotte Juliane Friederika (* 04.08.1734 in Oberhelfenberg, † 25.01.1798 im „Schlössle“ Großbottwar) später verheiratet mit General Alexander Maximilian Friedrich von Buwinghamen-Wallmerode (06.02.1728–02.05.1796) (Verlobung: 27. August 1751 im Gutshaus („Schlössle“) in Großbottwar. Hochzeit: 17. August 1752, Heilbronn). Wilhelmina Sofia Anna Albertina (* 07.03.1737 in Helfenberg, † 16.05.1767 in Schnait, begraben in Schnait), verheiratet (Stuttgart 01.05.1756) mit Eberhard Ludwig Freiherr von Gaisberg (* 16.08.1723 in Stuttgart, † 26.01.1791 ebd., begraben in Schnait), Kammerherr und Oberhofmarschall. Maria Juliane (09.02.1715–16.05.1778 Heilbronn), Heirat am 10.05.1735 mit Friedrich Graf von Eberstein (Kirchenbuch Mainz, St. Quintin, 20/42 H, 11.10.1735).

Dachroeden in Großbottwar

Georg Friedrich, der 1693 Erstgeborene, starb ledig im schwäbischen Großbottwar am 29. Mai 1763. Sein dort erhaltenes Testament ist ein mit „12. July 1763“ datiertes Inventarium (Vermögensaufnahme, 69 Seiten) und Erbteilungsdokument (Testament, 15 Seiten) des „Freiherren von Dachroeden“.⁸ Darin wird er als „württembergischer Obrist-Lieutenant und Cammerherr“ am Hof des Herzogs von Württemberg, Karl Eugen (regiert 1744–1793), bezeichnet.⁹ Herzog Karl Eugen wollte seinen Hof zu einem der glänzendsten in Europa machen. Sein aufwändiger Lebensstil¹⁰ mit etlichen Mätressen, der Bau des Neuen Schlosses in Stuttgart, des Schlosses Solitude, des Schlosses Monrepos und später noch des Schlosses Hohenheim brachte das Land an den Rand des Ruins.

Johann Philipp Franz, am 27. September 1702¹¹ in Mainz geboren und einen Tag später in St. Stephan getauft, wird 1746 Kammerherr am Kurpfälzischen Hof des um Wissenschaft, Kunst und Bildung in seinem Land verdienten Kurfürsten Karl Theodor (regiert in Mannheim 1742–1777 und 1778–1799 in München) in Mannheim. Von 1748 bis zu seinem Tod am 14. Mai 1772 wird Johann Philipp Franz daher in den Kurpfälzischen Hof- und Staatskalendern

8 Stadtarchiv Großbottwar (eingesehen im Januar 2009): „*Inventarium und Realtheilung über Weyl: Herrn Georg Friederich Baron von Dachroeden Gnaden, ...eel: gewesenen herzogl: Württembergl: Obrist-Lieutenant tit 12. Inu et Seqq: July 1 1763. Nro. 61½.*“.

9 Dr. Bernhard Theil vom Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, teilte mir am 02.02.2009 telefonisch freundlicherweise mit, dass Kammerherren unter Karl Eugen in den Hofadressbüchern „ausnahmslos“ aufgeführt sind. Jedoch taucht Georg Friedrich von Dachroeden in den Bänden für die Jahre 1740, 1745, 1750, 1753, 1755, 1760, 1765 und 1770 nicht auf.

10 Einer der Schwiegersöhne des Bruders Johann Philipp Franz, Alexander Maximilian Friedrich Freiherr von Buwinghamen-Wallmerode (s.o. Anm. 7), beschreibt dies anschaulich in seinem Tagebuch: *Tagebuch des Herzoglich Württembergischen Generaladjutanten und Oberhofmarschall Alexander Maximilian Friedrich Freiherrn von Buwinghamen-Wallmerode über die Landreisen des Herzogs Karl Eugen von Württemberg in der Zeit von 1767–1773*, herausgegeben vom Freiherrn Ernst von Ziegesar, dem Urenkel des Tagebuchschreibers. Stuttgart (1911), Druck von A. Bonz Erben, 313 S. Von Ziegesar schreibt: „*Es ist natürlich weit mehr vom Leben und Treiben des Hofes, von herzoglichen Schlössern, Gestüten und Jagden, auch von der militärischen Pflanzschule auf der Solitude als von den eigentlichen Regierungsangelegenheiten die Rede.*“ Für Alexander Maximilian Friedrich von Buwinghamen-Wallmerode als Kammerherr unter Karl Eugen gilt dasselbe wie für Georg Friedrich von Dachroeden (vgl. Anm. 9).

11 Aus dem Sterbedatum 14.05.1772 und der Altersangabe (69 Jahre, 7 Monate, 17 Tage) im Großbottwarer Sterbebuch (Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Sign.: Bestand KB 1162) errechnet sich ein Geburtsdatum auf den 28.11.1702. Im Kirchenbuch Mainz, Taufregister St. Stephan, (Signatur: 20/46 T und 20/47 T) ist als Taufdatum der 28.09.1702 angegeben. Paten: Hauptmann Johannes Philippus von Fechenbach und Fräulein Anna Sophia Maria Margaretha von Botzheim.

als Kammerherr geführt.¹² Im Jahr 1746 erfolgt zudem seine Aufnahme in die Reichsritterschaft des Kantons Kocher.¹³ Im Sterberegister wird er als Grundherr auf Udenheim (heute eine Weinbaugemeinde bei Wörrstadt im Landkreis Alzey-Worms, Rheinland-Pfalz),¹⁴ auf (Anteil des Rittergutes) Helfenberg und wohnhaft in einem „Freyhäus“ bezeichnet. In der Titulatur „Reichsfreiherr Hochwohlgeboren“ steckt ein gewisser Widerspruch: Deutet der „Reichsfrei-

12 Johann Philipp Franz von Dachroeden wird als kurpfälzischer Kammerherr ausgewiesen durch: 1. den Kurpfälzischen Hof- und Staatskalender, 2. die Ratsakte Großbottwar vom 15. November 1746, 3. die Prozessakte des Reichskammergerichts, Sache: Geresheim gegen v. Löwenstein, 4. Bottwarer Sterberegister 1772. Die ausführlichen Nachweise lauten:

1. Kurpfälzischer Hof- und Staatskalender / Almanach Electoral Palatin. Er führt einen „Johann Wilhelm Frantz Freyherr von Dacheroeden“ in den Jahrgängen 1748, 1754, 1757 und 1767 auf. Kopien der Jahrgänge 1748 bis 1778 liegen im Musikwissenschaftlichen Seminar, Augustinergasse 7, 69117 Heidelberg.

2. Ratsakte Großbottwar vom 15. November 1746, Stadtarchiv Großbottwar Sign.: B0689.

3. Prozessakte des Reichskammergerichts, Sache: Geresheim gegen v. Löwenstein: Staatsarchiv Ludwigsburg Sign.: B 583 Bü 133 „Fürsprache des Kantons Odenwald bei den ausschreibenden Fürsten des oberrheinischen Kreises (wozu Kurmainz zählt) für den kurpfälzischen Kammerherrn v. Dachröden wegen des Reichskammergerichtsprozesses in Sachen Geresheim gegen v. Löwenstein“ (Der Prozess lief von 1606 bis 1758/59, also über 150 Jahre!).

4. Sterberegister Großbottwar, 1772. Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Sign.: Bestand KB 1162. Sterbedatum: 14.05.1772, 2 Uhr früh.

Dazu auch H. Niethammer in: H. Haering, O. Hohenstatt (Hrsg.): *Schwäbische Lebensbilder*, im Auftrag der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, Stuttgart (1940), LB 3, 21

13 Im Text der Totentafel in der Martinskirche Großbottwar wird J.P.F.v.D. mit „Reichs-Frey-Hochwohlgeborene Herr, Herr Johann Philipp Franz von Dachroeden“ betitelt. Dazu muss man mit PD Dr. Udo von der Burg anmerken, dass J.P.F.v.D. sicher kein Reichsfreiherr wie Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein gewesen ist, sondern er war als Reichsritter „reichsfreier Herr“. Zum Freiherrn/Baron fehlt das Diplom. Der Verfasser weist außerdem darauf hin, dass im Unterschied zu Preußen, wo Friedrich der Große solche Titel verboten hatte, die süddeutschen Adligen mit ihren zum Teil sehr kleinen Gütern offensichtlich sehr viel Wert auf die Reichsfreiheit gelegt und den angesprochenen inneren Widerspruch nicht wahrgenommen haben. Ein anderes Beispiel dafür ist der 1777/78 errichtete Epitaph des Johann Friedrich Carl von Schmidberg in Lehensteinfeld (bei Heilbronn), auf dem der Stammvater des Geschlechts ebenfalls mit „Reichs=Frey-Hoch=Wohl Edel gebohrne Gestrenge Herr Ludwig von Schmidberg“ († 1657) betitelt wird. Vgl.: Otto von Alberti, Friedrich v. Gaisberg-Schöckingen: *Württembergisches Adels- und Wappenbuch, 1889–1916*. Nachdruck durch Bauer & Raspe, Neustadt an der Aisch (1975). Zum Schmidberg-Epitaph vgl.: Karl Walter. *Das große Grabdenkmal der Familie von Schmidberg und seine Rekonstruktion*. Heilbronn (2013). <https://stadtarchiv.heilbronn.de/fileadmin/daten/stadtarchiv/online-publikationen/heilbronnica5/online-publikationen-16-qf20-18-walter-schmidberg.pdf> [eingesehen am 17.10.2016]

14 Die Familie besaß in der Pfalz noch zwei Güter zu Uelversheim (heute Landkreis Mainz-Bingen) samt einer „Erbbestandsmühle“ zu Schwabsburg (heute Ortsteil von Nierstein im Landkreis Mainz-Bingen) und ein Rittergut zu Bechtolsheim (im Landkreis Alzey-Worms). Alle Kinder des David Oswald besaßen sie zu gleichen Teilen. Alle diese kleinen Güter lagen im Rechtsbereich der Oberrheinischen Ritterschaft, die Besitzveränderungen genehmigte (oder nicht).

herr“ eher auf einen höheren Adel, so ist der Titel „Hochwohlgeboren“ seit dem Spätmittelalter eher für den niederen Adel üblich.

In der Ratsakte vom 15. November 1746 wird er als Inhaber eines „*von der Stadt erkaufte[n] Freyhaus[es]*“ (heutiges Forstamt)¹⁵ in Großbottwar (im Landkreis Ludwigsdorf, Württemberg) geführt. Mit dem Freihaus hat er am 14. August 1746 auch ein „*privilegiertes Ehrenbürgerrecht*“ erworben.¹⁶

Johann Philipp Franz von Dachroeden war mit der reformierten, 1711 geborenen **Carolina Salome Horneck von Hornberg aus dem Hause Helfenberg** (bei Ilfeld im Landkreis Heilbronn, 9 km nördlich Großbottwar)¹⁷ verheiratet.¹⁸ Das Ehepaar Johann Philipp Franz und Carolina Salome von Dachroeden hatte vier Töchter und einen Sohn. Man wohnte wohl zunächst im (unteren) Schloss Helfenberg, da die zwei älteren Töchter Johanna und Wilhelmina dort geboren wurden.

Im Februar des Jahres 1740 ereignete sich eine furchtbare Tragödie: Am 4. und 5. Februar starben die eben geborenen, „jähgetauften“ Zwillingmädchen¹⁹. Am Morgen des 9. Februar erlag die erst 29-jährige Mutter dem Kindbettfieber²⁰, und nachmittags des gleichen Tages um 2 Uhr starb der vierjährige

15 Ein Freigut eines Adligen oder Geistlichen war zum einen ein (teilweise) lastenfreies, abgabefreies, irgendwie privilegiertes (Land-)Gut, das von Steuern und anderen bürgerlichen Pflichten (Wachdienst usw.) befreit und u.U. gerichtsunabhängig (exempt) war. Ob die „Freiheit“ eines bestimmten Gutes den Freiherren-Titel de jure rechtfertigt, bedarf einer genauen historischen Analyse.
16 Ratsakte vom 15. November 1746 (Stadtarchiv Großbottwar Sign.: B0689)

17 Carolina Salome von Dachroeden (* 29.01.1711 in Helfenberg?, † 09.02.1740 im „Schlössle“ Großbottwar), geborene Horneck von Hornberg, Erbin einer Hälfte von Schloss und Gut Ober- und Unterhelfenberg. Sie ist die zweite Tochter des württembergischen Obristen Wilhelm Friedrich Horneck von Hornberg (?–1740?), der bis 1740 Schloss und Rittergut Ober- und Unterhelfenberg besaß. Das Gut Helfenberg bestand aus einem reichsunmittelbaren Gut, aus württembergischem Lehen und aus Privatbesitz (Allod). Wilhelm Friedrich Horneck von Hornberg teilte Gut und Herrschaft auf seine drei Töchter auf. Vgl. Eugen Härle: *Aus der Geschichte von Helfenberg*. In: Eugen Härle u.a.: *Ilsfeld in Geschichte und Gegenwart. Ein Heimatbuch für Ilsfeld, Auenstein und Schözach*, Ilsfeld (1989), S. 269f.

18 Das Geschlecht *von Horneck*, das im 14. Jahrhundert bereits den Titel Freiherr geführt und die *Burg Horneck* in Gundelsheim dem Deutschen Orden vermacht hatte, scheint nicht mit den *Horneck von Hornberg* verwandt zu sein. (Quelle: Wikipedia: Horneck von Hornberg, Kap. Herkunft und Abgrenzung).

19 So die Formulierung im Sterbebuch; d.h. sie wurden notgetauft. Im Notfall kann ein Laie unter Verwendung von Wasser und der trinitarischen Formel „im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“ eine gültige Taufe vollziehen. Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Sign.: Bestand KB 1160: Taufregister 03.02.1740, Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Sign.: Bestand KB 1162: Sterberegister 04.02.1740.

20 Ihr Sterbebucheintrag: „9. Febr.: *Ihro Gnaden Frau Carolina Salome von Dachröden geborene Horneck von Hornberg in ihrem schmerzhaften Kindbett an der Muttergichten 29 Jahr und 11 Tag alt.*“

Stammhalter **Carl Friedrich August**.²¹ Aus Anlass dieses traurigen Ereignisses stiftete Johann Philipp Franz der protestantischen Kirche Sankt Martin in Großbottwar eine **Totentafel** (Epitaph).

Sechs Jahre nach diesem Schicksalsschlag, als er durch die Aufnahme als Kammerherr am kurpfälzischen Hof in Mannheim und durch die Aufnahme in die Reichsritterschaft des Kantons Kocher beruflich und gesellschaftlich seinen Zenit erreicht hatte, übertrug Johann Philipp Franz von Dachroeden das „von der Stadt erkaufte Freyhaus“ samt dem „privilegierten Ehrenbürgerrecht“ auf seine zwei verbliebenen Töchter Johanna und Wilhelmina unter Aufsicht seines Bruders, „Obristleutnant Friedrich von Dachröden“. Ob dies aus Resignation oder beruflich-gesellschaftlichen Zwängen (Ortswechsel nach Mannheim) geschah, erzählt die Ratsakte vom 15. November 1746 nicht.²²

Danach konnte Johann Philipp Franz diese zwei Töchter noch gut verheiraten.²³ Nach der Zeit als Kammerherr am Hof in Mannheim scheint er nach Großbottwar zurückgekehrt zu sein, denn am 14. Mai 1772 findet sich im Ratsprotokoll folgender Eintrag:

„... nachts gegen drei Uhr ist Herr von Dachröden dahier unvermutet an einem Schlag gestorben. Seine Tochtermänner ... General von Buwinghamusen und Oberhofmarschall von Gaisberg.“²⁴

Die 1,42 mal 2,00 m² große Totentafel (**Abbildung 1**) in der Kirche Sankt Martin in Großbottwar ist ein Gemälde eines unbekanntes Künstlers. Es wurde auf eine Leinwand gemalt, die auf eine Holztafel gespannt ist. Die Tafel war einige Jahrzehnte verschollen und wurde 1974 hinter dem Orgelprospekt wiederentdeckt.²⁵ Nach der Restaurierung im Jahr 2000 hängt sie (**Abbildung 2**) heute in eben dieser Kirche an der Ostwand des Langhauses, links des Chores.

Der darauf abgebildete Stammbaum des Carl Friedrich August zeigt die Vorfahrenreihe als Ahnenprobe (auch: Adelsprobe). Sie ist der quasi-urkundliche

21 Sein Sterbebeucheintrag: „9. Febr.: Herr Carl Friedrich Augustus von Dachröden Ihre Gnaden Herrn Johann Philipp von Dachröden filius 4 Jahre 14 Wochen an einem Catharfeieber.“

22 Stadtarchiv Großbottwar Sign.: B0689

23 Johanna Charlotte Juliane Friederika von Dachroeden (* 04.08.1734 in Oberhelfenberg, † 25.01.1798 in Großbottwar) heiratet am 17.08.1752 Alexander Maximilian Friedrich von Buwinghamusen, genannt Wallmerod (* in Belgrad 6. Februar 1728, † 3. Mai 1796 in Stuttgart). Wilhelmina Sofia Anna Albertina von Dachroeden (* 07.03.1737 in Helfenberg, † 16.05.1767 in Schnait, Ortsteil von Weinstadt) heiratet am 01.05.1756 Eberhard Ludwig, Freiherr von Gaisberg-Helfenberg (* 16.08.1723 in Stuttgart, † 26.01.1791 in Stuttgart).

24 Ratsprotokoll vom 14. Mai 1772, Stadtarchiv Großbottwar, Sign.: B 0696. Nicht exakt zitiert, da schwer lesbar. Im Sterberegister (Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Bestand KB 1162) ist auch „Schlagfluss“, also Schlaganfall, als Todesursache angegeben.

25 Am 14.02.1974 berichtete der damalige Pfarrer der Martinikirche, Hermann Neuffer, im *Großbottwarer Ortsblatt* und am 12.07.1975 in der *Ludwigsburger Kreiszeitung* über die Wiederauffindung des Epitaphs.

Nachweis der adligen Abstammung des Geschlechts und der Person. Damit verbunden ist auch das Geschlechterbewusstsein bis in die thüringische Stammfamilie (die oberen drei Generationen auf der Dachroeden-Seite waren in Thüringen ansässig).²⁶ Er zeigt aber auch, wie sehr diese Familie in den Kreis des im Kraichgau und in Schwaben ansässigen Adels integriert war.²⁷ So finden sich zum Beispiel auf dem erst kürzlich rekonstruierten und restaurierten steinernen Epitaph des Johann Friedrich Carl von Schmidberg (1759–1777)²⁸, aufgestellt in der Kirche von Lehrensteinfeld bei Heilbronn, in der Ahnenreihe nicht nur mehrfache Verbindungen zur Familie von Dachroeden, sondern auch zu anderen Familien, die im Verwandtenumfeld dieser und anderer Stammlinien erscheinen: von Li(e)benau (sächs.-hess.), von Bila (thüring. Auleben), Göler von Ravensburg (Kraichgau), von Gunderode (thüring.-rheinländ. Zweig) und von Löwenstein zu Randeck (pfälz.).

Dachroeden im fränkischen Reichskreis

Mitglieder der Familie von Dachroeden sind schon seit dem 16. Jahrhundert im süddeutsch-fränkischen Reichskreis zu finden: Ein Christoph von Dachroeden²⁹,

26 Mit Oswald von Dachroeden (* 17.10.1589, † 11.03.1631) reicht der 5-Generationen-Stammbaum immerhin bis Ende des 16. Jahrhunderts zurück.

27 Vielleicht soll das Doppelwappen Dachroeden-Hornberg auf der beiseitegeschobenen Grabplatte nicht nur die Verbindung der Eheleute, sondern auch die viel ältere Verbundenheit der Familien Dachroeden und Horneck zu Hornberg zeigen.

28 Vgl. dazu: Karl Walter (Anm. 13)

29 Über diesen Christoph von Dachroeden gibt es bisher nur Weniges: Ernst Heinrich Kneschke (Hrsg.): *Neues allgemeines deutsches Adelslexicon* (1860, 2.1929, S. 395); *Gothaisches genealogisches Taschenbuch der adeligen Häuser, Deutscher Uradel*. 22.1921, S. 226; Otto von Alberti: *Württembergisches Adels- und Wappenbuch*, Stuttgart (1890), (Heftausgabe) Heft 03, S. 116; hs. Aufzeichnungen der Privatsammlung Eckart von Stutterheim; genealog. Übersicht von Udo von der Burg: *Die Dachrödenschen Stammlinien* (24.05.2009); Staatsarchiv Würzburg, Kloster Ebrach, Urkunden 1597 August 8, A 190 / 107; dazu die Prozessakte: Reichskammergericht 4456 HStAMchn; Lehenssache 837: Signatur: StAWü, Provenienzanalyse 9368; Lehenssache 1272: StAWü, Provenienzanalyse 9487; Lehenssache 3488: StAWü, Provenienzanalyse 10098; StAWü, Kloster St. Stephan Würzburg Urkunden 842; StAWü, Kloster St. Stephan Würzburg Urkunden 843; GLAK 69 Kraichg. Damenstift U 7; zu prüfen sind noch die Bestände „Deutscher Orden“ des Staatsarchivs Nürnberg und die des Deutschordeuzentrarchivs (DOZA), Wien. Aus diesen Quellen lassen sich folgende Lebensdaten ermitteln: Christoph (* 28.03.1640 [„Ostertag“] Westgreußen, † 22.02.1602 Rothenburg o.d. Tauber/Westgreußen) ist das jüngste von sechs Kindern des Wittich von Dachroeden († 1551) und seiner Frau Catharina von Brühl (* 1504, † 1584). Er ist Herr auf Westgreußen und Thalebra. Diese Rittergüter waren Lehen der Herrschaft Schwarzenburg. Später ist er Herr auf den Rittergütern Obermelsendorf und Oberlauda. Zunächst ist er verheiratet mit Sophie von Krosigk a.d.H. Erxleben (aus Halle?) (* ?, † 1588). Nach ihrem Tod heiratet er 1589 Felicitas aus dem Winkel a.d.H. Wettin (bzw. auch Freiin von Krosigk-Winckel) (* ?, † 1602). Aus beiden Ehen entstehen



Abbildung 1: Die Totentafel in Sankt Martin, Großbottwar, vor der Restaurierung (Foto: © VOLKMER Restauratoren Röttenberg)



Abbildung 2: Detail aus der Totentafel des Carl Friedrich August von Dachroeden (St. Martin, Großbottwar). Das Detail zeigt die Dachroeden-Seite der Abstammung. (Foto: © VOLKMER Restauratoren Röttenberg)

Mitglied des Direktoriums der Odenwälder Reichsritterschaft³⁰, ist 1562 als erster lutherischer Komtur³¹ des Kommendenhauses des Deutschen Ritterordens zu Eger und 1565 ff. als Komtur in Mergentheim³², dem damaligen Sitz des Hoch- und Deutschmeisters des genannten Ordens, tätig. Später, 1573 bis 1587, war er Komtur in Winnenden³³ und Amtmann des Landgrafen von Leuchtenberg zu Grünsfeld³⁴. Später, 1591 und 1597, siegelte er Urkunden als „*Hoffmarschalck zue Mergentheim*“. Er hatte drei Schwestern und zwei Brüder, zeugte neun Kinder in zwei Ehen und starb 1604 in Rothenburg ob der Tauber, „*wo er auch ein Ordenshaus verwaltete*“.³⁵ Er war vermutlich der Ur-Ur-Ur-Großvater des Carl Friedrich August von Dachroeden, dem der Epitaph in St. Martin, Großbottwar, gewidmet ist.

Ein dem Grafen von Hohenlohe lehenspflichtiger **Heinrich von Dachroeden** – möglicherweise ein Sohn des Christoph aus erster Ehe – ist 1621 in Schwabach bei Nürnberg nachweisbar.³⁶

Das mögliche Vorhandensein einer von diesem Christoph abstammenden Dachroeden-Familie im Raum Stuttgart-Ludwigsburg-Heilbronn könnte die Frage „was zog die Brüder Georg Friedrich und Johann Philipp Franz von Mainz nach Großbottwar“ teilweise beantworten. Jedenfalls zeigt sich am Beispiel dieses Familienzweiges, dass finanzielle Engpässe durch Besitzersplittierung die Söhne adliger Familien zwangen, außerhalb des Familienbesitzes ihr Auskommen zu suchen. In diesen Fällen boten die Fürstenhöfe, das Militär und

neun Kinder; Oswald von Dachroeden (* 1591, † 1631) ist wohl der Jüngste aus der zweiten Ehe. Dieser Oswald ist als „OberAltVater“ (= Ur-Urgroßvater) des Carl Friedrich August von Dachroeden auf der Stammtafel des Epitaphs in St. Martin, Großbottwar, verzeichnet.

30 Als urkundenzeichnungsberechtigter Einnnehmer sogenannter Contributiones, d.h. von Mitgliedsbeiträgen.

31 Verwalter einer Ritterordensniederlassung, die man Kommenden oder Komtureien nennt.

32 Otto von Alberti (a.a.O.) schreibt: „1565 ff. *Komtur auf Horneck*“. Da aber die Burg Horneck bei Gundelsheim am 5. Mai 1525 von einem Bauernhaufen (möglicherweise unter Führung von Götz von Berlichingen) niedergebrannt wurde und der Residenzort des Hoch- und Deutschmeisters nach Mergentheim verlegt wurde, muss Christoph von Dachroeden in dieser Zeit dort Komtur gewesen sein.

33 Rund 20 km nordöstlich von Stuttgart.

34 Fränkische Stadt im Main-Tauber-Kreis

35 Kneschke, S. 395. Also war Christoph von Dachroeden bis zu seinem Lebensende Komtur des Deutschen Ritterordens.

36 Dieser Heinrich von Dachroeden kann noch nicht sicher zugeordnet werden. Er schrieb am 15. Juli 1621 aus Schwabach bei Nürnberg dem Grafen von Hohenlohe (vermutlich: Georg Friedrich von Hohenlohe-Neuenstein-Weikersheim (* 1569 Neuenstein, † 1645 Langenburg)) einen Brief, in dem er erklärte, dass er aus nur gesundheitlichen Gründen noch nicht zur Lehensabgabe persönlich vor dem Grafen erscheinen konnte.

auch Institutionen wie der Deutsche Ritterorden die Möglichkeit, den Lebensunterhalt für eine eigene Familie zu gewährleisten.

Beschreibung der Totentafel

Das obere Bildviertel zeigt den Stammbaum des vierjährigen Carl Friedrich August von Dachroeden. Das unterste Wappen trägt seinen Namen und die Daten seiner Geburt und seines Todes (Nat. de 2te Nov 1735, DeNat 2e Febr 1740). Die Mitte des Gemäldes gibt das Totenfeld, Engel und den auferstandenen Christus wieder. Auf dem Friedhof im Vordergrund, der durch die Ruine einer Kirche abgegrenzt ist, liegen neben einem geöffneten Grab, dessen wappengeschmückte Grabplatte beiseite gerückt ist, eine Frau und ein Junge in Sterbekleidung. Die linke Hand des Jungen weist auf ein Kissen, auf dem zwei Wickelkinder liegen.

Christus, der Salvator mundi, in Strahlenmandorla und auf einem Regenbogen thronend, heißt die Toten willkommen. Von seinem Mund geht ein Strahl aus, der die Krone in der Hand des blau gekleideten Engels trifft. Auf ihm steht zu lesen: *„Komet her, ihr gesegneten meines Vatters, Erhebet das Reich, das euch bereitet ist von anbegin der Welt.“* Die Engel helfen den Toten aus den Särgen und führen sie ins Licht und weisen dabei auf den Heiland. Dargestellt sind, wie in dem darunter stehenden Text zu lesen ist, „Freifrau“ Carolina Salome von Dachroeden, Carl Friedrich August von Dachroeden und die „jähgetauften“ Zwillinge Sophia Magdalena und Eleonora von Dachroeden, die alle kurz hintereinander den Tod fanden. Die beiseitegeschobene Grabplatte zeigt das dachroeden-hornbergsche Doppelwappen: den wilden Mann mit der Keule der Dachroeden und das Horn der Horneck von Hornberg.³⁷

Flankiert und gerahmt wird die barock-typische Darstellung von Pilastern, auf denen Putten mit Vanitas-Symbolen sitzen, die das Schild mit dem Stammbaum halten. Die der Bildmitte zugewandten Frauen-Oberkörperfiguren entwachsen jeweils einer Kapitellvolute. Auf den Kapitellen der hinter ihnen weiter aufsteigenden Säulen befinden sich Putten. Die rechte sitzt neben einem Totenkopf, hat eine Zigarrenspitze im Mund und in der rechten Hand eine Muschelschale. Die linke Putte hält auch eine Zigarrenspitze in der linken und in der rechten Hand eine Sanduhr.³⁸

37 Das Hornberger Wappen ist in Johann Siebmachers Wappenbuch (1705), *Schwäbische Ritterschaft*, Blatt 118, zu finden.

38 Vanitas-Symbole zeigen die Vergänglichkeit des Lebens und dass der Mensch das Leben nicht in seiner Gewalt hat. Die auffälligsten Vanitas-Symbole in diesem Bild sind die Kirchenruine, die Sanduhr, der Totenschädel, die Muschelschale (Rest eines Lebewesens), die Zigarrenspitzen (Luxusgüter) und der abgebrochene Zweig.

Der Wert solcher Epitaphe bestand für den Stifter darin, dass er in dem Wapenschild die edle Herkunft seiner Familie darstellen konnte. Diese Adelsprobe wird hier über fünf Generationen geführt.

Der Text unter dem Bild, in dem Johann Philipp Franz als „*Reichs-Frey-Hochwohlgeborene Herr*“ wie im Sterberegister titulierte wird, lässt sich nach der Restaurierung gut entziffern. Er lautet:

„Stehe still Wanderer

und sihe hier das Ehrenmahl der Weÿe Reichs Freÿ hoch Wohlgebornen Freÿ Frauen, Frauen // Carolina Salome von Dachroeden, eine geborne Freÿin aus dem hauße Horneck von Hornberg zu Helfenberg. Welche // den 9. Febr. 1740 Morgens zwischen 7 und 8 Uhr als Sie kaum das 29. Jahr erlebet, in dem Herrn sanft ent // schlaffen, und den 12. dito hernach, auf dem Frauen=kirch=hoff auf Ihre eigene in der Krankheit gemachte an ordnung nach // Adelichem gebrauch beerdigt worden. daselbsten ihr verblichener Leichnam biß an den lieben Jüngsten Tag in Gott ruhet; // Sie hat im Leben stets Gott und sein Wort geliebet, dem Nächsten niemahls nicht mit einem Wort betrübet, auch ihren Eh= // gemahl stets keusch und rein geliebet. Da vor Ihr nun der Herr den Lohn auff ewig giebet. Hiernun bestehet kurtz // ihr ganzer Lebens:lauff, Gott gebe! daß auch wir uns stets befleißigen drauff. Zu ihrer lincken Seiten ruhet ein ein= // tziger Sohn namens Carl Friedrich August von Dachroeden, so den nehmlichen tag mit ihr, nach Mittags um // 2 Uhr in dem fünften Jahr seines alters, in seinem Erlöser Jesu Christo selig entschlaffen; des gleichen auch 2 liebe // Töchterlein, Zwillinge Namens Sophia Magdalena und Eleonore, beÿde von Dachroeden, so Ihnen den 4. Febr. in // die seelige Ewigkeit voran gegangen, als sie kaum 2 Tage erlebet. Welche alle der Herr der Herrlichkeit, an jenem // großen Tag mit freuden er wecken, und uns zusammen zu seinen auserwählten führen wolle: . Amen.

Dieses hat zu einem alsteten betrübten angedencken hierher setzen laßen der Reichs=Freÿ Hochwohlgeborene Herr, Herr Johañ Philipp Frantz von Dachroeden, als derer seelig ver storbenen in dem leben stets hertzliebster, // nun mehro aber aller höchstbetrübtester Ehegemahl und Vatter:“³⁹

³⁹ Der Tafeltext und einige Hinweise sind dem Restaurierungsprotokoll der Firma VOLKMER Restauratoren Röttenberg, 2001, entnommen, das im Februar 2009 noch online verfügbar war.

Carolina Friderica von Dacheroeden, geboren den 23. Februar 1766 in Minden.

Zur 250. Wiederkehr ihres Geburtstages.*

von UDO von der BURG

1. Minden – Provinz und Stadt

Das Fürstentum Minden zusammen mit der Grafschaft Ravensburg, wozu noch die verwaltungsmäßig teilweise angeschlossenen Grafschaften Tecklenburg und Lingen gehörten, war eine nicht leicht zu verwaltende Provinz. Das Land hatte, als 1763 Carl Friedrich von Dacheroeden (1732–1809) seinen Dienst als Kammerpräsident in Minden antrat, unter dem Krieg sehr gelitten. Die Stände zeigten sich indessen sehr selbstbewusst, sie forderten das Steuerbewilligungsrecht und, allerdings ohne Erfolg, Zoll- und teilweise Akzisefreiheit. Da sich die Ritterschaft gegenüber dem König loyal verhielt, beließ ihr Friedrich d. Gr. (1740–1786) zwar die alten Rechte, räumte ihr aber keine neuen Privilegien ein. Das Verwalten der Provinz war nicht gerade ein Kinderspiel, ganz im Gegensatz zu den brandenburgischen Kerngebieten und Ostpreußen, die seinerzeit vom Großen Kurfürsten resolut in die ihm eigene absolutistische Hand genommen worden waren.

Die Einwohnerzahl der Stadt Minden war durch den Krieg um etwa 1000 Personen von knapp 5000 auf knapp 4000 gesunken. Die Provinz lag von Berlin aus isoliert, zugleich auch von den noch weiter westlich gelegenen Territorien getrennt. Sie wurde von mehreren fremden Territorien umgeben, so Hessen-Kassel, Schaumburg-Lippe, dem Bistum Münster, dem Kurfürstentum Hannover. Die Provinz verfügte indessen über eine vom König hoch veranschlagte Montanindustrie, nämlich Kohlevorkommen und Salzgewinnung, ferner über Leinen- und Tabakindustrie, Flachsanzbau, Garnhandwerk, Färbereien und eine in den größeren Städten ansässige rührige Kaufmannschaft. Diese unterhielt zu den Niederlanden, aber auch zu England, teilweise über das mit diesem in Personalunion verbundene Hannover, intensive Handelsbeziehungen.

Auch das Kammerpersonal war nicht leicht zu führen. Im Kriege je nach Kriegslage auseinandergerissen und zu eigenständigem Handeln veranlasst, wenig vom König und der Zentralverwaltung kontrolliert, fehlte dem Kammerkollegium der jüngere Nachwuchs. Zugleich standen die Mitglieder in einem schwierigen Alter. Im Jahre 1759, nach der Einführung des neuen Domdechan-

* Manuskript des Vortrags, gehalten am 1. November 2016 zur Eröffnung der Regionalvertretung Mansfelder Land der Humboldt-Gesellschaft auf dem Rittergut Rödgen.

ten Ernst Idel Jobst Freiherr von Vincke (1738–1813)¹, war es nach der kirchlichen Feierlichkeit unter etlichen Gästen zu einem hierbei verbotenen Glücksspiel und im Anschluss daran zu Handgreiflichkeiten gekommen. Dies gab von der Provinzverwaltung kein gutes Bild.

Am 16. Juni 1766 kaufte Carl Friedrich von Dacheroeden den sog. Danckelmanschen Hof in der Straße „Auf dem Kampe“, in dem er bisher zur Miete gewohnt hatte. Der Name rührte daher, dass ein früherer Eigentümer der Mindener Regierungspräsident Wilhelm Heinrich Freiherr von Danckelmann (1654–1729) gewesen war, ein Bruder des brandenburgischen Ministers Eberhard Freiherr von Danckelmann (1643–1722). Die Familie hatte den Hof nicht halten können. Er war versteigert worden und durch wechselnde Hände gegangen. Der Kaufpreis betrug 6500 Reichstaler in Louisdor, das Stück zu 5 Reichstaler² gerechnet. In den Preis eingeschlossen war eine Schuldenforderung von 4000 Reichstalern zuzüglich Zinsen, und erst als die Summe restlos gezahlt war, am 29.12.1770, konnte der Kammerpräsident als Eigentümer in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen werden. Aus der Tatsache des Kaufes wird ersichtlich, dass Carl Friedrich von Dacheroeden seine Tätigkeit als langfristig verstanden hatte.

Der Danckelmannsche Hof umfasste, eingeschlossen durch eine massive Mauer: ein Wohnhaus auf einem großen freien mit Steinen gepflasterten Platz; einen gemauerten Pavillon; ein massiv gemauertes Scheunengebäude, davon die Hälfte Waschhaus, Küche, Speise- und Molkenkammer, Gesindestube; einen Pferdestall mit Boden; einen Wagenunterstand, Vieh- und Schweineställe, Garten, Garten- und Gewächshaus, Hofraum, grüner Hof, ein Hühnerhaus. Die Haushaltung des Hofes bestand wahrscheinlich, an dessen Größe gemessen, aus acht bis zehn Bedienten³.

1 Vater von Friedrich Ludwig Wilhelm Philipp Freiherr von Vincke (1774–1844), der zu dem Kreis der preußischen Reformpolitiker gehörte.

2 Um Schwankungen in der Wertigkeit zu vermeiden, wurde häufig eine Referenzwährung angegeben. Der Reichstaler war eine Silber-, der Louisdor eine Goldmünze.

3 Zum Vergleich: Der Haushalt des Regierungspräsidenten Culemann zählte 6 Kinder, 3 Knechte, 4 Mägde, 2 Kühe. Sein Anwesen dürfte kleiner gewesen sein. – Zu den örtlichen Gegebenheiten vgl. *Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen*, hrsg. v. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Amt für Denkmalpflege, 50. Bd. *Stadt Minden*, bearb. von Fred Kaspar und Ulf-Dietrich Korn, Teil I. *Stadt Minden. Einführungen und Darstellung der prägenden Strukturen*. Teilband 1, bearb. von Fred Kaspar, München (2003), sowie die weiteren Bände dieses Werkes. Des Weiteren wird auf regionalgeschichtliche Literatur verwiesen, die in einer in Planung befindlichen, umfassenderen Aufarbeitung zitiert werden soll.

2. Die Geburt der Kinder

Dem Ehepaar Carl Friedrich von Dacheroeden⁴ und Ernestine Friederike geb. von Hopffgarten aus dem Hause Mülverstedt (1736–1774) wurden höchstwahrscheinlich insgesamt fünf Kinder geboren: Von den drei Kindern, die das Kindesalter nicht überlebten, ist zunächst der Sohn Ferdinand Carl Friderich zu erwähnen, der, 1761 in Eisleben geboren, im Mai 1765 an der „rothen Ruhr“ starb und in der Martini-Kirche in Minden beigesetzt wurde. Er war das erste Kind und der älteste Sohn, und, wie seine Erwähnung in Karolines Brief an den Vater vom 2. September 1803 andeutet, indem sie dem Vater über den Tod ihres ältesten Sohnes, Wilhelm, berichtet⁵, ist die Erinnerung an dieses Kind beim Vater lange erhalten geblieben.

Auch die Tochter Ernestine Helene Ludomille wurde am 18. Februar 1768 in der Martini-Kirche beigesetzt, nachdem sie zwei Tage zuvor im Alter von nur drei Monaten an den Blattern verstorben war. Die Martini-Kirche als Ratskirche in Minden war die Kirche derjenigen Gemeinde, zu der im Wesentlichen die politisch und gesellschaftlich bedeutsamen Familien in Minden gehörten.⁶ Über eine weitere Tochter ist nur der Hinweis in einem Brief von Karoline an ihren Bruder Ernst vom 18. Juli 1780 erhalten; dieses Kind ist wahrscheinlich auf dem Kirchberg von Burgörner bestattet. Es muss entweder noch vor oder nach der Mindener Dienstzeit geboren und verstorben sein, jedenfalls vor dem Tode der Mutter im Jahre 1774. Die Kirchenbücher von Burgörner sind für diese Zeit leider verbrannt. In den Erfurter Kirchenbüchern ist das Kind nicht zu finden.

Von den beiden überlebenden Kindern ist zunächst der Sohn Ernst Ludwig Wilhelm (1765–1806) zu nennen. Er wurde am 11. November 1765 in Minden

4 Neben dieser Schreibweise des Familiennamens, die der Vater favorisierte, kommen in der Geschichte des Geschlechts auch vor: Dachröden, Dacheröden, Tachröden usw. Das Geschlecht zählte zum Uradel. Sie waren keine Freiherren, obwohl z.B. der Sohn gelegentlich auf den Freiherrentitel zugriff und Dritte den Vater mit „Freiherr“ titulierte. Carl Friedrich selbst hat diesen Titel auch nicht ein einziges Mal benutzt.

5 *Wilhelm und Caroline von Humboldt in ihren Briefen*, hrsg. von Anna von Sydow, II. Band: *Von der Vermählung bis zu Humboldts Scheiden aus Rom. 1791–1808*, Berlin (1907), S. 120.

6 Anlässlich einer Besichtigung der Martini-Kirche im September 2003 teilte der dort anwesende Küster dem Verfasser mit, es seien einige Jahre zuvor bei der Neuinstallation einer Heizung nach der Entfernung von Bodenplatten eine Vielzahl von Gebeinen von Kindern aus verschiedenen Zeiträumen, jedenfalls auch aus der hier betroffenen Zeitspanne, gefunden worden. Es seien diese Gebeine zusammengetragen und an anderer Stelle im Kirchraum erneut bestattet worden (vgl. auch den Artikel: „Alte Grabplatte war der Heizung im Weg“, in: *Mindener Tageblatt*, Nr. 254 v. 31.10.1998).

geboren und am 18. November in der St. Martins-Kirche getauft.⁷ Die Zahl seiner Taufpaten⁸ war stattlich. Der Taufe wohnten bei:

Der Mindener Regierungspräsident Rudolph Culemann (1705–1771)⁹, sein Stellvertreter, der Regierungsdirektor Thomas Heinrich von Hus (1704–1775), der Dechant Nikolaus Wilhelm von Vincke-Kilver¹⁰, der Domkapitular Christian August Clamor von dem Busche (1736–1791), der Hauptmann Gisbert Wilhelm Freiherr von Romberg (1729–1809)¹¹, sodann vier weibliche Paten, die Geheimrätin Freifrau Henriette Sophia Helena von Cornberg (1722–1785), die Frau Obristin Marie Henriette von Borcke († 1768) als Gattin des Festungskommandanten, eine Äbtissin und eine Dechantin aus den örtlichen evangelischen Damenstiften.

Hinzu kamen 19 hochrangige, abwesende Taufpaten: Allen voran stand der Großvater Friedrich Abraham von Hopffgarten, Oberaufseher der Grafschaft Mansfeld sächsischer Hoheit, dann Dacheroedensche und Hopffgartensche Verwandtschaft einschließlich der Kniggeschen Familie, aus der die Großmutter von Hopffgarten stammte, anschließend die Minister im Generaldirektorium¹² Valentin von Massow (1712–1775) und Ludwig Philipp Freiherr vom Hagen (1724–1771), der Staats- und Kabinettsminister Ewald Friedrich Graf

7 Taufregister St. Martini, verfilmt Archiv Landeskirchenamt Bielefeld.

8 In der Akte zur Taufe Karolines, Archiv Schloss Tegel, sind die Begriffe Pate, Taufzeuge, Gevatter undifferenziert verwendet. Im Folgenden wird allerdings einheitlich von Paten gesprochen. Streng genommen sind Paten zur Ausübung des Patenamtes verpflichtet, sie müssen also der Konfession des Täuflings angehören. Dies gilt für Zeugen nicht. Sie bezeugen nur, dass die Taufe stattgefunden hat, ungeachtet ihrer Konfession und überhaupt einer Konfessionszugehörigkeit. Mit der Bezeugung ist ihre Aufgabe erfüllt. – Die Reihenfolge ergibt sich aus einer sorgfältig durchdachten Ordnung: offizieller Rang, verwandtschaftliche Nähe, sonstige Freunde und Bekannte. In der Regel wurden zuerst die Herren, dann die Damen aufgeführt. War der Täufling ein Mädchen, dann konnten weibliche Paten den Vorrang haben, v. a. wenn ihr offizieller Rang sehr hoch war, z. B. fürstlich.

9 Im Folgenden werden nicht immer alle Titel aus den Auflistungen übernommen. Es sind aber zur besseren Orientierung die Vornamen sowie die Lebensdaten hinzugefügt, soweit sie sich ermitteln ließen.

10 Die Linie war katholisch, das Stift St Martinus, dem der Dechant 1745–1779 angehörte, war konfessionell gemischt.

11 Romberg gehörte in Minden zum engeren Bekanntenkreis der Dacheroeden; später General, 1799 Gouverneur von Stettin. Er besaß vorübergehend ein kleines Gut in Klostermannsfeld.

12 Dem Generaldirektorium unterstanden die Kriegs- und Domänenkammern in den einzelnen Provinzen. Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) hatte den Steuer- und Wirtschaftsbereich aus den Regierungen gelöst und in das neu geschaffene Generaldirektorium eingegliedert. Zweck der Aufteilung, die unter Friedrich Wilhelm III. (1797–1840) wieder rückgängig gemacht wurde, war die bessere Förderung von Finanzen und Wirtschaft durch eine Spezialbehörde. Diese Organisation war für die Anfangsphase durchaus sinnvoll.

von Hertzberg (1725–1795)¹³, der Geheime Kabinettsrat August Friedrich Eichel (1698–1768)¹⁴, der Reichsgraf und Generalleutnant Franz Karl Ludwig von Wied zu Neuwied (1710–1765), Inhaber des Mindener Füsilier-Regiments Nr. 41, der kurmärkische Kammerpräsident Julius August Freiherr von der Horst (1723–1791)¹⁵, der – oben bereits erwähnte – Domdechchant von Vincke sowie ein Hauptmann von Bülow. Als weibliche Paten sind verzeichnet: die verwitwete Reichsgräfin Charlotte Friederike Amalia von Schaumburg-Lippe (1702–1785), die Ministerin Ernestine Karoline Friederike Gräfin von Eickstedt (1719–1799), die Generalin Johanna Elisabeth von der Mosel (1717–1775), Gattin des Inhabers des Grenadier-Regiments Nr.10 in Bielefeld und Herford.

Die Namen der Taufpaten geben neben den obligatorisch zu nennenden Familienmitgliedern an, mit welchen sonstigen Persönlichkeiten Carl Friedrich von Dacheroeden dienstliche oder private Bekanntschaften pflegte bzw. erstrebte. Diese zählten sowohl zur lokalen wie auch zur Führungsschicht in Berlin, soweit der Kammerpräsident dienstlich mit ihnen verbunden war. Mit dem Kabinettsrat Eichel hatte Carl Friedrich von Dacheroeden während des Krieges Kontakt bekommen. So wies er ihn, er war ja Landrat in dieser Gegend, darauf hin, dass sich nach der Kapitulation der sächsischen Arme in der Aue¹⁶ eine neue militärische, sächsische Untergrund-Formation bildete, der man begegnen müsse. Die Bekanntschaft mit dem Reichsgrafen zu Wied hatte der Schwiegervater hergestellt, als während des Krieges das 41. Regiment vorübergehend in der Aue stand. Besonders auffallend ist, dass, wie insbesondere bei Karoline, viele der Taufpaten die Gelehrten-Schule in Kloster Berge bei Magdeburg besucht oder in Halle studiert hatten, also Pietisten-Kreisen angehörten.

3. Karolines Taufe

Für die Tochter vermerkt das Taufregister etwa 16 Monate später: Am „23ten Febr. 1766 des Nachmittags um 2 Uhr ein Fräulein geboren, getauft den 2. Martis, wird genannt Carolina Friderica.“

Als Taufzeugen hält das Taufregister fest:

1. Obrist und Festungskommandant Ludwig Friedrich von Borcke (1702–1772);

13 Die Kabinettsminister waren für die Ressorts Außenpolitik, Lehens- und Kirchenwesen sowie Gesundheitswesen zuständig. Dem Kabinett unterstanden die Regierungen in den einzelnen Provinzen.

14 Eichel zählte zu den engsten Vertrauten des Königs, er war eine Art „graue Eminenz“.

15 Ab 1766 Minister im Generaldirektorium, zuständig für Wirtschaftsangelegenheiten. Enger Bekannter von Carl Friedrich von Dacheroeden; beide standen sich auch in den wirtschaftstheoretischen Auffassungen nahe.

16 Landschaft südlich des Harzes zum Kyffhäuser-Gebirge hin.

2. Obrist Matthias Ludwig von Lossow (1717–1783), seit 1765 Chef des Füsilierregiments zu Minden (Nr. 41);
3. Großvogt Dietrich Victor Ludwig von Korff (1732–1796) aus dem Hause Waghorst, Domkapitular und Landrat;
4. Domherr Damian Wilhelm Caspar von Forstmeister zu Gehlenhausen (1722 oder 1723–1802), Domkapitular zu Minden und Paderborn, Kanonikus zu Fritzlar (kath.);
5. Frau Präsidentin Johanna Maria von Bessel (1713–1791), Gattin des früheren Kammer-Präsidenten von Kleve-Moers und Mark, lebte auf den Gütern im Mindenschen;
6. Frau Dechantin von Rehden, Dechantin des Stifts St. Maria zu Minden.

Der Kreis der Paten bedarf im Einzelnen der Diskussion. Die Auffassung einer früheren Autorin, Ilse Foerst-Crato, zu Paten seien nur Personen aus Minden und Umgebung und aus dem näheren Umgang mit der Familie des Kammerpräsidenten gewählt worden, ist höchst korrekturbedürftig.¹⁷ Zwar war das Kind „nur“ weiblichen Geschlechtes, für dessen Lebensweg nähere oder weitere Beziehungen nicht unbedingt gestaltet oder vertieft werden mussten. Wie aber in anderen Fällen und andernorts gewiss auch, sind im Kirchenbuch nur einige der tatsächlichen Paten verzeichnet. Denn eine vom Vater angelegte und noch vorhandene Akte über Geburt und Taufe von Karoline hält insgesamt 21 Paten fest, davon neun als anwesend und zwölf als abwesend.¹⁸

Die Akte ist mit der Aufschrift versehen: *„Dieses liebe Kind ist am 2ten Martii, 1766. in meinem Hause alhier zu Minden von dem Seniore Ministerrii¹⁹ und Pastore an der Martinikirche alhier, Herrn Mauritius, getaufet worden, und hat in der heiligen Taufe die Namen, Caroline Friderice, erhalten. vDacheroeden“*. Demzufolge hat eine Haustaufe stattgefunden. Friedrich Maximilian Mauritius (1724–1799) wurde nach dem Studium in Halle und seiner Tätigkeit als Lehrer an der Lateinschule der Franckeschen Anstalten Rektor und Prediger an der Martini-Kirche zu Minden, wohin ihn sein Lehrer Sigmund Baumgarten (1706–1757) empfohlen hatte, und wechselte 1768

17 Foerst-Crato, Ilse: *Karl-Friedrich von Dacheröden*, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 49, 1977, S. 131–136.

18 In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Spalten-Größe im Register-Buch nicht immer eine solche Vielzahl von Namen zuließ, wie bei einer Taufe einer hochrangigen Adelsfamilie erforderlich war. Manchmal wird gewiss auch eine Rolle gespielt haben, dass die Eintragung in das Kirchenbuch gebührenpflichtig war und als Einnahme üblicherweise dem Pfarrer zufloss. Bei Paten, die weiter entfernt wohnten, war häufig die Reise zeitlich und materiell zu aufwändig, und der Zeitpunkt der Taufe andererseits sollte – angesichts damaliger Säuglingssterblichkeit – nicht ohne Not auf spätere Tage verschoben werden.

19 Etwa: Leiter des Pfarrerkollegiums, Oberpfarrer; Große Kirchen hatten mehrere Pfarrer, die in einer Rangfolge standen und sich dementsprechend auch besoldungsmäßig unterschieden.

als herzoglich Mecklenburg-Schwerinscher Professor und Konsistorialrat an die Universität Bützow.

Dieser Akte zufolge sind über die Liste im Kirchenregister hinaus bei der Taufe anwesend gewesen:

7. Christian Ludwig Freiherr von Cornberg (1716–1785), Geheimer Regierungsrat und Ritterschaftsvertreter des Fürstentums Minden, später Regierungspräsident in Halberstadt;
8. Frau Domdechantin Freifrau Louise Sophie von Vincke, geborene von Butlar²⁰ (1739–1806);
9. Kanonisse Fräulein Charlotte Ernestine von Gustedt (1746–1806).

Als abwesende Taufpaten sind folgende Personen genannt:

1. Friedrich Abraham von Hopffgarten (1702–1774), Großvater des Täuflings, Oberaufseher der Grafschaft Mansfeld sächsischer Hoheit;
2. Kgl. Preußischer Obristwachtmeister Wilhelm Heinrich Freiherr von der Golze (1724–1789), angeheirateter Onkel väterlicherseits, später Generalleutnant;
3. Kgl. Preußischer Generalleutnant und Ritter des Schwarzen Adlerordens Caspar Ludwig von Bredow (1685–1773), angeheirateter Großonkel väterlicherseits;
4. Kursächsischer Kammerherr und Kommandant der Kasernen zu Dresden Christian Friedrich von Hopffgarten (1705–1791), Großonkel mütterlicherseits;
5. Kgl. Preußischer Generalmajor und Chef eines Regiments Infanterie Bernhard Alexander von Diringshofen²¹ (1714–1776);
6. Kgl. Preußischer Kammerherr von Humboldt (1720–1779);
7. Verwitwete Frau Geheimrätin Johanna Elisabeth von Dacheroeden (1683–1774), geborene von Wallwitz, Urgroßmutter väterlicherseits;
8. Verwitwete Präsidentin von Dacheroeden, geborene Posadowsky, Freiin von Postelwitz (1712–1774), Großmutter väterlicherseits;
9. Geheimrätin von Hopffgarten, geborene Freiin Knigge (1705–1768), Großmutter mütterlicherseits;
10. Präsidentin Caroline Louise von Uffel (1740–1778), geborene von Hopffgarten, Tante mütterlicherseits;
11. Verwitwete Frau Obristleutnantin Maria Sophia von Hopffgarten (1706–1789), geborene von Dacheroeden., Großtante väterlicherseits;
12. Die Frau Oberjägermeisterin von Carlowitz († 1782), geborene von Wengler, möglicherweise Freundin oder Bekannte der Mutter.

20 Gattin von Ernst Idel Jobst von Vincke. Schreibweise auch: Buttlar.

21 Schreibweise auch: Dühringshofen, Dieringshofen u. ä.

Erst am 25. Februar 1766 hat der Vater die in Aussicht genommenen auswärtigen Personen angeschrieben und um Übernahme der Patenschaft gebeten. Möglicherweise wurden diese zwei Tage abgewartet, um zu sehen, ob das Kind am Leben blieb. Die Akte enthält auch die Antwortschreiben. Die Mutter aus Magdeburg, die offensichtlich sehr an dem Sohn hing, schrieb als Anrede: „*Hochgeschätzter und inniggeliebter Sohn*“ und schloss den Brief mit den Worten: „*Meines inniggeliebten Sohnes ganz ergebenste Mutter*“. Am treffendsten in die Zukunft sehen konnte die Großtante Obristleutnantin von Hopffgarten aus Mühlhausen: „*Wie ich dem Glück ... dieser schönen Tochter die herrlichsten Aussichten und glänzendsten Vorfälle wünsche.*“

Zugleich erging das Ersuchen an den Amtmann Kern nach Burgörner, „*dem Allerhöchsten für diese meiner Frauen und mir widerfarenen Woltat in dortiger Kirche danken zu lassen.*“ Die Antwort wurde von Kern am 6. März abgefasst.

Von den auswärtigen Paten seien zwei herausgegriffen:

Bernhard Alexander von Diringshofen war von Friedrich d. Gr. sehr geschätzt und wurde regelmäßig einmal im Jahr von ihm empfangen. Der König hatte ihm einen Vertrauensposten übertragen: Diringshofen war Inspekteur der westfälischen Truppen in den Garnisonen Hamm, Bielefeld und Minden. Diringshofen und Dacheroeden hatten offensichtlich insbesondere im Hinblick auf die Aushebung von Rekruten miteinander dienstliche Berührungen; Rekrutenaushebungen entzogen Arbeitskraft, verringerten das Steueraufkommen und hemmten die wirtschaftliche Entwicklung.

Sodann ist auf den Paten Alexander George von Humboldt einzugehen. Der am 8. März in Potsdam abgefasste Antwort-Brief besteht aus den förmlichen Glückwünschen von der Hand eines Schreibers und einem Zusatz in der Handschrift Alexander Georges von Humboldt: „*Ich wünsche von Grund der Seele der würdigsten Frau Gevatterin gute Gesundheit und dass die kleine Pathe zu vielen Vergnügen erwachsen möge.*“²² Welche Geschäfte brachten Carl Friedrich von Dacheroeden und Alexander George von Humboldt in nähere bekanntschaftliche Beziehungen? Die Fortsetzung der Nachschrift liefert einen Hinweis: „*weiß von nichts remarquables, die französischen fermiers sind noch nicht zu Stand, Mr. Bernard*²³ *aber Intendent Gen. au Postes mit 6/m Rtl. Gehalt*²⁴ *und*

22 Akte zur Taufe Karolines, Archiv Schloss Tegel. – Die Schrift ist nicht einfach zu lesen. Nach Auffassung von Herrn Dr. Ludwig Rommel, seinerzeit Mansfeld-Museum Hettstedt, der mir bei der Entzifferung half, hat die Schrift den Charakter einer individuellen Kuzschrift.

23 Jaques Marie Bernard; er wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Das Interesse von Alexander George von Humboldt mochte daher rühren, dass der König ursprünglich wohl auch an eine Verpachtung der Post gedacht hatte; in dieses Unternehmen hätte der investitionsfreudige Alexander George mit anderen Geschäftspartnern gut einsteigen können.

24 Die Summe übertraf ein normales Ministergehalt deutlich.

*wird uns in 2 monath französische Wege schaffen. HER. Kr.R. Naz²⁵ meine Empfehlung. ganz gehorsamster treuer Freund und Diener AGvHumboldt.*²⁶

Den Hintergrund der sicherlich vertraulichen Mitteilung bildete die Maßnahme Friedrichs d. Gr., das gesamte Steuerwesen nach dem Vorbild des französischen Regiersystems umzubauen. Hier ist auf das Postwesen angespielt: Jacques Marie Bernard, der dem König mit der Post einen Gewinn von 200.000 Reichsthalern in Aussicht gestellt hatte, machte bis 1769 persönlich so hohe Schulden, dass er aus Preußen fliehen musste.

Das Verhältnis zwischen Dacheroeden und Humboldt ist aber noch enger: Alexander George von Humboldt als Teilhaber einer privaten Tabak-Gesellschaft und speziell für die Geschäftsverbindungen zur Mindener Provinz zuständiges Vorstandsmitglied brachte mit Dacheroeden in dessen Kammerbezirk das zustande, was nirgendwo sonst in einer preußischen Provinz eingerichtet werden konnte, nämlich eine private, von Kaufleuten geführte Tabaks-Produktions- und Handelsorganisation. Doch ging die gesamtpreußische Gesellschaft bankrott, auf die Kräfte des Individuums zu setzen, wurde woanders zu wenig gewagt. Die Tabak-Produktion wurde schließlich wie die Akzise in Regie-Form geführt. Allerdings fand Alexander George von Humboldt auch hieran wieder eine Möglichkeit der Beteiligung.

Karoline schrieb in einem sehr frühen Brief an Wilhelm vom 28. Juli 1788 lediglich: „*Mein Vater hat den Deinigen gekannt und wird sich freuen, Dich zu sehen.*“²⁷ Es ist unwahrscheinlich, dass zwischen den Familien von Humboldt und von Dacheroeden zwischen der Tätigkeit in Minden und eben dem Jahr 1788 nähere Kontakte vorlagen, zumal Alexander George von Humboldt 1779 verstarb. Als aber die Verbindung zwischen Karoline und Wilhelm tatsächlich konkret wurde, griff Marie Elisabeth von Humboldt die Erinnerung auf: Am 13. Mai 1791²⁸ schrieb sie an den Kammerpräsidenten den offiziellen Einwilligungs- und Bittbrief zum Ehevorhaben ihres Sohnes²⁹ und sprach das frühere

25 Der Kriegs- und Domänenrat Carl Ephraim Naze (Schreibweise auch ähnlich) war offensichtlich ein Bekannter von Alexander George von Humboldt aus der Kriegszeit. In der Mindener Kammer verhielt er sich gegenüber dem Kammerpräsidenten loyal.

26 Übersetzung: „Ich kann nichts Bemerkenswertes mitteilen. Die französischen Steuerbeamten sind noch nicht bestellt. Herr Bernard aber, Generalpostintendant mit 6000 Reichsthalern Gehalt, wird uns in zwei Monaten französische Verhältnisse schaffen. Herrn Kriegsrat Naz meine Empfehlung ...“ Die Summe bezieht sich, wie damals Gehaltsangaben zumeist, auf ein Jahresgehalt.

27 *Brautbriefe Wilhelms und Karolinens von Humboldt*, hrsg. von Albert Leitzmann, Leipzig (1920) (u. ö.), S. 1.

28 Enthalten in der Akte: Ehekontrakte, Archiv Tegel.

29 Der Kontaktaufnahme zwischen Mutter des Sohnes und Vater der Tochter war, wie die Brautbriefe zeigen, die Diskussion einer für die damalige Zeit grundlegenden Frage der Etikette vorausgegangen: Der Vater des Bräutigams, der eigentlich das Ehebegehren des Sohnes hätte einleiten müssen,

Verhältnis an: „*Ew. Hochwohlgeb. ehemalige Freundschaft mit seinem verewigten Vatter läßt mich hoffen dass Sie ihn dessen Stelle durch Ihre fernere väterliche Gewogenheit erhalthen werden.*“³⁰

4. Das Ende der Kammerpräsidentschaft in Minden

Carl Friedrich von Dacheroeden hat siebeneinhalb Jahre in Minden das Amt des Kammerpräsidenten versehen. Das war im Verhältnis zur Dienstzeit anderer hoher Beamten eine recht lange Zeit. Friedrich der Ungeduldige wechselte Minister und Präsidenten schnell aus.³¹ In Dacheroedens Kammerbezirk war der Adel sehr selbstbewusst, mit ihm auszukommen, war schwierig. Als es darum ging, an die Stände diejenigen Entschädigungsgelder zu verteilen, die die englische Krone für die von ihren Truppen verschuldeten Schäden im letzten Krieg zu zahlen bereit war, entstand der große Streit: Die Summe der Entschädigungsgelder war längst nicht so hoch wie erwartet, die Regulierung wurde von der Kriegs- und Domänenkammer durchgeführt. Etliche Adelige waren ohnedies infolge ihrer Wirtschaft seit langem verschuldet – und schon wurde Dacheroeden verdächtigt, erst verdeckt, dann offen, einige Summen an Entschädigungsgeldern unterschlagen zu haben. Dann brach als Nächstes der Salzstreit aus: Der König subventionierte den Salzexport, um die Konkurrenz in den Territorien anderer Reichsfürsten oder von außerhalb des Deutschen Reiches auszuschalten. Die eigenen Untertanen mussten allerdings entsprechend höhere Salzpreise zahlen, manchmal zwangsweise mehr Salz kaufen, als sie tatsächlich verbrauchten. Zudem trieben einige Salzpächter Misswirtschaft, auch waren sie zugleich Beamte in der Kriegs- und Domänenkammer. Die Schuld an der unbefriedigenden Situation wurde schließlich dem Kammerpräsidenten von Dacheroeden zugeschoben.

war verstorben und auch sonst kein männlicher Verwandter von Stand verfügbar. Nachdem Marie Elisabeth ihre Bedachtsamkeit im Hinblick auf das Ehevorhaben ihres Sohnes überwunden hatte (vgl. z. B. *Brautbriefe*, S. 426, Wilhelms Brief vom 11. Mai), zeigte sich Vater Dacheroeden, obwohl er den Brief von Marie Elisabeth von Humboldt bereits bekommen haben muss, im Hinblick auf das Heiratsvorhaben immer noch bedeckt. Mithin schrieb Wilhelm, in Sorge, dass der zukünftige Schwiegervater erst einmal seinen üblichen Sommer-Aufenthalt in Burgörner abhalten könnte, am 26. Mai an Karoline: „*Mach nur, dass Papa nicht wegweist. Wir bekommen ihn sonst wahrlich nicht wieder ..., und jetzt würde doch Mama leiden, wenn es nicht wäre.*“ (*Brautbriefe*, S. 441).

³⁰ Wilhelm hat zeitlebens seinem Schwiegervater hohe Achtung entgegen gebracht.

³¹ Es mag wohl auch eine Rolle gespielt haben, dass Friedrich d. Gr. möglichst schnell die Kriegsschäden beheben und die militärische sowie wirtschaftliche Stärke Preußens voranbringen wollte. Denn ob sich die ehemaligen Kriegsgegner auf Dauer mit den nunmehr geschaffenen politischen Zuständen abfinden würden, war nicht sicher.

Indessen ist als Grundursache für die Unzufriedenheit des Königs sowie Dacheroedens schließliche Entlassung zum Jahresende 1770 wohl die unterschiedliche Wirtschafts- und Steuertheorie zu sehen.³² Friedrich d. Gr. war Verfechter des französischen Regie-Systems: Der König bzw. die Behörde legte vorweg das Steueraufkommen fest, die Unternehmer hatten zum festen Termin die entsprechende Summe zu zahlen, ob diese nun verdient worden war oder nicht. Dacheroeden, der Spätmerkantilist im Übergang zur liberalen Theorie von Adam Smith (1723–1790), vertrat die Auffassung, dass erst die Unternehmer verdienen müssten, bevor man ihnen die Steuer abverlangen könne. Dacheroedens Modell war das vornehmlich von dem Minister Thomas Freiherr von Fritsch (1700–1775) sowie seinen Mitarbeitern Christian Gottfried Freiherr von Gutschmidt (1721–1798) und Peter Graf Hohenthal (1725–1794) angestoßene sächsische Rétablissement³³, das die ruinierte Wirtschaft in Sachsen nach dem Kriege wieder aufzubauen versuchte. Dacheroeden verfolgt das sächsische System mit großer Aufmerksamkeit; er war Theoretiker und kannte sich in der Fachliteratur aus. Nicht zuletzt der Schwiegervater, der eine maßgebliche Rolle in der sächsischen Ständevertretung spielte, versah ihn mit Informationen aus erster Hand.³⁴

Das preußische Regie-System verlangte pünktliche Steuerzahlung, der Mechanismus eines Gesamthaushaltes war noch unbekannt. Man finanzierte mittels Einzelkassen: der Salzkasse, der Fabriken-Kasse, der Holz-Kasse, der Domänenkasse usw. Vierteljährlich waren die Kasseneinkünfte nach Berlin zu entrichten. Es kam vor, dass Unternehmer zu diesen Zeitpunkten nicht flüssig waren und nicht zahlen konnten, sondern erst später, und dennoch rentabel arbeiteten. Und Dacheroeden nahm Steuergelder aus der einen Kasse, die am Stichtag über dem Soll lag, und verwendete sie dazu, ein Defizit in einer anderen Kasse auszugleichen. Sogleich entstand das Gerücht, vom notorisch misstrauischen König gierig aufgegriffen: Dacheroeden greife für sich persönlich in die Kassen.

Hinzu kam noch die schreckliche Rivalität zu Dacheroedens Vetter, dem Minister vom Hagen, der sein Dienstvorgesetzter war. Vom Hagen, der apodiktisch dachte und rücksichtslos durchgriff, war des Königs Lieblingsminister. Gegen vom Hagen, der sich rühmte, in fachlichen Dingen nie ein Buch lesen zu müs-

32 Die ausführliche Darstellung der hier lediglich skizzierten Ereignisse und Entwicklungen muss einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben.

33 Einführend dazu: Schlechte, Horst (Hrsg.): *Die Staatsreform in Kursachsen 1762-1763. Quellen zum Kursächsischen Rétablissement nach dem Siebenjährigen Kriege*, hrsg. und eingeleitet von dems., Berlin (1958).

34 Die Reformer waren untereinander und mit den Hopffgartens sowie dann auch mit Carl Friedrich von Dacheroeden mehr oder weniger weitläufig verschwägert. Dieser war wegen des Gutes Mittel-Sömmern auch kursächsischer Vasall.

sen, sondern alle Entscheidungen aufgrund natürlicher Kompetenz fällen zu können, kam Dacheroeden, der theoretisch fundiert handelte, nicht an. Gerade war Carl Friedrich von Dacheroeden am 30. Dezember 1770, nachdem er den Kaufpreis für das Anwesen in Minden voll entrichtet hatte, als Eigentümer des Dankelmanschen Hofes eingetragen, da wurde am 31. Dezember 1770 in Berlin der Nachfolger Franz Traugott Friedrich Wilhelm Freiherr von Breitenbauch (1739–1796) ernannt und am 2. Januar 1771 vereidigt. Der Geheime Oberfinanzrat Justus Vollrath Gottlob Müller (1722–1796), der sich gerade in den Westprovinzen aufhielt, bekam den Auftrag, den Amtswechsel zu publizieren. Aber in einer Hinsicht erwies sich das Schicksal als gerecht: Bereits am 6. Februar 1771 starb vom Hagen an der Wassersucht.

5. Die Erziehung der Kinder

Der Hauslehrer Rudolph Zacharias Becker (1752–1822) ist sattsam bekannt. Aber die Kinder wurden von weiteren Hauslehrern unterrichtet. Der höchstwahrscheinlich erste, Johann Christoph Seidler (etwa 1745–1814), dürfte vom Schwiegervater vermittelt worden sein und hat möglicherweise bereits in Minden zunächst als Hofmeister für Ernst Ludwig Wilhelm seine Tätigkeit aufgenommen. Dem von Seidler für beide Kinder aufgestellten Lehrplan³⁵ ist zu entnehmen, dass Seidler jedenfalls vor dem Tode der Mutter Ernestine (1774) angestellt wurde.

Karl Friedrich von Dacheroeden hat offensichtlich die eigene pietistische Erziehung in der Familie und in Kloster Berge bei Magdeburg auf die Kinder übertragen wollen. Der Hauslehrer Seidler griff dieses Ziel ausdrücklich in seinem Lehrplan auf. So galt als Grundsatz: *„Da die Kinder nicht frühzeitig genug mit der Bibel bekannt gemacht werden können: So wird es gut sein, dass der Anfang der Lektionen mit Lesung der Bibel gemachet, und wochenweise mit dem alten und dem neuen Testamente abgewechselt werde ... an dem einen Tag ... aus der deutschen Bibel ... den andern Tag ... in französischer Bibel.“* Am Abend sollte eine Betstunde in deutscher Sprache den Tagesablauf mit einem Kapitel aus der Bibel, einem Lied und einem Abendgebet beschließen. Der Vater widersetzte sich dem Ansinnen des Hauslehrers, den Inhalt des Abendgebetes am folgenden Morgen in französischer Sprache zu wiederholen: *„Nein! Teutsch!“* Beim Got-

35 Archiv Schloss Tegel: *„Entwurf einiger zur gnädigen Beurteilung, Vermehrung und Verbeßerung übergebenen Vorschläge, die Einrichtung der Information oder Lehrstunden betreffend“*. Dem Lehrplan sind Andeutungen zu entnehmen, dass Ernst Aufgewecktheit zeigte, jedoch auch beim Lernen auf seine Gesundheit Rücksicht genommen werden musste. – In dem Lehrplan wird von *„den Eltern“* gesprochen.

tesdienstbesuch war den Kindern aufgetragen, sich einige Hauptgedanken aus der Predigt zu merken und später zu wiederholen.

Der Hauslehrer Seidler intendierte mit einem durchdachten Lehrplan eine solide Allgemeinbildung der Kinder³⁶, die sich auf die Güter der kulturellen Tradition, aber auch auf das für ihre Gesellschaftskreise erforderliche Wissen – unter Einschluss biologisch-physikalischer Erkenntnisse und Kenntnisse über Ackerbau, Landwirtschaft und das Handwerk – sowie auf die zeitgenössischen geistigen Strömungen bezog. Außerdem wurden die Kinder in die zeitgenössische Rokokodichtung insbesondere der Leipzig-Halberstädter Ausprägung eingeführt, nachdem der Vater in der eigenen Schul- bzw. Universitätszeit die Anfänge dieser literarischen Bewegung kennengelernt hatte.

Der Lehrplan, so wie er als Entwurf vorliegt, zeigt eine gründliche Redigierung durch den Vater, der den Unterricht der Kinder offensichtlich bis in die Einzelstunden hinein verfolgte, ohne jedoch dem Hauslehrer das notwendige Maß an Bewegungsfreiheit einzuschränken. Die Kinder wurden gemeinsam unterrichtet, durch Binnendifferenzierung auf den Altersunterschied und auf die geschlechtliche Verschiedenheit der Kinder eingegangen. Der „Junker“ wurde z. B. durch Lateinunterricht und politische Geschichte auf Studium und Verwaltungsbetrieb vorbereitet. Der Präsident legte auf den Erwerb historischer Kenntnisse insbesondere bei Sohn Ernst großen Wert. Die europäischen Regenten waren zu lernen und die Hofkalender zur Kenntnis zu nehmen. Außerdem sollte Ernst geometrische und mathematische Figuren zeichnen, vorzugsweise lateinische, Karoline hingegen französische Vokabeln lernen, dabei von Zeit zu Zeit bei verwandten Vokabeln dem Bruder beim Lernen behilflich sein, also auf die Sprachverwandtschaft hinweisen. Aber auch das Vokabellernen hatte in Grenzen zu geschehen: „Denn“, so der Vater, „das Auswendiglernen verursacht Ekel.“

Der Vater differenzierte zwischen Knaben- und Mädchenerziehung: Das „Fräulein“ sollte durch das Lernen von französischer Konversation gesellschaftliche Tüchtigkeit erwerben. Karoline sollte sich als Lektüre mit dem Magazin der Prinzessin de Beaumont³⁷ beschäftigen, die ein neues, wenngleich begrenztes Wertgefühl der Frau vermittelte. Die notwendige Spezifik von Gegenständen wurde dadurch kompensiert, dass sich die Kinder gegenseitig ihre Lernergebnisse vortrugen und zuhörten. Beim Lernen galt es, wenn möglich, Zwänge

36 In die Erziehung und den Unterricht der Kinder kann im Folgenden nur ein erster Einblick gegeben werden. Zumal auch der noch umfassendere Lehrplan von Zacharias Becker vorliegt, muss eine systematische Untersuchung der Erziehung im Hause Dacheroeden-Humboldt einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben.

37 Gemeint ist: Jeanne-Marie Leprince de Beaumont (1711–1780), Erzieherin bei hochadeligen Familien. Sie verfasste u. a. eine Sammlung moralischer Geschichten sowie eine Version des aus Frankreich stammenden Volksmärchens „Die Schöne und das Biest“.

zu vermeiden, spielerische Formen hingegen, so bei gutem Wetter das Lernen im Freien, das Spaziergehen, zu bevorzugen. Ständige Wiederholungs-, Einprägungs- und Übungsphasen sicherten die erworbenen Erkenntnisse ab, Pausen dienten der geistigen Erholung; Regelmäßigkeit und Konsequenz des Lernens sollten der gefürchteten Überbürdung vorbeugen. Durch Zuhilfenahme von Bildmaterial, vorzugsweise von Lehrwerken mit Kupferstichen, wurde dem Prinzip der Anschaulichkeit entsprochen. Eine wesentliche Lernhilfe bildeten Stoffaufbereitungen in Tabellenform.³⁸

Grundlegend für den Unterricht der Kinder war der ständige Bezug auf Glauben und Religiosität. Nicht zuletzt deshalb verfolgte Carl Friedrich von Dacheroeden, etwa nachweisbar an den Buchanschaffungen zu seiner Bibliothek, die Entwicklungen in der Schullandschaft seiner Zeit mit großer Aufmerksamkeit, weil er Bildung als unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verstand.

³⁸ Auch in früheren Zeiten vor dem Bekanntwerden moderner Theorien wurden wohl durchdachte und durchaus erfolversprechende Schul- und Unterrichtsprinzipien entwickelt.

Alexander von Humboldts hartnäckiges Engagement für Kobaltrohstoffe

VON DAGMAR HÜLSENBERG

Ausgangssituation

Kobalthaltige Rohstoffe wurden schon für die Herstellung blauer Glasuren benötigt, als Nebukadnezar II. um 575 v. Chr. das weltberühmte Ishtar-Tor und die Prozessionsstraße in Babylon errichten ließ. Kobaltoxid (CoO) wird auch heute noch eingesetzt, um u.a. blaue Gläser und Farbpigmente für die Unterglasurdekoration von Porzellan (z.B. das blaue Zwiebelmuster des Meißner Porzellans) zu produzieren.

Während Alexander von Humboldt (1769–1859) als Bergbeamter im Auftrag von Friedrich Wilhelm II. (1744–1797; ab 1786 König von Preußen) in den seit 1791 zu Preußen gehörenden Fürstentümern Ansbach und Bayreuth tätig war, wurde an mehreren Standorten in Europa ein tief kornblumenblaues Glaspulver produziert, das seine Farbe ebenfalls dem Kobaltoxid verdankt, die sogenannte Smalte¹. Sie diente zum Einfärben von Gläsern und Glasuren, aber auch als Weißmacher von Papier und Tuchen sowie als Basis für leuchtend blaue Anstriche. Smalte war begehrt. Man konnte damit viel Geld verdienen.

So verwundert es nicht, wenn der preußische Staatsminister Friedrich Anton Freiherr von Heinitz (1725–1802) den Breslauer Mineralogen Georg Friedrich Kapff (1759–1797) beauftragte, ihm einen Bericht über die Herstellung von Smalte im Blaufarbenwerk Querbach in Schlesien anzufertigen [Kapff 1792, S. VI]. Dazu gehörten auch Aussagen zu den Lagerstätten und der Aufbereitung kobalthaltiger Erze.

Alexander von Humboldt verließ am 29. Juni 1792 [Biermann 1983, S. 91] Berlin, um zunächst eine Inspektionsreise des Staatsministers von Heinitz in den an Preußen gefallenen Fürstentümern vorzubereiten. Er erhielt einen schriftlichen Auftrag für die zu analysierenden Unternehmen. Ein Smalte- oder Blaufarbenwerk war nicht erwähnt. Es gab in dieser Zeit auch nur eines im Fürstentum Bayreuth in Schauberg bei Tettau, das Christoph Samuel Penzel (geb. etwa 1742) gehörte. Es lag aber „kalt“, da Kobaltrohstoffe fehlten bzw. Importe zu teuer waren. Der preußische König hatte aber für dieses Unternehmen bereits Kredite ausgereicht, die bei der aktuellen Situation keine Rendite abwarfen und – so nicht etwas Entscheidendes passierte – nicht zurückgezahlt werden konnten.

Dass Ende Juli 1792 Alexander von Humboldt in seinem großen Befahrungsbericht (vorgelegt in Berlin als Kanzleiabschrift erst am 17. April 1793) relativ

¹ Zu Alexander von Humboldts Zeiten auch Schmalte genannt.

ausführlich [Humboldt 1792, Bl. 276r-280v] über die Herstellung von Smalte im Wagner'schen Blaufarbenwerk in Saalfeld und die verwendeten Kobaltrohstoffe berichtete, fällt deshalb auf. Saalfeld befand sich nicht in den durch Preußen neu erworbenen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth, sondern im Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld, also im – aus damaliger Sicht – Ausland. Humboldt hatte wahrscheinlich vom Staatsminister einen mündlichen Zusatzauftrag zu einer Art „Industriespionage“ erhalten.

Was ist Smalte?

Die Grundbestandteile dieses tief kornblumenblauen Glaspulvers sind Siliziumdioxid (SiO_2) und Kaliumoxid (K_2O) – also ein Kaliumsilikatglas –, denen als färbende Komponente Kobaltoxid zugemischt wird. Bereits etwa 1 % reicht aus, um ein blaues, transparentes Glas zu erzeugen. Im Fall der tief kornblumenblauen Smalte liegt der Anteil etwas höher.

In den früheren Jahren, in denen es sehr schwer möglich war, hochreine Rohstoffe zu erhalten, waren auch – lokal sehr unterschiedlich – noch andere Bestandteile in der Smalte enthalten, die die Schmelzbarkeit und vor allen Dingen die Farbe beeinflussten. Die Ist-Zusammensetzung variierte in relativ breiten Grenzen, so dass selten eine exakte Zusammensetzung der Smalte, die man heute zweifelsfrei analysieren kann, als repräsentativ genannt wird.

Das molare Verhältnis von SiO_2 zu K_2O muss >1 sein, damit die Schmelze beim Abkühlen als Glas erstarrt und nicht kristallisiert. Ist der Anteil an SiO_2 jedoch sehr hoch, lässt sich das Glas schlechter schmelzen, was aufgrund der niedrigen, damals mit Holzfeuerung erreichbaren Schmelztemperaturen von maximal 1300 °C durch die Glashüttenmeister zu beachten war.

Während zur Herstellung von Glaserzeugnissen üblicherweise die Glasschmelze nach Entnahme aus dem Schmelzgefäß geformt (durch Pressen, Blasen, Ziehen) wird, goss man zur Herstellung von Smalte die Schmelze in einen mit Wasser gefüllten Bottich. Durch das Abschrecken entstanden Mikrorisse, was eine anschließende Zermahlung zu Pulver definierter Korngröße erleichterte.

Zur Herstellung von Smalte im Wagner'schen Blaufarbenwerk eingesetzte Kobalterze

Alexander von Humboldt informierte [Humboldt 1792, Bl. 276r-v]², dass alle in Saalfeld verwendeten Kobaltrohstoffe im „Rothberg“ abgebaut werden.

² Bei der Bezeichnung der Texte aus Archiven steht r = recto = Vorderseite und v = verso = Rückseite.

Er nannte „...*theils schwarzer Erd=Kobolt, und zwar beyd[e]r Arten schwarzer [Koboltnulm], und verhärteter schwarzer Erd-Kobolt, theils Glanzkobolt. Koboltblüthe kommt seltener vor...*“³ (Auf die fehlerhafte Kanzleiabschrift des Mineralnamens „Koboltnulm“ und anderer Begriffe aus Humboldts Bericht wird in [Humboldt 2016] an den betreffenden Stellen ausführlich eingegangen.) Man setzte also Erdkobalt, Glanzkobalt und Kobaltblüte ein – alles Rohstoffe mit unterschiedlicher chemischer Zusammensetzung der Mineralphasen.

Der schwarze Glanzkobalt, auch Kobaltglanz genannt, ist ein Kobaltarsenid-sulfid der relativ einfachen chemischen Zusammensetzung CoAsS [Rösler 1987, S. 332]. Er enthält Kobalt, der das Glas blau färbt, zusätzlich aber Arsen und Schwefel, die durch einen Röstprozess (Oxidation) vor dem Einsatz in der Glasschmelze entfernt werden müssen. Andernfalls entstünde während der Schmelze giftiges Arsen- und Schwefeloxid. Außerdem enthält er variierende Verunreinigungen durch das Glas ebenfalls färbende z. B. Eisenverbindungen. Glanzkobalt war also kein sehr gerne eingesetzter Smalte-Rohstoff.

Erdkobalt (ebenfalls schwarz) war dagegen von Haus aus ein oxidischer Rohstoff, musste also nicht geröstet werden. Seine Zusammensetzung ist nicht einheitlich. Er stellt ein Verwitterungsprodukt aus anderen Kobalterzen dar und enthält neben Kobalt auch die ebenfalls ein Glas färbenden Elemente Mangan und Nickel in wechselnden Anteilen; außerdem in deutlichen Mengen Kristallwasser⁴. In Abhängigkeit von den Entstehungsbedingungen konnte sich Erdkobalt als dünne Schicht von Koboltnulm oder als kompaktes, hartes Gestein ablagern, wie es Alexander von Humboldt beschrieb.

Bei der Kobaltblüte handelt es sich um ein rosafarbenes (**Abb. 1**) Kobaltarsenat mit einem erheblichen Anteil an Kristallwasser. Seine chemische Formel lautet $\text{Co}_3[\text{AsO}_4]_2 \cdot 8 \text{H}_2\text{O}$ [Rösler 1987, S. 653].



Aus dieser Aufzählung folgt, dass es sich bei den im Roten Berg („*Rothberg*“) bei Saalfeld

Abbildung 1: Kobaltblüte bzw. Erythrin ($\text{Co}_3[\text{AsO}_4] \cdot 8 \text{H}_2\text{O}$), Fundort: Schneeberg/ Erzgebirge

³ Das Element Kobalt wurde um 1792 auf vielerlei Art geschrieben, wobei auch innerhalb eines Schriftstückes die Schreibweise variierte. Zitate aus Berichten und Briefen sind „kursiv“ hervorgehoben, lateinische Begriffe darin, Namen und Einschübe des Autors nicht.

⁴ In das feste Mineral chemisch eingebundenes Wasser.

abgebauten Kobalterzen um solche handelte, die neben dem gewünschten, blau färbenden Kobaltoxid auch anders (ungewünscht) färbendes Mangan-, Nickel- und Eisenoxid in die Glasschmelze einbrachten. Da man die chemischen Zusammenhänge nicht kannte und damit einzelne Wirkungen nicht verstand, konnte man sich nur auf die jahrelange Erfahrung der Glashüttenmeister verlassen, in welchem Mischungsverhältnis der gerade verfügbaren Rohstoffe tatsächlich blau gefärbte Smalte erzeugt werden konnte. Alles war „streng geheim“.

Heute weiß man, dass – wieder im richtigen Mischungsverhältnis der Rohstoffe – die violette Färbung, hervorgerufen durch Manganoxid, durch die gelblichgrüne Färbung, hervorgerufen durch Eisenoxid, kompensiert wird (Nutzung der Komplementärfarbenentstehung zum Entfärben von Gläsern). Aber darauf soll hier nicht näher eingegangen werden.

Zankapfel: Abbaurechte im Roten Berg

Aus [Humboldt 1959, S. 30] folgt, dass Alexander von Humboldt am 29. Juni 1792, direkt von Berlin kommend, nicht nur das Wagner'sche Blaufarbenwerk, sondern auch die Zeche „Pelikan“ auf dem Roten Berg besucht hatte. Er befindet sich als großflächige Erhebung in einem Dreieck zwischen den Orten Saalfeld, Kaulsdorf und Kamsdorf, alle drei Orte heute zum Freistaat Thüringen gehörend. 1792 war die Situation jedoch komplett anders: Saalfeld gehörte dem Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld, Kaulsdorf schickte sich gerade an, preußisch zu werden, und einen zum Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt gehörenden Einsprengling gab es auch. Die Zeche „Pelikan“ wurde von Saalfeld aus befahren.

Es lag nahe, dass sich die kobaltführenden Erzgänge flächig ausdehnten und damit auch vom Kaulsdorfer Gebiet aus zugänglich sein müssten. Dort existierte eine verfallene Zeche, die zunächst „Kurfürstenzeche“, dann „Getreue Freundschaft-Fundgrube“ und – seit Alexander von Humboldt dort wirksam wurde – „Königs-Zeche“ hieß. Aufgrund ihrer späteren Bedeutung wird sie noch heute auf der Informationstafel am Ortseingang zu Kamsdorf, von Kaulsdorf aus kommend, ausgewiesen (**Abb. 2**).

Aber zunächst waren die Rechte nicht endgültig geklärt – weder, wohin Kaulsdorf besitzrechtlich gehörte, noch wer die Bodenschätze abbauen durfte. Letzteres Recht wird als Bergregal bezeichnet. König Friedrich Wilhelm II. hatte dieses Problem vom ursprünglichen Besitzer der Fürstentümer Ansbach und Bayreuth, Markgraf Karl Alexander von Brandenburg-Ansbach (1736–1806), übernommen.

Alexander von Humboldt äußerte sich zur vorgefundenen Situation in seinem großen Befahrungsbericht für den Staatsminister von Heinitz [Humboldt 1792, zitiert nach Humboldt 1959, S. 97]:



Abbildung 2: Informationstafel am Ortseingang zu Kamsdorf, von Kaulsdorf kommend. Die Position der Königszeche wurde nachträglich gekennzeichnet.

„IV. Eine sehr wichtige Aussicht für hiesigen Bergbau gewährt der bald zu hoffende Besitz der Dorfschaften Kaulsdorf, dem Herrn Kretschmann gehörig Weizendorf Weischwitz Lositz und ½ Arnskreiden

welche als Mansfeldische Lehen an Bayreuth gefallen sind, und über die man nun schon seit 1780 im Streit mit Saalfeld ist, obgleich durch ein Reichs-Hofrats-Conclusum bereits alles zum Vorteil des Königs ausgemacht ist.

Zwar ist gegen das Dekret nochmals ein Vertrag mit Saalfeld gemacht, wodurch zwar die Lehen an Bayreuth fallen, das Bergregal aber nicht exerziert werden solle.

Doch ist die Sache sehr dunkel und scheint jetzt eine sehr günstige Wendung zu nehmen, da der Dr. Kretschmann, Besitzer von Kaulsdorf, sich selbst für einen preußischen Versallen erklären wird.“

Hier folgt im Text durch Alexander von Humboldt eine spätere Ergänzung: „Dies ist jetzt geschehen, auch schon auf Kobalt, Silber und Kupfer beim Nailaer Bergamte für Kaulsdorf gemutet worden. Sept. 1792.“ Und nun weiter im Bericht:

„Zu diesen Dorfschaften gehört ein Teil des Roten Berges, und, wenn auch jetzt der Bergbau dort geflissentlich gestört ist, so sind nach der Versicherung des Bergmeisters Gläser doch die schönsten Anbrüche von Eisenstein und Kobalt dort zu erwarten.

Des Kurfürsten zu Sachsen Durchlaucht haben von dem Besitz ganz abstrahiert, ja selbst alle Archivnachrichten aus Eisleben zu extradieren geruht. Wie wichtig kann dieser Bergbau nicht für hiesige Hammerwerke, und besonders für die Penzelsche Fabrik in Schauberg werden, die bei dem Steiermärkischen und Sayn-Altenkirchischen Kobalt nicht bestehen kann, jetzt kalt liegt und doch einen königl. Vorschuß von 6000 rl.⁵ hat, der ohne jene Aussicht unwiederbringlich verloren ist.“

Durch die in der obigen Ergänzung genannte Erklärung von Dr. Theodor Konrad Kretschmann (1762–1820), dem das Schloss in Kaulsdorf (**Abb. 3**) gehörte, wurden die ohnehin eindeutigen Besitzverhältnisse endgültig zugunsten des preußischen Königs entschieden. An seinen Freund Johann Carl Freiesleben (1774–1846) schrieb Alexander von Humboldt in einem nur noch fragmentarisch erhaltenen Brief: „Der Streit über Kaulsdorf [...] geschlichtet, Saalfeld muß dem Könige ein [...] rothen Berges ½ Stunde von Kammsdorf abtreten, es ist schon auf Kobalt und Fahlerz dort gemutet worden.“ [Humboldt 1973, S. 214] Der von Humboldt oben zitierte „Vertrag mit Saalfeld“ beschied aber – gegen jede Vernunft und geltendes, althergebrachtes Recht –, dass das Bergregal im Roten Berg weiterhin dem Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld auf nun fremdem Territorium zustehe.

Da Alexander von Humboldt aber bei seinem Besuch im Wagner'schen Blaufarbenwerk in Saalfeld sofort die hohe Bedeutung der Kobalterze im Roten Berg für die Smalte-Produktion – auch bei Penzel in Schauberg – erkannt hatte, zögerte er trotzdem nicht, wie oben ebenfalls gesagt, beim Nailaer⁶ Bergamte die Gewinnung der Erze für den preußischen König zu beantragen⁷. Der „Vertrag mit Saalfeld“ und die aktuelle Situation widersprachen sich also.

Auch Laurentius Theodor Sommer (1755–1826), um 1792 Saalfelder Bergverwalter, wusste um die Bedeutung der Kobalterze für die örtliche Smalterherstellung und wollte die Saalfelder Vormachtstellung beim Abbau der notwen-

5 Reichstaler

6 Im Fürstentum Bayreuth existierten drei Bergämter, in Goldkronach, Wunsiedel und Naila.

7 Diesen Vorgang bezeichnete man als „Muthen“ oder „Muten“.



Abbildung 3: Schloss Kaulsdorf im Jahr 2015

digen Kobaltrohstoffe nicht aufgeben. Eine ernsthafte Auseinandersetzung war vorprogrammiert. Wer durfte den Roten Berg von Kaulsdorfer, nun Preußischer Seite aus erschließen? Der erbitterte Streit dauerte fast drei Jahre lang.

Auseinandersetzungen auf allen Ebenen – und Alexander von Humboldt mittendrin

Die Streitigkeiten fanden zwischen den Bergleuten selbst, den Bergämtern und sogar durch direkte Intervention von Minister und König statt. Überall zog Alexander von Humboldt die Fäden. Er war zu diesem Zeitpunkt zwischen 23 und 25 Jahre alt, hatte sich zwar an der Bergakademie in Freiberg das nötige Wissen zu Mineralogie, Geologie und Bergbau, nicht aber im Umgang mit schwierigen Persönlichkeiten, gekoppelt an handfeste ökonomische Interessen, angeeignet. Er musste engagiert intuitiv mit dem Gespür für Empfindlichkeiten und die Auslegung der Gesetze handeln. Humboldts Motivierung bestand in der von der Dienstvorschrift geforderten Durchsetzung der Interessen „seines“ Königs und in seinem persönlichen Rechtsverständnis. Er wurde zum Diplomaten, aber auch zum konsequenten Streiter vor Ort.

Ohne Zweifel besaßen die Saalfelder Bergleute größere Erfahrungen im Bergbau. Sie waren den Kaulsdorfer Bergleuten zahlenmäßig überlegen und besser organisiert. Ihr Ziel bestand einerseits darin, den Abbau selbst durchzuführen. Sollte das nicht gelingen, dann wollten sie andererseits zumindest den Kaulsdorfer Bergbau durch Entwendung der Grubenhölzer und von Ausrüstungen stören. Man muss wissen, dass die oberfränkischen Gruben durch die engen Erzgänge in der Regel pro Schicht nur mit 1, 2, seltener 3 Bergleuten besetzt waren (mehr konnten nebeneinander nicht arbeiten), so dass diese wenigen Personen einem gezielten Angriff sowieso wenig entgegensetzen konnten.

Die Streitigkeiten setzten bereits am 15. August 1792 ein. Der Kaulsdorfer Schichtmeister Sturtz hatte an diesem Tag im Bergamt Naila die zu diesem Zeitpunkt als „Getreue Freundschaft-Fundgrube“ bezeichnete Zeche gemutet, also um Schürfrechte nachgesucht. Sie wurden ihm genehmigt. Es kann nun nur angenommen werden, dass das Bergamt in Saalfeld von diesem Vorgang Kenntnis erhielt und dem Schichtmeister Sturtz das Schürfen wegen der unterschiedlichen Rechtsauffassung untersagte. Jedenfalls hatte er im Januar 1793 noch nicht damit begonnen. Das Bergamt in Naila setzte ihm deshalb – es war Winter – eine Frist bis April 1793, um mit den Arbeiten zu beginnen.

Dem stand aber das Verbot aus Saalfeld entgegen. Sturtz löste das Problem auf seine Weise, indem er auch im Bergamt Saalfeld für die „Getreue Freundschaft-Fundgrube“ mutete [Humboldt 1973, S. 261]. Auf jeden Fall wurde kurz vor Pfingsten 1793 auf dem Schacht gearbeitet. Dass dieses Doppelspiel nicht gutgehen konnte, lag auf der Hand. Zur Rede gestellt, behauptete Sturtz, dass „...*das Saalfelder Bergamt ihm das Aufziehen des Schachtes bei 5 Th. Strafe und gänzlicher ‚demolirung‘ aller Arbeit untersagt*“ habe [Humboldt 1973, S. 261–262].

Da aus Sicht Alexander von Humboldts der Schichtmeister Sturtz in Saalfeld unrechtmäßig gemutet hatte, fiel die auf preußischem Territorium befindliche Grube wieder ins „Bergfreie“. Die Schürfrechte konnten neu vergeben werden. Alexander von Humboldt ordnete, nunmehr als Oberbergmeister [Humboldt-Dachroeden 2015, S. 10], die Wiedergewältigung der Zeche an. Bergkommissar Georg Christoph Knieling vom Bergamt Naila setzte den Bergmann Klett als Steiger ein.

In einem Schreiben an das Ober-Berg-Departement in Bayreuth am 30. Juli 1793 begründete Alexander von Humboldt dieses Vorgehen als rechtmäßig [Humboldt 1973, S. 262]: „...*Die Muthung bei einem fremdherrschaftlichen Bergamte ist ein Criminal-Fall, durch den das König[liche] Bergregal aperte verkannt wird und der, nach gemeinen Bergrechten, noch härtere Folgen, als den Verlust der Zeche und das Bergfreie nach sich zieht.*

Wollte man aber hiebei nicht nach strengem Rechte verfahren, so würde (außer vielen andern Bedenklichkeiten) besonders die eintreten, daß der p. Sturtz

genugsam gezeigt, wie sehr er sich von dem Saalfelder Bergamte leiten lasse und daß es zu bedauern sei, die schönen Anbrüche der Getreuen Freundschaft F[un]dgr[ube] unbenutzt zu lassen, da des Königs Maj[estät] doch wegen des Schauburger Blaufarbenwerks das wichtigste Interesse an der Production eines inländischen Kobelts haben.“

Zunächst musste der ordnungsgemäße Abbau durch Beräumung der verfallenen Stollen und Sicherung des Schachtes vorbereitet werden. Es wurde Grubenholz gekauft. Außerdem hatte eine sachgemäße Kartierung⁸ der Erzgänge zu erfolgen. Der Schacht wurde überrüstet. Bergleute aus Kaulsdorf arbeiteten also vor Ort, aber es wurde noch kein Kobalterz gefördert. Trotzdem eskalierte der Streit um das Bergregal. Am gleichen Tag wie schon den Brief an das Ober-Berg-Departement in Bayreuth richtete deshalb Alexander von Humboldt folgendes Schreiben an den Bergverwalter Sommer in Saalfeld [Humboldt 1973, S. 260]:

„Ich eile Ew. Hochedelgeb[oren] um ein Verfahren zu befragen, von dem so eben hier Anzeige geschieht, welches aber eines Herzogl[ichen] Berg-Amtes zu wenig würdig ist, als daß ich glauben dürfte, es sei mit deßen Billigung, geschweige mit dessen Unterstützung geschehen. Das persönliche Vertrauen, welches ich in Ihren Charakter seze, veranlaßt mich besonders, bevor wir zu anderen rechtlichen Mitteln greifen, diesen Schritt an Sie zu thun, weil es beßer ist, sich offen und frei gegen einander zu erklären, und weil uns beiden, als Vorstehern zweier nahegelegener Bergrefiere, gleichviel an einem freundnachbarlichen Verhältniß gelegen sein muß.

Zwölf oder mehrere Saalfelder Bergleute mit Kiekämmen⁹ bewafnet, sind in der Nacht vom 28ten zum 29ten Jul[ius] in unser Kaulsdorfer Refier eingefallen und haben auf 3 Wagen, das Haspelgevier¹⁰, 6 Stämme Holz, 3 Mandeln Schwarten und 4 Spundbretter weggeführt. Eine solche Gewaltthätigkeit kann hiesiger Seits nur als nächtliche Entwendung angesehen werden und ich muß daher Ew. Hochedelgeb[oren] um schleunige restitution¹¹ des weggeführten königlichen Grubenholzes und um Genugthuung für die dadurch verletzten territorial-Rechte seiner Königl[ichen] Majestaet antragen.“

Um keine Zeit zu verlieren, begab sich Alexander von Humboldt direkt nach Kaulsdorf. Dort fand er am 31. Juli 1793 eine unerwartete Situation vor. Auf der alten Halde der „Getreuen Freundschaft-Fundgrube“ prangte ein neuer Sachsen-Coburg-Saalfelder Freipfahl als Zeichen dafür, dass das Bergamt Saalfeld das Bergregal und damit die Grube für sich beanspruchte. Humboldt riss den Pfahl heraus.

8 Anfertigung von Grubenzeichnungen, auch Risse genannt

9 Kleine Äxte mit Vorrichtung zum Ziehen von Nägeln

10 Technisches Hilfsmittel zum Auf- und Abwickeln beispielsweise von Seilen

11 Rückführung

Am gleichen Tag nahm er nachmittags die durch einen Boten überbrachte Antwort von Bergverwalter Sommer aus Saalfeld entgegen, die leider nicht aufgefunden worden ist. Auf den Inhalt und die darin geäußerten divergierenden Standpunkte kann man nur aus Humboldts Antwort an Sommer vom 3. August 1793 schließen. Darin heißt es u. a. [Humboldt 1973, S. 263]:

„...Ew. Hochedelgeb[ore]n glauben, daß ich von der wahren Lage der Sachen in Hinsicht auf die Koenigs- (ehemals Kurfürsten-) Zeche nicht hinlänglich unterrichtet sei. Sie äußern sich dahin, daß jene Grube auf Veranlaßung des, wie man sagt, König[lich] Preuß[ischen] Herrn Regier[ungs]-Raths Kretschmann in Naila gemuthet worden sei. Aber ohne Veranlaßung des weislichen Koenigl[ich] Preußischen Regierungs-Raths, Herrn Kretschmanns, mußte jene Muthung nur beim Berg-Amt Naila geschehen, den[n] des Koenigs Majestaet sind längst im Besitze der völligen Hoheits-Rechte, und die Kaulsdorfer Bergrefier ist durch einen allerhöchsten Befehl der Höchst: Preiß[lichen] Koenigl[ichen] Regierung dem vorgenannten Berg-Amt förmlich zugeschlagen worden.“

Einen Tag später, am 4. August 1793, informierte Alexander von Humboldt das Ober-Berg-Departement in Bayreuth über den Fortgang der Dinge [Humboldt 1973, S. 267–268]:

„...Ich erfuhr, wie auch aus dem Schreiben des p. Sommer d. d. 31. Jul[ius] [und wahrscheinlich auch aus den mündlichen Informationen des Boten] hervorleuchtet, daß das Herzog[liche] Bergamt zu jenem Ausfall vom Hofe nicht autorisirt war, daß der Magistrat und alle Civilämter diesen Schritt sehr gemisbilligt hätten und daß er eine Folge des unruhigen Charakters des jezigen Berg-actuarii sei. Der p. Sommer schien über den Ernst, mit dem die Sache unserer Seits behandelt wurde, sehr betroffen, versicherte, daß er alles sogleich in Gotha und Coburg anzeigen wolle, aber sehr bäte, die Grube (bis die Antwort erfolge) unbelegt zu lassen ... Diese von ihm [dem Boten] oft wiederholte Bitte glaubte ich ihm nicht gestatten zu können, weil die schnellste Ausübung der König[lichen] Gerechtigkeit hier nothwendig ist, und weil jedes Zaudern eine Ungewißheit in puncto iuris ausdrückt. Ich kündigte daher dem p. Sommer selbst an, daß ich zur Wiederbelegung der Königs-Zeche sogleich Anstatt gemacht hätte ... Die Königs-Zeche ist demnach gegenwärtig mit 4 Mann und zwar in 3 Drittheil, d. h. Tag und Nacht, belegt. Die Nachtschicht war um so nothwendiger, um gegen nächtliche Ausfälle mehr gesichert zu sein und schneller den alten Schacht aufziehen zu können...“

Alexander von Humboldt rechnete demnach mit weiteren Übergriffen. Im gleichen Schreiben bat er deshalb, ggf. direkt beim Herzoglich-Sächsischen Hof Beschwerde einlegen zu dürfen. Wie ernst er die Situation sah, geht aus dem Schluss eines Briefes hervor, den Humboldt – ebenfalls am 4. August 1793 – an seinen Freund Bergrat Dietrich Ludwig Gustav Karsten (1768–1810) nach Ber-

lin schrieb [Humboldt 1973, S. 266]: „... *Ich stehe jetzt in hartem Briefwechsel darüber, habe neue Mannschaft hergeschickt und reite übermorgen herüber, wo es dann wohl zu Rauffereien kommen kann.*“

In den folgenden Tagen gab es keine weiteren Zwischenfälle. Trotzdem war Alexander von Humboldt vorsichtig und ließ in der Nachtschicht Wachen aufstellen. Die Ruhe war auch nur trügerisch. Am 13. August 1793, also 10 Tage nach seinem Brief an Sommer und 9 Tage nach den Informationen an seine Vorgesetzten, erschien der Steiger Otto Magnus Klett mit folgendem Situationsbericht bei Humboldt in Kaulsdorf [Humboldt 1973, S. 272]:

„... daß in der Nacht vom 9ten zum 10ten Aug[ust] die Saalfelder Bergleute bereits Mine gemacht hätten, das königl[iche] Grubenholz abermals wegzuführen, daß sie aber, da die Kaulsdorfer Bauern, durch den Richter aufgeboten, insgesamt Nachtwache bei der Königs-Zeche gehalten, wieder verscheucht worden wären; den 12ten h. m.¹² morgens gegen 9 Uhr habe er, der p.¹³ Klett, 2 Wagen auf den Rothen Berg hinauffahren gesehen, und als er daraus die Verübung neuer Gewaltthätigkeit geschlossen, habe er den Frühschichten auf der Königszeche befohlen, schleunigst das Haspelgeviere und die Schwarzten in die Knie des Schwarzburgischen Hanfstengels F[un]dgr[ube] zu verbergen, er selbst aber sei sogleich nach Kaulsdorf geeilt, um die Bauernschaft aufbieten zu lassen. Ohnerachtet des guten Willens der Bauern, die meist auf der Arbeit waren, und des rühmlichen Eifers, mit dem der Herr Rentsekretär¹⁴ Kretschmann alles beschleunigt, sei jene Hülfe doch zu spät herbeigekommen und als die 14 Mann Kaulsdorfer auf der Halde eintrafen, hatten die Saalfelder Bergleute, an 38 an der Zahl, angeführt von dem Bergverwalter Sommer, die fünf Stämme königl[iches] Grubenholz bereits weggeführt.“

Es war also ein neuerlicher Diebstahl erfolgt. Aus heutiger Sicht mögen 5 Stämme Grubenholz nicht viel sein; dieses qualitativ sehr hochwertige Holz für den Ausbau von Schächten und Stollen war aber damals Mangelware. Die kriminelle Aktion war zudem vom Bergverwalter Sommer aus Saalfeld angeführt worden! Alexander von Humboldt kam sich wie auf einem „Schlachtfeld“ vor. Er schrieb deshalb nach einer ausführlicheren Schilderung der Gesamtsituation am 16. August 1793 an seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den vom König für die Verwaltung der fränkischen Fürstentümer eingesetzten Minister Carl August Freiherr von Hardenberg (1750–1822) [Humboldt 1973, S. 273]:

„... Ob der p. Sommer zu diesem zweiten Vorfall autorisirt war, weis ich nicht. Vielmehr erhielt ich Tages darauf ein Schreiben von ihm, worinn er erklärt, ,er

12 des Monats

13 Person bzw. Herr

14 Sekretär in der Renthey bzw. Rechnungshof

sei gemeint, auf Befehl seines Hofes, das weggefahrenre König[liche] Grubenholz zu restituiren, falls ich rechtskräftig verspräche, die Grube so lange unbelegt zu lassen, bis die Antwort von Sr. König[lichen] Majestät v[on] Preußen, an den man im Begriff stehe, sich immediate zu wenden, erfolgte.‘ ...“

Hier wird deutlich, dass sich Sommer völlig im Recht sah und sich letztlich auf die Festlegungen im „Vertrag mit Saalfeld“ bezog. Er wollte sich sogar (beschwerdeführend?) an Friedrich Wilhelm II. wenden und hoffte letztlich, dass dieser auf die Bergregale verzichte. Alexander von Humboldt vertrat den entgegengesetzten Standpunkt und fuhr in seinem Brief an Hardenberg fort:

„Nicht bloß alle Erwartungen, die der Regier[ungs-]Rath Kretschmann von dem Kaulsdorfer Bergbau bei mir erregt, sind eingetroffen – sondern ich kann Ew. Excellenz versichern, daß ich nicht leicht ein schöneres, höflicheres, hoffnungsvolleres Refier gesehen. Unendlich schmerzen würde es mich daher, [...] wenn wir den Bergbau dasiger Gegend, an dem das Recht so unbestritten ist, einbüßen sollten. [...] Um nicht abermals lächerlich zu werden, da 40 Kaulsdorfer Bauern sich nicht gegen 80 Saalfelder Bergleute vertheidigen können, lasse ich den Schacht für jetzt unbelegt, bitte aber Ew. Excellenz recht dringend um recht baldige gnädige resolution¹⁵,

ob sie vielleicht des Königs Majestät auf die Sache vorbereiten wollen oder ob zu hoffen ist, unsere Grenze mit 20 Mann Soldaten (mehr bedarf es wirklich nicht!) zu schützen, oder

ob ich, ohne Kosten zu scheuen, mich mit gemietheten Bauern und Schwarzburger Bergleuten zur Wehr setzen soll.

Der letzte Vorschlag ist gewiß der unwekmäßigste, denn er giebt zu Raufereien Anlaß, die ich so gern verhüte.“

Alexander von Humboldt gab also erst einmal klein bei, weil er das Kräfteverhältnis real einschätzte. Auch war ja das Grubenholz gestohlen worden, so dass der Schacht nicht weiter absichert werden konnte. Wir erfahren abermals, dass am Roten Berg auch Bergleute in einer Grube (Hanfstengels Fundgrube) tätig waren, die zum Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt gehörte, und die anscheinend bereit waren, für die preußische Seite Partei zu ergreifen. Weiterhin stellte sich Humboldt vor, dass er gemietete Bauern gegen Bergleute aus Saalfeld befehligen könne, wobei er diese Idee gleich wieder verwarf. Es blieb aus seiner Sicht nur, dass der König Soldaten schickt. Darauf müsse dieser vorbereitet werden.

Hardenberg informierte den König. Welche Informationen er tatsächlich weitergeleitet hatte und welche eigenen Vorschläge zur Lösung des Problems er Friedrich Wilhelm II. unterbreitete, ist nicht bekannt.

¹⁵ Entscheidung

In der Zwischenzeit kümmerte sich Alexander von Humboldt wieder um neues Grubenholz. Der König schickte keine Soldaten, sondern statt dessen eine Beschwerde an die Herzöge von Coburg und Gotha, die ihrerseits von Sommer einen Rechenschaftsbericht anforderten, der am 13. September vorlag. Zum Fortgang der Dinge kann man aus [Humboldt 1973, S. 276] entnehmen: „*Hierauf verfügte die Landesregierung am 25. September, daß in Ansehung besagter ChurfürstENZECHEN [also die alte sächsische Bezeichnung] bis auf weitere Anordnung alles in „statu quo“ zu belassen sei.*“ Bergverwalter Sommer hatte sich also in ein für ihn günstiges Licht gesetzt, so dass die Landesregierung seinen Standpunkt teilte.

Aber „*Am 1. Oktober 1793 ging beim Bergverwalter Sommer ein persönlich gehaltenes Schreiben Humboldts ein, daß er auf den Vorschlag, die Zeche bis zur Klärung der Streitigkeit ruhen zu lassen, nicht eingehen könne, da er von Berlin die Anweisung habe, die Zeche zu belegen.*“ [Humboldt 1973, S. 276] Es war also nichts endgültig geklärt, und man befürchtete in Kaulsdorf zunächst weitere Übergriffe durch Saalfelder Bergleute. Die Situation hatte sich aber, ohne dass Gründe in den Nachlässen belegt sind, in der Folgezeit beruhigt. Das ging aus einem neuerlichen Brief Alexander von Humboldts an Carl Freiesleben am 2. Dezember 1793 hervor, in dem er unter anderem schrieb [Humboldt 1973, S. 292]:

„*Wir sind jetzt im ruhigen Besitz von Kaulsdorf und haben prächtige Fahlerze und Kobelte dort. Ich habe auf der Königszeche einen Richtschacht abgeteuft und die Zimmerung gesetzt, der mich unendlich freut.*“

Es gab aber Probleme anderer Art, die ebenfalls zu entscheiden waren. Alexander von Humboldt berichtete darüber am 7. Dezember 1793 an das Ober-Berg-Departement in Bayreuth [Humboldt 1973, S. 293–294]:

„*Während der Territorialstreitigkeiten mit den Herzog[ich] Sächsischen Häusern über den Besitz von Kaulsdorf, wurde es mit Recht für gefährlich gehalten, das neuerrungene Feld unbekanntem Gewerkschaften¹⁶ zu überlassen. Die unangenehmen Vorfälle mit dem Schichtmeister Sturz und seinen Saalfelder Mitgewerken verdoppelten die Vorsicht des Bergamts Naila. Gegenwärtig, da günstigere Verhältnisse eintreten, da die Erz- und Kobeltförderung auf der Königszeche schwunghaft zu werden anfängt, wacht von neuem die Lust der Gewerken in der Nachbarschaft auf, und es entsteht die Frage, ob das Feld für geschlossen zu achten sei, oder nicht.*“

Es war also durchaus bekannt, dass der Rote Berg abbauwürdige Kobalterze enthielt. Deswegen schlossen sich Bergleute und/oder spezielle Handwerker

16 Zusammenschluss mehrerer Gewerke bzw. Gruppen von Bergleuten und Handwerkern mit dem Ziel, eine Grube auszubeten

zu Gewerken zusammen, um beim zuständigen Bergamt, hier Naila, Anträge zur Erschließung einer Zeche und Gewinnung der Erze zu stellen. Ganz speziell ging es um das Ansinnen des kursächsischen Steigers Preiß, eine Verbindung zwischen den Stollen, die von Saalfelder und von Kaulsdorfer Seite aus in den Roten Berg getrieben waren oder noch werden sollten, herzustellen. Das wäre aus Sicht des Abbaus von Vorteil, enthielt aber auch unkalkulierbare Risiken. Es war unter damaligen Bedingungen kaum nachzuprüfen, ob beispielsweise ein Saalfelder Bergmann gerade Erze unter sächsischem oder unter preußischem Territorium abbaute. Alexander von Humboldt war somit der Meinung, dass dazu keine Genehmigung erteilt werden solle, um nicht wieder rechtlich undurchsichtige Situationen entstehen zu lassen.

Dass die Situation am Roten Berg generell recht unruhig und der Hunger nach Kobalterzen groß war, geht aber auch daraus hervor, dass sich die Schwarzburger Bergleute gar nicht so loyal verhielten, wie man aus den zuvor zitierten Briefen schließen könnte. Aus anderen Gründen, aber auch aus diesem, wandte sich Alexander von Humboldt am 20. Dezember 1793 direkt an den König Friedrich Wilhelm II. Zum Problem mit den Schwarzburger Bergleuten führte er aus [Humboldt 1973, S. 302]:

„Da ich beobachtet, daß die angrenzenden Schwarzburger Bergleute noch in unserem Felde waren, so ist am 18ten Generalbefahrung mit dem Fürst[ich-] Köhnitzischen Berg-Amte gehalten und jene glücklich vertrieben worden. Dazu habe ich einen geschikten Sächsischen Berkakademist Haupt zum Schichtmeister verpflichten lassen und werde auch in der Folge durch fleißige Befahrungen gewiß nichts versäumen, was zur Aufnahme dieses wichtigen Zuwachses der Nailaer Berg-Amtsrefjer nur einigermaaßen beitragen kann.“

Alexander von Humboldt kannte Johann Friedrich Haupt wahrscheinlich noch aus seiner Studentenzeit an der Freiburger Bergakademie, wo er beinahe täglich selbst in Gruben einfuhr. Auch in Kaulsdorf wollte er so oft wie möglich präsent sein.

Im Brief an den König ging es aber vor allen Dingen um Geld. Das, was er bisher von der Bergbauhilfskasse¹⁷ erhalten habe, sei *„bloß zur Behauptung des Bergregals verwandt worden“* und nicht zur Wiedergewältigung¹⁸ der Königszeche. Die Übernahme dieser Kosten sei noch offen. Weiterhin informierte Humboldt, dass sich das Grubenholz immer noch in Saalfelder Besitz befände, und fragte den König, ob die Rückforderung *„durch ein Hochpreiß[liches] Geh[eimes] Landesdirector[ium] geschehen werde?“*

17 Gemeinnütziger Fonds in einem Bergbaugebiet, in den gewinnbringende Zechen Abgaben einzahlen und aus dem verlustbringende Zechen (auch im Aufschluss befindliche) und Bedürftige Unterstützung erhalten

18 Verfallene Grubenbaue wieder für den Abbau vorbereiten

Die Antwort auf Humboldts Brief erfolgte am 30. Dezember 1793 durch Minister von Hardenberg [Humboldt 1973, S. 305]:

„Alles, was dazu dienen kann, seine lobenswürdigen Bemühungen, dieses bisher nur auf den Raub gebaute Werk in schwunghaften Betrieb zu setzen, zu unterstützen, wird man gern beitragen und den erforderlichen Aufwand nach seinem Vorschlage bewilligen.“

In der Zwischenzeit hatte auch das Fürstlich-Sächsische Ministerium das Schreiben des preußischen Königs beantwortet und wohl dessen Rechte anerkannt. Das kann man daraus folgern, dass Hardenberg im Brief vom 30. Dezember 1793 gleichzeitig seinen Oberbergmeister beauftragte, unter Bezug auf dieses sächsische Schreiben die endgültige Rückgabe des Grubenholzes vom Bergverwalter Sommer zu fordern. Damit schien alles geklärt zu sein.

Dem war aber nicht so, denn Sommer dachte nach wie vor nicht an die Rückgabe des wertvollen Grubenholzes. Alexander von Humboldt hatte auftragsgemäß am 18. Januar 1794 an Sommer geschrieben. Aus dessen Antwort vom 23. Januar 1794 ging hervor [Humboldt 1973, S. 317]:

„Er wolle jedoch diesem Verlangen nicht eher nachkommen, als bis er anderweitige höchste Befehle erhalten habe. Daß ‚Serenissimus‘ [wohl Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Saalfeld] sein Verhalten zur Besitznahme der ‚KurfürstENZECH‘ mißbilligt habe, sei ihm noch nicht bekannt.“

Sommer kannte also weder die neuen Besitzverhältnisse (nach wie vor verwandte er den Begriff „KurfürstENZECH“, bezogen auf den sächsischen Kurfürsten) noch den Übergang des Bergregals auf den König von Preußen an. Neben den Aktivitäten Alexander von Humboldts zur Sicherung der preußischen Bergregale ist somit der „Privatkrieg“ von Laurentius Theodor Sommer gegen den preußischen König bemerkenswert. Dem preußischen Oberbergmeister Humboldt blieb nichts weiter übrig, als sich am 29. Januar 1794 wieder an den König zu wenden [Humboldt 1973, S. 318]:

„Es scheint mir mehr als zu deutlich, daß die Herzogl[ich-]Sächs[ischen] Höfe sich begnügt haben, das Verfahren des Saalfelder Berg-Amtes bei Ew. Kön[iglichen] Maj[estät] Kabinetts-Ministerium zu entschuldigen, ohne den B[erg] Verwalter Sommer irgend eine legale Weisung darüber zu geben. [...] Dagegen stelle ich es Ew. Kön[iglichen] Maj[estät] Allerhöchstem Ermessen allerunterthänigst anheim,

ob Allerhöchst-Dieselben nicht unmittelbar bei dem Herzogl[ich] Koburger Geheimen-Raths-Collegio darauf dringen wollen, daß dem B[erg-]Verwalter Sommer die retradition¹⁹ des weggeführten Grubenholzes befohlen werde.

19 Rückgabe

Jede Acquiescenz²⁰ in dieser Sache könnte der ruhigen Ausübung des übrigen Bergregals sehr gefährlich werden.“

Alexander von Humboldt wollte also bezüglich des gestohlenen Grubenholzes keinen Präzedenzfall riskieren. Die Antwort des Königs ist bisher nicht gefunden worden, auch keine Information darüber, ob die Grubenhölzer rückgeführt wurden. Humboldt äußerte sich in seinen folgenden Briefen nicht mehr dazu. Wahrscheinlich war der Vorgang geklärt. Mitte Februar 1794 informierte er Carl Freiesleben lediglich zu dem, was ihn viel mehr interessierte, nämlich die bergbauliche Seite [Humboldt 1973, S. 321]:

„Das Gebirge ist über alle meine Erwartung schön, und wir haben jetzt seit dem Monath Jan[uar] die herrlichsten Anbrüche²¹, nicht bloß von Eisenstein, sondern auch von Kupfererzen, Kobelt, Fahlerz, Zinn, und Golderzen.“

Vom 26. Februar bis 13. März 1794 hielt sich Alexander von Humboldt nochmals in Kaulsdorf auf, um den Fortschritt des neuerlichen Grubenaufschlusses anzuleiten. Wahrscheinlich legte er auch selbst Hand an. Vom Mai bis Oktober 1794 befand sich Humboldt nicht in Franken, und man hat den Eindruck, dass in dieser Zeit nur wenig auf der Königs-Zeche passierte. Ein nächstes Schreiben an das Ober-Berg-Departement in Bayreuth, verfasst noch in Altenstein, in dem sich Humboldt zur Königszeche äußerte, ist erst vom 20. September 1794 bekannt. Darin ging es um den Entwurf eines Ökonomieplans für die Königszeche und um die Bevorratung der Kobalt-Erze für das Smalte-Werk in Schauberg, das jetzt dem Sohn von Christoph Samuel Penzel, dem Johann Theodor Friedrich Pensel²², gehörte [Humboldt 1973, S.355]:

„[...] so ist der Bestand der Kobelte bisher auch nur circa 9 Ct. = 45 Th.: Ich habe, da dieselben für die Schauburger Hütte aufbewahrt werden, die Erz-Einnahme daher ganz weggelassen. Die Grube ist bei weitem noch zu wenig erlängt²³, alles noch zu wenig aufgeschlossen, um einen nur ohngefähren Ueberschlag zu machen.“

Sobald sich Alexander von Humboldt ab Oktober 1794 wieder in Oberfranken befand, machte die Wiedergewältigung der Königs-Zeche deutliche Fortschritte. Am 15. Dezember 1794 wandte sich Alexander von Humboldt nochmals zum Abbau von Kobalterzen direkt an den König Friedrich Wilhelm II. [Humboldt 1973, S. 387]:

„Als ich Allerhöchstdieselben um den allerdreichst bewilligten Vorschuß anflehte, konnte ich mich selbst kaum einer so schnellen Erwartung meiner Hof-

20 Schweigen im Rechtsverkehr

21 Durch Entfernen von taubem Gestein freigelegter, aber noch nicht abgebauter Erzgang

22 Mit „s“ geschrieben

23 Einen Stollen auffahren

nungen schmeicheln. Das tiefe Feldort²⁴ ist unablässig belegt geblieben, und auch mit ihm ist der reiche Anbruch von Fahlerz und Kobelten gemacht. [...] Ueberhaupt sind bereits an 17 Tonnen Silbererze und Kobelte zu 1-1½ Ct. gefördert, die unverpackt unberechnet.“

Ende des Jahres, wahrscheinlich Ende Dezember 1794, legte Alexander von Humboldt einen ausführlichen Bericht generell zur Situation des Bergbaus in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth vor, in dem sich auch Aussagen zur Kobaltgewinnung befinden. Seine Originalschrift zählte wahrscheinlich etwa 100 Seiten; die noch vorliegende, eng auf der Vorder- und Rückseite beschriebene, die komplette Seite nutzende Kanzleikopie umfasst 30 Blätter. Die Eigentümlichkeit dieser Kopie besteht darin, dass sie Alexander von Humboldt handschriftlich 1795 im Text, 1796 mit durch kleine Buchstaben gekennzeichneten Einschüben auf extra Zetteln und 1797 nochmals mit durchnummerierten Ergänzungen, ebenfalls auf gesonderten Zetteln, auf Anweisung des Ministers von Hardenberg aktualisiert hatte. Das geht aus einem in französischer Sprache abgefassten Brief Humboldts an Hardenberg (**Abb. 4**) hervor, in dem er sich – natürlich diplomatisch ausgedrückt – über die abermalige Aktualisierungsanweisung im Jahr 1797 beschwerte [Humboldt 1797].

Im Dezember 1794 schrieb Humboldt zum mittlerweile auf der Königszeche bei Kaulsdorf im Roten Berg erreichten Stand [Humboldt 1794d, Bl. 20v]:

„Der Kaulsdorfer Bergbau ist vielversprechend, aber erst neu erungen und durch die abentheuerlichen Ausfälle der Saalfelder Bergbeamten mannichfach gestöhrt worden. Des Königs Majestät sind dermalen Mitbesitzer des rothen Bergs geworden und werden alle die Vortheile des Kobelt- und Silberbergbaus genießen, deren das Churhauß Sachßen und die Herzoglichen Häußer sich längst erfreuen.

Die Königszeche ist unter sonderbaren Verhältnißen noch im Jahr 94 an 28. L[achte]r tief glücklich gewältigt worden und die schönen Anbrüche von Kobelt und Fahlerz, die sich sogleich gezeigt, gaben reichen Ersatz für die vielen Hinderniße, mit denen bisher zu kämpfen war^a.“

Der Verweis „q“ am Ende des Zitats führt zur handschriftlich durch Alexander von Humboldt im Jahr 1796 auf einem extra Zettel eingefügten Aktualisierung, die in der Archivakte auf der Folgeseite eingefaltet ist [Humboldt 1794d, Bl. 21r]:

„Im Herbst 95 wurde hier der reichste Anbruch an Kobelt und Silbererz gemacht, den die Geschichte des Bergbaus im Oberlande Erwähnung thut. Eine Mittl²⁵

24 Eine auf den Erzgang horizontal aufgefahrene Strecke für weitere Erkundungen

25 Erzgang

V. E. m' a ordonné de corriger pour la troisième
fois le Mémoire ci-joint. Je viens de le
faire avec toute l'exactitude possible. Comme
d'après sa nature il ne doit entrer dans
aucun détail, les corrections ne ~~peuvent~~ ^{peuvent} joint
être trop fréquentes. Il suffisait de changer
les nombres. Je n' ai joint fait copier le
tout, parce que V. E. m' avait ordonné de
contaire. J'ai que agrées les additions de
la vire reconnaissance avec lesquels je ne cessai
d' être
De V. E.

24 Febr. 77.
Daguerre

Le très dévoué serviteur
Humboldt

Abbildung 4: Brief Alexander von Humboldts an Carl August von Hardenberg am 24. Februar 1797, Quelle: Berlin, GStA PK, II. HA, GD, Abt. 36, Fränk. Dpt. VII, 34a, Bl. 1r

^{5/4} L[achte]r hoch u[nd] kaum 4 L[achte]r lang schüttete für 13–1400 F²⁶ Erz in wenigen Wochen. Die Grube ist dadurch in Verbau²⁷ getreten u[nd] wenn das Projekt, einige Schwarzburg-Gruben mit der Königszeche zu verbinden ausgeführt wird, so kann diese jährlich für 4–5000 F Kobelte liefern.“

Damit konnte Alexander von Humboldt die Mission, Kobalterze für das Blaufarbenwerk in Schauberg aus eigenem Aufkommen bereitzustellen, erfüllen. Das war ein großer Erfolg dank seiner Hartnäckigkeit, Diplomatie und Konsequenz. Wir erfahren nun auch, dass er zwar nicht mit den Saalfelder, so doch mit den Schwarzburger Bergleuten das Vorkommen gemeinsam ausbeuten wollte.

Abbauwürdige Kobalterze im Wunsiedler Revier?

So erfolgreich Humboldts Bemühungen um die Kobalterze aus dem Roten Berg auch ausgingen – anfänglich sah das nicht so aus. Deshalb setzte Alexander von Humboldt, der kein Risiko eingehen wollte, im Jahr 1793 auf ein zweites Pferd: Sein damaliger Bayreuther unmittelbarer Vorgesetzter Otto Heinrich Torner (1748–1814) hatte ihn informiert, dass im Sorger bei Wunsiedel Kobalterze vorhanden wären. Erste durch ihn angeordnete Versuche, unter Zugabe dieses Erzes zur Schmelze blaues Glas herzustellen, seien erfolgreich verlaufen. Diesem Hinweis ging Humboldt parallel zu seinen Aktivitäten in Kaulsdorf nach. Wunsiedel mit eigenem Bergamt lag ebenfalls im Fürstentum Bayreuth.

Alexander von Humboldt ordnete noch 1793 Schürfarbeiten an, wobei ihm sofort klar wurde, dass das Vorkommen weniger ergiebig als das am Roten Berg bei Kaulsdorf war. Da sich aber die Kobaltfunde sicher auf preußischem Gebiet befanden, lohnte sich aus seiner Sicht der Aufwand.

Bei Beginn der Arbeiten war aber noch nicht ersichtlich, welche Unannehmlichkeiten das im Sorger auf engstem Raum gleichzeitige Auftreten von kobalthaltigen Mineralen und Braunstein (Mangandioxid MnO₂) bereiten würde, da sich die Erze für Ungeübte optisch nicht gut unterscheiden ließen. Braunstein – allein einer Glasschmelze in geringen Mengen beigefügt – färbt diese violett. Man strebte aber die durch reines Kobaltoxid hervorgerufene blaue Farbe an, um das pulverisierte Glas als Smalte verkaufen zu können.

Die erste schriftliche Äußerung Alexander von Humboldts zum Schürfergebnis datiert vom 20. Dezember 1793. An das Ober-Berg-Departement in Bayreuth berichtete er [Humboldt 1793, Bl. 3r]: „[...] man fand wieder viel Kobeltgeschiebe²⁸, aber nirgends etwas Anstehendes²⁹. Erstere so häufig, daß man

26 Gulden

27 Zeitpunkt, ab dem die Grube Gewinn abwirft

28 Lose Gesteinsbrocken

29 Fester, in das umgebende Gestein eingebundener Erzgang

4 Ct. davon sammelte.“ Und weiter auf Bl. 3v: „*Die Hofnung, die Mittel³⁰ anstehend zu finden, ist indeß noch gar nicht aufgegeben.*“ Es war demnach möglich, kobalthaltige Gesteinsbrocken aufzulesen – einen richtigen Erzgang fand man bisher nicht. Aber irgendwoher mussten ja die Brocken kommen – sagte sich Humboldt. Er schrieb weiter, dass er im nächsten Frühjahr deshalb einen „[...] *Schurf³¹ nach Art einer aufgedekten Rösche³², werfen lassen [will].*“

Diese Absicht bekräftigte Alexander von Humboldt nochmals am 29. März 1794, wieder in einem Schreiben an das Ober-Berg-Departement in Bayreuth [Humboldt 1794a, Bl. 6r]: „*Die so früh eintreffende günstige Witterung begünstigt die schon längst beschlossene Fortsetzung der Schürf=Arbeit auf Kobelt ungemain, und es ist demnach kein Anstand, daß Ein Königliches Bergamt nicht mit nächster Woche sogleich damit von neuen anfange.*“ Da er sich aber des Ergebnisses nicht sicher war, formulierte er sehr vorsichtig: „[...] *wo die Kobelt Erzte würcklich als Gang Nr. 6., 2. gegen Mitternacht³³ fallend, anzustehen scheinen.*“

Den Auftrag für die Schürfarbeiten erhielt Vize-Bergmeister Johann Christoph Schubert. Er setzte 6 Bergleute zum Aufdecken eventueller Erzgänge durch Röschen ein [Humboldt 1794a, Bl. 6v]:

„*zwey auf einen Röschen längs der Chaussee St[unde] 12.-1.³⁴ gegen Mitternacht. Man durchschneidet dadurch alle St[unde] 6. streichenden Lager. Das Unterkriechen möchte kaum erforderlich und Aufdecken möglicher seyn.*

zwey auf eine ähnliche Röschen in dem paralelen Thale gegen Abend, wo sich ebenfalls Kobeltgeschiebe zeigen.

zwey auf den Punct, wo die Kobelte anstehen, zur Abteufung eines Schachts. Der Schacht muß als Richtschacht³⁵ vorgeschlagen werden.“

Dass bereits zwei Bergleute zum Abteufen eines Richtschachtes vorgesehen waren, zeigt, dass Humboldt doch recht optimistisch war, einen Erzgang mittels der Röschen zu überqueren. Das Auffahren von Stollen käme deutlich teurer.

Leider erfüllte sich Humboldts Hoffnung auf das Überfahren von kobalthaltigen Erzgängen nicht. Nach wie vor fand man nur Geschiebe, dessen Zusammensetzung stark wechselte. Eine visuelle Separation von Kobalterzen und Braunstein war für die in dieser Aufgabe ungeübten Bergleute im Sorger schwer möglich.

30 Auch Mittl, siehe Fußnote 24

31 Substantiv zu „schürfen“

32 Graben zur Wasserführung, von Humboldt allgemein für „Graben“ verwendet

33 Bergmännisch: Norden

34 Bergmännisch: Angabe der genauen Richtung des Verlaufs von Erzgängen, Stollen und Gräben durch Bezeichnungen analog dem Ziffernblatt

35 Senkrecht von der Oberfläche nach unten auf die Erzgänge führender Schacht

Da, wie schon erwähnt, das Blaufarbenwerk in Schauberg zum entsprechenden Zeitpunkt nicht produzierte, konnte man im Fürstentum Bayreuth nicht testen, ob sich die Geschiebe – nach entsprechender Aufbereitung – für die Herstellung von Smalte eigneten. Vize-Bergmeister Schubert schickte deshalb das Material in Glasbetriebe nach Böhmen [Schubert 1794a, Bl. 11r]. Der Test schien nicht gut ausgefallen zu sein, denn er berichtete am 11. Juni 1794 etwas ironisch an Alexander von Humboldt [Schubert 1794b, Bl. 6r]: „*Was man inzwischen von unseren Kobolt haelt, besaget die Original-Anlage [...]*“. Weiterhin beklagte sich Schubert über stockende Bezahlungen der Auslagen für das Schürfen durch die Bergbauhilfskasse und dass er nicht nur als Schichtmeister, sondern auch als Berggeschworener tätig sein müsse.

Schon drei Tage später, am 14. Juni 1794, antwortete Alexander von Humboldt. Dem Bergamt Wunsiedel setzte er auseinander, wie die Schürfkosten abzurechnen seien. Bei Schubert entschuldigte er sich, dass er wegen einer anderen dienstlichen Verpflichtung den als Basis für eine Kostenerstattung notwendigen, mit ihm gemeinsam ausgearbeiteten Etatvorschlag nicht an das Bergamt in Wunsiedel weitergereicht hatte und dass Schubert natürlich nicht zwei Aufgaben gleichzeitig erfüllen müsse. Weiterhin erkannte Humboldt richtig, warum die in Böhmen geschmolzenen Proben kein blaues Glas ergeben hatten [Humboldt 1794b, Bl. 2r]: „*Die ungünstige Nachricht des p. Pohl, dessen Brief d[e] d[ato] 3 h[uius] m[ensis]*³⁶ *zurückerfolgt, darf uns in der Schurf Arbeit (welche schwunghaft zu continuieren*³⁷) *nicht abschrecken, da aus Zufall mehr Braunstein als Kobelt Stoffen*³⁸ *ingesandt sein mögen.*“

Der am 3. Juni 1794 von einem Glashüttenmeister Pohl aus Böhmen erstattete Bericht wurde also von Humboldt an Schubert zurückgeschickt. Er liegt den Archivakten leider nicht bei.

Die obige handschriftliche Aussage Alexander von Humboldts zur Erklärung des negativen Testergebnisses befindet sich auf **Abb. 5** unten als vorletzter Satz. Er wird deshalb hier im Original gezeigt, da Humboldt auch in der Folgezeit damit zu kämpfen hatte, dass nicht ordnungsgemäß getrennte Proben zu Testzwecken versandt wurden. Er kannte die Problematik, konnte aber nicht verhindern, dass aus Unkenntnis der Minerale falsche Proben verschickt wurden.

So geschah es auch bei den nächsten Stufen, die an das Ober-Berg-Departement zu senden seien, damit dieses neue Einschmelzversuche (nicht wieder in Böhmen) veranlassen könne. Aus nachfolgenden Briefen ist zu entnehmen, dass die Tests im Labor der Königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin erfolgten.

36 Brief vom 3. dieses Monats, also vom 3. Juni 1794

37 Fortführen

38 Mineralstufe, Erzbrocken

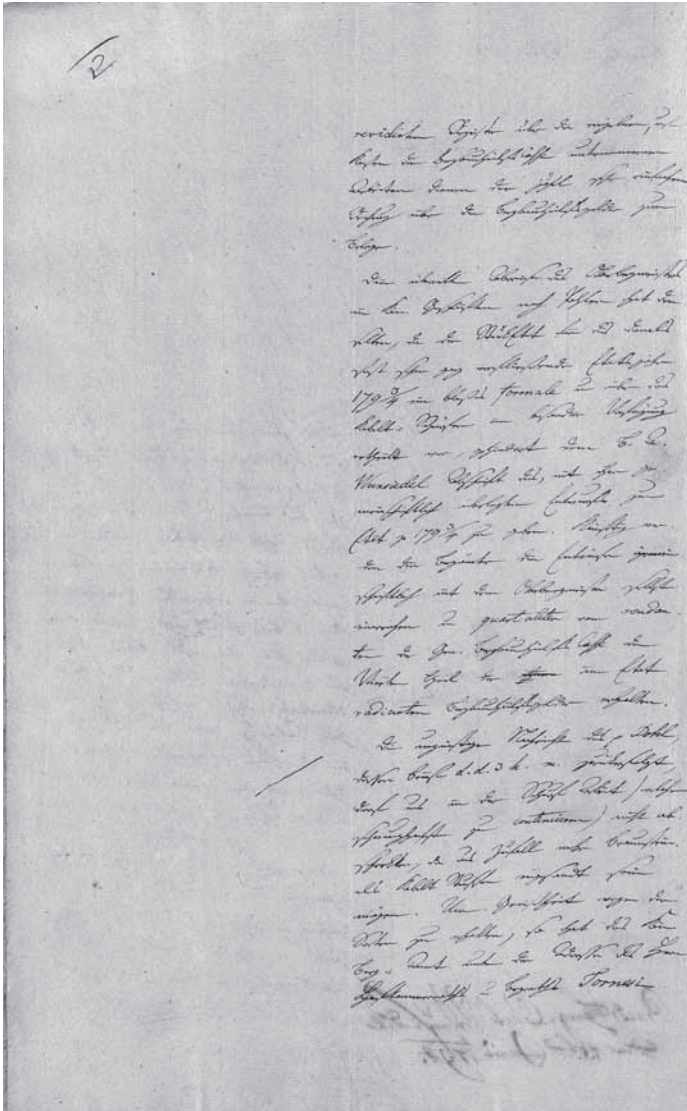


Abbildung 5: Brief Alexander von Humboldts über das Schürfen auf Kobalt am 14. Juni 1794, Quelle: Bamberg, StABA, Neuverzeichnis, Bayreuth, Nr. 15675, Bl. 2r

Dort hatte sich Alexander von Humboldt im Juni 1792 zwei Wochen lang [Biermann 1983, S. 91] Kenntnisse zur Porzellanherstellung angeeignet. Er wusste also über die Leistungsfähigkeit der Einrichtung bei der Herstellung farbiger Glasuren Bescheid.

Das Ergebnis war deprimierend. Die Schmelzversuche ergaben ein violettes Glas. Man hatte also wieder nicht Kobalterze, sondern Braunsteinproben nach Berlin geliefert. Da auch die Schürfarbeiten auf einen kobalthaltigen Erzgang nicht erfolgversprechend verliefen, schrieb ein enttäuschter Alexander von Humboldt am 22. Oktober 1794 an das Ober-Berg-Departement [Humboldt 1794c, Bl. 39r]:

„Ich habe die Ehre gehabt, Einem Hochlöblichen K[öniglichen] O[ber] B[erg] Dep[artement] bereits mehrmals mündlich und schriftlich den elenden Fortgang unserer Schürfen auf Kobelt bei Wunsiedel gehorsamst anzuzeigen. Das völlige Auskeilen des Ganges hat uns endlich veranlaßt die Grube u[nd] Röschen einzustellen, um so mehr da aus allen zu Berlin angefertigten Proben sich ergeben, daß das letzterzielte Fossil³⁹ reiner Braunstein war. Zwar bin ich überzeugt, daß anfangs etwas Kobelt mit dem Braunstein zusammen brach, dennoch aber ist die Natur der Lagerstätte so, daß ich nicht auf Fortsetzung des Schürfens auf Kön[igliche] Kosten antragen darf.“

Aber die 1793 durch Tornesi getesteten Proben hatten doch blaues Glas ergeben! Es mussten doch Kobalterze im Sorger vorhanden sein! Man musste sie nur finden! Alexander von Humboldt gab nicht auf. Er ging Ende Dezember 1794 sogar so weit, in seinem ausführlichen Bericht zur Situation des Bergbaus in den fränkischen Fürstentümern bezüglich Kobalterzen positiv zu formulieren [Humboldt 1794d, Bl. 18r]:

„Kobelt, schlackiger schwarzer Erdkobelt beÿ Wunsiedel, theils anstehend, theils Geschiebe so häufig, daß man in kurzer Zeit einige Centner sammeln kann --- eine neue und vielversprechende Entdeckung des Bergraths Tornesi. Man hat noch im Spätherbst einige Schürfe darauf werfen lassen und wird im Frühjahr mit einem Schacht niedergehen. Die Gläser /Smalte/ welche [im Auftrag von Tornesi 1793] in Freiberg, Schneeberg und Bayreuth davon gemacht, sind vorzüglich schön ausgefallen.“

Als Alexander von Humboldt 1795 den Bericht auf Weisung des Ministers von Hardenberg erstmalig aktualisierte, hat er jedoch den Satz, daß im Frühjahr ein Schacht niedergehen soll, wieder gestrichen.

Aber das bedeutete nicht, dass Humboldt aufgab. Er wusste, siehe nochmals die Aussage auf Abb. 5, vorletzter Satz, dass im Sorger Kobalterze und Braunstein gemeinschaftlich in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen auftraten

39 Hier nicht für Versteinerungen von Lebewesen, sondern für anorganische Minerale benutzt

und dass die Trennung schwer war. Eine auch Alexander von Humboldt aus seiner Freiburger Zeit bekannte Erfahrung besagt aber, dass man einige schwarze, nahezu gleich aussehende Erze dennoch optisch auseinanderhalten kann, wenn sie nass sind. Das nutzten auch die Glashüttenmeister aus Bischofsgrün im Fichtelgebirge, die schwarze Glasperlen und Knöpfe aus Grünstein⁴⁰ herstellten, zur Unterscheidung des Grünsteins von anderen schwarzen Mineralen.

Auf Weisung Alexander von Humboldts beauftragte deshalb Vize-Bergmeister Schubert den Knopfglashüttenmeister Johann Häfner aus Fröbershammer bei Bischofsgrün mit der Trennung der im Sorger eingesammelten Geschiebe und dem Schmelzen von Gläsern. Er erhielt blaues Glas. Das war für Humboldt der Beweis für die Richtigkeit seiner Bemühungen.

Sofort, am 18. März 1795, informierte er ausführlich das Ober-Berg-Departement [Humboldt 1795, Bl. 42r]:

„So reicher Seegen auch auf der einen Seite durch die Anbrüche der Kaulsdorfer Refier dem hiesigen Fürstenthum an Kobelt zugeflossen ist, so wenig glaube ich doch die Versuche auf eben dies Metall in der Wunsiedler Refier vernachlässigen zu dürfen. Ein Hoch[löbliches] O[ber] B[erg] D[epartement] wird hochgefälligt aus meinen verschiedenen deshalb erstatteten Befahrungsberichten ersehen haben, daß ich die an der Hofer Straße erschürften Fossilien immer als ein Gemenge⁴¹ von Kobelt und Braunstein betrachtet habe. Unter diesem Namen habe ich dieselben auch in den von den B[erg] Geschworenen monatlich an mich erstatteten und von mir mit marginalien versehenen Betriebsberichten ausführen lassen.“

Humboldt verwies also eingangs darauf, dass er nach wie vor der Meinung war, beide Vorhaben auf Abbau von Kobalterzen bei Kaulsdorf und Wunsiedel vorantreiben zu müssen. Er rechtfertigte sich auch, indem er unterstrich, dass er von Anfang an wusste, dass es sich um ein Mineralgemisch (Gemenge) wechselnder Zusammensetzung handelte. Dazu schrieb er nochmals auf der nächsten Seite [Humboldt 1795, Bl. 42v]:

„Sonderbar bleibt es immer daß die Stoffen, welche den Kobelt unwiderleglich gegeben hatten, mit diesen (denn es war ein Haufwerk von allen Sorten) in den äußeren Kennzeichen vollkommen übereinstimmten.“

Im Folgenden ging Humboldt in einem weiteren Brief aufs Ganze. Er wollte durch einen unparteiischen Test nachweisen lassen, dass die durch Häfner separierten und der Glasschmelze zugegebenen Erzbrocken tatsächlich das Glas blau färbten und somit Kobalterze waren [Humboldt 1795, Bl. 43v]:

40 Auch Proterobas, schwarzes Mineral mit basaltischer Matrix und Zumischungen von Augit, Chlorit (verursacht einen grünlichen Schimmer) und/oder Feldspat

41 Lose Mischung

„Ich habe die Ehre anbei 2 Proben Wunsiedler Kobelt Gläser N. I u[nd] II e[i]nzureichen, bei denen die Mischung und die Schmelzzeit genau angegeben ist. Da diese unwiderleglich blau und nicht violett wie die Ullmannischen u[nd] Berliner Proben sind, so habe ich zugleich die Fossile N III vom ersten Schurf N. IIII dito aber bessere Sorte u[nd] N. V vom neu (1794) erschürften einliefern lassen u[nd] sie dem Häfner gezeigt, der sie für gleichartig mit denen erkennt, aus denen er die Proben geliefert. Ohnerachtet ich kein Mistrauen gegen einen Mann schöpfe, der nichts fordert, so ist es doch wohl / ehe wir die Arbeit im Frühjahr wieder beginnen / der Vorsichtigkeit gemäß, daß ein H[och]löbliches K[önigliches] O[berberg] Depart[ement] die alten und neuen Erze N III, IV und V, sammt den Proben N. I u[nd] II abermals an den Ob[er]b[erg]rath Rosenstiel od[er] unmittelbar an den Geh[eimen] Rath Grieninger von der Porzellan-Manufaktur sende, um die alte Berliner Probe zu rechtfertigen od[er] die des p. Häfner zu bestetigen.“

Johann Friedrich Ullmann (1720–1797) war Vizebergmeister in Goldkronach, Friedrich Philipp Rosenstiel (1754–1832) gehörte im Jahr 1795 der Königlichen Porzellan-Manufaktur-Kommission in Berlin an, und Johann Georg Grieninger (1715 oder 1716–1798) war zu dieser Zeit Direktor der Königlichen Porzellan-Manufaktur in Berlin.

Es wäre nun die Krönung, wenn Unterlagen über das Ergebnis dieser neuerlichen Berliner Glasschmelzen in Archiven aufgefunden wären – leider nein. Aber unabhängig vom Ergebnis war die Gewinnung und vor allen Dingen die Abtrennung der „richtigen“ Kobalterze wahrscheinlich beim damaligen Kenntnisstand der Bergleute in Wunsiedel zu unsicher, um das Vorhaben weiterzuführen. Alexander von Humboldts Hoffnungen bezüglich des Abbaus von Kobalterzen in Wunsiedel hatten sich nicht bestätigt. Sein Erfolg war die Wiedergewältigung der Königszeche am Roten Berg bei Kaulsdorf. Das Blaufarbenwerk in Schauberg konnte seine Produktion wieder aufnehmen und Smalte herstellen.

Ausführlicher sind Alexander von Humboldts Aktivitäten zum Abbau von Kobalterzen in [Humboldt 2016] dargestellt.

Quellenverzeichnis

Biermann 1983

Alexander von Humboldt – Chronologische Übersicht über wichtige Daten seines Lebens, bearbeitet von Kurt-R[einhard] Biermann, Ilse Jahn und Fritz G[ustav] Lange. 2. Aufl. Berlin 1983 (Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung, Bd. 1)

Humboldt 1792

Humboldt, Alexander von: Bericht. Über den Zustand des Bergbaus und Hütten-Wesens in den Fürstenthümern Bayreuth und Ansbach nebst Beylagen über die Saline zu Gerabronn und Schwä-

bischhall, die Porzellan Fabrike zu Brukberg, das Vitriolwerk am Schwefelloch, die Natur des Eisens, der Schmalte und die Entstehung der Schwefel-Säure bey der Alaun- und Vitriol-Fabrication (vom 12. Juli bis 5. August 1792). Eingereicht von dem Ober-Bergmeister A. v. Humboldt mittelst Berichts vom 17. April 1793. Berlin: GStA PK, I. HA, Rep. 121, Ministerium für Handel und Gewerbe, Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, Nr. 6970

Humboldt 1793

Humboldt, Alexander von: *Das Schürfen auf Kobelt in der Wunsiedler B. A. Refier betreffend. Bericht an das Ober-Berg-Departement vom 20. Dezember 1793.* Bamberg, StABa, Kriegs- und Domänenkammer, Nr. 7111, Bl. 3r-v

Humboldt 1794a

Humboldt, Alexander von: *Das Schürfen auf Kobelt unfern der Stadt Wunsiedel betreffend, Arzberg auf Wunsiedler Refier, den 29. März 1794.* Bamberg, StABa, Kriegs- und Domänenkammer, Nr. 7111, Bl. 6r-7r

Humboldt 1794b

Humboldt, Alexander von: *Das Schürfen auf Kobelt betreffend, Bayreuth, den 14. Juni 1794.* Bamberg, StABa, Neuverzeichniss, Bayreuth, Nr. 15675, Bl. 1r-3r

Humboldt 1794c

Humboldt, Alexander von: *Das Schürfen auf Braunstein und Kobelt bei Wunsiedel betreffend. Frankfurt am Main, den 20. Oktober 1794.* Bamberg, StABa, Kriegs- und Domänenkammer, Nr. 7111, Bl. 39

Humboldt 1794d

Humboldt, Alexander von: *Acta – Eine Darstellung von dem Zustande des Bergbaues in den fränkischen Fürstentümern 1797; erstellt Ende Dezember 1794; mit eigenhändigen Aktualisierungen Humboldts 1795 und auf gesonderten Blättern 1796 und 1797.* Berlin, GStA PK, II. HA, GD, Abt. 36, Fränk. Dpt. VII, 34a, Deckblatt und Bl. 1r-30r

Humboldt 1795

Humboldt, Alexander von: *Die Existenz des Kobelts bei Wunsiedel betreffend, Bayreuth, den 18. März 1795.* Bamberg, StABa, Kriegs- und Domänenkammer, Nr. 7111, Bl. 42r-43v

Humboldt 1797

Humboldt, Alexander von: *Anschreiben zu: Eine Darstellung von dem Zustande des Bergbaues in den fränkischen Fürstentümern 1797, Brief an Minister Carl August von Hardenberg, Bayreuth, 24. Februar 1797.* Berlin, GStA PK, II. HA, GD, Abt. 36, Fränk. Dpt. VII, 34a, Bl. 1r

Humboldt 1959

Humboldt, Alexander von: *Über den Zustand des Bergbaus und Hüttenwesens in den Fürstentümern Bayreuth und Ansbach im Jahre 1792.* Eingeleitet und bearbeitet von Herbert Kühnert in Verbindung mit O[scar] Oelsner. Berlin 1959 (Freiberger Forschungshefte, Bd. D 23)

Humboldt 1973

Humboldt, Alexander von: *Die Jugendbriefe Alexander von Humboldts 1787-1799*. Hrsg. und erläutert von Ilse Jahn und Fritz G[ustav] Lange. Berlin 1973 (Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung, Bd. 2)

Humboldt 2016

Humboldt, Alexander von: *Gutachten und Briefwechsel zur Glasherstellung 1792-1797*. Hrsg. von Dagmar Hülsenberg und Ingo Schwarz, mit einer Studie von Dagmar Hülsenberg. DE GRUYTER Akademie Forschung. Berlin-Boston, 2016 (Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung, Bd. 45) ISBN 978-3-11-051668-5

Humboldt-Dachroeden 2015

Humboldt-Dachroeden, Georg Freiherr von: *Der preußische Bergbeamte Alexander von Humboldt in seiner fränkischen Zeit. Eine kommentierte Zeitleiste*. In: Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V., Bd. 35, Roßdorf 2015

Kapff 1792

Kapff, Friedrich: *Beyträge zur Geschichte des Kobolts, Koboltbergbaues und der Blaufarbenwerke*. Breslau 1792

Rösler 1987

Rösler, Hans Jürgen: *Lehrbuch der Mineralogie*. 4., durchgesehene und erweiterte Aufl. Leipzig 1987

Schubert 1794a

Schubert, Johann Christoph: *Das Schürfen auf Koboldt im Sorger an der Bayreuth= und Höfer Straße dahier in specie den Verkauf des erschurften Kobolds betreffend, Wunsiedel, den 1. Juni 1794*. Bamberg, StABa, Kriegs- und Domänenkammer, Nr. 7111, Bl. 11r-12r

Schubert 1794b

Schubert, Johann Christoph: *Unterthaeniger Bericht, das Schürfen auf Kobolt im Sorger an der Hoefer und Bayreuther Straße dahier betreffend, Wunsiedel, den 11. Juni 1794*. Bamberg, StABa, Neuverzeichniss, Bayreuth, Nr. 15675, Bl. 5r-8r

